UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918

Deutsches Reich / Auswärtiges Amt

Berlin, 1924

urn:nbn:de:hbz:466:1-76957

Visual Library

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

EK 10004
HK 1569/2

Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918

Auf Grund der Akten der Reichskanzlei,
des Auswärtigen Amtes und des Reichsarchivs
herausgegeben
vom Auswärtigen Amt und
vom Reichsministerium des Innern

BÜCHEREI DER BAUGEWERKSCHULE HÖXTER

Zweite, vermehrte Auflage

Staatsbauschule Höxter a. d. Weser
Fachschule für Hoch- und Tiefbau
Bücherei

1 9 2 4

Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik
und Geschichte m. b. H.
in Berlin W 8

EK 74
K A/I

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

1569/K

2. Auflage

Die 1. Auflage erschien unter dem Titel:

Vorgeschichte des Waffenstillstandes
Amtliche Urkunden
Herausgegeben im Auftrage des Reichsministeriums
von der Reichskanzlei
im Jahre 1919 im Verlage von Reimar Hobbing in Berlin

*

Alle Rechte, besonders das der Übersetzung vorbehalten / Für Rußland auf Grund der deutsch-russischen Übereinkunft / Amerikanisches Copyright 1924 by Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H. in Berlin W 8, Unter den Linden 17—18 / Amerikanische Schutzzollformel: Made in Germany / Gesetzt in der Buchdruckerei Otto Elsner in Berlin / Gedruckt in der Buchdruckerei F. E. Haag in Melle i. H.

03
M
18377
Universitätsbibliothek Paderborn
27

Inhalt

Seite

I. Erste grundlegende Besprechungen: Die Hoffnung auf Erzwingung des Friedens durch Sieg muß aufgegeben werden 1

II. Vorbereitende Schritte zur Einleitung einer neutralen Vermittlungsaktion; Oesterreich-Ungarn unternimmt trotz Warnung eigenmächtig weitergehende Schritte; Bulgariens Zusammenbruch 11

III. Die Beurteilung der militärischen Lage durch die Oberste Heeresleitung 33

IV. Vorbereitende Schritte für ein Friedensangebot an den Präsidenten Wilson 43

V. Die Oberste Heeresleitung dringt auf sofortige Absendung des Friedensangebotes. Die erste deutsche Note an Wilson 56

VI. Wilsons erste Antwort und die Erwiderung darauf 83

VII. Wilsons zweite Note und ihre Beantwortung . 107

VIII. Der Unterseebootkrieg vom 10.—24. Oktober .. 173

IX. Wilsons dritte Note und ihre Beantwortung . 185

X. Vom Sonderwaffenstillstand Oesterreichs und der Türkei bis zur Note Wilsons vom 5. November 209

XI. Der Abschluß des Waffenstillstandes 253

Beilage. Das Verhältnis der Reichsregierung und der Obersten Heeresleitung bei Friedensverhandlungen 267

Zeittafel 271

Verzeichnis der Urkunden 275

Namenverzeichnis 287

Ergänzung und Berichtigung 290

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Vorwort

Das von der Reichskanzlei im Auftrage des Reichsministeriums im Juli 1919 herausgegebene und im Buchhandel erschienene Weißbuch „Vorgeschichte des Waffenstillstandes, Amtliche Urkunden" ist vergriffen. Da die Nachfrage dringend geblieben ist, wurde eine Neuauflage notwendig, bei der zugleich die wissenschaftlichen Wünsche, die gegenüber der ersten Auflage geltend gemacht worden sind, berücksichtigt werden konnten.

Ueber den Gegenstand der Urkundensammlung enthielt die Vorbemerkung der ersten Auflage folgende Ausführungen:

„Die hier abgedruckten Aktenstücke beziehen sich auf die Zeit vom 14. August bis zum 11. November 1918. Sie geben die Beratungen und Verhandlungen wieder, die zwischen Regierung und Oberster Heeresleitung stattgefunden haben, nachdem diese auf Grund des militärischen Umschwunges im Juli und August 1918 zu dem Schlusse gekommen war, daß der Feind trotz der gewaltigen Leistungen unserer Heere nicht mehr durch einen Sieg zum Frieden genötigt werden könne . . .

Die Urkunden sollen ein objektives Urteil über die Verhandlungen zwischen der Obersten Heeresleitung und der politischen Reichsleitung während der Liquidation des Krieges ermöglichen. Es ist daher alles aufgenommen worden, was in den genannten Akten an Aeußerungen der Obersten Heeresleitung gegenüber der Reichsleitung enthalten ist."

Dieser Rahmen ist beibebalten worden. Es handelt sich also nicht um eine Sammlung aller Urkunden politischen, militärischen oder tatsächlichen Inhalts aus der fraglichen Zeitspanne überhaupt, sondern um die möglichst vollständige Erfassung derjenigen amtlichen Urkunden, die sich auf die amtlichen Beziehungen der Obersten Heeresleitung zu der Reichsregierung in der fraglichen Zeitspanne, auf die Beschlüsse der Reichsregierung und das ihr amtlich als Grundlage zur Verfügung stehende Material beziehen. Nur in diesem Rahmen konnte Vollständigkeit erstrebt werden, da die Zahl der Urkunden, die sich bei sämtlichen Armeen, bei allen Zivilbehörden oder Einzelpersonen befinden und auf die politischen und tatsächlichen Verhältnisse der genannten Zeitspanne Bezug haben, Legion ist, so daß sie sich niemals vollständig, sondern immer nur in einer mehr oder weniger subjektiven Auswahl erfassen lassen würden. In welcher Weise solche allgemeineren Sammlungen herausgegeben werden

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

und welche Stellen mit ihrer unparteiischen Zusammenstellung beauftragt werden könnten, ist eine noch offene Frage, deren Lösung erst nähergetreten werden kann, wenn die Ergebnisse des vom Reichstag eingesetzten Untersuchungsausschusses und die Arbeiten der ihr beigegebenen Sachverständigen vorliegen.

Eine Anzahl Lese-, Abschreibe- und Druckfehler der ersten Auflage konnte ausgemerzt werden. Einzelne Sätze oder Satzteile, die in der ersten Auflage aus außenpolitischen Gründen ausgelassen waren, wurden jetzt eingefügt, Auslassungen nicht zum Thema des Weißbuches gehörender Stellen gleichmäßig durch Auslassungszeichen bezeichnet. Absender und Empfänger sowie die Bezeichnung der Natur des Aktenstückes wurden in einheitlicher Weise eingesetzt, die Abgangs- und Ankunftszeiten, soweit sie feststellbar waren, angegeben. Von Sperrungen zum Zwecke der Erläuterung wurde grundsätzlich Abstand genommen, nachdem die Sperrung der für die Entschlüsse der Reichsregierung besonders bedeutungsvollen Stellen in der ersten Auflage wissenschaftlichen und politischen Einwendungen begegnet ist. Nur Sperrungen der Originalurkunden sind als solche genau wiedergegeben worden. So wurde ein archivalisch möglichst einwandfreies Bild des Aktentextes gewonnen.

Besondere Sorgfalt wurde darauf verwandt, die sachliche Vollständigkeit der ersten Auflage nachzuprüfen. Hierbei sind insbesondere die Beanstandungen und Wünsche berücksichtigt worden, die nach dem Erscheinen der ersten Auflage hervorgetreten sind. Außerdem sind eine Reihe neuer Aktenstücke aus dem Auswärtigen Amt, der Reichskanzlei und dem die Akten der Obersten Heeresleitung verwahrenden Reichsarchiv aufgenommen, die in den Rahmen des Themas gehören. Außer dem schon in der ersten Auflage enthaltenen Notenwechsel mit den Vereinigten Staaten sind zur leichteren Uebersicht des Zusammenhanges auch die zwei Reden des Reichskanzlers Prinzen Max von Baden vom 5. Oktober (Nr. 34a) und vom 22. Oktober (Nr. 75a) im Auszug eingefügt. Alle neu aufgenommenen Stücke (im ganzen 41) sind als solche bezeichnet. Sie werden hier mit einem kurzen Hinweis auf den Inhalt aufgeführt.

Nr. 5: Oesterreichische Note (14. September).

Nr. 9a: Bulgarien wird aufgegeben (1. Oktober).

Nr. 10a bis e: Beurteilung der militärischen Lage durch die Oberste Heeresleitung am 2. August, 11., 15., 25. und 26. September.

Nr. 11a: Mitteilung des Auswärtigen Amts für das Große Hauptquartier über Vorbereitung der Anknüpfung mit Amerika (24. September).

Nr. 34a: Reichskanzlerrede (5. Oktober).

Nr. 35a: Erste Sitzung der Waffenstillstandskommission (7. Oktober).

Nr. 36a, 49b, 60a, 62a, 62b, 66a, 70a, 76c, 86b bis e enthalten Nachrichten und Stimmungsberichte von Vertrauensleuten im Ausland vom 8., 15., 18., 19., 22., 14., 24., 28., 29. und 30. Oktober.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 39a: Ludendorff rät von der Absendung von Telegrammen Hindenburgs an die Reichsregierung ab (10. Oktober).

Nr. 39b: Reichskanzler dringt auf schnelle Beantwortung seiner Fragen über die voraussichtliche weitere Entwicklung der militärischen Lage (11. Oktober).

Nr. 49a: Telegramm Hindenburgs an den Reichskanzler über Propaganda usw. (14. Oktober).

Nr. 59a: Reichskanzler erklärt gegenüber Propagandavorschlägen der Obersten Heeresleitung, daß Stimmung in der Heimat von Klärung der militärischen und politischen Lage abhängig ist (18. Oktober).

Nr. 59b: Oesterreich-Ungarns pessimistische Auffassung wirkt beschleunigend auf die deutschen Entschlüsse (18. Oktober).

Nr. 59c: Lagebericht: Gegensatz zwischen Wilson und Foch. Oberste Heeresleitung empfiehlt Fortentwicklung der Wilsonschen Friedensaktion (18. Oktober).

Nr. 66b: Aeußerung der Obersten Heeresleitung zur Frage der politischen Verantwortung (22. Oktober).

Nr. 75a: Reichskanzlerrede (22. Oktober).

Nr. 76a: Anweisung der Obersten Heeresleitung für die Waffenstillstandskommission (23. Oktober).

Nr. 76b: Armeebefehl Hindenburgs zu den Waffenstillstandsbedingungen in Wilsons letzter Note (24. Oktober).

Nr. 79a: Botschafterbericht über die verzweifelte Lage in Oesterreich-Ungarn (27. Oktober).

Nr. 86a: Oberste Heeresleitung versucht deutsche militärische Interessen beim Sonderfriedensschluß Oesterreich-Ungarns geltend zu machen (29. Oktober).

Nr. 89a: Wiener Meldung über Versprechungen Kaiser Karls (30. Okt.).

Nr. 96a: Schreiben Hindenburgs an den Reichskanzler über seinen Armeebefehl vom 24. Oktober (1. November).

Nr. 96b: Protokoll über die Bestellung eines nicht militärischen Vorsitzenden der Waffenstillstandskommission (2. November).

Nr. 98a: Bericht über Stimmung im Ententelager (3. November).

Nr. 102a: Die deutschen Kolonialsachverständigen machen auf die von farbigen Besatzungstruppen drohende Gefahr aufmerksam (7. November).

Nr. 102b: Kriegsmüdigkeit der Stadt- und Landbevölkerung in Bayern (7. November).

Beilage: Graf Hertling über die Verantwortlichkeit bei Friedensverhandlungen (12. Januar).

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Eine Zeittafel, ein Urkundenverzeichnis und ein Namensregister werden die Benutzbarkeit der Sammlung erhöhen.

Wie für die erste Auflage, gilt auch für die neue, daß sie reichlicheres Material über die Ansichten der Obersten Heeresleitung als über die der Reichsregierung und namentlich des — damals noch allen anderen Ressortchefs vorgesetzten — Reichskanzlers gibt. Dies findet seinen natürlichen Grund in dem Verhältnis der beteiligten Behörden zueinander: die Reichsleitung mußte von den anderen Stellen alle Aufklärungen einholen, die eigenen Entschlüsse hatte sie aber nicht zu erläutern. Auf eine Hervorhebung der für die Entschlüsse der Reichsregierung wichtigsten Urkundenstellen durch den Druck ist jetzt aus den oben erwähnten Gründen verzichtet worden. Auch die in der Vorbemerkung zur ersten Auflage gegebene Zusammenfassung des Inhalts ist in die Neuauflage nicht übernommen worden, da sie durch Literatur und Forschung einerseits überholt, andererseits überflüssig geworden ist. Die wissenschaftliche Forschung wird in den amtlichen Urkunden ihre wichtigste Unterlage finden. Sie wird aber daneben noch andere Quellen berücksichtigen müssen.

Während die erste Auflage in einer amtlichen Folioausgabe und daneben in einer Handausgabe des Verlages herauskam (in der infolge eines Versehens des früheren Verlegers die letzten Korrekturen der amtlichen Ausgabe nicht berücksichtigt waren), erscheint die Neuauflage nur in dieser einen Handausgabe.

Berlin, im März 1924

Zur Beachtung*

Die Aufzeichnungen über die Sitzungen der Staatssekretäre (Nr. 35, 38, 39, 42, 54, 55, 58, 82, 86) haben zum Teil den Beteiligten nach der Sitzung nicht zur Durchsicht vorgelegen; es sind dienstliche Niederschriften, die in der Sitzung oder unmittelbar danach teils von dem Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei, teils von dem Pressechef des Reichskanzlers, teils von einem Vortragenden Rat in der Reichskanzlei angefertigt worden sind. Sie können daher nicht wörtlich als zuverlässige Urkunden angesehen werden, geben aber den allgemeinen Gang der Verhandlungen richtig wieder. Eine bis ins einzelne gehende sachliche Zuverlässigkeit kann die Aufzeichnung über die große Sitzung vom 17. Oktober 1918 (Nr. 57) in Anspruch nehmen; sie ist auf Grund stenographischer Mitschrift sorgfältig aufgestellt und hat auch dem General Ludendorff vorgelegen.

* Bereits in der ersten Auflage enthalten

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

I

Erste grundlegende Besprechungen

Die Hoffnung auf Erzwingung des Friedens durch Sieg muß aufgegeben werden

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 1.

Besprechung im Grossen Hauptquartier am 14. August 1918

Unterzeichnetes Protokoll

Anwesend:

Seine Majestät der Kaiser und König,
Seine Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz,
der Reichskanzler,
der Generalfeldmarschall von Hindenburg,
der Erste Generalquartiermeister General Ludendorff,
der Staatssekretär des Aeußern,
Generaladjutant von Plessen,
Chef des Zivilkabinetts von Berg,
Chef des Militärkabinetts Freiherr von Marschall

Der Reichskanzler ausführt die innere Lage. Stimmung kriegsmüde; Ernährung unzureichend; noch schlimmer Bekleidungsmangel. Wahlrechtsreform.

General Ludendorff: Strengere innere Zucht erforderlich. Zusammenfassung der inneren Kräfte mit größter Energie. Bestrafung Lichnowskys.

Der Staatssekretär äußert sich über die äußere Lage. Die Siegeszuversicht des Feindes und sein Kriegswille seien zur Zeit gehobener denn je. Der Grund seien zum Teil die letzten militärischen Erfolge im Westen; der Hauptpunkt sei aber die ursprüngliche und stets zunehmende Ueberzeugung, daß die Alliierten mit ihren vergleichsweise unerschöpflichen Reserven an Menschen, Rohstoffen und Fabrikaten allein mit der Zeit*) die verbündeten Zentralmächte zerschmettern müssen. Nach Ansicht unserer Feinde arbeitet die Zeit für sie. Je länger der Krieg dauert, desto mehr vermindert sich in den Zentralmächten der Bestand an Menschen, Rohstoffen und Fabrikaten, während die Alliierten in allen drei Punkten auf Vermehrung rechnen. In jüngster Zeit ist bei den Alliierten hiezu die Hoffnung getreten, dem Faktor Zeit durch militärische Erfolge nachhelfen zu können. Soviel für den Feind.

Die Neutralen sind überaus kriegsüberdrüssig; auch bei ihnen befestigt sich die Meinung, daß allein durch die Zeit die Zentralmächte zur Niederlage verurteilt seien. Allerdings würden die Neutralen am liebsten sehen einen Frieden ohne einen Sieg für irgendeine Partei. Aus Gefühlsrücksichten ist den meisten Neutralen der Sieg unserer Feinde sympathischer, vor allem aber wollen sie das Kriegsende sehen, gleichgültig welches. Daher sind sie auch bereit, auf unsere Niederlage hin mitzuarbeiten. Ein Beweis sei das Vorgehen Spaniens gegen unsere Torpedierungen, welches

*) Im Original gesperrt.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

uns vor das Problem stellt, entweder den U-Boot-Krieg einzuschränken oder Krieg. Dieser Vorgang sei um so bedenklicher, als bei Bekanntwerden andere Neutrale ihm folgen würden.

Verbündete: Oesterreich erklärt — und unsere eigenen Nachrichten geben eine Bekräftigung dieser Meinung —, daß es am Ende seiner Kräfte angelangt sei, daß es nicht länger als durch den Winter aushalten könne, daß selbst ein Winterfeldzug mehr als zweifelhaft sei.

Bulgarien stellt größte Anforderungen an Subsidien und Lieferung von Waren und ist wegen Erschöpfung seiner Armee angeblich wenig leistungsfähig.

Die Türkei hat sich in einen Mord- und Beutekrieg im Kaukasus gestürzt, kommt uns dort in die Quere und setzt unseren Einwendungen und Mahnungen die bekannte Resistenz der Orientalen und der Schwächeren entgegen. Wir haben die Wahl, unsere Bundesgenossen gewähren zu lassen, oder uns mit ihren anspruchsvollen Forderungen einverstanden zu erklären. In unserer Lage ist die Wahl von vornherein entschieden. Der Chef des Generalstabes des Feldheeres hat die kriegerische Situation dahin definiert, daß wir den Kriegswillen unserer Feinde durch kriegerische Handlungen nicht mehr zu brechen hoffen dürfen, und daß unsere Kriegführung sich als Ziel setzen muß, durch eine strategische Defensive den Kriegswillen des Feindes mählich zu lähmen. Die politische Leitung beuge sich vor diesem Ausspruch der größten Feldherrn, die dieser Krieg hervorgebracht habe, und zieht daraus die politische Konsequenz, daß politisch*) wir außerstande sein würden, den Kriegswillen des Gegners zu brechen, und daß wir daher gezwungen seien, dieser Kriegslage in der Führung unserer Politik hinfort Rechnung zu tragen.

Seine Kais. und Kgl. Hoheit der Kronprinz erklärt, alles was der General Ludendorff und der Staatssekretär gesagt hätten, zu unterschreiben und betont, es müßte in strengerer Zucht die innere Front zusammengefaßt werden.

Seine Majestät: Lichnowsky muß bestraft werden. Die stellvertretenden kommandierenden Generale und der Kriegsminister müssen im Innern bessere Ordnung halten. An die Generale wolle er diesbezüglich neue Order erlassen. Die Zivilbehörden hätten mitzuwirken an strikterer Durchführung der Staatsgewalt.

In bezug auf Ersatz müsse besser ausgekämmt werden. In Berlin liefen noch eine Menge junger Leute frei herum.

Seine Majestät billigen die Ausführungen über die außenpolitische Lage. Doch leide auch der Feind; es würden ihm viele Menschen totgeschlagen, seine Industrie finge schon an, brach zu liegen infolge Mangels an Rohstoffen; auch Lebensmittel mangelten. Die diesjährige Ernte in

---

*) Anmerkung des Reichskanzlers Grafen von Hertling: „Muß wohl heißen ‚militärisch'. Hertling."

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

England sei schlecht, die Tonnage vermindere sich ständig; vielleicht käme durch diesen Mangel England allmählich dazu, sich zum Frieden zu bekehren.

Seine Majestät erklären die Charakteristik der politischen Situation für richtig; es müsse auf einen geeigneten Zeitpunkt geachtet werden, wo wir uns mit dem Feind zu verständigen hätten. Der König von Spanien und die Königin der Niederlande seien geeignete Media. Zur Schwächung der Siegeszuversicht des Feindes, zur Hebung der Zuversicht des deutschen Volkes sei die Bildung einer Propagandakommission erforderlich. Flammende Reden müßten gehalten werden von angesehenen Privatpersonen (Ballin, Heckscher), aber auch von Staatsmännern. In die Kommission seien Männer von entsprechenden Fähigkeiten zu berufen, nicht so wohl Beamte. Die politische Direktiven müsse das Auswärtige Amt geben.

Die einzelnen Ressorts müßten nicht wie bislang gegeneinander arbeiten und voreinander Geheimniskrämerei treiben. Die Militär- und Zivilbehörden müßten zusammenarbeiten, der Kriegsminister müsse die kommandierenden Generale unterstützen und sie nicht im Stiche lassen.

Der Reichskanzler spricht sich für eine energische Aufrechterhaltung der Autorität im Innern aus. Bezüglich der Propaganda bestehe ein reichhaltiges Programm, das schon verwirklicht würde.

Diplomatisch müßten Fäden betreffend eine Verständigung mit dem Feinde im geeigneten Moment angesponnen werden. Ein solcher Moment böte sich nach dem nächsten Erfolge im Westen.

Generalfeldmarschall von Hindenburg führt aus, daß es gelingen werde, auf französischem Boden stehen zu bleiben und dadurch schließlich den Feinden unsern Willen aufzuzwingen*).

Folgen die Unterschriften:

H. 14. 8.
L. 14. 8.
Hertling 17. 8.
v. H. 14. 8.
Wilhelm I. R.
v. B. 19. 8.
Wilhelm, Kronprinz

Als Anlage ist hinzugefügt ein Brief des Reichskanzlers Grafen von Hertling:

„Zur Ergänzung der Aufzeichnungen des Herrn Staatssekretärs erlaube ich mir, zu den von mir gemachten Ausführungen Folgendes hinzuzufügen:

1. Ich habe zugesagt, mich sofort an die obersten Justizbehörden im Reiche und in Preußen zu wenden und ihnen in amtlicher Weise von den

*) Anmerkung der Reichskanzlei. Dieser Satz des Generalfeldmarschalls lautete in dem Protokoll ursprünglich: Generalfeldmarschall von Hindenburg „hofft", daß es „dennoch" gelingen werde usw. Die Aenderung in die bestimmtere Form: „führt aus, daß es gelingen werde", stammt nach Schrift und benutztem Stift von General Ludendorffs Hand. — Zu dieser nachträglichen Aenderung hat sich Ludendorff bekannt (Das Scheitern der neutralen Friedensvermittlung S. 14).

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

äußerst schädlichen Wirkungen Kenntnis zu geben, welche die von den Feinden betriebene Verbreitung der Lichnowskyschen Denkschrift an unserer Front hervorrufe, da dies unzweifelhaft für die Beurteilung des Falles von Einfluß sein müsse.

2. Bezüglich der Wahlreform in Preußen habe ich ausgeführt, daß das von Seiner Majestät dem Kaiser und König gegebene Wort eingelöst werden müsse, und ich bei der Uebernahme des Reichskanzlerpostens ausdrücklich die Verpflichtung hierzu übernommen hätte. Es müsse somit von seiten der Regierung alles geschehen, um die Wahlreform in Preußen durchzuführen, der Schein, daß sie hierzu nicht den Mut oder nicht die Macht habe, würde sie um alles Vertrauen und alle Autorität bringen, und dabei handle es sich nicht etwa um die Personen der Minister, sondern direkt um Monarchie und Dynastie.

Hertling, 17. 8."

Dem Aktenstück beigefügt ist die Zuschrift des Chefs des Zivilkabinetts von Berg an den Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei.

„Euer Hochwohlgeboren überreiche ich in der Anlage das von Seiner Majestät dem Kaiser und König unterzeichnete Protokoll über die Besprechung am 14. d. M. Seine Majestät bemerken dabei, daß die Vermittlung der Königin der Niederlande am meisten allerhöchst ihren Wünschen entsprechen würde.

z. Z. Wilhelmshöhe, 20. 8. 18."

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 2

Aufzeichnung des damaligen Staatssekretärs des Auswärtigen Amts von Hintze über Besprechungen mit General Ludendorff im Juli und August 1918)*

Auszug

Mitte Juli 1918, vor Antritt des Postens des Staatssekretärs, hatte ich in Avesnes General Ludendorff die förmliche und bestimmt gefaßte Frage vorgelegt, ob er sicher wäre, mit der jetzigen Offensive den Feind endgültig und entscheidend zu besiegen? General Ludendorff hatte meine Frage wiederholt und darauf erklärt: „Darauf antworte ich mit einem bestimmten ‚Ja'." . . .

Vor der Besprechung zu vieren zwischen dem Reichskanzler, dem Generalfeldmarschall, General Ludendorff und mir — ich glaube am 13. August — hat mich General Ludendorff allein beiseite genommen und mir eröffnet, er habe mir im Juli gesagt: er sei sicher, mit der in Gang befindlichen Offensive den Kriegswillen des Feindes zu brechen und ihn zum Frieden zu nötigen; diese Sicherheit habe er jetzt nicht mehr. Auf meine Frage, wie er sich die Weiterführung des Krieges denke, hat General Ludendorff geantwortet, wir würden durch eine strategische Defensive imstande sein, den Kriegswillen des Feindes zu lähmen und ihn so mählich zum Frieden zu bringen. In der angeführten Besprechung zu vieren hat niemand dieses ausschlaggebende Thema wieder angeschnitten. Erst im Kronrat — 14. August — habe ich es wieder vorgebracht und behandelt, siehe Protokoll. General Ludendorff hat damals die „große Offensive" als nicht mehr möglich bezeichnet, wohl aber eine strategische Defensive mit gelegentlichen offensiven Vorstößen, mit guter Aussicht auf endliche Lähmung des Kriegswillens des Feindes. Generalfeldmarschall von Hindenburg beurteilte die militärischen Aussichten noch günstiger. Die politische Lage, so wie ich sie vor dem Kronrat auseinandergesetzt hatte, verbot mir, an diesen Erfolg der strategischen Defensive zu glauben. Das habe ich im Kronrat erklärt und die Ermächtigung zur Anbahnung des Friedens mit diplomatischen Mitteln verlangt. Darunter begriff ich auch: Minderung der bis dahin aufgestellten Kriegsziele. Hierfür war Oberste Heeresleitung damals noch nicht zu haben: siehe Schlußsatz des Protokolls vom 14. August. Die mir erteilte Ermächtigung zu Friedensschritten wurde dadurch**) beschränkt, was ich aber mählich zu beheben hoffte; mit Recht, wie die Zukunft bewies. Indes eine wesentliche Beschränkung der Ermächtigung war die folgende: „der geeignete Moment müsse abgewartet

*) Anmerkung bei der Herausgabe: Diese Aufzeichnung vom 18. Januar 1919 hat Staatssekretär a. D. von Hintze Anfang 1919 zu den Akten des Auswärtigen Amts gegeben. Vgl. auch die Darstellung in der „Frankfurter Zeitung" 22. und 31. Juli 1919; dort auch eine spätere Denkschrift von Hintzes über die Hergänge.

**) Anmerkung von Hintzes: „Durch Festhalten an den Kriegszielen, die für den Fall ‚Sieg' aufgestellt waren."

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

werden, ehe diplomatische Fäden anzuspinnen wären; ein solcher Moment böte sich nach dem nächsten (unserem) Erfolg an der Westfront." Später — im September — wurde als Moment bezeichnet: „wenn die Rückwärtsbewegung unserer Armee zum Stehen gekommen sein würde, etwa in der Siegfriedstellung." Ich habe Fäden angesponnen, ohne viel Rücksicht auf diese beiden Momente . . .

Den Abfall bzw. Zusammenbruch unserer Verbündeten hatte ich seit dem 13. und 14. August förmlich und feierlich vorhergesagt. Oberste Heeresleitung hat beides bestritten und schwarzseherisch genannt.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 3

Sitzung des Königlichen Staatsministeriums

Unterzeichnetes Protokoll
Auszug

Berlin, den 3. September 1918

In der heutigen Sitzung des Königlichen Staatsministeriums wurde folgendes verhandelt:

Der Herr Ministerpräsident sprach zunächst den Herren Staatsministern seinen Dank aus für die ihm zu seinem 75. Geburtstage freundlichst dargebrachten Glückwünsche und für die Blumenspende.

Sodann erörterte er die gegenwärtige politische Lage, welche eng mit der derzeitigen militärischen Lage verknüpft sei. Er hoffe, daß über die letztere der Herr Kriegsminister noch einige nähere Mitteilungen machen könne.

An leitender Stelle stehe der Wunsch, daß jeder gangbare Weg betreten werden müsse, der zu einer Verständigung mit dem Feinde führen könne. Ein Friedensangebot könne und dürfe nicht gemacht werden, das würde von unseren Feinden doch nur schnöde abgewiesen werden. Dagegen müßten Fäden angesponnen werden, und es müsse jede Gelegenheit wahrgenommen werden, die zum Ziele führen könne, möglichst durch neutrale oder sonst geeignete Persönlichkeiten. Man müsse etwa zum Feinde sagen: „Ihr seht, Ihr könnt uns nicht besiegen, Deutschland wird seine Existenzberechtigung und seinen Platz an der Sonne in dem ihm aufgezwungenen Verteidigungskriege zweifellos siegreich behaupten, aber wir sind stets bereit, wie das schon wiederholt und unzweideutig von der deutschen Regierung betont worden ist, einen ehrenhaften Frieden abzuschließen.“ Ueber die einzelnen dabei aufzustellenden Friedensbedingungen würde jetzt auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers ein genaues Programm aufgestellt werden. Diese soeben dargelegte Stellungnahme sei in Besprechungen festgelegt, die in Spa unter dem Vorsitz des Kaisers stattgefunden hätten, an denen außer den Generalen von Hindenburg und Ludendorff auch der Kronprinz teilgenommen, und in denen eine völlige Einigung unter allen Beteiligten stattgefunden habe. Erschwert werde die Lage noch durch das unbedingte Friedensbedürfnis, welches sich in Oesterreich-Ungarn immer mehr geltend mache. Die österreichisch-ungarische Regierung habe ihn wissen lassen, daß sie an alle Feinde ihre Bereitschaft, Frieden zu schließen, mitteilen wolle. Es sei ihm zwar gelungen, einen solchen verhängnisvollen Schritt zurückzuhalten, aber dahingehende Wünsche würden jetzt wieder energischer in Oesterreich-Ungarn vertreten. Der Staatssekretär von Hintze sei gerade aus diesem Grunde jetzt nach Wien gereist und könne daher an der heutigen Verhandlung zu seinem eigenen Leidwesen nicht teilnehmen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Auch bei uns im Lande sei die Stimmung gegenwärtig zweifellos schlecht, und deshalb müßten auch wir ernstlich den Versuch machen, mit Ehren aus dem Kriege herauszukommen. Ueber die Frage, wie der gegenwärtigen schlechten Stimmung, die durch die militärische Lage an sich nicht begründet sei, mit Erfolg entgegengetreten werden könne, sei in Spa bei den erwähnten Besprechungen verhandelt. Es komme darauf an, das Vertrauen der Bevölkerung wieder zu heben und die üble Wechselwirkung zwischen Front und Heimat, die überall zu beobachten sei, zu paralysieren. Eine entsprechende Organisation, die eine dahingehende Propaganda im Inlande und im Auslande betreiben solle, sei dem Auswärtigen Amt angegliedert und dem Staatssekretär von Hintze unterstellt. Sie sei bereits in Tätigkeit getreten und habe auch schon einige günstige Wirkungen erzielt, so z. B. hätten die auf Veranlassung dieser Organisation von dem Staatssekretär Solf und dem Prinzen Max von Baden kürzlich gehaltenen Reden in bezug auf die Stimmung hier im Lande eine gute Wirkung geübt.

Der Herr Kriegsminister führt aus, er könne über die augenblickliche militärische Lage wenig sagen. Er wolle sich erst jetzt ins Hauptquartier begeben, um nähere Informationen einzuziehen. Er müsse aber auf die großen Schwierigkeiten des Ersatzes, die jetzt beständen, hinweisen. Er müsse und wolle den jüngsten Jahrgang aus der Front zurückhalten, das mache aber ein starkes Auskämmen in der Zivilbevölkerung nötig.

Der Herr Staatsminister von Waldow sprach die Befürchtung aus, daß infolge dieser Maßnahmen auf dem Lande nicht genügend Arbeiter bleiben würden, namentlich für die bevorstehende Kartoffelernte.

Der Herr Kriegsminister widerlegte diese Befürchtung durch den Hinweis, daß für diese Zwecke grade der zurückgehaltene jüngste Jahrgang verwandt werden solle.

Der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten wies darauf hin, daß ihm von dem Kriegsministerium angesonnen sei, noch weitere 15 v. H. aus seinem Personal herauszuziehen. Er glaube kaum, daß er diesem Ansinnen ohne Gefahr für den Betrieb nachkommen könne.

Der Herr Kriegsminister hoffte, daß dies noch möglich sein werde, wie es auch in anderen Betrieben gegangen sei . . .

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

II

Vorbereitende Schritte zur Einleitung einer neutralen Vermittlungsaktion

Österreich-Ungarn unternimmt trotz Warnung eigenmächtig weitergehende Schritte

Bulgariens Zusammenbruch

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 4

Chronologische Übersicht der Entwicklung des österreichisch-ungarischen Friedensvorschlages

Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes

Berlin, den 19. September 1918

10. August. Meldung des Generals von Cramon wird bekannt, daß Kaiser Karl in kategorischer Form erklärt habe, man müsse noch im Laufe des Jahres 1918 unter allen Umständen Frieden schließen. Falls kein allgemeiner Friede zustande käme, müsse er Sonderfrieden schließen.

14. August. Besprechungen im Großen Hauptquartier.

Anwesend: Seine Majestät, Kronprinz, Reichskanzler, Hindenburg, Ludendorff, Staatssekretär, Plessen, Berg, Marschall.

Politische Konsequenz: Wir sind militärisch außerstande, Kriegswillen des Gegners zu brechen, und sind gezwungen, dieser Kriegslage in der Führung unserer Politik hinfort Rechnung zu tragen. Diplomatisch sollen Fäden betreffend eine Verständigung mit dem Feinde im geeigneten Moment angesponnen werden. Ein solcher Moment böte sich nach dem nächsten Erfolge im Westen. Oberste Heeresleitung führt aus, daß es gelingen werde, auf französischem Boden stehen zu bleiben und dadurch schließlich den Feinden unseren Willen aufzuzwingen.

14. und 15. August. Beratungen im Großen Hauptquartier mit Kaiser Karl und Graf Burian über Möglichkeiten, Frieden herbeizuführen. Graf Burian vertritt die Ansicht:

1. den Schritt möglichst bald zu tun,
2. den Schritt in der Form des direkten Appells an alle kriegführenden Länder zu tun.

Wir vertreten demgegenüber die Ansicht:

1. Es müsse ein günstiger Zeitpunkt dafür abgewartet werden, jetziger Zeitpunkt sei wegen noch ungeklärter militärischer Lage verfrüht. Es sei besser, zu warten, bis Festsetzen in neuer Linie bzw. ein etwaiger militärischer Erfolg Rückschlag bei Gegnern hervorrufe.
2. Bezüglich der Form sei neutrale Vermittlung vorzuziehen.

Burian behält sich vor, seinen Friedensvorschlag genau zu formulieren.

Im Gespräch zwischen beiden Kaisern bemüht sich Seine Majestät, dem Kaiser Karl die Vorteile unserer Methode klar zu machen, und gewinnt den Eindruck, daß Kaiser Karl durch seine Argumente überzeugt ist.

Schlußergebnis: Verhandlungen sollen fortgesetzt werden; dazu wünscht Graf Burian möglichst baldige Reise des Reichskanzlers und Staatssekretärs nach Wien.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

21. **August.** Prinz Hohenlohe überreicht formulierten ersten Entwurf der österreich-ungarischen Note, der grundsätzlich direkten Appell an alle kriegführenden Staaten enthält, zu einer vertraulichen und unverbindlichen Aussprache über die Grundprinzipien eines Friedensschlusses in einen Ort des neutralen Auslandes Delegierte zu entsenden.

25. **und 26. August.** Es wird hier bekannt, daß Graf Burian am 19 August, d. h. nach den getroffenen Abreden in Spa, hinter unserm Rücken bereits versucht hat, auf die bulgarische und türkische Regierung einen Druck auszuüben, dahingehend, sich mit seinem Vorschlage einverstanden zu erklären. Graf Burian hat dabei nach deren Angaben sogar den Findruck erweckt, als wenn die deutsche Regierung sich bereits mit seinem Vorschlage einverstanden erklärt hätte. Gleichzeitig hat er von sich aus erklärt, unter allen Umständen in acht bis zehn Tagen mit der Demarche vorzugehen, weil er dadurch die öffentliche Meinung der Welt für uns zu gewinnen hoffe. Bei seinem Schritt hat Graf Burian die mit Graf Czernin getroffene Vereinbarung, an unsere östlichen Bundesgenossen erst immer dann heranzutreten, nachdem Einigung zwischen Berlin und Wien erzielt ist, verlassen.

Gesandter Sofia und Botschafter Pera werden über den tatsächlichen Sachverhalt informiert.

27. **August.** Nachdem sowohl in mündlichen Verhandlungen mit Prinz Hohenlohe, wie in Anweisungen an Graf Wedel, Graf Burian von unserer Auffassung in Kenntnis gesetzt war, daß wir den von ihm vorgeschlagenen Schritt für unzweckmäßig, dagegen die neutrale Vermittlung zu einem günstigen Zeitpunkte für den einzig richtigen Weg des Vorgehens erachten, übergibt Prinz Hohenlohe eine Notiz, in der Graf Burian erneut seine Argumente zugunsten sofortigen Vorgehens und zugunsten seiner Methode vorbringt, sowie um die unverweilte Ausführung der ihm gegebenen Zusage einer Reise des Herrn Reichskanzlers und des Herrn Staatssekretärs nach Wien zur gemeinsamen Beratung bittet.

28. **August.** Graf Wedel wird informiert, daß Behauptung des Grafen Burian, wir hätten uns mit seinem Vorschlage einverstanden erklärt, nicht den Tatsachen entspricht. Wir haben lediglich eine Prüfung der österreich-ungarischen Note in Aussicht gestellt und betont, daß wir gegenwärtigen Zeitpunkt für angeregte Demarche bei unseren Feinden für verfrüht halten. Einvernehmen zwischen uns und österreichisch-ungarischer Regierung über *modus procedendi* war somit noch nicht erzielt. Graf Burian hat daher durch Herantreten an türkische und bulgarische Regierung hinter unserm Rücken bewährte Tradition verlassen. Noch größeres Befremden hat Erklärung Ministers hervorgerufen, unter allen Umständen in acht bis zehn Tagen vorgehen zu wollen. Graf Wedel soll hierüber Graf Burian fragen und auf bedenkliche Konsequenzen derartigen Vorgehens hinweisen. Sollte Graf Burian nicht bestimmte Zusicherung geben, derartiges Vorgehen in Zukunft nicht zu wiederholen, soll Graf Wedel als persönliche

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Ansicht aussprechen, daß er sich befriedigende Ergebnisse von einem Besuch Reichskanzlers und Staatssekretärs in Wien nicht versprechen könne. Ferner erhielt Graf Wedel Argumente an die Hand, um auf Graf Burian zugunsten der von uns geplanten neutralen Vermittlungsaktion einzuwirken. Diesbezüglich nehmen wir an, daß neutraler Vermittler vor Uebernahme der Mission verlangen würde, von uns über Grundlagen unterrichtet zu werden, auf denen wir zum Friedensschluß bereit sein würden. Diesem Verlangen würden wir unter Voraussetzung entsprechen können, daß auch seitens unserer Gegner eine Mitteilung ihrer Kriegsziele in großen Linien an den Vermittler erfolgt. Auf diese Weise Anbahnung gegenseitigen Meinungsaustausches ohne den Nachteil, daß wir als die Bittenden erscheinen.

30. August. Talaat, der auf Reise nach Berlin in Wien Aufenthalt nimmt, wird gebeten, in Wien für unseren*) Standpunkt einzutreten.

Prinz Hohenlohe bei Staatssekretär, liest Telegramm Burians vor: Friedensschritt dringlich — unverschiebbar. Burian werde, wenn wir nicht mitmachen, ihn von sich aus unternehmen. Auf neutrale Intervention sei nicht zu rechnen. Staatssekretär entgegnet in dringlicher Form: befremdet über Aktion mit Bulgarien und Türkei hinter unserm Rücken, ferner zugunsten neutraler Vermittlung und späterem Zeitpunkt. Graf Wedel erhält diesbezügliche dringliche Weisung: Ernst der Lage zu berücksichtigen, der für Oesterreich-Ungarn aus Sondervorgehen entstehen könnte.

1. September. Graf Wedel meldet: Kaiser Karl sei treibende Kraft. — Auf Grund gestriger Vorstellungen (Weisung vom 30. August) habe Graf Burian bei Kaiser Karl gerade noch kurzen Aufschub erreicht.

3. bis 5. September. Nachdem auch am 2. September eine geeignete Grundlinie für eine Verständigung mit Graf Burian in der Friedensfrage nicht erzielt worden war, ist Staatssekretär mit Unterstaatssekretär von Stumm persönlich in Wien anwesend (Reichskanzler ist trotz österreich-ungarischer Aufforderung nicht gereist). Auch die eingehenden mündlichen Verhandlungen mit Graf Burian, ferner ein persönlicher Vortrag des Herrn Staatssekretärs vor Seiner Majestät dem Kaiser Karl führten zu keiner Verständigung. Staatssekretär vertrat erneut die deutsche Absicht, die Friedensaktion durch neutrale Vermittlung und zu einem etwas späteren günstigeren Zeitpunkt erfolgen zu lassen (etwa zwei Wochen, bis zur Beendigung der Rückbewegung des deutschen Heeres). Demgegenüber Graf Burian: Sofort und direkt.*) Trotz scheinbaren gelegentlichen Entgegenkommens des Grafen Burian und Zustimmung von Wekerle und Arz hält am Schluß der dreitägigen Besprechungen Graf Burian an ursprünglichem Standpunkt fest.

7. September. Durch Eingreifen des Generals Cramon im Verein mit Generaloberst von Arz willigt Kaiser Karl in Aufschub der österreich-

*) Im Original gesperrt.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

ungarischen Note und ersucht Generalfeldmarschall von Hindenburg um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wo bzw. in welcher Linie beabsichtigt Oberste Heeresleitung endgültig Widerstand zu leisten?
2. Wann wird diese Linie erreicht sein?
3. Wann ungefähr erscheint der Obersten Heeresleitung die beabsichtigte Anregung zu Besprechungen über Friedensverhandlungen nach der Kriegslage möglich und angezeigt?

Nach Ansicht Kaiser Karls wäre jeder Aufschub für uns eine Schädigung, weil Gegner dadurch Gelegenheit erhalten, sich dauernd zu verstärken.

10. September. Generalfeldmarschall von Hindenburg spricht sich nach persönlicher Rücksprache mit Exzellenz von Hintze im Großen Hauptquartier zu Punkt 3 dahin aus, daß er der Absendung der beabsichtigten Note Oesterreich-Ungarns (d. h. des direkten Appells an alle kriegführenden Länder) nicht zustimmen könne, er halte diesen Schritt für unsere Heere und Völker für verderblich. Dagegen sei er mit Vermittlung einer neutralen Macht zur Herbeiführung einer Aussprache ohne Aufschub*) einverstanden.

Gleichzeitig erneute Unterredung zwischen Graf Wedel und Graf Burian. Graf Burian erklärt, er sei entschlossen, Friedensnote abzulassen und könne nicht länger zögern. Graf Wedel warnt vor Uebereilung und ersucht dringend, so lange zu warten, bis Resultat unmittelbar bevorstehender Besprechung Staatssekretärs mit Oberster Heeresleitung feststünde. Eindruck: Graf Burian vielleicht unseren Argumenten zugänglich, treibende Kraft Kaiser Karl. Mit Mühe Zusage erreicht, daß Burian Kaiser Karl vorschlagen will, noch einige Tage zu warten. Absendung Note schwerlich zu verhindern, höchstens kurzer Aufschub erreichbar.

Es wird erneut in Erwägung gezogen eine direkte Einwirkung Seiner Majestät des Kaisers auf Kaiser Karl. Seine Majestät der Kaiser steht unter dem Eindruck, daß Kaiser Karl bei letzter Zusammenkunft in Spa sich mit Anregung und Vermittlung neutraler Macht einverstanden erklärt habe.

11. September. Als Ergebnis neuerlicher Besprechungen zwischen Seiner Majestät, Oberster Heeresleitung und Staatssekretär Einverständnis mit sofortiger Einleitung Friedensdemarche bei Königin der Niederlande. Wien soll zum Beitritt bzw. Einverständnis aufgefordert werden, ebenso Sofia und Konstantinopel**).

---

*) Im Original gesperrt.

**) Das Telegramm des Staatssekretärs von Hintze aus dem Großen Hauptquartier vom 11. September 1918 (Ankunft 5.55 Uhr nachmittag), auf dem diese Stelle der Aufzeichnung beruht, lautet:

Seine Majestät und Oberste Heeresleitung sind mit sofortiger Einleitung Demarche bei neutraler Macht einverstanden. Bitte Botschafter Wien dies drahten mit Auftrag, es der österreichisch-ungarischen Regierung zu notifizieren und zum Beitritt bzw. Einverständnis aufzufordern, desgleichen Gesandten Sofia und Grafen Bernstorff, Talaat Pascha. Bitte Reichskanzler verständigen. Hintze.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

In besonderer Audienz des Generals von Cramon bei Kaiser Karl verhält sich dieser gegen Vermittlung durch neutrale Macht ablehnend und behält sich im übrigen seine Entschlüsse vor, ohne sich bestimmt zu äußern.

Graf Wedel äußert sich skeptisch bezüglich Wirksamkeit eines Allerhöchsten Telegramms, ebenso bezüglich Mitwirkung von Tisza und Wekerle zu unseren Gunsten; er hält wohl kurze Verschiebung der Ausführung, aber nicht Abänderung des Entschlusses für erreichbar.

Auch bulgarische Regierung wird durch Graf Oberndorff, türkische Regierung durch direkte Verhandlung mit Talaat aufgefordert, unsere diplomatische Aktion in Wien zugunsten der neutralen Vermittlung zu unterstützen.

Beide Regierungen sagen Unterstützung zu, geben sich aber keiner Hoffnung auf Erfolg hin.

Graf Wedel meldet nach Kenntnis, daß wir mit sofortiger Friedensdemarche einverstanden sind, daß neutrale Vermittlung nicht zu erreichen, weil man sich in Wien Rolle des Friedensstifters nicht von anderem nehmen lassen will und Kaiser Karl sich von ihr Wiederherstellung entschwundenen Vertrauens zur Krone verspricht, was bei Furcht vor Revolution als höchstes Ziel angesehen wird. Selbst bei Nichtgelingen der Demarche rechne man Vertrauenserfolg, da von Wien ausgehende Note Zustimmung der öffentlichen Meinung finden wird, die von Friedenssehnsucht beherrscht wird, daher Absendung der österreichischen Note sicher. Man würde sich in Wien damit begnügen, uns die Demarche vorher mitgeteilt zu haben und lieber auf unsere Zustimmung verzichten als Ausführung aufgeben.

12. September. Graf Wedel erhält Weisung, Graf Burian sofort aufzusuchen, um ihn nochmals vor seinem Friedensschritt zu warnen und ihm erneut zu erklären, daß Eindruck in Deutschland sein würde: Oesterreich-Ungarn verrät uns. Wir sind außerstande, diesen Eindruck zu verhindern. Graf Wedel soll nochmals zugunsten neutraler Vermittlung sprechen und besonders ausführen, daß, falls diese scheitere, uns alle anderen Wege offen blieben, während bei Einschlagen Burianschen Schrittes kein anderer Weg, besonders nicht Anrufung Neutraler, möglich sei. Deutsche Regierung könne nach österreichisch-ungarischem Schritte nicht erklären, daß sie ihm vorher zugestimmt hätte. Verantwortung für Sperrung der Mediation bleibe bei Graf Burian.

Graf Wedel meldet, daß Burian auf Hinweis der Gefährdung Bündnisses feierlich betont habe, er werde durch bündige Erklärungen jeden Zweifel an Bündnistreue rasch zerstreuen. Etwas später erscheint Kabinettschef Graf Coloredo bei Graf Wedel und teilt mit, daß Graf Burian Friedensnote am Sonnabend, den 14. d. M., loslassen werde. Die Gründe dafür seien uns bekannt, Burian werde darin bestärkt durch Mitteilung Schweizer Gesandten an türkischen Botschafter, wonach Schweiz kürzlich Friedensfühler bei Entente ausgestreckt und von dieser Antwort erhalten habe, daß Mediation neutraler Macht als unfreundlicher Akt betrachtet

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

werden würde. In demselben Sinne habe sich neuer schwedischer Ministerpräsident geäußert und bezüglich des Zeitpunktes*) der Aktion habe sich Generalfeldmarschall von Hindenburg ja ausdrücklich mit sofortiger Aktion bereit erklärt. Burian bittet um Einwirken auf unsere Presse, damit keine Mißstimmung hervortritt. Sollte dies trotzdem eintreten, so garantiert er, Zweifel an Oesterreichs Bundestreue innerhalb 24 Stunden zu zerstreuen. Schließlich bat Burian, deutsche Regierung möchte möglichst bald zustimmend auf Note antworten, damit eventuelle Mißdeutung bei Gegnern, als bedeute Aktion einen Separatschritt Oesterreich-Ungarns, von vornherein die Spitze abgebrochen werde. Veröffentlichung der Note sei für Sonntag vormittag beabsichtigt.

Prinz Hohenlohe teilt Staatssekretär schriftlich mit, daß er ein Telegramm Graf Burians erhalten habe mit der Mitteilung, daß Oesterreich-Ungarns Demarche am Sonnabend, den 14. d. M., erfolgen würde.

13. September. (Ankunft des Telegramms 2.50 Min. nachmittags.) Auf erneute Vorstellungen des Grafen Wedel wiederholt Burian seine bekannten Gründe gegen die neutrale Vermittlung und zugunsten seines Programms mit dem Hinzufügen, daß die Würfel bereits gefallen seien.*) Verantwortung dafür übernehme er allein voll und ganz. Er werde alles tun, um etwaige Zweifel an Bundestreue zu zerstreuen. Wiederholt seine Bitte um rasche deutsche Zustimmung. Er lege allergrößten Wert darauf, auch nur den Schein einer Divergenz zu vermeiden.

General von Cramon erbittet eine weitere Audienz bei Kaiser Karl.

Kaiser Karl bleibt auf seinem Standpunkt: wenn man in Deutschland zu der Ansicht käme, als gedächte Oesterreich-Ungarn nicht länger an der Seite Deutschlands auszuhalten, so sei der Zweifel an seiner Bundestreue nachgerade beleidigend für ihn. Er sei bundestreu gewesen und werde es bleiben. Er hoffe dringend, daß Deutschlands Antwort so ausfallen würde, daß sie verbündeten Mächten nicht zum Schaden gereichen könne. Er habe in loyalster Weise Kaiser Wilhelm von seiner Absicht benachrichtigt und sei fest davon überzeugt, daß die am 14. abgehende Note bei allen kriegführenden Mächten einen günstigen Eindruck hervorrufen würde.

Seine Majestät erhält ein Telegramm vom Kaiser Karl, worin dieser unter Ablehnung der holländischen Vermittlung an der österreichischerseits in Aussicht genommenen Form festhält und um rasche Zustimmung Seiner Majestät bittet. Der österreichisch-ungarische Militärbevollmächtigte telegraphiert zurück an Kaiser Karl, daß Seine Majestät ihn bitten ließe, mit beabsichtigtem Schritt jedenfalls so lange zu warten, bis die Allerhöchste Antwort eintreffe. Dies könne keinesfalls bis 14. vormittags erfolgen, da Seine Majestät zunächst mit Reichskanzler sich in Verbindung setzen müsse.

14. September. Seine Majestät der Kaiser schickt ein Telegramm an Kaiser Karl, worin Bedauern ausgedrückt wird, daß dieser ungeachtet

*) Im Original gesperrt.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

der deutschen Stellungnahme seinen Schritt zur Ausführung bringe. Das Bundesverhältnis bedinge, daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn in Fragen von so weitgehender Bedeutung nur in voller Uebereinstimmung vorgehen, andernfalls verliere das Bündnis Inhalt und jede Bedeutung. Unter Hinweis auf die Gefahren des österreichisch-ungarischen Schrittes und unter nochmaliger Anführung der Vorteile der neutralen Vermittlung gibt sich Seine Majestät der bestimmten Hoffnung hin, daß Kaiser Karl in letzter Stunde sich des Ernstes der Lage bewußt werde und seine Regierung anweisen wird, auf die geplante Demarche zu verzichten.

Graf Wedel meldet am Nachmittag, daß Antworttelegramm Kaiser Wilhelms nachmittags im Ministerium des Aeußern noch nicht bekannt war, daß Angelegenheit bereits so weit gediehen sei, daß sie keinesfalls mehr rückgängig gemacht werden könne.

Telephonisch trifft aus Wien nachmittags die Mitteilung ein, daß die Vertreter der Presse bereits zur Empfangnahme von Instruktionen in der Friedensangelegenheit im Ministerium des Aeußern sich versammelten.

Abends wurden die deutsche Presse und Parteiführer vom Staatssekretär persönlich vom österreichisch-ungarischen Schritte in Kenntnis gesetzt.

Etwas später trifft der Wortlaut der österreichisch-ungarischen Note durch die Telegraphenbüros hier ein.*)

---

*) Vermerk der Reichskanzlei (in der ersten Auflage Nr. 5) Vom 18. September und von den folgenden Tagen datieren Telegramme, in denen von Versuchen berichtet wird, die gemacht worden sind, um in Verbindung mit dem österreichischen Schritt die Vermittelung einer neutralen Macht herbeizuführen. Nach einem Telegramm vom 29. August war günstige Aufnahme eines solchen Wunsches zu erwarten. Der jetzt eingeleitete Gedankenaustausch zog sich bis in die letzten Septembertage hin, führte aber nicht zum Ziel. Die Veröffentlichung der Aktenstücke hierüber muß, da sie keine einseitig deutsche Angelegenheit ist, späterer Zeit vorbehalten bleiben.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 5*)

Österreich-Ungarns Note an alle kriegführenden Mächte

Wien, den 14. September 1918

Eine objektive gewissenhafte Prüfung der Verhältnisse aller kriegführenden Staaten läßt keinen Zweifel mehr darüber bestehen, daß alle Völker, auf welcher Seite sie auch kämpfen mögen, das baldige Ende des blutigen Kampfes herbeisehnen. Trotz dieses natürlichen und begreiflichen Wunsches nach Frieden ist es bisher nicht gelungen, jene Vorbedingungen zu schaffen, die geeignet wären, die Friedensbestrebungen ihrer Verwirklichung näherzubringen und die Kluft, die die Kriegführenden gegenwärtig noch voneinander trennt, zu überbrücken. Es müssen daher wirksamere Mittel und Wege in Erwägung gezogen werden, durch die den verantwortlichen Faktoren aller Länder Gelegenheit geboten werden könnte, die gegenwärtig vorhandenen Möglichkeiten einer Verständigung zu überprüfen. Der erste Schritt, den Oesterreich-Ungarn einvernehmlich mit seinen Bundesgenossen zur Herbeiführung des Friedens am 12. Dezember 1916 unternommen hat, führte nicht zu dem gehofften Ende. Die Gründe hierfür lagen wohl in den damaligen Verhältnissen. Um die im steten Abnehmen begriffene Kriegslust ihrer Völker aufrechtzuerhalten, hatten die verbündeten Regierungen bis zu jenem Zeitpunkt jede Erörterung des Friedensgedankens mit den strengsten Mitteln unterdrückt, und so kam es, daß der Boden für eine friedliche Verständigung nicht entsprechend vorbereitet war. Es fehlte der natürliche Uebergang von der wildesten Kriegshetze zur Versöhnlichkeit. Es wäre aber verfehlt, zu glauben, daß unser damaliger Friedensschritt dennoch ganz ergebnislos blieb. Seine Früchte bestehen eben in jener nicht zu übersehenden Erscheinung, daß die Friedensfrage seither nicht mehr von der Tagesordnung verschwunden ist. Und wenn auch die vor dem Tribunal der Oeffentlichkeit geführten einschlägigen Diskussionen gleichzeitig Beweise von dem nicht geringen Gegensatze sind, welche die gegeneinander kämpfenden Mächte in ihrer Auffassung über die Friedensbedingungen heute noch trennen, so hat sich doch eine Atmosphäre gebildet, welche die Erörterung des Friedensproblems nicht mehr ausschließt. Ohne übertriebenen Optimismus kann wohl aus den Aeußerungen verantwortlicher Staatsmänner mindestens soviel konstatiert werden, daß der Wille, zu einer Verständigung zu gelangen und den Krieg nicht ausschließlich durch die Macht der Waffen zur Entscheidung zu bringen, auch bei den alliierten Staaten — bis auf einige gewiß nicht gering einzuschätzende Ausnahmen von verblendeten Kriegshetzern — allmählich doch durchzudringen beginnt. Die K. u. K. Regierung ist sich dessen bewußt, daß nach den tiefgehenden Erschütterungen, die im Leben der Völker durch die verheerenden Wirkungen des Weltkrieges

*) Neu aufgenommen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

verursacht wurden, die ins Wanken gebrachte Weltordnung nicht mit einem Schlage wird aufgerichtet werden können. Mühsam und langwierig ist der Weg, der zur Herstellung friedlicher Beziehungen zwischen den durch Haß und Erbitterungen getrennten Völkern führt. Doch ist es unsere Pflicht, den Weg der Verhandlungen zu betreten.

Und wenn es auch heute noch solche verantwortlichen Faktoren gibt, die den Gegner militärisch niederringen und ihm den Willen des Siegers aufzwingen wollen, so kann doch kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß dieses Ziel, angenommen, daß es überhaupt erreichbar ist, ein weiteres blutiges und langwieriges Ringen zur Voraussetzung hätte. Die für sämtliche Staaten und Völker Europas verhängnisvollen Folgen einer solchen Politik würde aber auch ein späterer Siegfriede nicht mehr gutmachen können. Nur ein Friede, der die heute noch auseinandergehenden Auffassungen der Gegner in einer gerechten Weise ausgleichen könnte, würde der von allen Völkern ersehnte dauernde Friede sein.

In diesem Bewußtsein und unentwegt bemüht, im Interesse des Friedens tätig zu sein, tritt nun die österreichisch-ungarische Monarchie neuerlich mit einer Anregung hervor, um eine direkte Aussprache zwischen den einander feindlich gegenüberstehenden Mächten herbeizuführen. Der ernste Friedenswille breiter Bevölkerungsschichten aller durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogenen Staaten, die unleugbare Annäherung in einzelnen kontroversen Fragen sowie die allgemein versöhnlichere Atmosphäre scheinen der K. u. K. Regierung eine gewisse Gewähr dafür zu leisten, daß ein im Interesse des Friedens unternommener neuerlicher Schritt, der auch den auf diesem Gebiete gemachten Erfahrungen Rechnung trägt, im gegenwärtigen Augenblicke die Möglichkeit eines Erfolges bieten könnte. Die österreichisch-ungarische Regierung hat daher beschlossen, allen Kriegführenden, Freund und Feind, einen von ihr für gangbar gehaltenen Weg zu weisen und ihnen vorzuschlagen, im freien Gedankenaustausch gemeinsam zu untersuchen, ob jene Voraussetzungen gegeben sind, welche die baldige Einleitung von Friedensverhandlungen als aussichtsvoll erscheinen lassen. Zu diesem Behufe hat die K. u. K. Regierung die Regierungen aller kriegführenden Staaten zu einer vertraulichen und unverbindlichen Aussprache an einem Orte des neutralen Auslandes eingeladen und an sie eine in diesem Sinne verfaßte Note gerichtet. Mit einer Note wurde dieser Schritt zur Kenntnis des Heiligen Stuhles gebracht und hierbei an das dem Frieden zugewendete Interesse des Papstes appelliert. Ferner wurden auch die Regierungen der neutralen Staaten von der Demarche verständigt. Das stets enge Einvernehmen, welches zwischen den vier verbündeten Mächten besteht, bietet die Gewähr dafür, daß die Verbündeten Oesterreich-Ungarns, an welche der Vorschlag gleicherweise ergeht, die in der Note entwickelte Auffassung teilen.

Das Friedensangebot, das die Mächte des Vierbundes am 12. Dezember 1916 an ihre Gegner gerichtet und dessen versöhnliche Grundgedanken sie

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

niemals aufgegeben haben, bedeutet trotz der Ablehnung, die es erfahren, einen wichtigen Abschnitt in der Geschichte des Krieges.

Zum Unterschiede von den ersten 2½ Kriegsjahren ist von diesem Augenblick an die Frage des Friedens im Mittelpunkt der europäischen, ja der Weltdiskussion gestanden und hat sie seither in immer steigendem Maße beschäftigt und beherrscht.

Der Reihe nach haben fast alle kriegführenden Staaten zur Frage des Friedens, seiner Voraussetzungen und Bedingungen immer wieder das Wort ergriffen. Die Linie der Entwicklung dieser Erörterungen war jedoch keine einheitliche und stetige, die zugrunde liegenden Standpunkte wechselten unter dem Einfluß der militärischen und politischen Lage, und zu einem greifbaren, praktisch verwertbaren allgemeinen Ergebnis hat sie (sc. die Linie) wenigstens bisher nicht geführt.

Immerhin kann unabhängig von allen diesen Schwankungen festgestellt werden, daß der Abstand der beiderseitigen Auffassungen sich im großen und ganzen etwas verringerte, daß sich trotz des unleugbaren Fortbestehens entschiedener, bisher nicht überbrückter Gegensätze eine teilweise Abkehr von manchem der extremsten konkreten Kriegsziele zeigt und eine gewisse Uebereinstimmung betreffs der allgemeinen Grundprinzipien des Weltfriedens manifestiert.

In beiden Lagern ist in breiten Bevölkerungsschichten ein Anwachsen des Friedens- und Verständigungswillens unzweifelhaft wahrzunehmen. Auch ein Vergleich der seinerzeitigen Aufnahme des Friedensvorschlages der Vierbundmächte bei ihren Gegnern mit späteren Aeußerungen von verantwortlichen Staatsmännern der letzteren, wie auch von nichtverantwortlichen, aber politisch keineswegs einflußlosen Persönlichkeiten bestätigt diesen Eindruck. Während beispielsweise noch in der Antwort der Alliierten an Präsident Wilson Forderungen erhoben wurden, die auf eine Zerstückelung Oesterreich-Ungarns, auf eine Verkleinerung und tiefgehende innere Umgestaltung des Deutschen Reiches und auf die Vernichtung des europäischen Besitzstandes der Türkei hinausliefen, wurden späterhin diese Forderungen, deren Verwirklichung einen überwältigenden Sieg zur Voraussetzung hätte, in manchen Erklärungen amtlicher Stellen der Entente modifiziert oder zum Teil fallen gelassen.

So erkannte in einer vor etwa einem Jahre im englischen Unterhause abgegebenen Erklärung Mr. Balfour ausdrücklich an, daß Oesterreich-Ungarn seine inneren Probleme selbst lösen müsse, und daß niemand von außen her Deutschland eine Verfassung auferlegen könne. Mr. Lloyd George erklärte zu Beginn dieses Jahres, daß es nicht zu den Kampfzielen der Alliierten gehöre, Oesterreich-Ungarn zu zerteilen, das Ottomanische Reich seiner türkischen Provinzen zu berauben und Deutschland im Innern zu reformieren. Als symptomatisch kann auch gelten, daß Mr. Balfour im Dezember 1917 kategorisch die Annahme zurückwies, die englische Politik hätte sich jemals für die Schaffung eines selbständigen Staates aus den linksrheinischen Gebieten Deutschlands engagiert.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Die Enunziationen der Mittelmächte lassen keinen Zweifel darüber, daß sie nur einen Verteidigungskampf um die Unversehrtheit und Sicherheit ihrer Gebiete führen.

Weit ausgesprochener als auf dem Gebiete der konkreten Kriegsziele ist die Annäherung der Auffassungen hinsichtlich jener Richtlinien gediehen, auf deren Grundlage der Friede geschlossen und die künftige Ordnung Europas und der Welt aufgebaut werden soll.

Präsident Wilson hat in dieser Richtung in seinen Reden vom 12. Februar d. J. Grundsätze formuliert, die bei seinen Alliierten nicht auf Widerspruch gestoßen sind und deren weitgehende Anwendung auch auf seiten der Vierbundmächte keinem Einwande begegnen dürfte, vorausgesetzt, daß diese Anwendung allgemein und mit den Lebensinteressen der betreffenden Staaten vereinbar sei. Allerdings ist zu bedenken, daß eine Uebereinstimmung in den allgemeinen Grundsätzen nicht genügt, sondern es sich weiter darum handelt, über ihre Auslegung und über ihre Anwendung auf die einzelnen konkreten Kriegs- und Friedensfragen einig zu werden. Für einen unbefangenen Beobachter kann kein Zweifel darüber bestehen, daß in allen kriegführenden Staaten ohne Ausnahme der Wunsch nach einem Frieden der Verständigung gewaltig verstärkt ist, daß sich immer mehr die Auffassung Bahn bricht, eine weitere Fortsetzung des blutigen Ringens müsse Europa in eine Trümmerstätte verwandeln und in einen Zustand der Erschöpfung versetzen, der seine Entwicklung auf Jahrzehnte hinaus lähmt, ohne daß eine Gewähr dafür bestände, durch sie jene Entscheidung durch die Waffen herbeizuführen, die von beiden Seiten in vier Jahren voll ungeheurer Opfer, Leiden und Anstrengungen vergeblich angestrebt wurde.

Auf welchem Wege und auf welche Weise kann aber eine Verständigung angebahnt und schließlich erzielt werden? Besteht irgendeine ernste Aussicht, durch die Fortführung der Diskussion über das Friedensproblem in der bisherigen Art zu diesem Ziele zu gelangen? Letztere Frage haben wir nicht den Mut zu bejahen. Die Diskussion von einer öffentlichen Tribüne zur anderen, wie sie bisher zwischen den Staatsmännern der verschiedenen Länder stattgefunden hat, war eigentlich nur eine Serie von Monologen.

Es fehlte ihr vor allem die Unmittelbarkeit. Rede und Gegenrede griffen nicht ineinander ein, Sprecher sprachen aneinander vorbei. Anderseits war es die Oeffentlichkeit und der Boden dieser Auseinandersetzungen, die ihnen die Möglichkeit eines fruchtbaren Fortschreitens raubten. Bei allen öffentlichen Kundgebungen dieser Art wird eine Form der Beredsamkeit angewendet, die mit der Wirkung auf große Distanz und auf die Massen rechnet. Damit vergrößert man aber — bewußt oder unbewußt — den Abstand von der gegnerischen Auffassung, erzeugt Mißverständnisse, die Wurzel fassen und nicht beseitigt werden, und erschwert den freimütigen, einfachen Gedankenaustausch. Jede Kundgebung der führenden Staatsmänner wird, sowie sie stattgefunden hat und auch ehe die zuständigen Stellen der Gegenseite darauf erwidern können, zum

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Gegenstande einer leidenschaftlichen oder übertreibenden Besprechung unverantwortlicher Elemente. Aber auch die verantwortlichen Staatsmänner selbst veranlaßt die Besorgnis, die Interessen der Kriegführung durch ungünstige Beeinflussung der Stimmung in der Heimat zu gefährden und die eigenen letzten Absichten vorzeitig zu verraten, zum Anschlagen hoher Töne und zum starren Festhalten an extremen Standpunkten.

Soll also der Versuch unternommen werden, zu prüfen, ob für eine Verständigung, die die Katastrophe einer selbstmörderischen Fortsetzung des Kampfes von Europa abzuwenden geeignet ist, die Grundlagen gegeben sind, so wäre jedenfalls eine andere Methode zu wählen, die eine unmittelbare mündliche Erörterung zwischen den Vertretern der Regierungen und nur zwischen ihnen ermöglicht.

Den Gegenstand einer solchen Erörterung und gegenseitigen Beleuchtung hätten ebenso die gegensätzlichen Auffassungen der einzelnen kriegführenden Staaten zu bilden, wie auch die allgemeinen Prinzipien, die dem Frieden und dem künftigen Verhältnis der Staaten zueinander als Basis dienen sollen und über die zunächst eine Einigung mit Aussicht auf Erfolg versucht werden kann. Sobald eine Einigung über die Grundprinzipien erreicht wäre, müßte man im Verlauf der Besprechungen versuchen, sie auf die einzelnen Friedensfragen konkret anzuwenden und damit deren Lösung herbeizuführen.

Wir möchten hoffen, daß auf seiten keines der Kriegführenden ein Bedenken gegen einen solchen Gedankenaustausch vorliegen werde. Die Kriegshandlungen erführen keine Unterbrechung, die Besprechungen gingen auch nur so weit, als sie von den Teilnehmern für aussichtbietend gehalten würden. Für die vertretenen Staaten könnten daraus keine Nachteile erwachsen; weit entfernt zu schaden, müßte ein solcher Gedankenaustausch für die Sache des Friedens nur von Nutzen sein. Was das erstemal nicht gelingt, kann wiederholt werden und hat vielleicht mindestens schon zur Klärung der Auffassungen beigetragen.

Berge von alten Mißverständnissen ließen sich wegräumen, viele neue Erkenntnisse zum Durchbruch bringen, Ströme von zurückgehaltener Menschenfreundlichkeit würden sich lösen, in deren Wärme alles Wesentliche bestehen bliebe, dagegen manches Gegensätzliche verschwinden würde, dem heute noch eine übermäßige Bedeutung beigemessen wird.

Nach unserer Ueberzeugung sind alle Kriegführenden es der Menschheit schuldig, gemeinsam zu untersuchen, ob es nicht jetzt, nach so vielen Jahren eines opfervollen, jedoch unentschiedenen Kampfes, dessen ganzer Verlauf auf Verständigung weist, möglich ist, dem schrecklichen Ringen ein Ende zu machen.

Die K. u. K. Regierung möchte daher den Regierungen aller kriegführenden Staaten vorschlagen, zu einer vertraulichen und unverbindlichen Aussprache über die Grundprinzipien eines Friedensschlusses in einem Ort des neutralen Auslandes und zu einem nahen Zeitpunkte, worüber man

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

noch Vereinbarungen zu treffen hätte, Delegierte zu entsenden, die beauftragt wären, die Auffassung ihrer Regierungen über jene Prinzipien einander bekanntzugeben, analoge Mitteilungen entgegenzunehmen, sowie offene und freimütige Aufklärungen über alle jene Punkte, die einer Präzisierung bedürfen, zu erbitten und zu erteilen.

Die K. u. K. Regierung beehrt sich, die Regierung von . . . . durch die geneigte Vermittlung Eurer Exzellenz zu bitten, diese Mitteilung zur Kenntnis der Regierung von . . . . bringen zu wollen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 6

Der Vertreter des Auswärtigen Amtes im Grossen Hauptquartier Legationsrat Freiherr von Lersner an das Auswärtige Amt

Telegramm

Abgegangen: 12 Uhr 10 vorm. — Angekommen: 12 Uhr 50 vorm.

Großes Hauptquartier, den 26. September 1918

Dringend

Heute nacht ließ mich General Ludendorff rufen, um mir mitzuteilen, General von Cramon habe gedrahtet, daß Bulgarien nach Wiener Meldungen einen sofortigen Sonderfrieden abschließen wolle. Bei Bekanntgabe dieser Absicht seien in Sofia wüste Schmähreden gegen Deutschland gehalten, das seinen Bundesgenossen im Stich gelassen habe. Falls diese Nachricht sich bewahrheitet, wolle Oesterreich sich mit Rumänien verständigen.

General Ludendorff tritt dieser Auffassung bei und bittet Euere Exzellenz, weiteres wegen Rumänien zu veranlassen.

Ich habe dringendst darauf hingewiesen, nichts zu übereilen und vor absolut sicherer Nachricht nicht für unsern Feind Rumänien unsern bulgarischen Bundesgenossen preiszugeben.

Der österreichisch-ungarische Militärbevollmächtigte, Feldmarschall Baron Klepsch, der bei der Besprechung anwesend war, hat mit mir folgendes Telegramm an seine Heeresleitung aufgesetzt und abgesandt:

„General Cramons Mitteilung von der Absicht Bulgariens, einen Sonderfrieden zu schließen, hat die Oberste Heeresleitung veranlaßt, trotz allem Ernst der Lage an allen Fronten 5 Divisionen zu entsenden, welche größtenteils bei Nisch aufmarschieren werden.

In Anbetracht der hohen Tragweite der Lage bittet die Oberste Heeresleitung, daß auch österreich-ungarischerseits außer den zwei bestimmten mindestens noch eine Division nach Bulgarien bestimmt werden, da es sich um den gesicherten Schutz der Verbindung mit Rumänien und der Türkei handelt. Außerdem ist die Oberste Heeresleitung der Ansicht, daß man sich mit Rumänien verständigen könnte, falls zunächst zweifellos festgestellt wäre in Berlin und Wien, daß Bulgarien tatsächlich einen ‚Separatfrieden' schließt."

General Ludendorff sagte mir, daß die bulgarische Armee sich anscheinend völlig aufgelöst habe. Er würde bei Nisch mit starken Kräften aufmarschieren und Anschluß nach Westen an General von Pflanzer suchen. Ihm komme es vor allem darauf an, die Kupfergrube Bor und die rumänische Oelausfuhr für uns zu retten, die eine Lebensbedingung für uns sei.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Ich darf im Namen der Obersten Heeresleitung gehorsamst bitten, Legationsrat Horstmann zur schärfsten Aufmerksamkeit in Rumänien zu veranlassen, da rumänische Unruhen in unserm Rücken katastrophal wirken würden.

Ob die von der Ukraine über Konstantinopel nach Bulgarien dirigierte deutsche Division noch in Bulgarien rechtzeitig eingreifen kann, erscheint fraglich. Immerhin ist sie für den Schutz Konstantinopels von größtem Wert.

gez. Lersner

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 7

Der Vertreter des Auswärtigen Amtes im Grossen Hauptquartier Legationsrat Freiherr von Lersner an das Auswärtige Amt

Telegramm
Angekommen: 1 Uhr nachm.

Großes Hauptquartier, den 27. September 1918

Heute, Donnerstag früh, habe ich an Grafen Oberndorff gedrahtet:

„Falls Euer Hochgeboren der Ansicht sind, daß deutsche Truppen nach Sofia gelegt werden müssen, erbitte ich gehorsamst Drahtnachricht."

Hierauf hat mir Graf Oberndorff geantwortet:

„Dringendst empfehle ich aus politischen Gründen schleunigst deutsche Truppen nach Sofia und Umgebung zu entsenden."

Das Einverständnis Euerer Exzellenz voraussetzend, habe ich General Ludendorff hierauf veranlaßt, folgendes Telegramm an Oberbefehlshaber General von Scholtz zu senden:

„Anwesenheit deutscher Truppen in Sofia kann Lage in Bulgarien retten. Ich habe deshalb Befehl gegeben, sämtliche durch Sofia fahrende deutsche Truppen daselbst auszuladen und an Straße Sofia-Pirot, hart westlich Sofia, zu versammeln. Offiziell dienen diese Truppen als Rückhalt für die weichende bulgarische Armee, tatsächlich sollen sie den König gegenüber seiner Regierung schützen. Zur Führung der Truppen bitte ich Euere Exzellenz, sofort den tatkräftigsten deutschen General zur Uebernahme des Kommandos nach Sofia zu entsenden. Er hätte sich sogleich mit der deutschen Gesandtschaft in Verbindung zu setzen."

Ich habe von mir aus an Grafen Oberndorff hinzugefügt: „Voraussichtlich treffen die deutschen Truppen Freitag, den 27. abends, oder Sonnabend, den 28., Sofia ein. Sie werden vorläufig aus zwei Infanterie-Bataillonen, vier Batterien und etwas Kavallerie bestehen. Hier in Spa sieht man die Lage durchaus hoffnungsfreudig an und hofft bestimmt, die bulgarische Katastrophe zu verhindern.

Euer Hochgeboren darf ich ergebenst anheimstellen, General Gantschew nach Euer Hochgeboren Gutdünken von vorstehendem Kenntnis zu geben."

General Ludendorff bittet Euer Exzellenz, dem Grafen Oberndorff nunmehr weitere Weisungen zukommen zu lassen und dem Oberst von Massow Kenntnis zu geben.

gez. Lersner

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 8

Der Kaiserliche Militärbevollmächtigte in Bulgarien Oberstleutnant von Massow an das Auswärtige Amt

Telegramm

Abgegangen: 6 Uhr 45 nachm. — Angekommen: 8 Uhr 25 nachm.

Oberkommando Scholtz, den 29. September 1918

Werde mit General Michael Sawow morgen Sonntag Sofia eintreffen. Er ist bereits in Fühlung mit dem König und sieht mit Zuversicht seiner nächsten Aufgabe entgegen, die Regierung zu stürzen und das Heer zu ordnen. Willisen wird mit uns bis Jagodina reisen.

Massow

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 9

Der Kaiserliche Gesandte in Sofia Graf Oberndorff an das Auswärtige Amt

Telegramm.

Abgegangen: 8 Uhr vorm. — Angekommen: 8 Uhr 28 vorm.

Sofia, den 30. September 1918

Bulgarische Regierung hat eben von Ljaptschew telegraphische Mitteilung aus Saloniki erhalten, daß Waffenstillstand unterzeichnet. Sie hat Mitteilung der Bedingungen verlangt.

gez. Oberndorff

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 9a*)

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts von Hintze an den Vertreter des Auswärtigen Amtes im Grossen Hauptquartier Legationsrat Freiherrn von Lersner

Telegramm (Auszug)
Abgegangen: 2. 10., 9,30 vorm.

Berlin, den 1. Oktober 1918

Dringend

Nach den letzten Nachrichten aus Bulgarien müssen wir das Spiel dort verloren geben. Vom politischen Standpunkt haben wir daher an der Belassung oder gar Verstärkung unserer dortigen Truppen kein Interesse mehr. Im Gegenteil wäre politisch eine baldige Räumung des eigentlichen Bulgarien erwünscht, schon um die bulgarische Regierung nicht auf die feindliche Seite zu drängen pp.

gez. Hintze

*) Neu aufgenommen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 10

Der Vertreter des Auswärtigen Amtes im Grossen Hauptquartier Legationsrat Freiherr von Lersner an das Auswärtige Amt

Telegramm

Abgegangen: 2. 10. 1918. — Angek.: 2. 10., 9 Uhr 10 nachm.

Großes Hauptquartier, den 2. Oktober 1918

Oberste Heeresleitung hat, nachdem ich Euer Exzellenz Telegramm bei General Ludendorff verwertet habe, an Heeresgruppe Scholtz gedrahtet:

„Soweit Lage hier zu übersehen, muß auf jede Hoffnung, Bulgarien politisch noch weiter an unserer Seite zu halten, verzichtet werden. Die in Altbulgarien befindlichen deutschen Truppen sind daher nunmehr nach rein militärischen Gesichtspunkten zu verwenden. In den Vordergrund tritt hierbei, der Entente den Weg über Sofia an die Donaulinie möglichst lange zu sperren. Bahnzerstörungen zunächst nur auf serbischem Gebiet, auf bulgarischem nur vor unmittelbarem Anmarsch von Ententetruppen. Der Anschluß unserer Kräftegruppe bei Sofia an unsere Versammlung bei Nisch muß gesichert bleiben. Gewaltmaßregeln gegen Bulgarien müssen aus politischen Gründen vermieden werden. Massow ist zu verständigen."

Stelle gehorsamst anheim, Graf Oberndorff Kenntnis zu geben, damit keine Unklarheit entsteht.

gez. Lersner

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

III

Die Beurteilung der militärischen Lage durch die Oberste Heeresleitung

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 10a*)

Der Erste Generalquartiermeister General Ludendorff an die Heeresgruppen im Westen

Durch Offizier geschrieben!
Nur für den Herrn Oberbefehlshaber,
Chef Ia bestimmt

Großes Hauptquartier, den 2. August 1918

Die Lage verlangt, daß wir uns einerseits auf die Abwehr stellen, andererseits so bald wie möglich wieder zum Angriff übergehen.

Nach dem starken Kräfteeinsatz der Entente zwischen Vesle und Marne sind Großangriffe des Feindes an anderer Stelle in der nächsten Zeit um so weniger zu erwarten, als er mit einem Gegenangriff rechnet. Die Fortsetzung des Angriffs an der Vesle ist zunächst nicht unwahrscheinlich.

Spätere feindliche Großangriffe können sich naturgemäß gegen alle Teile unserer Front richten. Größere Wahrscheinlichkeit haben sie:

1. am Kemmel und gegen den vorspringenden Bogen der 6. Armee,
2. gegen unsere Stellungen zwischen der Somme und Oise bis Soissons hin,
3. gegen die Höhenstellung von Maronvillers,
4. gegen die Südfront der Armeeabteilung C,
5. endlich gegen die Lothringer Front und im Sundgau.

Während wir hier die Abwehr organisieren, bereiten wir gleichzeitig den Angriff vor. Hierfür würde in Betracht kommen:

1. der Hagenangriff in kleinerer Form,
2. der Angriff Kurfürst zu beiden Seiten der Oise zwischen Montdidier und Soissons,
3. vielleicht kleinere Angriffe östlich Reims auf das Fort Pompelle und bei Vauquois, sowie bei C.,
4. Angriffe aus der Front der Heeresgruppe Herzog Albrecht in mehr oder weniger Breite.

Bei den Angriffen zumal westlich der Mosel wird es weniger darauf ankommen, weites Gelände zu erobern, als den Feind zu zerschlagen und günstigere Stellungen zu gewinnen. Oestlich der Mosel bleibt weiterer Geländegewinn zwar vorteilhaft, aber auch hier wird man sich mit weniger zu begnügen haben.

Wir müssen an Ueberraschungsangriffen festhalten, andere kosten uns zu viel Menschen. Auf schnelles Zusammenziehen der Angriffsmittel,

*) Neu aufgenommen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Truppen und Vereinfachung der Vorbereitung kann nicht genug Wert gelegt werden. So kann es auch möglich werden, namentlich auf schmalen Fronten, auch an beliebigen Stellen gegen die Schwächen des Feindes wichtige Teilerfolge zu erzielen.

Alle Angriffe sind nur als Abwehrmaßnahmen vorzubereiten. Von Angriffen ist nicht zu sprechen.

Ich bitte um Stellungnahme.

I. A.
gez. Ludendorff

Unter Verschluß!

An die
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht
„ Deutscher Kronprinz
„ Gallwitz
„ Herzog Albrecht

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 10b*)

Der Chef des Generalstabes des Feldheeres an die Heeresgruppen, Armee-Oberkommandos usw.

Schreiben

Großes Hauptquartier, den 11. September 1918

Der Mangel an brauchbaren Offizieren bei der Infanterie macht sich in immer steigendem Maße geltend. In den letzten Kämpfen wurde überall da, wo die Infanterie über energische und tapfere Führer verfügte, kein Fußbreit Boden verloren, auch dann nicht, wenn starke Tankgeschwader die feindlichen Angriffe begleiteten oder der Feind rechts und links durchgebrochen war. Fehlten solche Führer, so gab die Truppe in schwierigen Momenten leicht nach.

Allen Kommandobehörden — von der Division bis zu den Heeresgruppen — erwächst hieraus die ernste Pflicht, auf den schnellen Ersatz ausgefallener Kompagnie- und vor allem Bataillonsführer hinzuarbeiten.

Die Sorge darf sich nicht darauf beschränken, den Ersatz bei den stellvertretenden Generalkommandos, beim Kriegsministerium oder Militärkabinett anzufordern, vielmehr ist von allen Stäben zu prüfen, wie aus eigenen Mitteln geholfen werden kann.

Der lange Stellungskrieg, die Vorarbeiten für die Offensiven und die gesteigerten Anforderungen der Organisation und Verwaltung haben bewirkt, daß ein großer Teil der aktiven Offiziere zur Verwendung bei den Stäben hat herangezogen werden müssen.

Bei den starken, nicht zu ersetzenden Abgängen an der Front ist es jetzt an der Zeit, daß die Stäbe ihre bewährten Mitarbeiter herausgeben und der Front als Kompagnie- und Bataillonsführer zuführen. Oft wird es möglich sein, in ständigem Wechsel einen Austausch zwischen Front und Stäben eintreten zu lassen. Die Truppe erhält dadurch körperlich ausgeruhte, energische Offiziere mit unverbrauchten Nerven und stellt dafür der Erholung bedürftige Offiziere mit reicher Fronterfahrung den Stäben zur Verfügung. Auch für die Stimmung und in mancher anderen Beziehung wird dieser Austausch nützlich sein.

Der Grundsatz, daß aus wirtschaftlichen Betrieben und aus Stäben und Behörden der Etappe alle kriegsverwendungsfähigen Offiziere (aktive und Beurlaubtenstand) zur Frontverwendung freizumachen sind, muß nunmehr restlos durchgeführt werden. Ihre Ausbildung und Frontzuführung ist von den Kommandobehörden in die Wege zu leiten.

Persönliche Rücksichten bitte ich im Hinblick auf den Ernst der Lage und die Forderungen der Front zurückzustellen.

Ich habe die Kriegsministerien gebeten, alle in der Heimat nur irgend entbehrlichen Offiziere, vor allem aus stellvertretenden Generalkom-

---

*) Neu aufgenommen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

mandos, Kriegsamts- oder Kriegswirtschaftsstellen, dem Feldheer im weitesten Umfange zur Verfügung zu stellen. Sollten Truppenteile auf die Ueberweisung einzelner Offiziere (z. B. ehemaliger Angehöriger von Truppenteilen) besonderen Wert legen und ihrem Wunsche von den stellvertretenden Behörden nicht entsprochen werden, so bitte ich um Mitteilung.

I. A.: gez. Ludendorff

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 10c*)

Niederschrift, gefertigt im Grossen Hauptquartier

Geheim! Persönlich!
Rückblick und Auffassung der Lage

Großes Hauptquartier, den 15. September 1918

Westen

Am 8. August griff der Engländer zwischen Ancre und Avre an und errang einen beträchtlichen Anfangserfolg. Es gelang dem Feinde, durch Masseneinsatz von Tanks in überraschendem Angriff unsere Stellungen zu durchstoßen. Wir stellten mit Hilfe der dort stehenden Reserven die Lage bald wieder her. Die durch den englischen Vorstoß in der Flanke gefährdete Front südlich der Avre, gegen die sich ein Großangriff der Franzosen vorbereitete, wurde daraufhin um einige Kilometer zurückgenommen. Der am 10. August hier vorbrechende französische Angriff wurde zu einem Luftstoß. Engländer und Franzosen setzten ihre Angriffe gegen unsere neue Front beiderseits Roye fort; sie erlitten hierbei schwerste Verluste. Sie konnten keinerlei Erfolge mehr erzielen. Ihre Offensive hatte sich dort festgelaufen. Der Feind dehnte daher seine Angriffe nach Norden und Süden aus, der Engländer zwischen Scarpe und Somme, der Franzose zwischen Aisne und Oise. Hierbei gelang es den Franzosen am 18. August, den Engländern am 2. September (südöstlich Arras) durch starken Tankeinsatz unsere Linien zurückzudrücken. Dies führte uns zu dem Entschluß, in die allgemeine Linie der Siegfriedstellung zurückzugehen. Der Entschluß brachte uns eine wesentliche Verkürzung der Verteidigungsfronten und ermöglichte ein Aussparen ausreichender Reserven, auch erreichten wir dadurch eine wesentliche Verbesserung der Lebensbedingungen unserer Truppen, während wir dem Gegner ein auf Meilen Tiefe völlig verwüstetes Kampfgebiet überließen. Diese Zurücknahme hat sich völlig planmäßig vollzogen. Das gesamte Kriegsmaterial wurde in Sicherheit gebracht, das dem Feinde überlassene Gelände nachhaltig zerstört. Die in letzter Zeit an der Schlachtfront zwischen der See und der Ailette stattfindenden Kämpfe waren lediglich Nachhutkämpfe, die in vorher ausgesuchten Stellungen dem Feinde lange Aufenthalt bereiteten und ihm schwere Verluste zufügten. In den Kämpfen südlich der Ailette behaupteten wir in erbittertem Ringen die dortigen Hauptverteidigungslinien.

Als am 12. September Franzosen und Amerikaner starke Angriffe zwischen Mosel und Maas gegen den spitz vorspringenden St. Mihiel-Bogen richteten, wurde die planmäßig vorbereitete Zurücknahme der Truppen in eine kurze Sehnenstellung ausgeführt.

---

*) Neu aufgenommen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Der Feind wird zweifellos seine Angriffe in diesem Herbst noch fortsetzen. Der Zustrom amerikanischer Kräfte und die Massenverwendung von Tanks geben ihm Möglichkeit hierzu. Unsererseits wird der Kampf auch weiterhin nicht um Geländebesitz geführt werden, sondern nach dem Grundsatz, den Angreifer sich zermürben zu lassen, selbst aber die Kampfkraft unseres Heeres zu erhalten. —

Die Stimmung in Frankreich und England hat sich seit dem Nachlassen des Druckes der deutschen Offensive gehoben und ist durch Aufbauschung der Fronterfolge gesteigert worden.

In Frankreich macht sich jedoch Unwillen über die Einziehung des Jahrgangs 1920 geltend. Man begreift nicht, daß diese Maßnahme trotz Eintreffens der Amerikaner notwendig war. Auch das Breitmachen der Amerikaner auf allen Gebieten wird lästig empfunden. Frankreich und England fühlen sich immer mehr als Vasallen Amerikas. Um den Amerikanern im nächsten Jahr nicht den Ruhm der erhofften Niederzwingung der Mittelmächte und damit das entscheidende Wort beim Friedensschluß und in allen europäischen Fragen zu überlassen, suchen sie offenbar noch in diesem Jahr die Entscheidung.

In England hält man bisher mit der Propaganda für die Khaki-Wahlen zurück. Vielleicht wird Lloyd George einen großen Erfolg an der Front abwarten. Bleibt er aus, so können sich die Wahlen für die Regierung ungünstiger gestalten. Sorgen vor dem Verlust des englischen Welthandels an Amerika, vor dem wachsenden Einfluß der Pazifisten sowie vor einer deutschen politischen Offensive und Stärkung des Siegeswillens der deutschen Heimatfront treten auf.

In beiden Ländern hat die Verweigerung der Pässe zur sozialistischen Konferenz in der Schweiz böses Blut gemacht. Sie geht hauptsächlich von Frankreich aus. Die englischen Sozialisten schieben der französischen Regierung die Schuld hieran zu. pp.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 10d*)

Der Chef des Generalstabes des Feldheeres Generalfeldmarschall von Hindenburg an die Heeresgruppen usw. des Westens

Schreiben

Streng geheim! — Durch Offizier geschrieben!

Großes Hauptquartier, den 25. September 1918

Es ist mir gemeldet worden, daß der von mir befohlene Ausbau der rückwärtigen operativen Stellungen Offizieren in maßgebenden Stellen Anlaß gegeben hat, sich öffentlich dahin auszusprechen, daß die Oberste Heeresleitung das Ausweichen in diese Stellungen für die nächste Zeit plant. Ich bitte, mit allem Nachdruck gegen diese in keiner Weise zutreffende Auffassung vorzugehen. Sie schwächt den Willen, den Entscheidungskampf in unseren jetzigen Stellungen durchzuführen.

Zu meinem Bedauern habe ich den Eindruck, daß bei einigen höheren Stäben nicht die ruhige Beurteilung der Gesamtlage herrscht. Die Unzufriedenheit in der Heimat, die derzeitige starke Anspannung unseres Heeres, die Schwierigkeiten in der Ersatzbeschaffung und die Erschöpfung unserer Bundesgenossen wiegen schwer. Alle Nachrichten aus England, Frankreich und Italien sprechen aber auch von gleicher Anspannung der dortigen Volkskräfte.

Wie dem auch sei, je ernster die Lage, desto mehr ist es die Pflicht des Offizierkorps, insonderheit der höheren Kommandobehörden, alles zu tun, um die moralische und materielle Widerstandskraft unseres Heeres zu wahren. Kleinmut ist verderblicher wie zu weit gehende Hoffnungen.

Mit besonderer Sorge erfüllen mich die sich häufenden Meldungen, daß das Vertrauen zwischen Führung und Truppe, zwischen Offizier und Mann nicht mehr überall das alte sei. Die Truppe muß das Mitfühlen ihrer höheren Vorgesetzten in allen Lagen, der Soldat insbesondere die rastlose Fürsorge seiner Offiziere für sein leibliches Wohl, namentlich für die Verpflegung, jederzeit erkennen. Scharfe Aufmerksamkeit auf unrichtiges Verhalten von Offizieren jeden Alters, die dadurch der Gesamtheit des Offizierkorps und damit dem inneren Gefüge des Heeres schaden, ist geboten. Die Lebenshaltung und Lebensführung jedes Offiziers muß vorbildlich sein. Die Achtung vor dem Offizierkorps bildet die Grundlage der Manneszucht, auf die sich die Leistungen des Heeres aufbauen.

gez. von Hindenburg

An
die Heeresgruppen
A.O.K.'s (auch für Etappen-Insp.) des Westens
zur mündlichen Bekanntgabe bis einschließlich Div.-Kdre.

*) Neu aufgenommen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 10e*)

Der Chef des Generalstabes des Feldheeres Generalfeldmarschall von Hindenburg an die Heeresgruppen und Armee-Oberkommandos

Schreiben

Betrifft: Erziehung der Offiziere und Unteroffiziere

Großes Hauptquartier, den 26. September 1918

An die Kriegsministerien habe ich folgendes Schreiben gerichtet:

„Das stellenweise festgestellte Nachlassen der Disziplin und das Sinken der Kampfkraft mancher Truppenteile beruht nach allgemein gemachten Beobachtungen zum großen Teil auf der Verminderung der Leistungen und der inneren Geschlossenheit einzelner Offizier- und Unteroffizierkorps. Bei Ergänzung der schweren Verluste haben die früheren Anforderungen hinsichtlich der Auswahl, Vorbildung, Erziehung, Kenntnisse und Eigenschaften herabgesetzt werden müssen.

Um so wichtiger ist es, daß alle älteren Offiziere, vor allem aber die Kommandeure, ständig an der Erziehung der Offiziere und Unteroffiziere arbeiten.

In diesem Zusammenhang bitte ich, alle Ausbildungs- und Lehrkurse des dortigen Bereichs und auch die Ersatztruppenteile erneut eindringlich darauf hinzuweisen, daß n o c h m e h r**) als bisher durch Unterricht, kameradschaftliche Belehrung und Beispiel auf Hebung und Stärkung des Standesbewußtseins und Ehrgefühls, auf ernste Pflichtauffassung und strenge Selbstzucht hingearbeitet werden muß."

Ich bitte alle Truppenkommandeure, Leiter von Lehr- und Ausbildungskursen, Kommandanten von Uebungsplätzen, Schießschulen usw. vertraulich auf die ernste Notwendigkeit dieser Maßregel hinzuweisen und zu denselben Maßnahmen anzuhalten.

I. A. u. I. V.
gez. H e y e

---

*) Neu aufgenommen.
**) Im Original gesperrt.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

IV

Vorbereitende Schritte für ein Friedensangebot an den Präsidenten Wilson

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 11

Der Vertreter des Auswärtigen Amtes im Grossen Hauptquartier Legationsrat Freiherr von Lersner an das Auswärtige Amt

Telegramm

Abgegangen: 8 Uhr nachm. — Angekommen: 9 Uhr 5 nachm.

Großes Hauptquartier, den 21. September 1918

Eigenhändig für Herrn Staatssekretär

General Ludendorff fragte mich, ob Euere Exzellenz gedächten, durch Fürst Hohenlohe-Langenburg in Bern an Amerika wegen Friedensverhandlungen heranzutreten.

gez. Lersner

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 11a*)

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Hintze an den Vertreter des Auswärtigen Amtes im Grossen Hauptquartier Freiherrn von Lersner

Telegramm
Abgegangen: 10 Uhr 20 nachm.

Auf Telegramm vom 21. d. M.

Berlin, den 24. September 1918

Vorbereitungen für Anknüpfung mit Amerika sind getroffen.

gez. von Hintze

*) Neu aufgenommen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 12

Aufzeichnung

Gefertigt im Auswärtigen Amt

Berlin, den 28. September 1918

Wichtigste Voraussetzung für die Einleitung des Friedens ist die sofortige Bildung einer neuen Regierung auf breiter nationaler Basis auf freie Initiative Seiner Majestät des Kaisers. Hierzu wäre erwünscht, daß möglichst schon morgen abend ein Telegramm in Berlin eintrifft, das die Annahme der von Graf Hertling erbetenen Demission mitteilt und den Vizekanzler von Payer beauftragt, dem Kaiser sofort wegen der Person des neuen Kanzlers und der Zusammensetzung der neuen Regierung Vorschläge zu machen. Das neue Kabinett soll alle Kräfte des Volkes auf breitester nationaler Grundlage zusammenfassen und der Verteidigung des Vaterlandes nutzbar machen. Um die Erreichung dieses Zieles zu sichern, soll der Vizekanzler auf ausdrücklichen Wunsch des Kaisers das Präsidium des Reichstages und die Parteiführer hören und im engsten Einvernehmen mit der Volksvertretung seine Vorschläge ausarbeiten.

Die auf diese Weise neu gebildete Regierung würde im gegebenen Moment an den Präsidenten Wilson heranzutreten haben mit dem Ersuchen

> die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen und zu diesem Zwecke allen kriegführenden Parteien die Entsendung von bevollmächtigten Delegierten nach Washington vorzuschlagen.

Je nach den Wünschen unserer militärischen Stellen würde dem Präsidenten nahezulegen sein, die Kriegführenden eventuell gleichzeitig zum Abschluß eines sofortigen Waffenstillstandes einzuladen. Unsere Aufforderung an Herrn Wilson wäre von der Erklärung zu begleiten, daß Deutschland, eventuell der Vierbund, bereit ist, den Friedensverhandlungen als Programm die bekannten 14 Punkte des Präsidenten zugrunde zu legen.

Es dürfte sich empfehlen, unsere Mitteilung auf direktestem Wege an Herrn Wilson gelangen zu lassen und ihm dabei die Frage der öffentlichen oder geheimen Behandlung anheimzustellen. Am zweckmäßigsten wäre wohl, daß einer der kaiserlichen Gesandten in den neutralen Hauptstädten beauftragt würde, die Mitteilung schriftlich seinem amerikanischen Kollegen zu übergeben. Die Wahl des neutralen Landes müßte von der Eignung der in Frage kommenden amerikanischen Vertretung abhängig gemacht werden. Eine geheime telegraphische Anfrage ergeht dieserhalb heute an die verschiedenen kaiserlichen Gesandten.

gez. Rosenberg Bergen Stumm

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 13

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Hintze an das Auswärtige Amt

Telegramm

Abgegangen: 9 Uhr 40 nachm. — Angekommen: 10 Uhr nachm.

Großes Hauptquartier, den 29. September 1918

Ganz geheim

Für Herrn Unterstaatssekretär

Bitte auf Grund Befehls Seiner Majestät und Zustimmung des Herrn Reichskanzlers in Wien, Konstantinopel vertraulich mitteilen, daß ich vorschlage, Präsident Wilson Frieden anzubieten auf Grund seiner 14 Punkte und ihn einzuladen, Friedenskonferenz nach Washington zu berufen unter Aufforderung zu sofortigem Waffenstillstand.

Ob Sofia gleiche Mitteilung zur Zeit zu machen ist, hängt von morgigen Nachrichten ab.

Wenn unsere Verbündeten zustimmen, würde die in Bildung begriffene neue Reichsregierung den Vorschlag auf geeignete Weise an Präsident Wilson gelangen lassen, so daß der Vorschlag erst von ihr ausgehen würde.

gez. Hintze

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 14

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte Freiherr von Stumm an die Botschafter in Wien und Konstantinopel

Telegramm
Abgegangen: 30. September, 3 Uhr 10 vorm.

Berlin, den 29. September 1918

1. Wien
2. Pera

Dringend

Geheim. Bitte dortiger Regierung vertraulich mitteilen, daß die Kaiserliche Regierung vorschlägt, Präsident Wilson Frieden anzubieten auf Grund seiner 14 und 4 Punkte vom 8. Januar und seiner 4 Leitsätze vom 11. Februar und ihn einzuladen, Friedenskonferenz nach Washington zu berufen unter Aufforderung zu sofortigem Waffenstillstand. Wenn unsere Verbündeten zustimmen, würden wir den Vorschlag auf geeignete Weise an Präsident Wilson gelangen lassen.

Zu Euerer Exzellenz Orientierung und streng vertraulichen Verwertung: Neue Reichsregierung auf demokratischer Grundlage ist in Bildung begriffen und wird voraussichtlich morgen konstituiert werden. Sie soll bei Einleitung Friedensaktion im Amte sein.

Ganz geheim. Prinz Hohenlohe hat erklärt*), daß Oesterreich-Ungarn am Ende seiner Kräfte und Aussprache mit uns nötig sei. Rifaat Pascha hat im Namen der Pforte Besprechung unter den Verbündeten über die durch Vorgänge in Bulgarien geschaffene Lage angeregt, die neue Stellungnahme erfordere, und damit auch Friedensbedürfnis der Türkei durchblicken lassen. Unsere militärische Lage ist schwierig. Inwieweit Euere Exzellenz vorstehende Momente zur Begründung unseres Vorschlags andeutungsweise verwerten wollen, stelle ich Ihrem Ermessen anheim.

Schleunigste Zustimmung dringend erwünscht. Drahtbericht über Annahme Ihres Schrittes.

Gleiche Weisung ergeht nach Pera und Wien. Sofia wird vorläufig nicht verständigt.

gez. Unterstaatssekretär von Stumm

*) Randbemerkung von amtlicher Hand: „Die Erklärung des Prinzen Hohenlohe ist am 28. September mündlich erfolgt".

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 15

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Hintze an den Kaiserlichen Gesandten in Sofia

Telegramm
Abgegangen: 10 Uhr 20 nachm.

Berlin, den 30. September 1918

Dringend

Ganz geheim. Zur ausschließlichen persönlichen streng vertraulichen Orientierung.

Gesamte Lage zwingt uns baldigst mit Friedensangebot an Amerika heranzutreten.

gez. von Hintze

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 16

Der Kaiserliche Botschafter in Wien Graf Wedel an das Auswärtige Amt

Telegramm

Abgegangen: 4 Uhr 30 nachm. — Angekommen 6 Uhr 20 nachm.

Wien, 30. September 1918, 4 Uhr 30 Min.

Auftrag ausgeführt. Graf Burian war nicht überrascht, erblickte Ursache Vorschlags in Abfall Bulgariens, schwieriger Lage der Türkei und vor allem im Inhalt der durch Botschafter Prinz Hohenlohe überbrachten Mitteilung*). Ich habe hinzugefügt, daß Eile erwünscht sei, wenn man sich aus diesen Gründen zu solchem Schritt entschließe, da bei den schweren Kämpfen an der Westfront weitere Opfer möglichst vermieden werden sollten. Graf Burian erklärte, daß wir grundsätzlich auf Annahme unseres Vorschlages rechnen können. Doch könne er mir formelle Antwort erst heute abend, vielleicht erst morgen geben, da er Zustimmung Kaisers und nach Verfassung Ministerpräsidenten einholen müsse. Bedenken erhob Burian gegen Vorschlag der Abhaltung der Konferenz in Washington. Abgesehen von den technischen Schwierigkeiten bei der großen Entfernung, befürchte er für uns ungünstige Atmosphäre. Diese Bedenken wiege das Kompliment für Wilson nicht auf. Er glaubt, wir sollen Haag vorschlagen und nur, wenn es sich nicht vermeiden läßt, Washington annehmen.

gez. Wedel

*) Zu vergl. oben Nr. 14.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 17

Der Vertreter des Auswärtigen Amtes im Grossen Hauptquartier Legationsrat Freiherr von Lersner an das Auswärtige Amt

Telegramm
Angekommen: 2 Uhr 15 nachm.

Großes Hauptquartier, 30. September 1918

Oberste Heeresleitung bittet von allen Veröffentlichungen über unseren Friedensschritt Kenntnis zu erhalten, damit sie die Armee rechtzeitig benachrichtigen kann. Es besteht sonst Gefahr, daß Demoralisation eintritt.

gez. Lersner

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 18

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte Freiherr von Stumm an den Kaiserlichen Gesandten in Bern

Telegramm
Abgegangen: 4 Uhr 15 nachm.

Berlin, den 30. September 1918

Es handelt sich um sofortiges offizielles Friedensangebot an Wilson auf Grundlage der sämtlichen*) von diesem aufgestellten Punkte . . .

Bitte umgehende Aeußerung, ob 1. bei Uebermittlung durch Schweizer Regierung vorzeitige Indiskretion gegenüber Entente zu befürchten, 2. zutreffendenfalls, ob Schweizer Regierung ernstlich Anstoß nehmen würde, falls wir uns nicht Vermittlung Schutzmacht sondern anderer neutraler Regierung (Holland, Dänemark) bedienten.

gez. von Stumm

*) Im Konzept gesperrt.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 19

Telephongespräch des Legationssekretärs Dr. Jordan, Berlin (Auswärtiges Amt), mit Legationsrat Prinz Erbach und Botschafter Graf Wedel, Wien (Deutsche Botschaft), 1. Oktober 1918

Zeit: 10 Uhr 20 nachm. — 11 Uhr 50 nachm.

Jordan: „Hier Jordan. Exzellenz Stumm beauftragt mich, mitzuteilen, daß es unbedingt erforderlich sei, nicht nur prinzipielle Annahme unseres Vorschlags, sondern auch formelle Antwort bereits heute mittag in Berlin zu haben, da Schritt noch heute unternommen werden soll. Verhandlungsort sei von sekundärer Bedeutung. Washington solle zunächst nur aus Höflichkeitsgründen vorgeschlagen werden, ohne dadurch Möglichkeiten anderen Ortes auszuschließen. Wir müssen unter allen Umständen Antwort bis heute mittag haben. Vielleicht ist die verfassungsmäßige Zustimmung inzwischen schon eingetroffen? Bitte hiermit sofort zu Herrn Botschafter zu gehen, ich bleibe am Apparat."

Wedel: „Hier Botschafter Graf Wedel. Regierung prinzipiell einverstanden, kann aber Zustimmung zur Ausführung erst geben, wenn sie die Modalitäten kennt und billigt. Graf Burian erklärt, er könne sich nicht mit gebundenen Augen ausliefern, zumal er hier doch auch Rede und Antwort stehen müsse. Hiesige Regierung wollte den Schritt drüben auch machen. Prinz Hohenlohe habe ihm kurz gemeldet, daß der Schritt durch einen Amerikaner gemacht werden sollte, er habe angenommen, daß er durch die Schutzmächte ausgeführt werden solle. Mit diplomatischen Geheimmitteln werde man sich nach seiner Ueberzeugung einer Ablehnung oder einer sehr unangenehmen, in unsere inneren Verhältnisse eingreifenden Antwort aussetzen, es sei denn, daß wir bereits durch einen von drüben kommenden Wink dagegen gesichert seien. Dann müsse er um Orientierung darüber bitten. Er habe auch geglaubt, daß die neue Regierung den Schritt tun werde, die alte würde nach seiner Ueberzeugung eine ablehnende Antwort erhalten. Er bitte, Prinz Hohenlohe zu orientieren, wie die Sache behandelt werden solle, um dann Stellung nehmen zu können. Bis dahin könne Regierung nur dem Prinzip, aber nicht der ihr noch unbekannten Ausführung zustimmen. Bitte Antwort."

Jordan: „Darf gehorsamst vorschlagen: Drahtverbindung aufrecht zu erhalten, um Eurer Exzellenz gegebenenfalls hiesige Auffassung sofort melden zu können. Der Herr Staatssekretär wird jetzt mit Prinz Hohenlohe sprechen. Ueber Unterredung werden Euer Exzellenz noch benachrichtigt. Staatssekretär bittet, inzwischen nochmals Angelegenheit bei Graf Burian zu betreiben."

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 20

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Hintze an den Kaiserlichen Botschafter in Wien Grafen Wedel

Telegramm*)
Abgegangen: 1. Oktober nachm.

Berlin, den 1. Oktober 1918

Dringend

Wir haben Gedanken, Demarche durch Amerikaner machen zu lassen, aufgegeben, und beabsichtigen durch die schweizerische Regierung als unsere Schutzmacht an Präsident Wilson heranzutreten.

Sobald die neue Regierung gebildet ist, also voraussichtlich morgen oder übermorgen, soll der Kaiserliche Gesandte in Bern folgende Instruktion erhalten:

„Bitte dortiger Regierung sofort folgende Note zu übergeben: Der unterzeichnete Kaiserliche Gesandte ist beauftragt und hat die Ehre, die Eidgenössische Regierung zu ersuchen, den Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika telegraphisch wissen zu lassen, daß die Kaiserliche Regierung den Präsidenten Wilson bittet, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen, und zu diesem Zwecke Bevollmächtigte aller kriegführenden Staaten nach Washington einzuladen. Die Kaiserliche Regierung verbindet damit die Anregung, den Kriegführenden den Abschluß eines sofortigen allgemeinen Waffenstillstandes auf allen Fronten vorzuschlagen. Sie erklärt, daß sie die in der Botschaft des Präsidenten vom 8. Januar niedergelegten 14 Punkte und die in der Botschaft vom 11. Februar aufgestellten 4 Leitsätze als Grundlage für die Friedensverhandlungen annimmt.

Eventuelle Richtigstellung Formalien Ew. pp. überlassen. Bitte Wortlaut übergebener Note sofort drahten und mit allen Mitteln darauf dringen, daß die schweizerische Regierung mit größter Beschleunigung handelt und einstweilen unbedingte Diskretion wahrt. Drahtbericht über Ausführung und Aufnahme."

Euer Exzellenz wollen Wortlaut Graf Burian unverzüglich mitteilen. Ueber Zeitpunkt der Ausführung unserer Demarche erhalten Sie rechtzeitig Kenntnis, damit unser Schritt und der des Wiener Kabinetts möglichst gleichzeitig erfolgt.

gez. Hintze

*) Entsprechende Mitteilung ging gleichzeitig an den Kaiserlichen Botschafter in Konstantinopel.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

V

Die Oberste Heeresleitung dringt auf sofortige Absendung des Friedensangebotes

Die erste deutsche Note an Wilson

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 21

Der Vertreter des Auswärtigen Amtes im Grossen Hauptquartier Legationsrat Freiherr von Lersner an das Auswärtige Amt

Telegramm

Abgegangen: 1 Uhr nachm. — Angekommen: 3 Uhr 15 nachm.

Großes Hauptquartier, den 1. Oktober 1918

General Ludendorff bat soeben Freiherrn von Grünau und mich in Gegenwart von Oberst Heye, Euer Exzellenz seine dringende Bitte zu übermitteln, daß unser Friedensangebot sofort hinausgeht. Heute halte die Truppe, was morgen geschehen könne, sei nicht vorauszusehen.

Ich habe darauf hingewiesen, daß es doch nichts an unserer Lage ändern könne, ob unser Angebot heute oder in den nächsten Tagen erfolge. Baron Grünau wird Euer Exzellenz gleichfalls später drahten, daß*) er noch mit Seiner Majestät Rücksprache nehmen wird.

gez. Lersner

---

*) Anmerkung bei der Herausgabe: Wohl zu lesen: „da".

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 22

Der Chef des Generalstabes des Feldheeres Generalfeldmarschall von Hindenburg an den Vizekanzler von Payer

Telegramm

Abgegangen: 1 Uhr 30 nachm. — Angekommen: 2 Uhr nachm.

Großes Hauptquartier, 1. Oktober 1918

An
Major Frhr. v. d. Bussche
für den Vizekanzler von Payer

Wenn bis heute abend 7 bis 8 Uhr Sicherheit vorhanden ist, daß Prinz Max von Baden die Regierung bildet, so bin ich mit dem Aufschub bis morgen vormittag einverstanden.

Sollte dagegen die Bildung der Regierung irgendwie zweifelhaft sein, so halte ich die Ausgabe der Erklärung an die fremden Regierungen heute nacht für geboten.

gez. von Hindenburg

Notiz übergeben an Exzellenz von Payer. 1. Oktober, 2 Uhr nachm.

gez. v. d. Bussche

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 23*)

Der Vertreter des Auswärtigen Amtes bei Seiner Majestät Wirklicher Legationsrat von Grünau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Abgegangen: 2 Uhr nachm. — Angekommen: 2 Uhr 40 nachm.

Großes Hauptquartier, den 1. Oktober 1918

Dringend. Geheim.

General Ludendorff sagte mir eben in Gegenwart von Oberst Heye und Lersner, Euerer Exzellenz seine dringende Bitte zu übermitteln, das Friedensangebot sofort hinausgehen zu lassen und damit nicht erst bis zur Bildung der neuen Regierung zu warten, die sich verzögern könne.

Heute hielte die Truppe noch und wir seien noch in einer würdigen Lage, es könne aber jeden Augenblick ein Durchbruch erfolgen und dann käme unser Angebot im allerungünstigsten Moment. Er käme sich vor wie ein Hasardspieler, und es könne jederzeit irgendwo eine Division versagen.

Ich habe den Eindruck, daß man hier völlig die Nerven verloren hat, und möchte glauben, daß wir schlimmstenfalls nach außen hin den Schritt mit der Haltung Bulgariens begründen können.

Grünau

*) Anmerkung bei der Herausgabe: Dieses Dokument geht auf dasselbe Gespräch zurück wie Nr. 21.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 24

Der Vertreter des Auswärtigen Amtes bei Seiner Majestät Wirklicher Legationsrat von Grünau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Abgegangen: 2 Uhr 25 nachm. — Angekommen: 4 Uhr nachm.

Großes Hauptquartier, den 1. Oktober 1918

Dringend

Im Anschluß an Telegramm Nr. 588 (Nr. 23 dieser Sammlung)

Seine Majestät sind mit Euer Exzellenz der Meinung, daß fraglicher Schritt erst durch neue Regierung erfolgen soll.

Grünau

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 25

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Hintze an die Vertreter des Auswärtigen Amtes im Grossen Haupt-Quartier

Telegramm
Abgegangen: 7 Uhr 20 nachm.

Berlin, den 1. Oktober 1918

1. Grünau
2. Lersner

Bildung neuer Regierung voraussichtlich heute 1. Oktober nachts. Dann kann Angebot sofort in derselben Nacht hinausgehen. Militärische Lage ist stärkstes Druckmittel gegenüber unsinnigen und anspruchsvollen Parteien.

gez. von Hintze

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 26

Der Vertreter des Auswärtigen Amtes im Grossen Hauptquartier Legationsrat Freiherr von Lersner an das Auswärtige Amt

Telegramm

Abgegangen: 9 Uhr 45 nachm. — Angekommen: 10 Uhr 30 nachm.

Großes Hauptquartier, den 1. Oktober 1918

General Ludendorff bittet, ihm baldigst Wortlaut unseres Friedensangebotes mitzuteilen, ferner, wann es an Wilson abgeht. Er bittet, Friedensangebot auch den andern feindlichen Mächten mitzuteilen. Haag wäre ihm als Friedensverhandlungsort am sympathischsten.

Im Angebot müßte Aufforderung an Feinde stehen, Ort für Waffenstillstandsverhandlungen an der Front zu bestimmen. Waffenstillstandskommission: General von Beseler, Oberst von Winterfeldt, Major Brinckmann, Major von Harbou, ein Hauptmann, zwei Seeoffiziere, ein Vertreter des Auswärtigen Amtes, voraussichtlich Zeki Pascha, und Feldmarschalleutnant Baron Klepsch.

Sollten die Waffenstillstandsverhandlungen sofort beginnen, würde ich, Euerer Exzellenz Einverständnis voraussetzend, als Vertreter des Auswärtigen Amtes mitfahren, bis Euere Exzellenz einen Herrn bestimmt haben.

Vollmachten für Soldaten wird Feldmarschall ausstellen, für Zivil wohl der Herr Reichskanzler.

gez. Lersner

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 27

Der Vertreter des Auswärtigen Amtes im Grossen Hauptquartier Legationsrat Freiherr von Lersner an das Auswärtige Amt

Telegramm

Aufgegeben: 2. 10., 12 Uhr 10 vorm. — Angekommen: 12 Uhr 30 vorm.

Großes Hauptquartier, den 1. Oktober 1918

General Ludendorff erklärte mir, daß unser Angebot von Bern aus sofort*) nach Washington weitergehen müsse. 48 Stunden könne*) die Armee nicht noch warten. Er (Wort fehlt, wohl „bäte") Euere Exzellenz dringendst, alles zu tun, damit das Angebot auf allerschnellste Weise durchkäme.

Ich wies deutlich darauf hin, daß der Feind trotz aller Beschleunigung kaum vor Ablauf einer Woche antworten werde. Der General betonte, daß alles darauf ankäme, daß das Angebot spätestens Mittwoch nacht oder Donnerstag früh in Händen der Entente sei, und bittet Euere Exzellenz, alle Hebel dafür in Bewegung zu setzen. Er glaube, daß zur Beschleunigung vielleicht die Note von der schweizerischen Regierung durch Funkspruch von Nauen an den Adressaten mit Schweizer Chiffre gegeben werden könne.

gez. Lersner

*) Im Original gesperrt.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 28

Vortrag des Vertreters der Obersten Heeresleitung Major Freiherr von dem Bussche vor den Parteiführern des Reichstags am 2. Oktober 1918 vormittags

Die militärische Lage vor den letzten großen Ereignissen ist durch General von Wrisberg bekanntgegeben. In wenigen Tagen hat sie sich grundlegend geändert.

Der Zusammenbruch der bulgarischen Front warf unsere Dispositionen über den Haufen. Die Verbindung nach Konstantinopel war bedroht, ebenso der für unsere Versorgung unentbehrliche Schiffahrtsweg auf der Donau. Wir waren gezwungen, wollten wir der Entente nicht völlig freie Hand auf dem Balkan lassen, das Schwarze Meer und Rumänien preisgeben, deutsche und für die Westfront bestimmte österreichisch-ungarische Divisionen einzusetzen. Schnellster Entschluß war nötig. Die Anfänge unsrer Truppen sind ausgeladen. Es besteht begründete Hoffnung, die Lage auf dem Balkan, soweit es für unsere Interessen nötig ist, wiederherzustellen, leider, wie ich ausführen werde, nicht ohne schwerwiegenden Schaden für die Gesamtlage.

Fast gleichzeitig mit der Offensive in Mazedonien setzten gewaltige Angriffe im Westen ein. Sie fanden uns nicht unvorbereitet. Alle Maßnahmen, sie abzuwehren, waren getroffen. Ostdivisionen zum Freimachen von erprobten Westdivisionen waren im Anrollen. Leider mußte ein Teil von ihnen nach dem Balkan abgedreht werden. Der letzte wehrfähige Mann aus dem Osten war herangezogen. Wir sahen mit Ruhe dem Entscheidungskampf entgegen. An welchen Stellen der Front die Angriffe einsetzen würden, verstand die Entente geschickt zu verschleiern. Vom Meere bis zur Schweiz zeigten sich Angriffsvorbereitungen, am stärksten gegen Lothringen und den Sundgau. Wir waren gezwungen, unsere Reserven zu verteilen und die ganze Front mehr oder weniger abwehrbereit zu halten. Namhafte Kräfte mußten besonders in Lothringen und dem Sundgau zum Schutz deutschen Bodens bereitgestellt werden.

Nach Durchführung der erforderlichen Bewegungen bestand die sichere Zuversicht, die bevorstehenden Schlachten siegreich zu bestehen und den Vernichtungswillen unserer Gegner durch ihre zu erwartenden großen Verluste zu brechen.

In der Folge gelang es überall, den Feind da, wo er durch Tanks, Ueberraschung oder Uebermacht in unsere Linie eingedrungen war, aufzuhalten, seinen Stoß durch rechtzeitig herangeführte Reserven aufzufangen. Die Kämpfe der letzten sechs Tage sind trotz Einbuße an Gefangenen und Gerät siegreich bestanden. Der Gegner hat im Vergleich mit unsren Erfolgen in den Frühjahrsoffensiven geringe Fortschritte erzielt. In den meisten Stellen sind seine mit ungewöhnlicher Zähigkeit fort-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

gesetzten Stürme abgewiesen. Nach Meldung unsrer Truppen hat er schwerste Verluste erlitten.

Unsere Truppen haben sich in überwiegender Zahl vortrefflich geschlagen und Uebermenschliches geleistet. Der alte Heldensinn ist nicht verlorengegangen. Die feindliche Uebermacht hat die Truppe nicht erschreckt. Offiziere und Mann wetteiferten miteinander.

Trotzdem mußte die Oberste Heeresleitung den ungeheuer schweren Entschluß fassen, zu erklären, daß nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr besteht, dem Feinde den Frieden aufzuzwingen.

Entscheidend für diesen Ausgang sind vor allem zwei Tatsachen: die Tanks. Der Gegner setzte sie in unerwartet großen Mengen ein. Wo sie, noch dazu nach sehr ausgiebiger Vernebelung unsrer Stellungen, überraschend auftraten, waren ihnen häufig die Nerven unsrer Leute nicht mehr gewachsen. Dort brachen sie durch unsre vordersten Linien durch, bahnten ihrer Infanterie den Weg, erschienen im Rücken, erzeugten örtliche Paniken und brachten die Gefechtsführung durcheinander. Waren sie erst erkannt, wurden unsre Tankabwehrwaffen und unsre Artillerie schnell mit ihnen fertig. Dann aber war das Unglück schon geschehen, und lediglich aus den Erfolgen der Tanks sind die hohen Gefangenenzahlen, die unsre Stärken so empfindlich herabsetzten und einen schnelleren Verbrauch der Reserven, als bisher gewohnt, herbeiführten, zu erklären.

Dem Feind gleiche Massen deutscher Tanks entgegenzustellen, waren wir nicht in der Lage. Sie herzustellen, ging über die Kräfte unsrer aufs äußerste angespannten Industrie, oder andre, wichtigere Dinge hätten liegen bleiben müssen.

Restlos entscheidend ist die Ersatzlage geworden. Das Heer ist in die große Schlacht mit schwachen Beständen gegangen. Trotz aller Maßnahmen sanken die Stärken unsrer Bataillone von rund 800 im April auf rund 540 Ende September. Auch diese Zahl ließ sich nur durch Auflösen von 22 Infanterie-Divisionen (= 66 Infanterie-Regimentern) halten.

Die bulgarische Niederlage fraß weitere sieben Divisionen. Es besteht keine Aussicht, die Stärken auf größere Höhen zu bringen. Der laufende Ersatz, Wiedergenesene, Ausgekämmte, wird nicht einmal die Verluste eines ruhigen Winterfeldzuges decken. Nur die Einstellung des Jahrganges 1900 wird die Bataillonsstärken einmalig um 100 Köpfe erhöhen. Dann ist unsere letzte Menschenreserve verbraucht.

Die Verluste der im Gange befindlichen Schlacht sind, wie gesagt, über Erwarten groß, besonders an Offizieren. Das ist ausschlaggebend. Die Truppe verlangt mehr denn je, soll sie halten oder angreifen, das Beispiel ihrer Offiziere. Die Offiziere mußten und haben sich rücksichtslos eingesetzt und geopfert. Die Regimentskommandeure und höheren Führer kämpften mit in den vordersten Linien. Nur ein Beispiel: Eine Division verlor in zwei Kampftagen ihre sämtlichen Offiziere, tot oder verwundet, drei Regimentskommandeure tot. Der geringe noch vorhandene Stamm an aktiven Offizieren ist zusammengeschmolzen. Der Aufbau der aus dem

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Großkampf kommenden Divisionen ist kaum noch durchführbar. Das gleiche wie vom Offizier gilt vom Unteroffizierkorps. Der Feind ist durch die amerikanische Hilfe in der Lage, seine Verluste zu ersetzen. Die amerikanischen Truppen als solche sind nicht von besonderem Wert oder gar den unsrigen überlegen. Wo sie durch Masseneinsatz anfängliche Erfolge erzielten, wurden sie trotz ihrer Uebermacht abgewehrt. Entscheidend wurde aber, daß sie weite Frontstrecken übernehmen konnten und dadurch dem Engländer und Franzosen die Möglichkeit gaben, eigene kampfgewohnte Divisionen freizumachen und sich fast unerschöpfliche Reserven zu schaffen.

Bis jetzt reichten unsere Reserven aus, um die Lücken zu füllen. Die Eisenbahn brachte sie rechtzeitig heran. Unerhört schwere Anstürme wurden abgewiesen. Die Kämpfe wurden als von bisher nicht dagewesener Schwere geschildert. Nun gehen unsre Reserven zu Ende. Greift der Gegner weiter an, so kann es die Lage fordern, daß wir auf großen Frontstrecken kämpfend ausweichen. Wir können auf diese Art den Krieg noch auf absehbare Zeit weiterführen, dem Gegner schwere Verluste beibringen, verwüstetes Land hinterlassen, gewinnen können wir damit nicht mehr.

Diese Erkenntnisse und Ereignisse ließen in dem Herrn Generalfeldmarschall und General Ludendorff den Entschluß reifen, Seiner Majestät dem Kaiser vorzuschlagen, zu versuchen, den Kampf abzubrechen, um dem deutschen Volke und seinen Verbündeten weitere Opfer zu ersparen.

Ebenso wie unsre große Offensive vom 15. Juli sofort eingestellt wurde, als ihre Fortführung nicht mehr im Verhältnis zu den zu bringenden Opfern stand, ebenso mußte jetzt der Entschluß gefaßt werden, die Fortsetzung des Krieges als aussichtslos aufzugeben. Noch ist hierzu Zeit. Noch ist das deutsche Heer stark genug, um den Gegner monatelang aufzuhalten, örtliche Erfolge zu erringen und die Entente vor neue Opfer zu stellen. Aber jeder Tag weiter bringt den Gegner seinem Ziel näher und wird ihn weniger geneigt machen, mit uns einen für uns erträglichen Frieden zu schließen.

Deshalb darf keine Zeit verloren gehen. Jede 24 Stunden können die Lage verschlechtern und dem Gegner Gelegenheit geben, unsre augenblickliche Schwäche klar zu erkennen.

Das könnte die unheilvollsten Folgen für die Friedensaussichten wie für die militärische Lage haben.

Weder Heer noch Heimat dürfen irgend etwas tun, was Schwäche erkennen ließe. Im Gegenteil, Heimat und Heer müssen noch fester als bisher zusammenhalten. Gleichzeitig mit dem Friedensangebot muß eine geschlossene Front in der Heimat erstehen, die erkennen läßt, daß der unbeugsame Wille besteht, den Krieg fortzusetzen, wenn der Feind uns keinen Frieden oder nur einen demütigenden Frieden geben will.

Sollte dieser Fall eintreten, dann wird das Durchhalten des Heeres entscheidend von der festen Haltung der Heimat und dem Geist, der aus der Heimat zum Heere dringt, abhängen*). (Anmerkung siehe nebenstehende Seite.)

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 29

Der Erste Generalquartiermeister General Ludendorff an den Vizekanzler von Payer

Telephonische Mitteilung
aufgenommen vom Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Frhr. v. d. Bussche am 2. Oktober 1918, 12 Uhr 20 nachm.

Aus dem Inhalt der beabsichtigten Friedensnote ist mir nur bekannt:

„Daß die 14 Punkte der Wilsonschen Note als Grundlage für die Friedensbesprechungen dienen sollen, nicht aber als vom Feinde auferlegte Bedingungen gelten sollen."

Soweit habe ich mich einverstanden erklärt. Nachdem aber gesagt ist, die Oberste Heeresleitung sei mit dem ganzen Inhalt der Note einverstanden, bitte ich um Mitteilung der Note vor ihrer Herausgabe, um dazu Stellung nehmen zu können.

---

*) Anmerkung zu Dokument Nr. 28: Vgl. hierzu die Aufzeichnungen des Majors Freiherrn von dem Bussche, den dienstlichen Bericht des Obersten von Haeften und das Schreiben des damaligen Sächsischen Militärbevollmächtigten Generalmajors von Eulitz bei Ludendorff, Das Friedens- und Waffenstillstandsangebot S. 24 f.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 30

Der Erste Generalquartiermeister General Ludendorff an das Auswärtige Amt

Telephongespräch

zwischen dem Legationsrat von Lersner (Großes Hauptquartier) und dem Legationssekretär Dr. Jordan (Auswärtiges Amt), 2. Oktober 1918, 2 Uhr 40 Minuten nachm.

Hier Legationsrat von Lersner. Bitte sofort dringend Herrn Legationssekretär Dr. Jordan zum Apparat.

General Ludendorff schlägt folgenden Wortlaut vor:

„Die deutsche Regierung ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen und zu diesem Zwecke Bevollmächtigte aller kriegführenden Staaten einzuladen.

Sie erklärt sich damit einverstanden, daß die vom Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Kongreß-Botschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen aufgestellten Programmpunkte als Grundlage für die Friedensverhandlungen dienen.

Im Anschluß hieran schlägt die deutsche Regierung den Abschluß eines Waffenstillstandes zu Lande, zu Wasser und in der Luft vor und ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, den Waffenstillstand, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, schon jetzt herbeizuführen."

General Ludendorff fragt weiter:

1. Warum sind Oesterreich-Ungarn und Türkei nicht (Wort fehlt, der Entwurf hat hier: beteiligt)?
2. Die Oberste Heeresleitung setzt voraus, daß es sich nur um die bekannten 14 plus 4 Programmpunkte Wilsons handelt.

gez. Lersner

Anmerkung bei der Herausgabe: Vgl. Nr. 20 und Nr. 34 des Weißbuches. Das Reichsarchiv besitzt in seinen Beständen den von Ludendorff selbst am 2. 10. gezeichneten Entwurf („Telegramm-Entwurf"), der um 2 Uhr nachm. Freiherrn von Lersner übergeben und dann von diesem durch Fernsprecher übermittelt worden ist. Dies Aktenstück trägt noch folgende Vermerke:

„4.35 nachm. teilt Lersner mit:
zu 1) Ö.U. u. T. machen Sonderangebote.
zu 2) Voraussetzung trifft zu. B. 2./10

6.25 nachm.:
A.A. hat Text angenommen,
wird 6° dem Kaiser zur Genehmigung vorgelegt."

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 31

Der Vertreter des Auswärtigen Amtes im Grossen Hauptquartier Legationsrat Freiherr von Lersner an das Auswärtige Amt

Telegramm

Angekommen: 2 Uhr nachm.

Großes Hauptquartier, den 3. Oktober 1918

General Ludendorff bittet um Mitteilung des Textes unserer Friedensnote.

gez. Lersner

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 32

Der Reichskanzler Prinz Max von Baden an den Chef des Generalstabes des Feldheeres Generalfeldmarschall von Hindenburg

Telegramm
Abgegangen: 2 Uhr 10 nachm.

Berlin, den 3. Oktober 1918

Dringend

Bevor ich mich über die Einleitung der von der Obersten Heeresleitung gewünschten Friedensaktion schlüssig mache, beehre ich mich, Euere Exzellenz um Stellungnahme zu folgenden Fragen zu bitten:

1. Wie lange kann die Armee den Feind noch jenseits der deutschen Grenzen halten?
2. Muß die Oberste Heeresleitung einen militärischen Zusammenbruch erwarten und bejahendenfalls in welcher Zeit? Würde der Zusammenbruch das Ende unserer militärischen Widerstandskraft bedeuten?
3. Ist die militärische Lage so kritisch, daß sofort eine Aktion mit dem Ziel Waffenstillstand und Friede eingeleitet werden muß?
4. Für den Fall, daß die Frage zu 3 bejaht wird, ist die Oberste Heeresleitung sich bewußt, daß die Einleitung einer Friedensaktion unter dem Druck der militärischen Zwangslage zum Verlust deutscher Kolonien und deutschen Gebiets, namentlich Elsaß-Lothringens und rein polnischer Kreise der östlichen Provinzen führen kann?
5. Ist die Oberste Heeresleitung mit Absendung des anliegenden Notenentwurfs einverstanden?

Euerer Exzellenz wäre ich für sofortige Antwort dankbar.

gez. Prinz Max, Reichskanzler*)

Seiner Exzellenz dem Chef des Generalstabes des Feldheeres Herrn Generalfeldmarschall von Hindenburg,
Hier

---

*) Anmerkung bei der Herausgabe: Als Antwort auf diese Fragen findet sich eine andere Urkunde als Nr. 33 nicht bei den Akten. Nach Ludendorffs Angaben (Das Friedens- und Waffenstillstandsangebot S. 61) war der Hergang „etwa" folgender. Die Fragen wurden „unmittelbar mündlich" beantwortet. Den Inhalt der Antworten gibt L. nach Aufzeichnungen des Majors Frhrn. v. d. Bussche, die dieser ihm im März 1919 zugestellt habe (a. a. O. S. 24), wie folgt wieder:

„1. Antwort: Die Frage kann nicht in derselben präzisen Form, in der sie gestellt ist, beantwortet werden. Das Halten hängt von vielen Faktoren ab, und auch davon, mit welcher Kraft und welchen Mitteln der Gegner seinen Angriff fortsetzt und wie sich demgegenüber unsere Widerstandskraft auf die Dauer beweist.

Gegenwärtig steht das deutsche Heer fest, gezwungen wird es, von Abschnitt zu Abschnitt, sich zäh an den feindlichen Boden klammernd, auszuweichen. Die

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 33

Der Chef des Generalstabes des Feldheeres Generalfeldmarschall von Hindenburg an den Reichskanzler Prinzen Max von Baden

Schreiben

Berlin, den 3. Oktober 1918

An den
Herrn Reichskanzler

Die Oberste Heeresleitung bleibt auf ihrer am Sonntag, den 29. September d. J., gestellten Forderung der sofortigen Herausgabe des Friedensangebotes an unsere Feinde bestehen.

Infolge des Zusammenbruchs der mazedonischen Front, der dadurch notwendig gewordenen Schwächung unserer Westreserven und infolge der Unmöglichkeit, die in den Schlachten der letzten Tage eingetretenen sehr erheblichen Verluste zu ergänzen, besteht nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr, dem Feinde den Frieden aufzuzwingen.

Der Gegner seinerseits führt ständig neue frische Reserven in die Schlacht.

Noch steht das deutsche Heer festgefügt und wehrt siegreich alle Angriffe ab. Die Lage verschärft sich aber täglich und kann die Oberste Heeresleitung zu schwerwiegenden Entschlüssen zwingen.

Unter diesen Umständen ist es geboten, den Kampf abzubrechen, um dem deutschen Volke und seinen Verbündeten nutzlose Opfer zu ersparen. Jeder versäumte Tag kostet Tausenden von tapferen Soldaten das Leben.

gez. von Hindenburg, Generalfeldmarschall

Vermerk von der Hand des Unterstaatssekretärs Frhrn. v. d. Bussche:

„Dieses Schreiben ist bei der Sitzung der Staatssekretäre über die Note an Wilson verlesen worden. 5./10."

Dauer solcher Rückbewegung ist nicht genau vorher zu bestimmen. Man kann aber hoffen, daß sie bis zum nächsten Frühjahr deutsches Gebiet schützen werde.

2. Antwort: Die Frage ist durch die Antwort zu 1 mit beantwortet. An einen allgemeinen Zusammenbruch glaube ich nicht. Das auf feindliche Einbrüche folgende ausweichende Zusammenziehen der Front braucht einen solchen nicht zur Folge zu haben, solange noch irgendwelche Reserven vorhanden sind.

3. Antwort: Ist durch mein Schreiben vom 3. Oktober 1918 beantwortet (vgl. Nr. 33).

4. Antwort: Die Oberste Heeresleitung zieht, falls es nicht anders geht, die Aufgabe geringer, französisch sprechender Teile Elsaß-Lothringens in Betracht. Abtretung deutschen Gebiets im Osten kommt für sie nicht in Frage.

5. Anmerkung: Der Notenentwurf lag nicht bei. Er wurde in der Sitzung besprochen, ohne daß eine endgültige Erledigung gefunden wurde."

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 34

Die erste deutsche Note an Wilson)*

Abgegangen: 4. Oktober, 1 Uhr 10 vorm.

Berlin, den 3. Oktober 1918

Die Deutsche Regierung ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen, alle kriegführenden Staaten von diesem Ersuchen in Kenntnis zu setzen und sie zur Entsendung von Bevollmächtigten zwecks Anbahnung von Verhandlungen einzuladen. Sie nimmt das von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, namentlich der Rede vom 27. September, aufgestelle Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen an.

Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, ersucht die deutsche Regierung den sofortigen Abschluß eines Waffenstillstandes zu Lande, zu Wasser und in der Luft herbeizuführen.

gez. Max, Prinz von Baden
Reichskanzler

---

*) Die Note ist in folgender Form übermittelt worden:

„Der unterzeichnete kaiserliche Gesandte ist beauftragt und hat die Ehre, die eidgenössische Regierung zu ersuchen, dem Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika telegraphisch folgendes zu übermitteln."

Anmerkung von amtlicher Hand: „Wie der kaiserliche Gesandte in Bern meldet, ist die Note um 5 Uhr 45 nachmittags nach Washington abgegangen."

Anmerkung bei der Herausgabe: Da die Note am späten Nachmittage des 4. Oktober von Bern abging, konnte Prinz Max in seiner Reichstagsrede am 5. Oktober sagen:

„in der Nacht zum 5. Oktober."

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 34a*)

Auszug aus der Rede des Reichskanzlers Prinz Max von Baden, gehalten im Reichstage am 5. Oktober 1918

Mehr als vier Jahre des blutigsten Ringens gegen eine Welt von zahlenmäßig überlegenen Feinden liegen hinter uns: Jahre voll schwerster Kämpfe und schmerzlichster Opfer. Ein jeder von uns trägt seine Narben, nur allzu viele sogar noch offene Wunden — sei es im verborgenen Grunde der Seele oder an seinem opferbereit für die deutsche Freiheit auf dem Schlachtfelde preisgegebenen Körper.

Trotzdem aber sind wir starken Herzens und voll von zuversichtlichem Glauben an unsere Kraft, entschlossen, für unsere Ehre und Freiheit und für das Glück unserer Nachkommen auch noch schwerere Opfer zu bringen, wenn das unabänderlich ist. Mit tiefer, heißer Dankbarkeit gedenken wir unserer tapferen Truppen, die unter glänzender Führung während des ganzen Krieges fast Uebermenschliches geleistet haben und deren bisherige Taten sicher verbürgen, daß unser aller Schicksal bei ihnen auch ferner in guten, zuverlässigen Händen liegt.

Im Westen tobt seit Monaten eine einzige furchtbare menschenmordende Schlacht. Dank dem unvergleichlichen Heldentum unserer Armee, das als unvergängliches Ruhmesblatt in der Geschichte des deutschen Volkes fortleben wird für alle Zeiten, ist die Front ungebrochen. Dieses stolze Bewußtsein läßt uns mit Zuversicht in die Zukunft sehen.

Gerade weil wir von dieser Gesinnung und Ueberzeugung beseelt sind, ist es aber auch unsere Pflicht, Gewißheit darüber herbeizuführen, daß das opfervolle blutige Ringen nicht einen einzigen Tag über den Zeitpunkt hinaus geführt wird, wo uns ein Abschluß des Krieges möglich erscheint, der unsere Ehre nicht berührt. Ich habe deshalb auch nicht erst bis zum heutigen Tage gewartet, ehe ich handelnd zur Förderung des Friedensgedankens eingriff. Gestützt auf das Einverständnis aller dazu berufenen Stellen im Reich und auf die Zustimmung der gemeinsam mit uns handelnden Bundesgenossen, habe ich in der Nacht zum 5. Oktober durch die Vermittlung der Schweiz an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika eine Note gerichtet, in der ich ihn bitte, die Herbeiführung des Friedens in die Hand zu nehmen und hierzu mit allen kriegführenden Staaten in Verbindung zu treten. Die Note trifft heute oder morgen in Washington ein.

Sie richtet sich an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, weil dieser in seiner Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, besonders auch in seiner New-Yorker Rede vom 27. Sep-

---

*) Neu aufgenommen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

tember, ein Programm für den allgemeinen Frieden aufgestellt hat, das wir als Grundlage für die Verhandlungen annehmen können. Ich habe diesen Schritt auf dem Wege zu der Erlösung nicht nur Deutschlands und seiner Verbündeten, sondern der gesamten, seit Jahren unter dem Kriege leidenden Menschheit auch deshalb getan, weil ich glaube, daß die auf das künftige Glück der Völker gerichteten Gedanken, die Herr Wilson verkündet, sich völlig mit den allgemeinen Vorstellungen im Einklang befinden, in denen sich auch die neue deutsche Regierung und mit ihr die weit überwiegende Mehrheit unseres Volkes bewegt.

Was mich selbst betrifft, so können meine früheren, vor einem anderen Hörerkreis gehaltenen Reden bezeugen, daß sich in der Vorstellung, die ich von einem künftigen Frieden hege, keinerlei Wandlung in mir vollzogen hat, seitdem ich mit der Führung der Reichsgeschäfte beauftragt worden bin.

Was ich will, ist ein ehrlicher, dauernder Friede für die gesamte Menschheit, und ich glaube daran, daß ein solcher Friede zugleich auch der festeste Schutzwall für die künftige Wohlfahrt unseres eigenen Vaterlandes wäre. Zwischen den nationalen und den internationalen Pflichtgeboten sehe ich deshalb mit Bezug auf den Frieden keinerlei Unterschied. Das Entscheidende liegt für mich ausschließlich darin, daß diese Gebote von allen Beteiligten mit derselben Ehrlichkeit als bindend anerkannt und geachtet werden, wie das von mir und den andern Mitgliedern der neuen Regierung gilt.

So sehe ich denn mit der inneren Ruhe, die mir mein Gewissen als Mensch und als Diener unseres Volkes verleiht, und die sich zugleich auf das feste Vertrauen zu diesem großen, treuen, jeder Hingebung fähigen Volk und seiner ruhmvollen Wehrmacht begründet, dem Ergebnis der ersten Handlung entgegen, die ich als leitender Staatsmann des Reichs unternommen habe.

Wie dieses Ergebnis auch ausfallen möge: ich weiß, daß es Deutschland fest entschlossen und einig finden wird sowohl zu einem redlichen Frieden, der jede eigensüchtige Verletzung fremder Rechte von sich weist, als auch zu dem Endkampf auf Leben und Tod, zu dem unser Volk ohne eigenes Verschulden gezwungen wäre, wenn die Antwort der mit uns im Kriege stehenden Mächte auf unser Angebot von dem Willen, uns zu vernichten, diktiert sein sollte.

Kein Zagen befällt mich bei dem Gedanken, daß dieses zweite Ergebnis eintreten könnte; denn ich kenne die Größe der gewaltigen Kräfte, die auch jetzt noch in unserem Volke vorhanden sind, und ich weiß, daß die unwiderlegliche Ueberzeugung, um unser Leben als Nation zu kämpfen, diese Kräfte verdoppeln würde. Ich hoffe aber um der gesamten Menschheit willen, daß der Präsident der Vereinigten Staaten unser Angebot annimmt. Dann wäre die Tür zu einem baldigen ehrenvollen Frieden des Rechts und der Versöhnung sowohl für uns wie für unsere Gegner geöffnet.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 35

Besprechung beim Reichskanzler

Protokollauszug

Berlin, den 6. Oktober 1918

Anwesend:

Reichskanzler,
Graf Rödern,
von Payer,
Erzberger,
Groeber,
Scheidemann,
Solf,
Radowitz,
Deutelmoser,
Lewald

Besprechung der Note

Reichskanzler: Ich habe gegen Note gekämpft. Erstens, weil ich Moment für verfrüht hielt, zweitens, weil ich an Feinde im allgemeinen mich wenden wollte.

Jetzt müssen wir Konsequenzen in Ruhe überlegen. Jetzt muß

1. Lage an der Front festgestellt werden, und zwar durch gewiegte Offiziere,
2. Botschafterkonferenz. Beste Köpfe über England und Amerika hören.

Solf: Haeften*) sagt, daß Ludendorff Kommission als Mißtrauen betrachte und Abschied nehmen würde. Das würde Abschied Hindenburgs nach sich ziehen.

Roedern glaubt, daß Mißtrauen Ludendorffs sich vermeiden läßt.

Reichskanzler: Armeeführer müssen gehört werden. Hoffe im Gespräch mit Seiner Majestät Möglichkeit dazu zu finden.

Payer: Nötig Weg zu finden. Wir müssen neben Ludendorff auch noch andere Leute hören. Ludendorffs Nerven nicht mehr zuverlässig.

Solf und Erzberger derselben Ansicht.

(Folgt Beratung anderer Fragen.)

---

*) Oberst v. Haeften war seit Juli 1916 Leiter der militärischen Stelle des Auswärtigen Amts und außerdem seit August 1918 zur besonderen Verfügung des Herrn Reichskanzlers gestellt.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 35a*)

Erste Sitzung der Waffenstillstandskommission 7. Oktober 1918, 9 Uhr vormittags

Protokollarische Aufzeichnung

Ergebnisse

1. Wir müssen Konzessionen machen; diese bestehen in Räumungen.
Erste Etappe bis östlich Brügge—Valenciennes—Le Cateau,
zweite Etappe bis westlich Antwerpen—Alost—Maas.
2. Räumung muß so erfolgen, daß wir jederzeit schlagfertig bleiben.

Im übrigen ist Frage zu klären, ob für Räumung Gesichtspunkte der Friedens- oder der Kriegswirtschaft voranstehen. Voraussichtlich ergibt sich Kompromiß. — Dringlichkeitsliste wird aufgestellt.

3. Räumungsfristen für erste Etappe 4—8 Tage, bei 4. Armee 8 bis 14 Tage.

Zweite Etappe noch unabsehbar. Zeiten bis 9 Monate werden genannt, kommen aber nicht in Frage. Räumung bis hinter Maas, teilweise bis Heimat ist beschränkt im Gange.

4. Marine: Einstellung des Unterseeboot-Krieges muß sicher zugestanden werden, Wiederaufnahme aber gesichert bleiben. Gegenforderungen auf Handelsgebiet sind zu erheben.

Neutrale Zone ist zu schaffen, Unterseeboote zurückzuziehen.

---

*) Neu aufgenommen.

Anmerkung bei der Herausgabe: Zum Vorsitzenden der Waffenstillstandskommission war zuerst Generaloberst von Beseler, damals Generalgouverneur von Polen, in Aussicht genommen, dessen Abwesenheit von Warschau aber vom Staatssekretär des Auswärtigen Amtes als bedenklich bezeichnet wurde. Der von Staatssekretär von Hintze empfohlene Generalmajor Graf Schulenburg, Stabschef des Kronprinzen, wurde von der Obersten Heeresleitung als nicht entbehrlich bezeichnet. Darauf bestimmte der Kaiser den Oberbefehlshaber der Armee Abteilung B, General der Infanterie von Gündell, dem als Chef des Stabes Oberst von Winterfeldt beigegeben wurde. Die anderen Mitglieder der Waffenstillstandskommission waren alle Offiziere. Zur Neu-Zusammensetzung der Waffenstillstandskommission vgl. Nr. 96b und Nr. 102.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 36

Der Reichskanzler Prinz Max von Baden an den Ersten Generalquartiermeister General Ludendorff

Schreiben

Berlin, den 8. Oktober 1918

An den
tit. Ludendorff

Hier

Die Antwort des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika auf unser Friedens- und Waffenstillstandsersuchen wird voraussichtlich weder in einer glatten Annahme, noch in einer glatten Ablehnung bestehen, sondern sie wird Bedingungen nennen, von denen der Präsident sein Vorgehen abhängig macht.

Wir müssen mit der Möglichkeit rechnen, daß diese Bedingungen schwer sind. Wir werden also vor die Frage gestellt, ob unsere militärische Lage es uns gestattet, durch Verhandlungen eine Milderung der Bedingungen anzustreben auf die Gefahr hin, daß darüber eine Reihe von Wochen vergeht, Oesterreich-Ungarn und die Türkei sich von uns trennen und wir die Bedingungen des Präsidenten schließlich doch in ihrer ursprünglichen Form annehmen müssen.

Um mir ein Bild über unsere militärische Lage machen zu können, wäre ich Euer Exzellenz für umgehende Beantwortung folgender Fragen dankbar*).

1. Wie lange kann die Armee den Feind jenseits der deutschen Grenzen halten, sei es in den jetzigen Stellungen, sei es in allmählicher Rückwärtsbewegung?
2. Muß auch heute noch mit der Möglichkeit eines militärischen Zusammenbruchs vor dem Frühjahr gerechnet werden und, bejahendenfalls, besteht diese Gefahr schon für die nächsten drei bis vier Wochen?
3. Wie lange wird der augenblickliche kritische Zustand voraussichtlich noch dauern? Ist der Gefahrpunkt überschritten, wenn der Feind sich zur Einstellung seiner Großangriffe genötigt sieht, und wann wird dies voraussichtlich der Fall sein?
4. Kann nach Ueberwindung des Gefahrpunktes auf Konsolidierung unserer Front gerechnet werden und durch welche Mittel kann sie erreicht werden?
5. Wie liegen die Verhältnisse des Mannschafts- und Materialersatzes?
6. Kann beim Scheitern der gegenwärtigen Friedensaktion trotz des Abfalls eines der beiden uns noch verbliebenen Bundesgenossen der Krieg von uns allein bis zum Frühjahr fortgeführt werden?

*) Antwort siehe unter Nr. 38 und unter Nr. 43. Vgl. auch Nr. 39 b.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

7. Verspricht sich die Oberste Heeresleitung einen ausreichenden Kräftezuwachs von der *levée en masse,* wie von Walter Rathenau in der Vossischen Zeitung empfohlen ist?

Nach den bisher eingegangenen Nachrichten erscheint es nicht ausgeschlossen, daß Präsident Wilson als Vorbedingung für den Eintritt in die Verhandlungen die Räumung Belgiens und Nordfrankreichs fordern wird; es fragt sich daher weiter:

1. Würde die Oberste Heeresleitung empfehlen, daß wir eine solche Forderung bedingungslos annehmen oder daß wir sie mit Gegenbedingungen beantworten? Falls die militärische Lage unter den obenangeführten Gesichtspunkten einen Zeitverlust durch Verhandlungen zuläßt, kämen als Gegenbedingungen in Frage:
   a) die von Frankreich und England besetzten Gebiete (Oberelsaß, eventuell auch die deutschen Kolonien) sind gleichfalls zu räumen.
   b) Garantien sind dafür zu leisten, daß der Feind uns nicht folgt. Eventuell könnte gefordert werden, daß die von uns geräumten französischen Gebiete nur von amerikanischen Truppen besetzt werden und daß Belgien nur von belgischen Truppen betreten, seine Neutralität von allen Kriegführenden beachtet und der belgische Boden nicht wieder zum Kriegsschauplatz gemacht wird.
   c) Erklärung unsererseits, daß wir, um die Verschlechterung unserer strategischen Lage im Westen auszugleichen, unsere Truppen auch aus den von uns besetzten Gebieten im Osten (Baltikum, Litauen, Polen und Ukraine) zurücknehmen müßten, was diese Gebiete dann dem Bolschewismus ausliefern würde.
2. Innerhalb welcher Zeit könnte die Räumung von Nordfrankreich und Belgien durchgeführt werden, wenn sie mit der Unterzeichnung des Waffenstillstandes beginnt?
3. Werden wir nach der Räumung mit den uns noch zur Verfügung stehenden Kräften in der Lage sein, die deutsch-französische Grenze zu halten, falls im weiteren Verlauf die Friedensverhandlungen scheitern und die Gegner von neuem zum Angriff übergehen?

Präsident Wilson könnte mit der Begründung, daß er Sicherheiten braucht, die Besetzung deutscher Festungen an unserer Westgrenze fordern.

1. Würden wir angesichts der militärischen Lage gezwungen sein, eine solche Forderung anzunehmen?
2. Inwieweit würde die Annahme der Forderungen von Gegenbedingungen abhängig zu machen sein?

Prinz Max von Baden,
Reichskanzler

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 36a*)

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Freiherr von dem Bussche an den Vertreter des Auswärtigen Amtes im Grossen Hauptquartier Legationsrat Freiherrn von Lersner

Telegramm
Abgegangen: 8 Uhr nachm.

Berlin, den 8. Oktober 1918

Gesandter Haag telegraphiert vom 7. Oktober:

Wie zuverlässiger Vertrauensmann mir mitteilt, hat er auf Grund gestriger Unterredung in amerikanischen Gesandtschaft Eindruck gewonnen, Wilson werde deutsches Friedensangebot nicht *a limine* ablehnen, sondern zur Diskussion stellen und eventuell Räumung Belgiens und Frankreichs fordern. Vertrauensmann hat ferner Eindruck, als habe unsere Bewertung amerikanischen Selbstbewußtseins und des Idealismus Wilsons auf Amerikaner im Haag gut gewirkt. Solfs Ernennung sei auf amerikanischer Gesandtschaft als Beweis für vollkommenes Aufgeben heimlicher Annexionspläne und wichtiges Friedensmoment bezeichnet.

gez. Bussche

---

*) Neu aufgenommen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

VI

Wilsons erste Antwort und die Erwiderung darauf

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 37

Wilsons erste Antwort)*

Angekommen: 10. X., 7 Uhr 40 vorm.

Staatsdepartement, 8. Oktober 1918

Mein Herr! Ich habe die Ehre, im Namen des Präsidenten den Empfang Ihrer Note vom 6. Oktober zu bestätigen, die die Mitteilung der deutschen Regierung an den Präsidenten einschloß, und ich bin von dem Präsidenten beauftragt, Sie zu bitten, dem deutschen Reichskanzler folgende Mitteilung zu machen.

Ehe er auf das Ansuchen der Kaiserlich Deutschen Regierung antwortet und damit die Antwort so richtig und gradsinnig erteilt wird, wie die wichtigen Interessen, die darin eingeschlossen sind, es erfordern, hält der Präsident der Vereinigten Staaten es für notwendig, sich des genauen Sinnes der Note des Reichskanzlers zu versichern.

Meint der Herr Reichskanzler, daß die Kaiserlich Deutsche Regierung die Bedingungen, die vom Präsidenten in seiner Botschaft an den Kongreß der Vereinigten Staaten vom 8. Januar und in den folgenden Botschaften niedergelegt worden sind, annimmt und daß ihr Zweck beim Eintritt in die Diskussion nur der sein würde, sich über die praktischen Einzelheiten ihrer Anwendung zu verständigen?

Der Präsident der Vereinigten Staaten fühlt sich verpflichtet, zu dem Vorschlage eines Waffenstillstandes zu erklären, daß er sich nicht berechtigt fühlen würde, den Regierungen, mit denen die Vereinigten Staaten gegen die Mittelmächte verbunden sind, einen Waffenstillstand vorzuschlagen, solange die Heere dieser Mächte auf ihrem Boden stehen. Der gute Glaube jeder Diskussion würde andererseits von der Zustimmung der Mittelmächte abhängen, sofort die Truppen überall aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen.

Der Präsident glaubt auch zu der Frage berechtigt zu sein, ob der Kanzler nur für diejenigen Gewalten des Reiches spricht, die bisher den Krieg geführt haben. Er hält die Antwort auf diese Frage von jedem Standpunkt aus für außerordentlich wichtig.

Empfangen Sie, mein Herr, die erneute Versicherung meiner Hochschätzung.

gez. Robert Lansing

---

*) Anmerkung bei der Herausgabe: Die Noten aus Washington wurden auf verschiedenen Wegen gleichzeitig übermittelt. Die offizielle Mitteilung durch die Schweiz kam aus technischen Gründen meistens zuletzt an.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 38

Besprechung beim Reichskanzler

Protokoll

Berlin, den 9. Oktober 1918

Anwesend:

Reichskanzler,
von Payer,
Ludendorff,
Scheüch,
Heye,
von Haeften,
von Winterfeldt,
von Hintze,
Solf,
Graf Rödern,
Lewald,
Scheidemann,
Wedel, Wien,
Groeber,
Erzberger,
von Radowitz,
Deutelmoser,
Friedberg

Reichskanzler begrüßt General Ludendorff. Verhandlungsgegenstand: Antwort auf Wilson.

Ludendorff*): Krieg 1914 brachte schwierige Lage. Große feindliche Ueberlegenheit. 1916, bei Hindenburgs und Ludendorffs Berufung besonders schwierige Lage durch Rumäniens Eingreifen. Starke Kräfte blieben durch Krieg im Osten gefesselt. Damals auch Somme-Schlacht. Munitionsnot. Deshalb große Bemühungen und Abhilfe. Hindenburg-Programm. Erhöhte Arbeiter- und Ersatzgestellung. Dienstpflicht weiter ausgedehnt. Hilfsdienstgesetz.

1916 ging zu Ende mit Aussicht auf große feindliche Ueberlegenheit in Ost und West. Schwere Sorgen. Einziges Mittel, Westfront zu halten, war U-Boot-Krieg. Feldmarschall und Ludendorff deshalb dafür. Ferner Frontzurücknahme. April—Mai Arras-Schlacht. Große Verluste. Aber erfolgreiche Abwehr. Rußlands Zusammenbruch erleichterte uns dann auch direkte Unterstützung Oesterreich-Ungarns, das 12. Isonzo-Schlacht nicht auszuhalten drohte. Auch an Westfront Offensivmöglichkeit. Vorher aber im Osten Rücken frei zu machen. Englisch-bolschewistische Ententefront

*) Anmerkung bei der Herausgabe: General Ludendorff hat das Protokoll im einzelnen nachträglich als ungenau bezeichnet und Ergänzungen gegeben. (Das Verschieben der Verantwortlichkeit S. 85.)

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

zu verhindern. Homburger Besprechung: Weit nach Norden gehend (Finnland), um England von Petersburg fern zu halten. Auch Verpflegungsnot. Zwang, weit nach Osten zu gehen. Ukraine gab wertvolle Rohstoffe. Verzögerte Bildung bolschewistischer Front. Frühjahr 205 Divisionen im Westen, 32 im Osten, letztere nicht kampfkräftig. Front im Osten ganz dünn. Oberost nicht mehr sicher, Bolschewismus vom besetzten Gebiete fernhalten zu können.

Was im Westen zu tun? Im Frühjahr bei uns Ueberlegenheit von 20 bis 25 Divisionen. Offensive nötig, um Bundesgenossen zu fesseln und womöglich vor Eintreffen der amerikanischen Massen im Westen zu siegen.

Friedensangebot lag damals nicht vor. Offensive sollte Gegner friedensbereit machen. So noch im Juni. Hoffnung blieb unerfüllt.

Gründe: Massenanwendung von Tanks, Grippe, Kartoffelmangel bei uns. Bis 8. August trotzdem Kriegslage gut. Da aber sechs bis sieben Divisionen in zwei bis drei Stunden im Nebel überrannt. Empfindliche Bruchstelle. Hartnäckig weitere Angriffe. In letzten Monaten fehlen uns monatlich 70 000 Mann. Höchste Tapferkeit von Offizier und Mann. Berichte erregen tiefste Rührung. Große Frage, ob noch Menschennachschub zu haben.

April und Juni bat Oberste Heeresleitung um mehr Ergänzung. Besprechung im August ging ebendahin, Entscheidendes kam aber nicht zustande. Ob noch möglich, muß Kriegsminister wissen. Materialersatz ist gesichert, aber Leute fehlen. Tankangriffe sehr gefährlich. Seit 8. August hat Oberste Heeresleitung dem Reichskanzler erklärt, sie sei nicht mehr in der Lage, den Krieg positiv zu beenden durch Waffenschlag, der Feind friedenswillig macht. Anfang September neutrale Friedensvermittlung von Oberster Heeresleitung angeregt*). Dann Zusammenbruch Bulgariens.

Noch im Juni glänzender Eindruck der Bulgaren. Sprachunkenntnis erschwert Eindringen in bulgarische Psyche. Scholtz hat viel für bulgarisches Heer getan. Aber bulgarische Generale haben Radoslawow gestürzt und Heer verhetzt. Regierung dann an Entente gewandt. Bulgarische Oberste Heeresleitung versagte Ablösung schlechter Divisionskommandeure. Wir drehten fünf Divisionen zur Deckung Südostfront Oesterreich-Ungarns ab.

Entente kann sich durch Bulgarien gegen Kospoli wenden. Türken sammeln sich bei Tschataldscha. Wir ließen Zuzug von Krim kommen. Türkei wird ausfallen. Wir werden Südostfront der Monarchie halten können. Sind aber nicht imstande, Donau und Rumänien zu sichern. Rumänien militärisch mit Kräften, die wir vertragsmäßig dort haben, nicht zu halten. Wie hoch ist bolschewistische Gefahr zu schätzen? Davon hängt es ab, ob wir Ukraine aufgeben können, um Front zu kürzen und einige Divisionen für Donau frei zu machen. Militärisch ist Rumänien mit unsern jetzigen Kräften nicht gegen Anmarsch von Süden zu halten. Dort nur Serethlinie zu halten. Dort nur alte Leute. Wollen wir Rumänien halten, so müssen wir

*) Vgl. Nr. 4.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

wissen, wie groß bolschewistische Gefahr eingeschätzt wird. Wir könnten aus Ukraine einige Divisionen nach Rumänien bringen, aber dann können wir militärisch uns gegen Bolschewismus nicht mehr schützen. Nicht wahrscheinlich, daß mehr wie vier bis fünf Divisionen aus dem Osten nach Westen gebracht werden können.

Im Westen entscheidet Mannschaftsmangel. Lage ernst. Gestern schwerer Tag. Einbruch der Engländer bei St. Quentin. Alle Pläne der Entente nicht gelungen; vorbereitetes Kavalleriekorps nicht zur Entwicklung gekommen. Wir haben aber zurückgehen müssen. Die Divisionen sind nicht mehr kampfkräftig.

(Erläutert die Karte.)

Wir wollen lieber zurückgehen, als uns schlagen lassen. Wir ziehen uns immer mehr zusammen. Reichskanzler hat Fragen gestellt (bezieht sich auf Schreiben des Reichskanzlers vom 8. Oktober 1918*). Es ist schwer, solche Fragen zu beantworten, kann nur pflichtgemäß geschehen.

Frage 1: Grenze der Westfront weit ab, können wir lange schützen. Angriffe in Lothringen möglich, Gefahr für lothringische Grenze sehe ich nicht. Wegen Holland sehe ich keine Gefahr, da Truppen, die etwa übertreten, interniert werden würden.

Frage 2: Gefahr des Durchbruchs besteht immer. Engländer hätten beim ersten Tankangriff durchbrechen können.

Frage 3: Ja, nur Großangriffe gefährlich.

Frage 4: Wenn Angriff eingestellt, ist Gefahr beseitigt.

Frage 5: Uns fehlen im Moment 70 000 Mann. Material ist genügend da.

Frage 6: Wir brauchen eine Pause dazu, dann können wir uns wieder konsolidieren.

Frage 7: Nein.**) Ich verspreche mir trotz Menschenmangels von *levée en masse* nichts. Wir wollten immer Erhöhung der Arbeitsleistung. Ich kann nicht beurteilen, ob Drückeberger gefaßt werden können. Nach Ansicht der Obersten Heeresleitung sollte das G.-v.-System aufhören; jetzt will G.-v.-Mann nicht kämpfen. Wir können durch schärferes Zufassen in der Heimat mehr Leute bekommen. *Levée en masse* würde mehr zerstören, als man vertragen kann.

Sollen noch andere Generale gehört werden? Dankbar für Entlastung, aber sicher, daß andere Führer so denken wie ich. Ich habe wegen Friedensschritt mit Kuhl, Loßberg, Schulenburg gesprochen. Sie stimmten zu. Uns ist der Entschluß schwer geworden, aber wir schwankten nicht, als wir unsere Pflichten erkannten. Kommission nicht nötig. Oberste Heeresleitung kann auch diese Verantwortung allein tragen.

Oberst Heye: Ich gehöre der Obersten Heeresleitung seit vier Wochen an. Glaube, daß wir so, wie Ersatzlage ist, nicht mehr mit Sicherheit auf gute Kriegsdurchführung rechnen können. Es wäre Hasard-

*) Oben Nr. 36.
**) Im Original gesperrt.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

spiel der Obersten Heeresleitung, wenn sie den Friedensschritt nicht beschleunigte. Es k a n n*) sein, daß wir bis zum Frühjahr halten. Es kann aber auch jeden Tag eine Wendung kommen. Gestern hing es an einem Faden, ob Durchbruch gelang.

Dringende Bitte, nicht von Nervosität zu sprechen. Schritt zum Frieden, noch mehr zu Waffenstillstand, ist unbedingt notwendig. Truppe hat keine Ruhe mehr. Unberechenbar, ob die Truppe hält oder nicht. Jeden Tag neue Ueberraschungen. Ich fürchte nicht eine Katastrophe, sondern möchte Armee retten, damit wir während der Friedensverhandlungen sie noch als Druckmittel haben.

Armee braucht Ruhe. Hat sie die und gewinnt sie neuen Ersatz, so kann sie auch wieder neue Leistungen zeigen.

L u d e n d o r f f : Verteidigung ist teurer als der Angriff. Am 27. Mai haben wir bei Offensive 60 bis 70 000 Mann verloren, ebensoviel Gefangene machten wir. Dazu kommen die feindlichen sonstigen Verluste. Also minus zu unseren Gunsten.

Zur R ä u m u n g s f r a g e :*)

Wir haben im besetzten Gebiete ungeheures Material. Nach Ueberschlag dauert Räumung zwei bis drei Monate bei Fußmarsch (bei Fahren l ä n g e r*). Armee muß schlagfertig bleiben. Kann also nur abschnittsweise zurück. Steht sie an Grenze, so kann sie jeden feindlichen Angriff abwehren. Bedenklich nur Fliegergefahr für Industriegebiet. Also anstreben, daß nach Belgien nur belgische Truppen folgen. Die Forderung, Metz zu räumen, wäre gegen unsere militärische Ehre.

R e i c h s k a n z l e r : Sollen Verhandlungen mit Entente scheitern, wenn auch französische oder englische Truppen nach Belgien gehen?

L u d e n d o r f f : Nein.

R e i c h s k a n z l e r : Wie steht es mit Anspruch auf Räumung des besetzten d e u t s c h e n*) Gebietes durch den Feind?

L u d e n d o r f f : Hängt von Frontlage ab.

R e i c h s k a n z l e r : Gleich Waffenstillstand oder Waffenruhe?

L u d e n d o r f f : Waffenstillstand. Frage betreffend Bolschewicki: Gut, solchen Druck ausüben.

Schlußfrage: Zwei bis drei Monate.

Wir sind in der Lage, Grenzen zu halten. Wir können deutsche Festungen nicht übergeben. Gegenforderungen müssen wir stellen.

R ö d e r n : Zur Frage Gefahrpunktes. Ist Witterung so, daß Feind zum Winter Großangriffe einstellen muß?

L u d e n d o r f f : Winterschlachten sind möglich. Witterung allein ist keine Hinderung, wohl aber Erschöpfung.

R ö d e r n : Was können wir mitnehmen bei Rückzug?

---

*) Im Original gesperrt.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Ludendorff: Ganz bestimmte Angaben nicht möglich, aber wohl viel Material zu retten.

Rödern: Würde bei kürzerer Frist des Rückzuges viel wertvolles Material zurückbleiben?

Ludendorff: Ja, vielleicht durch neutrale Offiziere einiges zu retten. — Wir wollen Land an die französischen und belgischen Behörden ordnungsgemäß übergeben. Einwohner wollen jetzt schon weg.

Reichskanzler: Wie können wir Zerstörungen verhindern?

Ludendorff: Befehl schon gegeben, Wohnungen nicht zu zerstören. Bergwerke werden nur unterbrochen, nicht zerstört.

Reichskanzler: Lille?

Ludendorff: Noch nicht beschossen, trotzdem läuft Bevölkerung weg. Wir werden es nicht zerstören bei Rückzug.

Friedberg: Eisenbahnmaterial?

Ludendorff: Wir hoffen Großmaterial zu retten.

Erzberger: Materialübergewicht der Entente?

Ludendorff: Tanks, ja, auch mit Kraftwagen überlegen. Hoffe im Frühjahr 600 Tanks zu haben. Glaube nicht, daß sonstige Ueberlegenheit gefährlich.

Scheidemann: Stimmung im Heer? Divisionsbefehle der 41. Division.

Ludendorff: 8. August war schwarzer Tag in der Geschichte. Schlag für die Führung. Truppe hatte Grippe, keine Kartoffeln. Ernährung war schlecht, damals Stimmung schlecht. Jetzt gebessert. Damals Mannschaften aus der Etappe geholt. G.-v.-Leute haben Geist verdorben. Daher auch viel Gefangene. Jetzt hat man das Gefühl besseren Geistes.

Rödern: Zweifelhaft, ob wir Donaufront halten können. Dann Gefahr des Aufhörens der Oelversorgung. Wie sind Bestände?

Ludendorff: Marine 10 Monate, Heere für Luftzeuge 2 Monate.

Erzberger: Sind die fehlenden 70 000 Mann auch in Wintermonaten nötig?

Ludendorff: Zum Auffrischen der Divisionen brauchen wir sie.

Scheüch: Ersatzmöglichkeiten. Im Herbst wurden von Oberster Heeresleitung 200 000 Mann einmalig und pro Monat 140 000 Mann gefordert. Zur Deckung: Genesende 60 000 monatlich, Zurückkehrende, Gefangene usw. 50 000 einmalig. Jahrgang 1900 250 000, die aber zum Teil noch in der Industrie gebraucht werden.

Ludendorff: Der Ersatz ist zum Teil schlechten Geistes.

Scheüch: Es wird in der Heimat noch mehr ausgekämmt. Kommissionen bringen noch mindestens 60 000 in sechs Monaten. Desgleichen aus der Etappe 40 000. Kriegsfreiwillige Russen 10 000 Mann (?). Auskämmen aus der Industrie sehr schwierig. Aus Post und Eisenbahn 20 000.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nachmusterung und Auslandsdeutsche 5000. Insgesamt 950 000, also Fehlbetrag gegen Forderung der Obersten Heeresleitung. Kriegsministerium sucht nach Möglichkeiten.

1. Erhöhung der Arbeitsleistung. Diese bis auf 70 v. H. im besten Fall reduziert. Verbesserung nur durch Ernährung zu erreichen. Versuch mit Zuweisung von Nahrungsmitteln an die Betriebe.

2. Drückebergern gehen wir nach durch Kontrolle jeder Art. Kriegsgesellschaften schon stark ausgekämmt. Täuschung immer möglich, aber hoffe Zahl zu drücken.

3. G.-v.-Beseitigung ist gefährlich, bringt schlechtes Material an die Front. Aerztliche Anforderungen sind jetzt schon verschoben. Aenderung ist gefährlich. Rathenau. *Levée en masse.* Frage der Ausdehnung der Wehrpflicht denkbar größte Anspannung.

Scheüch: *Levée en masse:* jeder Mann soll dienen, jede Frau soll arbeiten. Hilfsdienstgesetz genügt, um das Arbeiten jedes Mannes sicherzustellen. Im Frühjahr wurde Verlängerung der Wehrpflicht beantragt (bis 60. Lebensjahr). Ergebnis wäre minimal. Rathenau sträubt sich energisch gegen dieses Verfahren. Er will ein großes Freiwilligenheer*). Ich glaube, daß die Methode ebenfalls nicht zu Erfolg führen kann.

Ludendorff (auf Anfrage Erzberger): Die 70 000 pro Monat sind ohne Berücksichtigung des feindlichen Zuwachses berechnet. Wir brauchen etwas zur Hebung des nationalen Schwunges*).

gez. Deutelmoser

---

*) Sperrungen im Original.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 39

Besprechung beim Reichskanzler

Protokollauszug

Berlin, den 10. Oktober 1918

v. Payer: Stresemann hat wegen Räumungsfrage angeregt, neben Oberster Heeresleitung auch Armeeführer zu fragen.

Reichskanzler: Ich habe dasselbe Schreiben erhalten.

v. Payer: Gestrige Erklärung Ludendorffs muß fixiert werden. Besonders die Befragung von Kuhl, Loßberg und Schulenburg.

Erzberger: Schreiben Stresemanns Ludendorff mitteilen. In Berlin zirkulieren Briefe General Hoffmanns, wonach Westfront zu halten sei . . . Diese Sache muß geklärt werden. War Generalstabschef bei Tannenberg. Manche Leute glauben, Hoffmanns Urteil sei sicherer als das von Ludendorff. Also Ludendorff bitten, Hoffmann anzuhören.

Solf und Rödern: Dann würde Ludendorff gehen, lieber Hoffmann privatim kommen lassen.

In der folgenden Beratung über den Text der Note erklärt

Solf: Note zerfällt in drei Teile.

1. Punkt: Ja.

2. Punkt: Es ist gestern nicht zum Abschluß gekommen. Ich habe Ludendorff gefragt: Können Sie noch drei Monate die Front halten? Ludendorff hat gesagt: nein.*) Daher wollen wir prinzipiell eingehen auf Räumung.

3. Punkt wird leicht zu beantworten sein.

Reichskanzler: Hat sich Auswärtiges Amt auf den Standpunkt gestellt, daß wir ohne Gegenforderung räumen?

Solf: Nein. Wir wollen das den Verhandlungen überlassen.

Reichskanzler: In die Note soll nichts, was kompliziert.

Reichkanzler: Frage, ob Ostafrika einzubeziehen ist?

Solf: Ja, nach Möglichkeit.

v. Payer: Wir dürfen die Oberste Heeresleitung nicht von ihrer Verantwortung entlasten.

---

*) Im Original gesperrt.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 39a*)

Aufzeichnung der Obersten Heeresleitung

10. Oktober morgens

Feldmarschall läßt Entwurf zu einem Telegramm an Seine Majestät und einem Telegramm an Reichskanzler für Exzellenz Ludendorff durchtelephonieren, um dahin zu wirken, daß keine entwürdigende Antwort an Wilson erteilt wird.

10. Oktober, 12 Uhr 50 nachmittags

1. Exzellenz Ludendorff rät von der Absendung der Telegramme ab. Sieht Lage erheblich gespannter an.
   Zur Räumung werden wir grundsätzlich zustimmen müssen.
2. Entwurf für militärischen Teil der Antwort an Wilson wird durch Fernsprecher durchgegeben.

---

*) Neu aufgenommen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 39b*)

Der Reichskanzler Prinz Max von Baden an den Vertreter des Auswärtigen Amtes im Grossen Hauptquartier Legationssekretär Freiherrn von Berckheim

Telegramm
Abgegangen: 11 Uhr 45 nachm.

Berlin, den 11. Oktober 1918

Bitte General Ludendorff zu sagen, daß ich ihm für umgehende Beantwortung meines ihm hier ausgehändigten Schreibens vom 8. Oktober betr. militärische Lage dankbar wäre. Ich lege Wert darauf, bis morgen mittag im Besitze der Antwort zu sein.

Reichskanzler

---

*) Neu aufgenommen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 40

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. Solf an den Vertreter des Auswärtigen Amtes im Grossen Hauptquartier Legationssekretär Freiherrn von Berckheim

Telegramm
Abgegangen: 3 Uhr 30 nachm.

Berlin, den 11. Oktober 1918

Bitte umgehend Oberster Heeresleitung nachstehenden Entwurf der Antwortnote an Wilson mitteilen und Zustimmung zum dritten Absatz sofort telephonisch und drahtlich mitteilen.

„In Beantwortung der Fragen des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika erklärt die Deutsche Regierung:

Die Deutsche Regierung hat alle Bedingungen angenommen, die Präsident Wilson in seiner Ansprache vom 8. Januar und in seinen späteren Ansprachen als Grundlage eines dauernden Rechtsfriedens niedergelegt hat. Nach Eintritt in die Verhandlungen wird sie lediglich die Einzelheiten ihrer praktischen Anwendung erörtern.

Die Deutsche Regierung erklärt sich im Einvernehmen mit der österreich-ungarischen Regierung bereit, sofort das Gebiet der mit den Vereinigten Staaten verbundenen Mächte zu räumen. Ferner willigen beide Regierungen ein, ihre Truppen jederzeit aus dem übrigen besetzten Gebiet zurückzuziehen. Die Deutsche Regierung stellt dem Präsidenten anheim, den Zusammentritt einer Kommission der beteiligten Mächte herbeizuführen, der es obliegen würde, die zur Räumung erforderlichen Vereinbarungen zu treffen.

Die jetzige Deutsche Regierung, die die Verantwortung für den Friedensschritt trägt, ist gebildet durch Verhandlungen und in Uebereinstimmung mit der großen Mehrheit des Reichstages. In jeder seiner Handlungen, gestützt auf den Willen dieser Mehrheit, spricht der Reichskanzler im Namen des deutschen Volkes."

gez. Solf

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 41

Der Vertreter des Auswärtigen Amtes im Grossen Hauptquartier Legationssekretär Freiherr von Berckheim an das Auswärtige Amt

Telegramm

Abgegangen: 8 Uhr 30 nachm. — Angekommen: 9 Uhr 15 nachm.

Großes Hauptquartier, den 11. Oktober 1918

Dringend

Der Generalfeldmarschall stellt seine Bedenken gegen den dortigen zweiten Vorschlag zur Antwortnote an Wilson zurück. Der vom Feldmarschall genehmigte Entwurf folgt nachstehend zu Euerer Exzellenz Kenntnis. Der Feldmarschall hat gerade auf den ersten Satz dieses Entwurfs besonderen Wert gelegt, auch darauf, daß die Friedensverhandlungen sofort*) beginnen, um uns eintretendenfalls nicht erst an unserer Grenze dem Feinde auszuliefern. Der Entwurf des Feldmarschalls lautet:

„Die Deutsche Regierung nimmt an, daß auch die andern beteiligten Regierungen sich auf den Boden der Kundgebungen des Präsidenten Wilson stellen, und daß die Verhandlungen unverzüglich beginnen.

Unter dieser Voraussetzung erklärt sich die deutsche Regierung im Einvernehmen mit der österreich-ungarischen Regierung grundsätzlich bereit, das Gebiet der mit den Vereinigten Staaten verbündeten Mächte zu räumen, sie setzt ferner voraus, daß aus Gründen der Menschlichkeit und im Interesse der Bevölkerung des zu räumenden Gebietes sowie aus Rücksicht auf die auf dem Spiele stehenden großen Werte von Beginn der Räumung ab die Waffen ruhen. Sie weist zur Vermeidung von Mißverständnissen darauf hin, daß eine geordnete Räumung Wochen in Anspruch nimmt. Die Deutsche Regierung stellt dem Präsidenten anheim, den Zusammentritt von Kommissionen der beteiligten Mächte herbeizuführen, denen es obliegen würde, die für Waffenruhe und Räumung erforderlichen Vereinbarungen zu treffen.

Eine Räumung der besetzten Gebiete des ehemaligen Russischen Reiches ist zur Zeit bei der Unsicherheit der dortigen Zustände im Interesse der Bevölkerung unmöglich. Sie wird aber nach Maßgabe der Wünsche der Bevölkerung in gegenseitiger Vereinbarung ausgeführt werden. Gegen die Räumung Rumäniens hat die Deutsche Regierung grundsätzlich nichts einzuwenden."

gez. Berckheim

Eigenhändige Randbemerkung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Dr. Solf:

„Nach telephonischer Mitteilung des Oberst von Haeften hat Feldmarschall von Hindenburg seine Bedenken gegen die heut gestellte Fassung fallen lassen. Er ist mit dem letzten Entwurf der Note einverstanden.

11. X. Solf"

*) Gesperrt im Original.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 42

Besprechung beim Reichskanzler am 11. Oktober 1918

Protokollauszug

Anwesend:

Reichskanzler Prinz Max von Baden,
Vizekanzler von Payer,
Kriegsminister Scheüch,
Staatssekretär Ritter von Mann,
„ Freiherr von Stein,
„ Bauer,
„ Trimborn,
„ Dr. von Krause,
„ Rüdlin,
„ Dr. Solf,
„ Graf Rödern,
„ Dr. Friedberg, zugleich als Vertreter der nationalliberalen Partei,
„ Gröber,
„ Scheidemann,
„ Erzberger,
Unterstaatssekretär Dr. Lewald,
„ von Stumm,
„ z. D. Wahnschaffe,
Ministerialdirektor Deutelmoser,
Oberst von Haeften

Dr. Solf verliest den neu formulierten Text der Antwortnote . . .

Reichskanzler verliest die Note Wilsons und erläutert sie. Die Oberste Heeresleitung sei für die Friedensaktion scharf eingetreten, sie wünsche, daß wir zur Räumung unsere Zustimmung geben.

Dr. Solf erklärt es für notwendig, daß alle Staatssekretäre ausdrücklich zustimmen.

Freiherr von Stein erklärt, das nur zu können, wenn ihm alle Verhandlungen, insbesondere die Aeußerungen der militärischen Instanzen, bekannt seien.

Scheüch aufgefordert, sich über die militärische Lage zu äußern, hält das für seine Person nicht möglich . . .

von Haeften erklärt die Zustimmung des Generals Ludendorff zum Entwurf der Note, wünscht aber statt „Räumungsverlangen" „Räumungsvorschlag" zu setzen.*)

*) Sperrungen im Original.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Deutelmoser verliest die Aeußerung des Obersten Heye in der Besprechung vom 9. Oktober und Exzellenz Ludendorffs Zustimmung dazu.

von Haeften meint, Exzellenz Ludendorff habe die Lage wohl nicht ganz so bedrohlich angesehen wie der Oberst Heye.

Reichskanzler Prinz Max von Baden erwidert darauf folgendes: Am Abend des 1. Oktober sei ihm der Reichskanzlerposten angeboten worden mit dem gleichzeitigen Verlangen, sofort die Friedensvermittlung Wilsons nachzusuchen. Er habe sich dagegen gesträubt und mindestens acht Tage warten wollen, um die neue Regierung zu konsolidieren und nicht den Eindruck hervorzurufen, als handeln wir bei unserer Bitte um Friedensvermittlung unter dem Drucke eines militärischen Zusammenbruches. Am gleichen Abend habe eine Besprechung zwischen ihm, dem Feldmarschall von Hindenburg und den Herren von Berg, von Payer und von Hintze stattgefunden*). Im Verlaufe dieser Unterredung habe er mehrmals an die Oberste Heeresleitung im Großen Hauptquartier die telephonische Anfrage richten lassen, ob nicht mit der Note gewartet werden könne. Darauf sei vom General Ludendorff die telephonische Antwort erteilt worden, wenn er, der Prinz, am nächsten Morgen um 10 Uhr noch nicht Reichskanzler sei, so solle lieber der Vizekanzler Herr von Payer noch heute abend die Note unterzeichnen. Durchgesetzt hätten die Oberste Heeresleitung und der Staatssekretär von Hintze die Note an Amerika gegenüber Bedenken, die sowohl er selbst, als die Herren von Payer und Solf hatten. So stark sei damals das Drängen der Obersten Heeresleitung gewesen. In der jetzt zu entwerfenden Note handele es sich um die Konsequenz jenes ersten Schrittes. Vielleicht sei jetzt etwas mehr Ruhe bei der Obersten Heeresleitung, aber sie halte doch fest an der Forderung eines sofortigen Waffenstillstandes.

von Haeften erklärt auf Anfrage diese Darstellung für richtig, nur habe er die telephonische Antwort des Generals Ludendorff auf die Anfrage des Prinzen nicht mehr ganz genau in der Erinnerung.

von Payer erklärt hierzu, das Telephonat habe ausgesprochen, wenn Prinz Max bis heute abend 7 Uhr Reichskanzler sei, könne bis zum nächsten Morgen um 10 Uhr gewartet werden, sonst müsse die Note sofort mit seiner, Payers, Unterschrift abgesandt werden.

Dr. Solf: Er habe ebenfalls den Feldmarschall von Hindenburg gefragt, ob wir nicht acht oder wenigstens vier Tage Zeit hätten. Der Feldmarschall habe erwidert, darauf könne er keine bestimmte Antwort geben, und seine Erwiderung mit den Worten geschlossen: Machen Sie schnell, machen Sie schnell.

---

*) Anmerkung bei der Herausgabe: Die Erwähnung des Generalfeldmarschalls von Hindenburg ist irrtümlich, wie sich aus dem folgenden Satz des Textes ergibt. Auch Ludendorff erklärt, daß Hindenburg zu diesem Zeitpunkte nicht in Berlin gewesen ist (Das Friedens- und Waffenstillstandsangebot S. 46).

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

von Haeften: Das Telephonat sei von Herrn von Payer richtig wiedergegeben. General Ludendorff meinte, 14 Tage würden wir wohl noch halten können, aber dann könne die Krisis eintreten und deshalb sei eine Verzögerung von vier Tagen schon viel. Im Großen Hauptquartier sei man sich auch über die Schwierigkeiten der neuen Regierungsbildung nicht hinreichend klar gewesen.

von Payer: Das Telephonat sei keineswegs das einzige Drängen gewesen.

(Folgt Beratung anderer Fragen.)

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 43

Der Erste Generalquartiermeister General Ludendorff an den Leiter der militärischen Stelle des Auswärtigen Amtes Oberst von Haeften

Telegramm

Abgegangen: Nachmittag — Angekommen: 8 Uhr 40 Min. nachm.

Großes Hauptquartier, 11. Oktober 1918

Eilt sehr!

Zum Schreiben des Reichskanzlers vom 8. Oktober 1918*) an mich bitte ich, folgende Antwort zu übermitteln:

Seite 1: zu 1: Die Rheinprovinz kann noch längere Zeit gehalten werden, da sie von unsern jetzigen Stellungen weit entfernt liegt. Auf Elsaß-Lothringen ist jedoch jederzeit ein Angriff möglich, wenn auch augenblicklich nicht wahrscheinlich.

Seite 1: zu 2: Die Gefahr des Zusammenbruchs hat immer bestanden. Ich befürchte ihn nicht, er ist aber möglich.

Seite 2: zu 3: Es kann noch mehrere Wochen mit Großangriffen gerechnet werden. Werden sie vom Feinde eingestellt, so ist der Gefahrpunkt überschritten.

Seite 2: zu 4: Ja, durch Ausscheiden von Reserven, Möglichkeit der Ruhe für einen großen Teil des Westheeres, Heranziehung allen verfügbaren Ersatzes (Einstellung des Jahrganges 1900).

Seite 2: zu 5: Der monatliche gegen Ausfall nicht gedeckte Fehlbetrag an Mannschaften beträgt mindestens 70 000 Mann. Der Materialersatz ist hinreichend.

Seite 2: zu 6: Wenn eine Kampfpause im Westen eintritt, ja!

Seite 2: zu 7: Eine *levée en masse* bringt keinen ausreichenden Kräftezuwachs, wohl aber energische Maßnahmen zur Hebung der Arbeitsleistung und Erfassung des tatsächlich noch vorhandenen Materials.

Seite 3: zu 1: Keine bedingungslose Annahme, sondern Gegenbedingungen.

Zu 1a: Ja!

Zu 1b: Es muß eine Demarkationslinie bestimmt werden. Die Neutralität Belgiens muß erreicht werden.

Zu 1c: Die Erklärung kann gegeben werden.

Seite 3: zu 2: Innerhalb 2 bis 3 Monaten. Die Räumung muß abschnittsweise erfolgen.

Seite 4: zu 3: Wenn die Grenze sofort ausgebaut wird, ja!

Seite 4: zu 1: Nein.

gez. Ludendorff

*) Nr. 36 dieser Sammlung.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 44

Besprechung beim Reichskanzler am 12. Oktober 1918

Protokollauszug

Anwesend:

Der Herr Reichskanzler,
Exzellenz von Payer,
„ Graf Rödern,
„ von Krause,
„ Freiherr von Stein,
„ Dr. Solf,
„ Ritter von Mann,
„ Rüdlin,
„ Groeber,
„ Erzberger,
„ Friedberg, zugleich als Vertreter der nationalliberalen Partei,
„ Scheüch,
Unterstaatssekretär z. D. Wahnschaffe,
„ Lewald,
„ Freiherr von Stumm,
Oberst von Haeften,
Ministerialdirektor Deutelmoser

Oberst von Haeften teilt den Wunsch des Feldmarschalls mit, daß die Voraussetzung ausgesprochen wird, daß auch die Alliierten Amerikas sich auf die 14 Punkte festlegen. Er sieht darin eine Rückversicherung gegen weitergehende Ententevorschläge . . . .

Oberst von Haeften erwähnt, daß Feldmarschall von Hindenburg in der Nacht nochmals habe bitten lassen, den von ihm empfohlenen Zusatz mit einzufügen. Die Staatssekretäre von Krause und Graf Rödern befürworten das, ebenso der Staatssekretär Erzberger . . . .

Oberst von Haeften schlägt folgende Fassung vor: „Die deutsche Regierung nimmt an, daß auch die anderen Regierungen der Alliierten sich auf den Boden der Kundgebung des Präsidenten stellen." Die Staatssekretäre Solf, von Krause, Erzberger erklären dies für annehmbar . . . .

. . . Exzellenz Solf verliest nochmals den Text der Note mit dem Zusatz der Obersten Heeresleitung.

Auf die Frage des Reichskanzlers, ob alle Herren einig seien, erklärt Ritter von Mann, er sei einverstanden, obwohl er im Zweifel sei, ob Wilson als Idealist oder als Trustmagnat handle. Aber die Kriegslage sei entscheidend. Vom Marinestandpunkt werden zwar durch Rückzug und

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Waffenstillstand sehr viel aufgegeben (Aussetzen des U-Boot-Krieges, 500 000 Tonnen im Monat, mögliche Besetzung Hollands, der Schelde durch England, Bedrohung Wilhelmshavens). Ludendorffs Ansicht aber sei entscheidend. Er nähme die Fassung der Note an.

Exzellenz von Payer: Ist jetzt auch die Oberste Heeresleitung einverstanden?

Oberst von Haeften erklärt, er glaube es. Er wird sofort das nötige feststellen.

Exzellenz Graf Rödern weist darauf hin, daß der Feldmarschall positiv zustimmen müsse, nicht nur seine Bedenken zurückstellen . . . .

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 45

Der Staatssekretär des Reichsmarineamts Ritter von Mann an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. Solf

Schreiben

Berlin, den 12. Oktober 1918

Ganz geheim

Euerer Exzellenz beehre ich mich, in der Anlage Niederschrift meiner Stellungnahme in der Sitzung der Staatssekretäre vom 12. Oktober zu der an den Präsidenten Wilson abzusendenden Antwortnote ergebenst zu übersenden.

gez. Mann

An
den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes
Herrn Dr. Solf, Exzellenz
Hier

Niederschrift

Berlin, den 12. Oktober 1918

Heute wurde die Beratung der Antwortnote an Präsident Wilson fortgesetzt und beendigt. Nachdem General Ludendorff erklärt hatte, daß die Armee durchbrochen werden könne, daß ein weiteres Halten der Westfront einem Hasardspiel gleichkäme, daß die Armee Ruhe brauche, um sich zu erholen, nachdem sich ferner Generalfeldmarschall von Hindenburg mit dem Text der Note einverstanden erklärt hat und nur einen Zusatz wünschte, der auch Aufnahme fand, habe ich in der Sitzung der Staatssekretäre etwa folgendes erklärt:

Schweren Herzens stimme ich der Antwort zu, nachdem die höchsten militärischen Autoritäten die Lage der Armee, wie geschehen, geschildert haben. Ich bin mir darüber klar, daß wir uns durch die Antwort vollständig in die Hand Wilsons geben, ob des Idealisten, Völkerbeglückers Wilson, der durch Herbeiführung eines gerechten dauernden Weltfriedens der größte Mann des Jahrhunderts wird, ob des Wilson, der an der Spitze der Trustmagnaten und großkapitalistischen Gruppe uns wirtschaftlich erdrosseln wird, das weiß ich nicht. Ist das letztere der Fall, so haben wir wohl — was gestern zur Diskussion gestellt wurde — das Recht, nach Rückzug auf die deutschen Grenzen weiterzukämpfen. Ob wir aber die Macht haben, dann noch erfolgreich weiterzukämpfen, ist eine andere Frage. Es liegt mir fern, die Ansicht Ludendorffs, daß die deutsche Grenzfront zu halten ist, zu kritisieren. Ich weise aber nur hin auf das, was die Marine angeht: auf die Gefahr, die dem deutschen Industriegebiet durch feindliche

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Kanonen und Flieger droht, auf die Gefahr, der der U-Boots-Stützpunkt Emden und der Flottenstützpunkt Wilhelmshaven ausgesetzt ist, wenn die Entente durch Holland in die Schelde eindringt*). Antwerpen haben wir ja geräumt. Ferner geben wir der Entente einen ungeheuren Vorteil durch die Einstellung des U-Boot-Krieges für den Fall, daß die Friedensverhandlungen wieder abgebrochen werden. Das bedeutet für uns einen Ausfall an Versenkungen von monatlich 4—500 000 Tonnen. Wir legen also die einzige Offensivwaffe, die wir noch besitzen und die zum guten Frieden führt, dadurch mit Sicherheit lahm. Nachdem ich diese Bedenken vorgebracht habe, muß ich sie in Anbetracht der Stellungnahme der Obersten Heeresleitung zurücksetzen.

---

*) Randbemerkung von der Hand des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Dr. Solf: „Wird sie nicht".

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 46

Der Chef des Generalstabs des Feldheeres Generalfeldmarschall von Hindenburg an den Reichskanzler Prinzen Max von Baden

Telegramm
Angekommen: 12. Oktober, 2 Uhr 50 Min. nachm.

Großes Hauptquartier, 12. Oktober 1918

Ich und General Ludendorff stimmen dem vom Obersten von Haeften am 12. Oktober 12 Uhr 30 Minuten telephonisch mitgeteilten Wortlaut der Antwort an Wilson zu.

gez. von Hindenburg

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 47

Deutschlands zweite Note

Abgegangen: 2 Uhr 5 nachm.

Berlin, den 12. Oktober 1918

In Beantwortung der Fragen des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika erklärt die deutsche Regierung:

Die deutsche Regierung hat die Sätze angenommen, die Präsident Wilson in seiner Ansprache vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Ansprachen als Grundlagen eines dauernden Rechtsfriedens niedergelegt hat. Der Zweck der einzuleitenden Besprechungen wäre also lediglich der, sich über die praktischen Einzelheiten ihrer Anwendung zu verständigen.

Die deutsche Regierung nimmt an, daß auch die Regierungen der mit den Vereinigten Staaten verbundenen Mächte sich auf den Boden der Kundgebung des Präsidenten Wilson stellen.

Die deutsche Regierung erklärt sich im Einverständnis mit der österreichisch-ungarischen Regierung bereit, zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes dem Räumungsvorschlage des Präsidenten zu entsprechen. Sie stellt dem Präsidenten anheim, den Zusammentritt einer gemischten Kommission zu veranlassen, der es obliegen würde, die zur Räumung erforderlichen Vereinbarungen zu treffen.

Die jetzige deutsche Regierung, die die Verantwortung für den Friedensschritt trägt, ist gebildet durch Verhandlungen und in Uebereinstimmung mit der großen Mehrheit des Reichstages. In jeder seiner Handlungen, gestützt auf den Willen dieser Mehrheit, spricht der Reichskanzler im Namen der deutschen Regierung und des deutschen Volkes.

gez. Solf,

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

VII

Wilsons zweite Note und ihre Beantwortung

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 48

Wilsons zweite Note

Angekommen: 16. Oktober, 5 Uhr 20 Min. vorm.

Staatsdepartement, 14. Oktober

Mein Herr! In Beantwortung der Mitteilung der deutschen Regierung vom 12. Oktober, welche Sie mir heute übergeben haben, habe ich die Ehre, Sie um die Uebermittlung folgender Antwort zu ersuchen.

Die uneingeschränkte Annahme der von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten vom 8. Januar 1918 und in seinen folgenden Botschaften niedergelegten Bedingungen von seiten der jetzigen deutschen Regierung und einer großen Mehrheit des deutschen Reichstags berechtigen den Präsidenten, eine offene und direkte Erklärung seines Entschlusses hinsichtlich der Mitteilungen der deutschen Regierung vom 5. Oktober und 12. Oktober 1918 abzugeben.

Es muß Klarheit darüber bestehen, daß die Durchführung der Räumung und die Bedingungen eines Waffenstillstandes Angelegenheiten sind, welche dem Urteil und dem Rate der militärischen Berater der Regierung der Vereinigten Staaten und der alliierten Regierungen überlassen werden müssen, und der Präsident fühlt sich verpflichtet zu erklären, daß keine Regelung von der Regierung der Vereinigten Staaten angenommen werden kann, die nicht völlig befriedigende Sicherheiten und Bürgschaften für die Fortdauer der gegenwärtigen militärischen Ueberlegenheit der Armeen der Vereinigten Staaten und der Alliierten an der Front schaffen. Er hat das Vertrauen, daß er als sicher annehmen kann, daß dies auch das Urteil und die Entscheidung der alliierten Regierungen sein wird.

Der Präsident hält es auch für seine Pflicht, hinzuzufügen, daß weder die Regierung der Vereinigten Staaten, noch er dessen ganz sicher ist, daß die Regierungen, mit denen die Vereinigten Staaten als Kriegführende assoziiert sind, einwilligen werden, einen Waffenstillstand in Erwägung zu ziehen, solange die Streitkräfte Deutschlands fortfahren, die ungesetzlichen und unmenschlichen Praktiken durchzuführen, bei denen sie noch verharren.

Zu derselben Zeit, wo die deutsche Regierung an die Regierung der Vereinigten Staaten mit Friedensvorschlägen herantritt, sind ihre U-Boote damit beschäftigt, auf der See Passagierschiffe zu versenken und nicht nur die Schiffe, sondern auch die Boote, in denen ihre Passagiere und Besatzungen versuchen, sich in Sicherheit zu bringen. Die deutschen Armeen schlagen bei ihrem jetzigen erzwungenen Rückzug aus Flandern und Frankreich einen Weg mutwilliger Zerstörung ein, der immer als direkte Verletzung der Regeln und Gebräuche der zivilisierten Kriegführung betrachtet wurde. Die Städte und Dörfer, wenn sie nicht zerstört sind, sind von allem, was sie enthalten, oft sogar ihrer Bewohner, beraubt. Es kann nicht er-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

wartet werden, daß die gegen Deutschland assoziierten Nationen einem Waffenstillstand zustimmen werden, solange die unmenschlichen Handlungen, Plünderungen und Verwüstungen fortgesetzt werden, daß sie mit Recht mit Schrecken und empörtem Herzen hinblicken.

Es ist auch notwendig, damit keine Möglichkeit eines Mißverständnisses entstehen kann, daß der Präsident mit großem Nachdruck die Aufmerksamkeit der Regierung Deutschlands auf die Fassung und die klare Absicht einer der Friedensbedingungen lenkt, welche die deutsche Regierung jetzt angenommen hat. Sie ist enthalten in der Botschaft des Präsidenten, die er am 4. Juli d. J. in Mount Vernon gehalten hat. Sie lautet wie folgt: „Vernichtung jeder militärischen Macht überall, welche es in Händen hat, allein, geheim und auf eigene Willensbestimmung den Weltfrieden zu stören, oder falls diese Macht gegenwärtig nicht vernichtet werden kann, wenigstens ihre Herabminderung bis zur tatsächlichen Ohnmacht." Und die Macht, welche bis jetzt das Schicksal der deutschen Nation bestimmt hat, ist eine von denjenigen, welche der Präsident in dieser Rede im Auge hat. Die deutsche Nation hat die Wahl, dies zu ändern. Die eben erwähnten Worte des Präsidenten bilden natürlich eine Bedingung, die vor dem Frieden erfüllt werden muß, wenn der Friede durch das Vorgehen des deutschen Volkes selbst kommen soll. Der Präsident hält sich für verpflichtet, zu erklären, daß die ganze Durchführung des Friedens seiner Ansicht nach von der Bestimmtheit und dem befriedigenden Charakter der Bürgschaften abhängen wird, welche in dieser grundlegenden Frage gegeben werden können. Es ist unumgänglich, daß die gegen Deutschland assoziierten Regierungen unzweideutig wissen, mit wem sie verhandeln. Der Präsident wird eine besondere Antwort an die K. und K. Regierung von Oesterreich-Ungarn absenden. Empfangen Sie, mein Herr, die erneute Versicherung meiner Hochschätzung.

gez. Robert Lansing

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 49

Der Kaiserliche Gesandte im Haag Freiherr von Maltzan an das Auswärtige Amt

Telegramm

Abgegangen: 1 Uhr 20 nachm. — Angekommen: 7 Uhr 25 nachm.

Haag, den 15. Oktober 1918

Sir Francis Oppenheimer in Hoek, der auf Abfahrt nach England, aus Furcht, torpediert zu werden, wartet, erklärte in engem Kreise folgendes:

Lloyd George wünsche noch zwei Monate Krieg, weil dann Deutschland derartig besiegt sei, daß es einfach annehmen müsse, was man ihm auferlege. Er will daher solche Bedingungen stellen, die Deutschland nicht annehmen könne; es sind die in den Sonntagmorgenblättern aufgeführten: Besetzung von Metz sowie der Rheinbrückenköpfe, Abrüstung der Flotte, Uebergabe der Unterseeboote usw. Er erwarte in Deutschland nach Ablehnung eine *levée en masse* und Kampf bis aufs Messer. Doch werde dieser Endkampf nur 14 Tage währen, worauf der Zusammenbruch erfolge. Als Abschaffung Autokratie verstehe man in England die Abdankung des Kaisers.

gez. Maltzan

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 49a*)

Der Chef des Generalstabes des Feldheeres Generalfeldmarschall von Hindenburg an den Reichskanzler Prinzen Max von Baden

Telegramm
Angekommen: 4 Uhr nachm.

14. Oktober 1918

Eurer Großherzoglichen Hoheit meine ernste Sorge auszusprechen, daß die gegenwärtige Stimmung im Innern des Reiches unsere militärische Lage und unsere Aussichten bei Verhandlungen immer ungünstiger gestaltet, halte ich mich für verpflichtet.

Unsere Feinde schöpfen aus unserer inneren Zerrissenheit und verzagten Stimmung neue Kraft zum Angriff, neue Entschlossenheit zu hohen Anforderungen. Feind und neutrales Ausland beginnen, in uns nicht mehr ein Volk zu sehen, das freudigst alles setzt an seine Ehre.

Demgegenüber gilt es, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß eine einheitliche vaterländische Stimmung in allen Stämmen und Schichten des deutschen Volkes lebendig wird und deutlich erkennbar in die Erscheinung tritt. An dem felsenfesten Willen des Volkes, gegen jede demütigende Bedingung sich bis aufs äußerste zu wehren, darf niemand zu zweifeln Veranlassung haben. Nur dann findet das Heer die Kraft, der Uebermacht zu trotzen; nur dann finden unsere Unterhändler den Rückhalt für ihre schweren Aufgaben am Verhandlungstisch.

Ich halte es deshalb für dringend geboten, daß mehr als bisher in der gesamten Presse, in den Versammlungen aller Parteien, aller Berufsgenossenschaften und Gewerkschaften, in den Kirchen, Schulen, Theatern und Lichtspielen jedem Deutschen die furchtbaren Folgen eines Friedens um jeden Preis klar und deutlich vor Augen geführt werden. In öffentlichen Kundgebungen aller Art muß der Wille zum Ausdruck kommen, daß es für das deutsche Volk nur zwei Wege gibt: Ehrenvoller Friede oder Kampf bis zum äußersten.

Das Vertrauen auf unsere gerechte Sache, der Stolz auf unsere gewaltigen Leistungen in vier Kriegsjahren gegen die stärkste Koalition der Geschichte, das Bewußtsein allezeit bewährter Bundestreue und die unerschütterliche Zuversicht an des deutschen Volkes Zukunft müssen uns in den Frieden hinübergeleiten und uns die Achtung vor uns selbst und Achtung des Auslandes bewahren. Das allein kann der Ton sein, der unserer Presse und unseren Rednern geziemt.

Für das Feldheer und die Besatzungstruppen werde ich von hier aus das weitere veranlassen. Das Kriegsministerium erhält Abschrift mit der Bitte, innerhalb des Heimatheeres in gleichem Sinne zu wirken.

---

*) Neu aufgenommen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Dieses Telegramm war bereits verfaßt, als die Ausführungen des Staatssekretärs Erzberger für die Norddeutsche Allgemeine Zeitung zu meiner Kenntnis kamen. Ich begrüße diese Ausführungen, in denen der Staatssekretär das Volk auffordert, in einmütiger Geschlossenheit zusammenzustehen. Eine eingehende Beeinflussung des Volkes in der von mir erwähnten Weise muß aber hinzukommen, um eine Stimmung zu erzielen, wie die Stunde sie verlangt.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 49b*)

Die Nachrichtenstelle Wesel an das Grosse Hauptquartier

Telegramm
Abgegangen: 11 Uhr nachm.

15. Oktober 1918

Zu den mit hiesiger Fernschrift Nr. 6799 vom 15. 10. 18 und früheren gebrachten Meldungen betreffend Aufnahme des deutschen Friedensangebotes bei den feindlichen Regierungen meldet zuverlässiger Vertrauensmann am 15. 10. 18 aus Holland:

1. Nach drahtlichen Mitteilungen einer neutralen Gesandtschaft in England an ihre Regierung: Innerhalb der englischen Regierung nimmt der Widerstand gegen den Friedensschluß mit Deutschland zu. An die Heeresleitung sind Weisungen gegeben, die energisches Vorgehen an der Front fordern. In der Mitteilung wird besonders betont, daß die englische Marine ihren Schlag schlagen will, bevor es Frieden gibt.
2. Nach drahtlichen Mitteilungen eines neutralen Gesandten in Frankreich an seine Regierung: die französische Regierung weigert sich, mit Deutschland auf Grund des Wilsonschen Programms Frieden zu machen, Clemenceau hat Foch besucht und von diesem vernommen, daß Foch sofort zurücktrete, wenn die Regierung sich auf das Friedensmanöver einlasse, Clemenceau ist mit Foch einig und hat diese Meinung auch General Haig persönlich mitgeteilt.

---

*) Neu aufgenommen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 50

Staatssekretär a. D. von Hintze im Grossen Hauptquartier an das Auswärtige Amt

Telegramm

Abgegangen: 10 Uhr 30 vorm. — Angekommen: 12 Uhr 10 nachm.

Großes Hauptquartier, den 16. Oktober 1918

Feldmarschall von Hindenburg hat folgenden Erlaß an die Armee herausgegeben:

„Die politischen Vorgänge der letzten Tage haben auf das Heer, namentlich auf das Offizierkorps, einen tiefen Eindruck gemacht.

Es ist meine Pflicht, die von Seiner Majestät Allerhöchst berufene Regierung zu unterstützen. Dem Friedensschritt stimme ich zu.

Vor allen andern Armeen hat die deutsche das voraus, daß sie und ihr Offizierkorps nie Politik trieben. Daran wollen wir festhalten.

Ich erwarte, daß das Vertrauen, das mir in guten Tagen geschenkt wurde, auch jetzt sich betätigt."

gez. Hintze

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 51

Der Kaiserliche Gesandte in Bern von Romberg an das Auswärtige Amt

Telegramm

Abgegangen: 16. Okt., 11 Uhr nachm. — Angekommen: 17. Okt., 12 Uhr 5 vorm.

Bern (Lörrach), den 16.Oktober 1918

Französische gegen Waffenstillstand gerichtete Hetze bedient sich besonders des Arguments, Oberste Heeresleitung sei mit Räumung durchaus einverstanden oder wünsche sie sogar, da sie hierdurch Heeres- und Kriegsmaterial Deutschlands vor gänzlicher Niederlage bewahren und sich, was gefährlich und unannehmbar für Entente sei, günstige militärische Aussichten offen halten könne.

In diesem Sinne wird das eindringliche Betonen deutscher Presse, daß militärische Stellen (Ludendorff) mit Räumung einverstanden seien, von Gegnern stark ausgebeutet.

gez. Romberg

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 52

Aufzeichnung des Wirklichen Legationsrates von Rosenberg im Auswärtigen Amte über eine telephonische Mitteilung des Vertreters des Auswärtigen Amtes im Grossen Hauptquartier Legationsrats Freiherrn von Lersner

16. Oktober 1918, Nachmittag

Freiherr von Lersner telephoniert:

1. Nach seinen Eindrücken sei die alsbaldige Einstellung des gesamten U-Boot-Krieges erreichbar, falls wir dies aus politischen Gründen für notwendig halten sollten.

2. Er empfiehlt, die morgige Anwesenheit des Generals Ludendorff dazu zu benutzen, um ihn auf die Möglichkeit vorzubereiten, daß der Gegner auch noch die Räumung deutschen Gebietes (z. B. Metz und Straßburg) verlangen könnte. Es wäre mit dem General zu überlegen, wie weit einer solchen Forderung eventuell nachgegeben werden könnte.

3. Im Großen Hauptquartier seien vereinzelte Stimmen laut geworden, die dafür eintreten, daß nunmehr der deutsche Oberbefehlshaber unmittelbar mit den feindlichen Oberbefehlshabern in Verbindung treten möge. Freiherr von Lersner hält diesen Gedanken für höchst bedenklich, da wir uns bei der augenblicklichen Stimmung der feindlichen Armee eine glatte Abfuhr holen würden und befürwortet dringend, weiter an dem Weg über Wilson festzuhalten.

4. Baron Lersner stellt zur Erwägung, ob nicht das Hauptquartier statt nach Homburg besser nach Berlin oder einer näher gelegenen Stadt (Potsdam oder Brandenburg) zu verlegen wäre, damit die technischen Schwierigkeiten des Gedankenaustausches zwischen politischer und militärischer Leitung verringert würden.

gez. von Rosenberg

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 53

Der Kaiserliche Gesandte in Stockholm von Lucius an das Auswärtige Amt

Telegramm

Abgegangen: 16. 10., 8 Uhr nachm. — Angekommen: 16. 10., 11 Uhr 55 nachm.

Stockholm, den 16. Oktober 1918

Aus schwedischen Kreisen, die zur Entente gute Beziehungen haben, höre ich, daß andauerndes militärisches Zurückgehen die Forderungen unserer Gegner immer mehr steigert und daß besonders Franzosen und Amerikaner Krieg nach Deutschland hineintragen wollen. Gerade im jetzigen Augenblick würde jeder auch kleine Erfolg unsererseits den Einfluß besonnener Elemente in Frankreich und England wesentlich stärken.

gez. Lucius

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 54

Sitzung der Staatssekretäre am 16. Oktober

Protokollauszug

Anwesend:
Der Reichskanzler,
der Vizekanzler,
der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes,
der Staatssekretär des Reichsschatzamtes,
Oberst von Haeften für die Oberste Heeresleitung,
Unterstaatssekretär Wahnschaffe,
Ministerialdirektor Deutelmoser,
Die Staatssekretäre Groeber, Haußmann, Scheidemann

von Payer wies darauf hin, daß die Oberste Heeresleitung anrege, eine Propaganda für die letzte Verteidigung zu entfachen*). Das Kabinett sei der Meinung, daß dazu jetzt noch nicht die Zeit sei. Erst müsse das Kabinett sich entschließen, was auf die Wilsonsche Note geschehen solle. Einstweilen seien öffentliche Versammlungen und Reden über die Lage unerwünscht. Man müsse klar sehen, ob die Truppen aus dem Osten weggezogen werden könnten.

Oberst von Haeften bemerkt, daß Exzellenz Ludendorff morgen in Berlin eintreffen werde. Die Fragen, die ihm zu stellen seien, würden noch mit dem Kriegsministerium präzisiert. Schon jetzt aber bitte die Oberste Heeresleitung folgende Gegenfragen zu beantworten:

1. Läßt die innere Lage zu, daß sämtliche Truppen vom Osten nach dem Westen gebracht werden oder besteht die Gefahr, daß der Bolschewismus ins Land kommt?

2. Wird das deutsche Volk, nicht nur die Kreise der Gebildeten, sondern in seinen breiten Massen, in den Kampf bis zum äußersten mitgehen, wenn es das Bewußtsein hat, daß sich dann unsere militärische Lage genügend verstärkt, um das Eindringen der Feinde über die Landesgrenze zu verhindern? Oder ist die moralische Widerstandskraft so erschöpft, daß diese Frage nicht unbedingt bejaht werden kann? Dabei handele es sich nicht um Zwang, sondern um freien Willen.

Solf bezeichnet das Telegramm der Obersten Heeresleitung, das diese Fragen stelle, als ein außerordentlich gefährliches Dokument. Zwischen den Zeilen liege mehr als ein Appell an das deutsche Volk, sich zusammenzuraffen, nämlich der Versuch, die Verantwortlichkeit zu verschieben. Warum sei denn die Stimmung so gedrückt? Weil die militärische Macht zusammengebrochen sei. Jetzt aber sage man: die militärische Macht wird zusammenbrechen, wenn die Stimmung nicht durchhält. Diese Verschiebung dürfe man nicht zulassen; sie passe schlecht zu den eigenen

*) Vgl. Nr. 49a.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Worten des Generals Ludendorff, der mit dem Kriegsminister einig gewesen sei, daß eine *levée en masse* nicht möglich ist.

Sehr prekär sei auch die zweite Frage, ob man die Truppen auf Gefahr des Bolschewismus vom Osten wegziehen könne. Laute die Antwort nein, so werde die Oberste Heeresleitung behaupten, sie hätte die militärische Lage mit den Verstärkungen halten können. Glaube sie wirklich, daß die geringen Truppen im Osten das Kräfteverhältnis ändern könnten? Man müsse den Generalfeldmarschall bitten, solche Telegramme nicht mehr hierher zu schicken.

Scheidemann. Die Frage muß mit General Ludendorff auf das eingehendste besprochen werden. Auch ich meine, daß hier der Tatbestand verschoben werden soll. Das Telegramm der Obersten Heeresleitung sei allerdings vor Bekanntwerden der Antwort Wilsons abgegangen. Jetzt biete die Empörung der öffentlichen Meinung ihm scheinbar einen Rückhalt. Dies sei auch erklärlich, das dürfe uns aber nicht irre machen, wir müßten versuchen, uns an die Stelle der Gegner zu versetzen und den Tatbestand objektiv zu würdigen.

Sehr wichtig für den Ton der Antwort seien die Verwüstungen und Plünderungen . . .

Dazu komme das schreckliche Unglück mit dem Passagierdampfer, bei dem 600 Passagiere, darunter sehr viele Frauen und Kinder, umgekommen seien. Das wirke furchtbar aufreizend. Der U-Boot-Krieg sollte sogleich aufhören; die paar Schiffe, die man noch versenke, kämen nicht mehr in Betracht.

Auch mit der Amnestie solle man entschiedener vorgehen. Alle seien einig gewesen, daß sie Liebknecht zugute kommen sollte, nur Unterstaatssekretär Lewald habe diesen Beschluß zu Falle gebracht. Dieser Mangel an Weitblick führe dazu, daß man keine Konzessionen mit großer Geste mache, wenn es Zeit sei, sondern verspätet unter Druck und ohne Wirkung auf die Stimmung.

Die Stimmung wäre jetzt noch durch den Brief des Kaisers vergiftet, den die Iswestija veröffentlicht habe. Der Brief stamme zwar aus dem Jahre 1895, seine Angriffe auf die Reichstagsparteien wirkten aber deshalb nicht weniger stark. Glaube man wirklich, daß die Neigung im Volke noch groß sei, einen Finger krumm zu machen, um den Kaiser zu halten? Das Volk sei sich jetzt der Lage bewußt. Es gäbe ein Unglück, wenn man jetzt noch Rücksicht nehmen wollte. Am wenigsten auf Unterstaatssekretäre, die sich in die neue Lage nicht finden könnten. Es gehe nicht mehr länger, daß das Kabinett beschließt und die Geheimräte machen, was sie wollen.

Jedenfalls dürfe man Wilsons Note nicht beantworten, bis man nicht mit General Ludendorff gesprochen habe. Er müsse uns sagen, wie es militärisch steht, und wir wollen ihm die Stimmung schildern. Sie sei fürchterlich. Es sei nicht die Empörung wegen der Forderungen der Gegner, sondern die Verzweiflung, daß man immer noch nicht das Nötige tue, sondern die Reformen tropfenweise gebe.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Groeber teilt die Auffassung des Herrn Solf über das Telegramm der Obersten Heeresleitung. General Ludendorff habe bei der Beratung des Waffenstillstandsgesuchs gesagt, er habe monatlich ein Defizit von 70 000 Mann und wisse keinen Weg, dieses Defizit zu decken. Wenn jetzt ein Aufruf gemacht werde, müsse er doch das Ergebnis haben, das Defizit zu beseitigen. Es müsse festgestellt werden, ob dazu die militärischen Kräfte noch aufgebracht werden könnten, und zwar mit genauen Zahlen. Dann erst könne man die Fragen der Obersten Heeresleitung prüfen, Fragen von außerordentlicher Tragweite für Deutschland und für die Randstaaten. Man könne doch unmöglich die Randstaaten, die man geschaffen habe, und die einen militärischen und wirtschaftlichen Wall gegen den Osten bilden sollten, dem Bolschewismus ausliefern.

Vielleicht habe man versäumt, in der Zwischenzeit eine Polizeitruppe aus der Bevölkerung zu bilden, das sei jetzt zu spät. Darum glaube er nicht, daß dort viele Truppen verfügbar seien.

Es genüge nicht, nur Exzellenz Ludendorff zu fragen, sein Urteil sei nicht mehr allein maßgebend. Man müsse sich mit andern Heerführern im Westen ins Benehmen setzen. Das Kabinett brauche diese Rückendeckung, und zwar aktenmäßig . . .

Weiter sei der Staatssekretär des Reichsmarineamts darüber zu hören, ob sich Vorfälle wie bei Versenkung der „Leicester" nicht vermeiden lassen. Was den Aufruf zum Endkampf anlange, so sei es widerspruchsvoll, das ganze Volk einschließlich der deutschen Polen zur Hergabe des letzten Blutstropfens aufzufordern und dabei die Ausnahmegesetze nicht aufzuheben. Das entspräche nicht der großen Gefahr, in der wir schweben.

Was habe es für einen Zweck, wenn das Kabinett sich abmühe, Mittel zur Besserung der Lage zu finden und dann die wichtigsten Punkte nicht durchgeführt würden. In der Frage Liebknechts lasse sich manches für und wider sagen, aber man habe beschlossen, ihn zu amnestieren, dann dürfe nicht gesagt werden, das sei unmöglich, damit werde das Kabinett entwertet.

Scheidemann: Und die Amnestie ebenfalls.

Groeber: Diese Fehler machen einen Aufruf gegenwärtig unwirksam.

Man müsse aber General Ludendorff fragen: wie denke er sich die Durchführung — wie lange solle sie wirken? Je länger man gegen die Uebermacht kämpfe, mit um so schwereren Rückschlägen müsse es enden. Im Anfang des vorigen Jahrhunderts sei es anders gewesen, da sei das Volk mit voller Ueberzeugung in den Kampf gegangen, weil die Voraussetzungen vorgelegen hätten.

von Payer unterstützt den Antrag, auch andere Heerführer zu hören, und fragt, ob die früheren Angaben des Generals Ludendorff festgelegt seien.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

von Haeften erwidert, die Aufzeichnungen darüber lägen teils in der Reichskanzlei, teils im Auswärtigen Amt.

Graf Rödern bezweifelt, ob die andern Heerführer zugezogen werden könnten.

von Haeften bestätigt, daß während dieses schweren Kampfes die Heerführer nicht abgerufen werden können und nimmt die Oberste Heeresleitung gegen die Ansicht in Schutz, als ob sie eine Verschiebung der Verantwortlichkeit beabsichtigt habe, indem er die Entstehungsgeschichte des Telegramms darlegt. Er nehme an, daß Exzellenz Ludendorff von dem Telegramm überhaupt keine Kenntnis habe.

von Payer meint, daß eine schriftliche Auskunft der andern Heerführer nicht genüge, sie müßten sich vor dem Kabinett im Notfall durch ihre Generalstabschefs vertreten lassen. Ohne eine Aussprache mit ihnen könne das Kabinett die Verantwortung vor dem Vaterland nicht tragen...

Der Reichskanzler erklärt, wegen der Anhörung anderer Heerführer habe er Seiner Majestät Vortrag gehalten und erwarte noch im Laufe des Tages die Entscheidung des Kaisers, von der seine weiteren Schritte abhängig seien. Man müßte damit rechnen, daß Hindenburg und Ludendorff die Zuziehung persönlich nehmen würden, wenn aber die Nachrichten für das Kriegskabinett nötig seien, müsse das Erscheinen der beiden Herren veranlaßt werden pp.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 55

Sitzung des engeren Kabinetts vom 17. Oktober 1918

Protokollauszug

Anwesend:

Der Reichskanzler,
der Vizekanzler,
die Staatssekretäre des Auswärtigen Amts und des Reichsschatzamts,
der Vizepräsident des Preußischen Staatsministeriums,
die Staatssekretäre Groeber, Haußmann, Scheidemann,
Unterstaatssekretär Wahnschaffe,
Ministerialdirektor Deutelmoser

Der Reichskanzler eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten mit der Mitteilung, daß er ein Telegramm Seiner Majestät erhalten habe, wonach außer dem Ersten Generalquartiermeister noch andere Heerführer zu hören sein würden. Dies habe er dem General Ludendorff mitgeteilt. Der General habe in großer Erregung geantwortet, dann würde er sofort seinen Abschied nehmen und mit ihm Generalfeldmarschall Hindenburg. Es müsse jetzt erwogen werden, wie man sich zu dieser Folge stellen solle. Seiner Ansicht nach solle man zunächst die Ausführungen Ludendorffs entgegennehmen und sich erst dann entscheiden.

Solf berichtet, daß ihn heute morgen zu ungewöhnlich früher Stunde der Abgeordnete Rießer aufgesucht und ihm gesagt habe, das Vertrauen der nationalliberalen Partei auf General Ludendorff sei so erschüttert, daß sie erwarte, die Regierung werde sich bei ihrem Entschluß nicht nur auf Hindenburg und Ludendorff stützen, sondern auch andere Feldherren hören.

von Payer meint, man solle diese Frage nicht in Gegenwart Ludendorffs erörtern, sondern zunächst das Ergebnis seiner Ausführungen abwarten. Vielleicht würden diese Ausführungen befriedigen, vielleicht werde man noch andere hören müssen.

Graf Rödern fragt, ob Seine Majestät die Heerführer herkommen lassen wolle.

Der Reichskanzler erklärt, das sei nicht möglich, man würde dadurch die militärische Lage gefährden.

Scheidemann findet den Wunsch, andere Heerführer zu hören, sehr begreiflich; er müsse aber in einer Form erfüllt werden, die Hindenburg und Ludendorff jeden Anlaß nehme, die angegebenen Konsequenzen zu ziehen. Es müsse doch den beiden Feldherren selbst recht sein, wenn man noch andere zuziehe und ihnen dadurch die ungeheure Verantwortung zum Teil abnehme.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Der Reichskanzler erwidert, das habe er General Ludendorff alles vorgestellt, Ludendorff habe aber geantwortet, das sei ein Mißtrauensvotum. Das habe er bestritten und betont, es sei nicht nur der Wunsch Seiner Majestät, sondern auch der allgemeine Wunsch der Bevölkerung und eigentlich so selbstverständlich, daß niemand begreifen würde, wenn die Feldherren deshalb zurückträten.

Friedberg bestätigt, daß das Publikum nicht begreifen würde, wenn hier das Schicksal Deutschlands auf den richtigen Blick von zwei Augen gestellt würde. Auch früher sei doch in entscheidenden Zeiten ein Kriegsrat zusammengerufen worden. Wenn man bedenke, daß es gerade ein Kriegsrat war, der die Absetzung Falkenhayns und die Berufung Hindenburgs beschloß, könne doch jetzt die Abhaltung eines Kriegsrats für die beiden Feldherren kein Grund zur Abdankung sein.

Der Reichskanzler wiederholt, daß er alles dies schon Ludendorff gesagt habe; es habe nichts genutzt. Es frage sich also nur, ob man den Abschied der beiden verantworten könne.

Haußmann meint, das würde namentlich wegen Hindenburg geradezu katastrophal wirken. Gerade die Leute, die jetzt den beiden Feldherren das Vertrauen zu versagen schienen, würden nach ihrem Abgang es der jetzigen Regierung zum Vorwurf machen, in dieser Kriegslage Deutschland um die beiden besten Feldherrn gebracht zu haben . . .

Groeber erklärt, der Abgeordnete Stresemann habe ihm vor kurzem mitgeteilt, seine ganze Fraktion, er glaube einstimmig, hege den Wunsch, daß noch andere Heerführer gehört würden.

Der Reichskanzler fragt den Staatssekretär Scheidemann, was er von der Wirkung auf die breiteren Volksmassen halte.

Scheidemann erklärt, das lasse sich schwer beurteilen. In Arbeiterkreisen sei das Vertrauen auf Ludendorff nicht erst jetzt erschüttert worden, sondern es fehle schon sei Jahr und Tag; nicht sowohl militärisch, als vielmehr politisch, da habe er einen ganz schlechten Ruf.

Solf wiederholt, daß es sich bei der Mitteilung Rießers um einen formellen Parteibeschluß handle.

von Payer schlägt vor, eine Form zu suchen, die nicht verletzend wirke; vielleicht berufe Hindenburg selbst einen Kriegsrat zusammen, dessen Beschlüsse der Regierung mitgeteilt würden, damit sie ihre Entscheidung danach treffe. Zunächst solle aber einmal in die sachliche Erörterung eingetreten werden. Sage Ludendorff, die Lage sei verzweifelt, wir können die Front nicht mehr halten, so müsse man noch andere hören.

Der Reichskanzler: Das tue Ludendorff nicht.

von Payer: Sage Ludendorff, daß wir uns noch halten können und nicht jede Bedingung anzunehmen brauchen, so würde er keinen Wert mehr auf die Vernehmung anderer Heerführer legen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Der Reichskanzler stimmt dem insoweit zu, als zunächst die sachliche Erörterung beginnen solle.

. . . .

Graf Rödern wirft die Frage auf, ob es nicht denkbar sei, daß der Kaiser den Generalfeldmarschall bewege, das höchste Opfer zu bringen und auch ohne Ludendorff zu bleiben.

Der Reichskanzler erwidert, wenn dies auch nicht ganz unmöglich sei, so sei es doch sehr unwahrscheinlich, weil Hindenburg sich doch sehr mit Ludendorff identifiziert habe. Ludendorff sei der, der die Entschlüsse fasse. Auch darüber könne man später sprechen*).

---

*) Vgl. hierzu Ludendorff, „Kriegserinnerungen" S. 10:

„Ich trug dem Generalfeldmarschall nach Rücksprache mit meinen Mitarbeitern kurz und knapp meine Gedanken für Anlage und Leitung aller Operationen vor und machte ihm einen ganz bestimmten Vorschlag. Ich hatte die Genugtuung, daß der Generalfeldmarschall stets — von Tannenberg bis zu meinem Abgang im Oktober 1918 — mit meinem Denken übereinstimmte und meine Befehlsentwürfe billigte."

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 56

Fragebogen als Grundlage der Besprechung mit General Ludendorff am 17. Oktober 1918 (Nr. 57)

1. Wie lange kann bei Fortsetzung des Krieges durch äußerste Anspannung der Volkskraft der Krieg so geführt werden, daß die Feinde von den deutschen Landesgrenzen ferngehalten werden?

2. Wie stark ist zur Zeit das Westheer einschließlich der Besatzungstruppen in Belgien und Nordfrankreich?

3. Wie stark sind die im Osten stehenden Kräfte?

4. Wie lange Zeit wird es in Anspruch nehmen, bis die sogenannte *levée en masse* für unsere Lage an der Westfront wirksam wird?

5. Wie lange Zeit nimmt die Ueberführung der im Osten entbehrlichen Streitkräfte nach dem Westen in Anspruch?

6. Kann eine Garantie dafür übernommen werden, daß die Westfront in ihrer jetzigen Stärke keine Katastrophe erleiden wird, bevor ihr der Kräftezuwachs aus dem Osten und der Heimat zugeführt ist?

7. Wieviel Kräfte können dem Westheere zugeführt werden
   a) aus der Heimat,
   b) aus dem Osten?

8. Wie hoch ist der Kampfwert der Verstärkungen zu bemessen
   a) aus der Heimat,
   b) aus dem Osten?

9. Wird durch eine Entblößung der östlichen Gebiete von den deutschen Truppen die Oelzufuhr für Heer und Heimat so in Frage gestellt, daß dies uns zum vorzeitigen Friedensschluß oder zur Aufgabe des U-Boot-Krieges zwingen kann?

10. Ueber wie starke Reserven verfügen zur Zeit noch unsere Feinde:
   a) Amerikaner,
   b) Engländer,
   c) Franzosen,
   d) Italiener?

11. Wie lange ist hiernach noch mit Großangriffen an der Westfront in diesem Jahre zu rechnen?

12. Besteht bei einem Ausscheiden Oesterreich-Ungarns als Bundesgenossen die Wahrscheinlichkeit der Ueberführung des italienischen Heeres nach der Westfront?

13. Wie stark ist das italienische Heer?

14. Besteht die Möglichkeit des Wiedererstehens einer neuen Südfront?

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

15. Wie hoch ist der Kampfwert der russischen roten Armeen zu bewerten?

16. Besteht die Möglichkeit des Wiedererstehens einer neuen Ostfront?

17. Besteht die Möglichkeit, daß im Laufe des nächsten Jahres die noch neutral verbliebenen europäischen Mächte von unseren Feinden gezwungen werden, in den Krieg gegen uns mit einzugreifen?

18. Wieviel Amerikaner werden im Durchschnitt monatlich nach Frankreich überführt?

19. Wie stark wird voraussichtlich das amerikanische Heer an der Westfront im nächsten Frühjahr sein?

20. Wie hoch kann die Stärke der alliierten feindlichen Armeen (Amerikaner, Engländer, Franzosen, Italiener) an der Westfront im nächsten Frühjahr geschätzt werden?

21. Wird sich bis zum nächsten Frühjahr unsere militärische Lage gegen jetzt verschlechtern oder verbessern?

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 57

Grosse Sitzung vom 17. Oktober 1918

Protokoll

Anwesend:

Der Reichskanzler,
Der Vizekanzler,
Der Kriegsminister,
Die Staatssekretäre des Auswärtigen Amts, des Reichsschatzamts, des Kriegsernährungsamts, des Reichsmarineamts,
Der Chef des Admiralstabs der Marine,
Der Vizepräsident des Preußischen Staatsministeriums,
Die Staatssekretäre Groeber, Haußmann, Scheidemann,
Unterstaatssekretär Göppert,
Unterstaatssekretär von Stumm,
Unterstaatssekretär Wahnschaffe,
Ministerialdirektor Deutelmoser,
General Ludendorff,
General Hoffmann,
Oberst Heye

Der Reichskanzler: Die Lage, in der wir uns befinden, ist die Folge des Schrittes, den wir am 5. Oktober getan haben. Damals war es der dringende Wunsch der Obersten Heeresleitung, daß wir die Friedensnote und das Waffenstillstandsersuchen an den Präsidenten Wilson gerichtet haben. Es kam die Rückfrage, die wir beantwortet haben. Jetzt liegt eine neue Note vor, die eine Steigerung der Forderungen Wilsons enthält, und über die wir uns schlüssig machen müssen. Wilson ist offenbar durch die amerikanischen Chauvinisten und durch den Druck Frankreichs und Englands in eine schwierige Lage geraten und, wie ich hoffe, hofft er selbst, daß wir ihm die Möglichkeit geben, mit uns weiter zu verhandeln und den Widerstand der Kriegstreiber zu überwinden.

So stelle ich mir die Lage vor. Es würde nun, ehe wir die Note an Wilson abgehen lassen, klarzustellen sein, was die militärische Lage Deutschlands fordert. Zu diesem Zweck haben wir Euere Exzellenz gebeten, herzukommen und uns Auskunft zu geben. Wir haben Euere Exzellenz eine Anzahl formulierter Fragen vorgelegt, über die wir erwarten, Auskunft zu erhalten. Euere Exzellenz haben andere Fragen an uns gestellt, die wir im Laufe der Erörterung beantworten werden.

Die erste Frage ist die, ob dadurch, daß die Divisionen vom Osten herübergezogen werden, die Front im Westen so gestärkt werden kann, daß man auf ein längeres Durchhalten rechnen darf.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Die zweite Frage geht dahin, ob durch stärkere Zuführung von Truppenmaterial aus der Heimat erreicht werden kann, daß die Armee eine Kräftigung zum weiteren Durchhalten erfährt.

General Ludendorff: Es wurden schon früher eine Reihe von Fragen an mich gestellt, die präzise zu beantworten ganz ausgeschlossen ist. Der Krieg ist kein Rechenexempel. Es gibt im Krieg eine Menge Wahrscheinlichkeiten und Unwahrscheinlichkeiten. Was schließlich eintrifft, weiß kein Mensch. Als wir im August 1914 nach Ostpreußen kamen und mit Hilfe meines treuen Mitarbeiters Hoffmann die Befehle zur Schlacht von Tannenberg ausgegeben wurden, da wußte man auch nicht, wie es gehen würde, ob Rennenkampf marschieren würde oder nicht. Er ist nicht marschiert und die Schlacht wurde gewonnen. Es gehört zum Krieg Soldatenglück, vielleicht bekommt Deutschland doch auch wieder einmal Soldatenglück.

Ich kann Ihnen nur meine Ueberzeugung sagen. Die Verantwortung dafür, was ich sage, trage ich und habe sie getragen vier lange, schwere Jahre.

Wenn man mich fragt, ob die Ostdivisionen einen Umschwung herbeiführen werden, so frage ich dagegen, was können wir aus dem Osten wegführen. Ich habe darüber mit Hoffmann gesprochen. Wir haben jetzt drei Divisionen locker gemacht durch Räumung Weißrußlands; aber das geht nur langsam. Wir haben in dem Gebiet noch große Haferbestände. Hafer wird uns im nächsten Jahre besonders fehlen; das ist zu bedenken.

Also drei Divisionen kommen. Einen Umschwung kann man mit drei Divisionen nicht herbeiführen; aber der Soldat muß alles zusammenziehen, was er kriegen kann. Früher konnten wir das nicht, weil wir die weitere Grenze gegen die Bolschewiken schützen mußten, bis wir das Geld bekamen. Wieviel haben wir denn jetzt im Osten?

Oberst Heye: Noch 24 Divisionen. Oberost hat davon noch 7.

General Hoffmann: 7 hat Oberost, 5 stehen in der Ukraine, 12 in Rumänien.

General Ludendorff: Dazu kommt die Frage, können wir die Ukraine aufgeben oder nicht? Die Oberste Heeresleitung ist im Einverständnis mit der Reichsleitung in die Ukraine einmarschiert, weil wir das Land für die Ergänzung unserer Wirtschaft brauchten, und weil wir die Ostfront der Feinde sprengen mußten. Können wir auf die Ukrainewirtschaft verzichten, und können wir die Gefahr auf uns nehmen, daß die Ukraine bolschewistisch wird, so können wir auch die Divisionen herausholen.

Wirtschaftlich glaube ich, daß wir die Ukraine unbedingt brauchen, auch militärisch. Wir könnten den Krieg im Westen nicht ohne die Pferde in der Ukraine führen; ob unsere Landwirtschaft noch so viel liefern kann, weiß ich nicht. Ich müßte dann um eine andere Direktive für die Behandlung der Ostfragen bitten, als sie mir im März gegeben worden ist.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Der Reichskanzler: Würde die Wegziehung der Osttruppen die Westfront so stärken, daß sie halten kann?

General Ludendorff: Das ist jedenfalls in gewissem Maße der Fall. Es fragt sich nur, ob die wirtschaftlichen und politischen Nachteile und die Gefahr im Innern nicht schwerer wiegen.

Der Reichskanzler: Würden die neuen Truppen unserem Westheer eine solche Stoßkraft geben, daß die Feinde an den Verhandlungstisch gebracht würden?

General Ludendorff: Nein, Stoßkraft haben diese Truppen nicht mehr. Wir haben alles Gute schon herausgenommen. Sie haben keine Stoßkraft mehr, aber eine gewisse Abwehrkraft. Es darf nicht unterschätzt werden, daß die Truppen im Osten nicht mehr den Geist haben, wie die im Westen; darüber spricht vielleicht General Hoffmann.

Der Reichskanzler: Noch eine Frage vorher. Es würde also durch die Zuziehung der Truppen aus dem Osten nur der Zeitpunkt hinausgeschoben werden, den wir Anfang Oktober gekommen glaubten, und dann die Lage wieder eintreten, die uns gezwungen hat, den Friedensschritt zu tun?

General Ludendorff: Es kommt darauf an, was uns die Heimat noch gibt. Es ist eine Menschenfrage.

Der Reichskanzler: Ich bitte General Hoffmann, das Wort zu nehmen.

General Hoffmann: Die Divisionen im Osten bestehen aus Leuten zwischen 35 und 45 Jahren. Die weiten Gebiete, die sie besetzt halten, die Versuchungen, die an sie herantreten und denen sie häufig unterliegen, sei es durch Bestechung der ostjüdischen Händler, sei es durch bolschewistische Propaganda, haben die Truppen recht leiden lassen. Vor Abgabe der letzten Formationen hatten wir in Litauen auf ungefähr 18 Quadratkilometer einen Soldaten. Die Truppe steht seit Monaten zerstreut in einzelnen Postierungen, wenig beaufsichtigt, und die bolschewistischen Ideen verbunden mit der Bestechung haben sehr überhand genommen.

Abgeben können wir nur 10 Divisionen, denn wir brauchen 2 Divisionen und die Kavallerie, um die Grenze nach der Ukraine zu sperren.

Daß die Divisionen zu einem Angriff nicht mehr brauchbar sind, möchte ich wiederholen. Defensiv haben sie noch Kraft. Ihre Ostaufgabe erfüllen sie glänzend. Ich würde mich sogar anheischig machen, im Osten noch einmal mit ihnen anzugreifen. Aber gegen die Machtmittel der Feinde im Westen sind sie nicht mehr zu verwenden.

Der Reichskanzler: Sie würden also die Wegnahme an sich für möglich halten?

General Hoffmann: Wenn wir wegziehen wollen, ist es sehr hohe Zeit. Ich brauche drei Monate, um die Truppen aus der Ukraine herauszubringen. Wir können dort nur zwei bis drei Züge täglich laufen lassen,

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

von denen bei dem Mangel an Schmieröl noch manche ausfallen. Dabei ist mit Sabotage, ja mit Aufflammen einer Revolution zu rechnen, wenn die Bahnen von Ukrainern bedient werden. Schon jetzt würde das Bereitstellen der Truppen, wenn ich das ganze Material liegen lassen wollte, besonders auch die gesammelte Ernte, drei Tage bis zur Schmalspurbahn, sechs Tage bis zur Normalspurbahn in Anspruch nehmen. Diese Zeiten sind aber so errechnet, daß wir keine Vorräte mitnehmen können, die sind dann verloren. Der Truppenchef in Minsk sagt mir, daß er, um die Ernte fortzuschaffen, 500 Züge brauche; die haben wir natürlich nicht. Wir müßten dann die Truppen marschieren lassen.

General Ludendorff: Bis jetzt ist ungefähr eine Million Menschen aus dem Ostgebiet ernährt worden. Diese fallen nun der Heimat zur Last. Der Viehbezug aus der Ukraine hat die Viehbestände der Heimat sehr geschont. Wie gespannt die Lage der Viehversorgung in Deutschland ist, weiß man. Müssen wir auf das Ostvieh verzichten, so käme die Heimat nach Ansicht des Generalquartiermeisters in die größten Schwierigkeiten. Ich habe gebeten, das auch durch die Reichsleitung feststellen zu lassen. Wir haben bei der Obersten Heeresleitung gerade die Viehfrage für ausschlaggebend gehalten. Aus der Ukraine allein haben wir 140 000 Pferde geholt.

Der Reichskanzler: Wie steht es mit der bolschewistischen Armee, wird sie stärker, kann sie uns bedrohen?

General Hoffmann: Nein, rein militärisch betrachtet wird sie uns in absehbarer Zeit nichts antun können, da haben wir nichts zu fürchten; aber die geistige Bedrohung.

General Ludendorff: Und diese Gefahr ist groß. Der Kordon ist so schwach, daß wir nicht imstande sind, sie von der Heimat fernzuhalten.

Der Reichskanzler: Also der Westen wird durch die Osttruppen keine neue Stoßkraft erhalten; aber die verfügbaren 12 Divisionen würden für die Verteidigung wertvoll sein. Um sie herbeizuführen, würde man drei Monate brauchen. Dabei würden wir die Hafervorräte verlieren, außerdem würde eine große Anzahl von Menschen, die bis jetzt von drüben ernährt worden sind, hier ernährt werden müssen. Euere Exzellenz stellen jetzt die Gegenfrage, welchen Wert hat die Ukraine in den Augen der Reichsleitung für die Ernährung Deutschlands.

General Ludendorff: Ja. Wir haben anderthalb Millionen Tonnen aufgekauftes Getreide, das schon zu . . . . . beginnt.

Der Reichskanzler: Ich eröffne hierüber die Debatte.

Graf Roedern: Die beiden Staatssekretäre des Reichswirtschaftsamts und des Kriegsernährungsamts sind nicht anwesend. Es besteht Meinungsverschiedenheit zwischen ihnen. Das Kriegsernährungsamt wünscht die Ukraine weiter zu benutzen, das Reichswirtschaftsamt ist sehr skeptisch. Soweit ich die Lage aus dem mir mitgeteilten Schriftwechsel

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

übersehen kann, scheint mir die Ansicht des Herrn Staatssekretärs des Reichswirtschaftsamts die begründetere. Jedenfalls ist, was wir für die Zivilbevölkerung aus der Ukraine bekommen haben, außerordentlich geringfügig, sehr viel höher der Wert dessen, was für das Heer geleistet worden ist und jetzt aus der Heimat beschafft werden muß. Hat das Heer noch Viehbestände aus der Ukraine bekommen?

General Ludendorff: Einen Unterschied zwischen Heer und Zivil kann man nicht machen. Es ist ein großer Wirtschaftstopf, und ob das Vieh aus der Ukraine für das Heer oder das Zivil gebraucht wird, ist gleichgültig. Wir müssen das Vieh haben, woher wir es bekommen, darüber kann ich mir nicht den Kopf zerbrechen. Uebrigens kommt noch die Kriegsrohstofffrage dazu. Wir verlieren jetzt auch das Kupferbergwerk Bor, weil die Serben es wieder nehmen; wenn wir auch Belgien räumen, so wird die Wirtschaftslage so gespannt, daß wir gar nicht wissen, wie wir den Krieg weiterführen wollen. Gehen wir also gleichzeitig im Osten und im Westen zurück, so brechen wir zusammen.

Staatssekretär Solf: Der Vertreter des Auswärtigen Amts in der Ukraine hat mir gestern Vortrag gehalten über die dortigen Verhältnisse. Dem wirtschaftlichen Teil seines Berichts möchte ich entnehmen, daß der Wert der Ukraine für die Verpflegung des Heeres ein ganz immenser ist, und da können wir keinen Unterschied machen, wer diese Vorräte zuerst verbraucht. Der wirtschaftliche Wert des Landes ist in jedem Fall sehr beträchtlich.

Ich habe dann Herrn von Mumm gefragt, was in der Ukraine geschehen würde, wenn wir die deutschen Truppen wegnehmen. Er war ganz sicher, daß dann die Bolschewiken in der wildesten fürchterlichsten Weise hausen würden. Alle Reichen würden geköpft werden.

General Ludendorff: Auch das müssen wir in Kauf nehmen. Ist die Räumung nötig oder nicht nötig für Deutschland? Wenn ja, muß sie gemacht werden trotz aller schauderhaften Folgen*).

Graf Roedern: Die Frage kann nur nach den jetzt vorliegenden Ernteschätzungen beantwortet werden. Dazu brauchen wir den Staatssekretär des Kriegsernährungsamts.

Scheidemann: Wenn wir alle diese Fragen der Ernährung und des Bolschewismus beiseite setzen, so bleibt immer noch die Frage, ob die Westfront nach drei Monaten noch stehen wird oder bis dahin ein Durchbruch erfolgt?

---

*) Anmerkung bei der Herausgabe: In der Reichskanzlei befindet sich eine Abschrift des Protokolls, in der die Ausführungen des Generals Ludendorff folgendermaßen wiedergegeben sind:

„Auch das müssen wir in Kauf nehmen, selbst wenn es gegen Treu und Glauben geht, wenn es für das Heil des deutschen Vaterlandes nötig wäre. Ist die Räumung nötig oder nicht nötig für Deutschland? Wenn ja, muß sie gemacht werden, trotz allen schauderhaften Folgen."

Die Worte: „selbst wenn es gegen Treu und Glauben geht, wenn es für das Heil des Vaterlandes nötig wäre" sind in der Abschrift mit Tintenstift durchstrichen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

General Ludendorff: Ich habe schon dem Herrn Reichskanzler gesagt, ich halte einen Durchbruch für möglich, aber nicht für wahrscheinlich. Innerlich wahrscheinlich halte ich den Durchbruch nicht. Wenn Sie mich auf mein Gewissen fragen, kann ich nur antworten, ich fürchte ihn nicht.

Der Reichskanzler: Ich gehe auf die zweite Frage über: Ist die Heimat bereit, der Obersten Heeresleitung das nötige Menschenmaterial zur Verfügung zu stellen?

Wir müssen aber auch vorher wissen, ob es technisch möglich ist, das nötige Material auszuheben.

General Ludendorff: Das übersehe ich nicht. Damit habe ich mich seit 1916 redlich bemüht; es ist kaum ein Monat vergangen, daß ich nicht gedrängt habe. Ob die Verstärkungen rechtzeitig kommen? Verstärkungen kommen immer rechtzeitig. Man kann nie wissen im Kriege, wie lange eine Aktion dauert. Wie oft habe ich Reserven geschickt, wenn man meinte, sie kämen zu spät, und sie kamen doch nur zur Zeit. Man muß sie schicken und das Uebrige dem Schicksal überlassen.

Der Reichskanzler: Ich bitte den Herrn Kriegsminister sich dazu zu äußern.

Kriegsminister Scheüch: Es kommen zwei Maßnahmen in Betracht. Die normale allgemeine Ergänzung oder eine starke einmalige, unter Beeinträchtigung der normalen. Für die erste Maßnahme gilt folgendes: der normale Nachschub an Ersatz für das Feldheer ergibt nach den neuesten Berechnungen für Preußen und die anderen Staaten zusammen monatlich 190 000 Mann. Sie können gestellt werden ohne sehr fühlbare Eingriffe in die Heimatwirtschaft. Die einzelnen Zahlen brauche ich hier wohl nicht anzugeben.

Soll das Heer einen einmaligen starken Nachschub erhalten, so berechne ich den auf rund 600 000 Mann. Dabei rechne ich nicht hoch. Die Einzelberechnungen ergeben sogar 637 000 Mann. In diesem Falle würde der Eingriff schon fühlbar werden. Ich glaube nicht, daß eine erhebliche Minderproduktion an Kriegsgerät eintreten würde, aber die Heimatwirtschaft würde gestört. Die Nachweisung im einzelnen würde man in engeren Kreisen durchgehen können und dann auch in Betracht ziehen, was man an unausgebildeten Leuten erhält. So z. B. den Rest des Jahrganges 1900, von denen noch 50 000 Köpfe in den Betrieben stecken. Das andere ist schon ausgebildet, zum größten Teil in den Depots, zu einem Drittel in der Heimat. Das ist allerdings dann auch der letzte. Eine Ausbildung ist ja doch nötig für die anderen.

Nun ist aber zu bedenken: wenn wir die 600 000 in die Front hereinbekommen, ist weiterer Ersatz nötig. Dann können wir im Monat nicht mehr rund 190 000, sondern nur rund 100 000 Mann für das nächste halbe Jahr sicherstellen. Den weiteren Ersatz bis zum Herbst 1919 könnte man dann wieder auf 150 000 Mann monatlich anschlagen, wenn der Jahr-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

gang 1901 früher eingestellt würde. Das Reservoir des nächsten Jahres wäre also gegen Ende September erschöpft.

General Ludendorff: Ich bin unbedingt für den zweiten Fall. Hätten wir diese günstigen Zahlen schon jetzt gehabt, so hätten wir die Krise an der Westfront nicht bekommen. Und wenn ich die Leute bekomme, sehe ich vertrauensvoll in die Zukunft. Ich muß aber die Leute bekommen, und zwar bald bekommen, dann können wir wieder hoffnungsfreudig sein.

Kriegsminister Scheüch: Ich möchte die Versicherung geben, daß ich meine ganze Kraft einsetze, daß diese Zahl eingehalten wird. Dann wollen wir aber nach dieser Richtung auch keinen Tag versäumen.

General Ludendorff: Ich möchte den Herren ein Bild der Lage geben. Vorgestern war die Schlacht bei Ypern. Engländer und Franzosen griffen mit sehr starken Kräften an. Wir wußten das. Wir wollten standhalten. Wir sahen die Gefahr kommen. Es war eine schwere Lage, sich zu sagen, wir werden zurückgedrängt und müssen doch standhalten. Wir sind zurückgedrängt worden, aber es ist gut abgelaufen. Zwar sind Löcher von vier Kilometer Breite in der Front entstanden, aber der Feind hat nicht durchgestoßen, und wir haben die Front gehalten. Was hätten da die Ergänzungen aus der Heimat für eine Bedeutung für uns gehabt.

Die Anspannung des einzelnen Mannes hat einen Grad erreicht, der nicht mehr überboten werden darf. Mann und Offizier haben das Gefühl der Vereinsamung. Wenn der Offizier weggeht, sagen die Leute: „Wohin gehen Sie, Herr Leutnant?“ und dann laufen sie weg. Können wir die Löcher zustopfen, so verhüten wir den Einbruch. Können wir der Front sagen, ihr bekommt Leute, dann gewinnt sie Vertrauen, und auch wir dürfen vertrauensvoll sein.

Kriegsminister Scheüch: Wenn ich Exzellenz Ludendorff recht verstehe, so sagt er: erhalten wir den einmaligen Zuwachs, so wird sich die Lage wesentlich ändern.

General Ludendorff: Ja.

Kriegsminister Scheüch: Ist dabei bedacht, daß die Amerikaner immer noch mehr Ergänzungen bekommen wie wir?

General Ludendorff: Man darf die Amerikaner nicht überschätzen. Sie sind wohl schlimm, aber wir haben sie bisher abgeschlagen*). Allerdings verschieben sich die Verhältniszahlen; aber unsere Leute haben keine Sorge vor den Amerikanern, wohl vor den Engländern. Man muß unserer Truppe nur das Gefühl der Vereinsamung nehmen.

Oberst Heye: In welchem Zeitraum kann der zweite Plan mit den 600 000 Mann durchgeführt werden?

---

*) Anmerkung bei der Herausgabe: In der erwähnten Abschrift folgen hier noch die Worte: „auch wenn wir sehr in der Minderheit waren“.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Kriegsminister Scheüch: Ich möchte nicht eine zu kurze Zeit angeben. Wir müssen ja aus der Industrie und Landwirtschaft schneller Menschen herausholen als wir anfangs glaubten. Schneller geht die Verwendung des Heimatheeres. Aus der preußischen Heimat werden zum Beispiel 75 000 Mann kommen. Dahin habe ich den Druck gerichtet; darin dürfen wir nicht zu ängstlich sein. Dazu kommen dann noch etwa 25 000 von den anderen Staaten. Zunächst haben wir etwa 50 000 Unausgebildete und 250 000 Ausgebildete; aber auch deren Verwendung zieht sich noch durch Wochen hin. Das wird auch der Obersten Heeresleitung recht sein.

General Ludendorff: Lieber wäre es uns schon, sie kämen alle gleich. Denn was das Niederziehende für die Armee ist, die Stärken werden immer geringer und geringer.

Kriegsminister Scheüch: Schwierigkeiten machen auch die heimatlichen Transportverhältnisse. Kürzlich standen bei einem Generalkommando 6000 Mann bereit zum Abtransport an die Westfront. Sie konnten aber nicht geschickt werden, weil das rollende Material fehlte. Das kann sich wiederholen.

General Ludendorff: Auch bei uns war durch die Räumung eine große Transportkrise ausgebrochen, die sich auf die Heimat fortpflanzte. Die ist aber jetzt behoben. Ich bin nur dankbar, wenn nach der Richtung in der Heimat das Menschenmögliche geschieht.

Ich komme noch auf einen anderen Punkt, der nicht auf dem Fragebogen steht: die Stimmung im Heer. Er ist sehr wichtig. Exzellenz Scheüch hat neulich auf die 41. Division hingewiesen und einen Befehl an sie angeführt. Ich habe leider zugeben müssen, daß der Befehl richtig war. Die Division hat am 8. August völlig versagt. Das war der schwarze Tag in Deutschlands Geschichte. Jetzt schlägt sich dieselbe Division glänzend auf dem Ostufer der Maas. Das ist Stimmungssache. Die Stimmung war damals schlecht. Die Division hatte Grippe gehabt, es fehlten ihr Kartoffeln. Die Stimmung, die die Leute aus der Heimat mitbrachten, war auch nicht gut. Die Transporte kamen heraus in einer Form, die der Zucht und Ordnung nicht mehr entsprach. Es kamen grobe Widersetzlichkeiten vor. Ich pflege mit den ankommenden Offizieren und Truppen zu sprechen. Damals sagte mir ein Herr, ein solcher Transport, wie er ihn aus dem Bezirk des VII. Armeekorps der 13. Division geholt hätte, wäre ihm noch nicht vorgekommen. Er hätte nicht geglaubt, deutsche Soldaten, sondern russische Bolschewisten unter sich zu haben.

Diese Stimmung ist aus der Heimat ins Heer gekommen, und ich bin mir wohl bewußt, daß jetzt umgekehrt die Stimmung, die die Urlauber nach der Heimat bringen, recht schlecht ist. Ich habe mich sehr bemüht, sie zu heben, ich muß aber dringend bitten, nicht nur für Menschen, sondern auch für die Stimmung zu sorgen.

Was halten sich zum Beispiel für Drückeberger in Maubeuge auf! Wir haben ja in unserer großen Armee mit Helden zu tun und mit recht, recht schwachen Menschen. Auch auf die müssen wir uns einstellen. Auf-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

frischung der Heimat! Ich richte die dringende Bitte an alle Stäbe, dafür zu sorgen, daß die Stimmung in der Heimat gehoben wird, und daß der Soldat in Belgien weiß, er verteidigt deutsche Erde. Von manchen Seiten, so aus der Armee Gallwitz, ist uns berichtet, daß diese Waffenstillstandsverhandlungen sehr böse Folgen haben. In Belgien sagen die Leute, was sollen wir uns hier noch schlagen, wenn wir doch räumen müssen, und vor Verdun heißt es, was nützen unsere Opfer, wenn die Franzosen doch Elsaß-Lothringen kriegen! Menschen mit schlechter Stimmung können wir nicht brauchen. Ein Divisionsstab sagte mir neulich, sie hätten ihre Leute aus dem Osten wieder weggeschickt, sie seien im Westen nicht mehr zu gebrauchen. Man muß mit dem Geiste der Heimat arbeiten.

Der Reichskanzler: Da Seine Exzellenz der General Ludendorff die Frage der Stimmung angeschnitten hat, so halte ich es für notwendig, an die drei parlamentarischen Staatssekretäre die Bitte zu richten, ihre Auffassung über die Stimmung in der Heimat mitzuteilen und sich über die Vorschläge zu äußern, die man gemacht hat.

Staatssekretär Groeber: Die Stimmung im Lande ist im Sommer dieses Jahres eine recht schlechte gewesen. Ich habe mich davon auf einer Reise nach Süddeutschland persönlich überzeugt. Das haben gerade Urlauber veranlaßt, die zu Hause allerlei Schauergeschichten erzählt haben. Viel falsche, aber auch manche richtige. Solche Sachen werden, je länger der Krieg dauert, um so schwerer empfunden. In einer großen Armee kommt natürlich manches Gewalttätige in der Behandlung der Leute vor, da kann noch viel gebessert werden.

Vor allem die Verpflegung für Mannschaften und Offiziere. Besonders die Offizierskantinen, da kann sich der Offizier mit Nahrungs- und Genußmitteln versehen, wenn der Soldat kommt, heißt es, das ist nicht für dich. In gewöhnlichen Zeiten läßt sich das ertragen; aber in solchen Zeiten, wie diese, stellt sich der Gedanke ein: was müssen wir aushalten und wie leben die Offiziere. Läßt sich dieser Gegensatz nicht beseitigen?

General Ludendorff: Ich stehe durchaus auf dem Standpunkt, daß der Offizier mit der Truppe die gleiche Lebensweise zu führen hat. Ich bin dem Vorwurf nachgegangen und habe durch den Generalintendanten festgestellt: es gibt nur eine Kantine, sie verkauft gleichmäßig an Offiziere und Mannschaften. Auch im Preis wird kein Unterschied gemacht. Ein Unterschied bestand: die großen Kantinen ergänzen ihre Bestände aus den kleinen Kantinen. Die großen liefern an die kleinen zu geringerem Preis, damit die kleinen verdienen. Nun hatten einige höchste Stäbe keine Truppenkantine, sondern bezogen ihre Bedürfnisse sogleich aus der großen Kantine, und zwar zu dem billigeren Preis. Sobald ich das festgestellt hatte, habe ich es untersagt und die Stabsbetriebe veranlaßt, aus den großen Kantinen zum gleichen Preise wie aus den kleinen zu beziehen.

Im Schützengraben essen ja Mann und Offizier aus derselben Feldküche. Daß der Stab sich die Sachen besser zubereiten läßt, ist doch zu

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

verstehen, man wird uns nicht zumuten, aus der Feldküche zu essen. Aber, was recht und billig ist, drücken wir durch.

Das schlimmste ist, es gehen Gerüchte um, die einem Ehre und Reputation abschneiden können, und man kann nichts dagegen machen. Geben Sie mir Einzelheiten, dann werde ich dahintergreifen, aber seien Sie überzeugt, die Verhältnisse liegen nicht so kraß, wie man behauptet. Im ganzen ist alles in Ordnung.

Der Reichskanzler: Ich bitte, nicht in Details zu gehen, dazu fehlt uns die Zeit. Wie beurteilen die Herren Staatssekretäre die Stimmung in Deutschland in Verbindung mit den Maßregeln, die der Herr Kriegsminister vorschlägt?

Staatssekretär Scheidemann: Ich glaube gern, daß man noch Hunderttausende für das Heer mobil machen kann, aber man täuscht sich, wenn man glaubt, daß diese Hunderttausende die Stimmung im Heer verbessern würden. Das Gegenteil ist meine feste Ueberzeugung. Schon die Dauer des Krieges zermürbt das Volk, und dazu die Enttäuschungen. Der U-Boot-Krieg hat enttäuscht, die technische Ueberlegenheit der Gegner, der Abfall der Bundesgenossen oder doch ihr vollständiger Bankerott, dazu die sich steigernde Not im Innern. Nun tritt die Wechselwirkung ein. Aus dem Heer kommen die Urlauber mit schlechten Geschichten, aus der Heimat bringen sie schlechte Nachrichten in das Heer zurück. Dieser Austausch drückt die Stimmung. Wir würden uns täuschen, wenn wir das beschönigen wollten. Die Arbeiter kommen mehr und mehr dazu, zu sagen, lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende.

General Ludendorff: Wird es Euerer Exzellenz nicht gelingen, die Stimmung in den Massen zu heben?

Staatssekretär Scheidemann: Das ist eine Kartoffelfrage. Fleisch haben wir nicht mehr. Kartoffeln können wir nicht liefern, weil uns jeden Tag 4000 Wagen fehlen. Fett haben wir überhaupt nicht mehr. Die Not ist zu groß, daß man vor einem völligen Rätsel steht, wenn man sich fragt, wovon lebt Berlin-Nord und wovon lebt Berlin-Ost. Solange man dieses Rätsel nicht lösen kann, ist es ausgeschlossen, die Stimmung zu bessern. Es wäre eine Unehrlichkeit ersten Ranges, wenn wir darüber irgendeinen Menschen einen Zweifel ließen.

Staatssekretär Haußmann: Wenn wir auf die Stimmung abstellen, so stellen wir auf einen sehr labilen Faktor ab. Kein Zweifel ist, daß das Parlament den Appell an das Volk in der allerstärksten Weise ergehen lassen wird und auch eine starke Wirkung erzielen kann. Wielange, wieviel Wochen, wieviel Tage hängt von dem Verlauf der nächsten Ereignisse ab. Die Bevölkerung ist nämlich erst durch den scharfen Ton der Wilsonnote vor den ganzen Ernst der Lage gestellt worden. Daraus ergibt sich ein großer Widerspruch der Stimmung. Man könnte sie haben, wenn unverschämte Forderungen, die in der Note zwischen den Zeilen zu lesen sind, deutlich hervorträten. Wieviel Tage haben wir nach dem Bedürfnis

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

der Armee noch frei zum Führen der Verhandlungen, davon hängt der Ton der Verhandlungen ab.

General Ludendorff: Wenn die Armee über die nächsten vier Wochen hinüberkommt und es in den Winter geht, so sind wir „fein heraus". Wenn es gelingt, die Stimmung während dieser vier Wochen zu heben, würde das von außerordentlichem militärischen Werte sein. Ich werde alles tun, was ich kann, um die Verpflegung der Heimat zu bessern. Ich werde das gleich mit dem Eisenbahnchef besprechen. Wie weit es möglich ist, übersehe ich nicht.

Staatssekretär Scheidemann: Der Mangel an Wagen wurde uns neulich sehr eindringlich durch Herrn von Waldow zu Gemüte geführt. Er sagte dabei, sehr bald würden wir nicht einmal mehr das kleine Quantum Kartoffeln haben, das jetzt noch verteilt wird.

General Ludendorff: Ich werde das Nötige veranlassen.

Vizekanzler von Payer: Ich sehe nicht so schwarz wie Exzellenz Scheidemann. Man muß da unterscheiden. Ich erinnere an die Stimmung des Sommers. Kein Mensch hat da gezweifelt, daß wir schließlich als Sieger als dem Kriege herausgehen, aber der Krieg war dem Volke sehr verleidet, und die Stimmung war deshalb schlecht. Trotzdem dachte niemand daran, daß wir zugrunde gehen könnten.

Als wir die erste Note schickten, haben sich die Leute gefragt, was ist los? Es scheint doch nicht so gut zu sein. Bald wurde die Stimmung unsicher. Als nun die zweite Wilsonnote kam, da ist die Stimmung zusammengeklappt, und man hat gesehen, daß es uns ans Leben geht, aber auch diese Stimmung schlug wieder um: bei der Erkenntnis, daß wir als Nation, vor allem auch wirtschaftlich zugrunde gerichtet werden sollen, überlegte sich jeder: müssen wir das erdulden oder gibt es noch eine Möglichkeit, das abzuwenden? Wenn wir den Leuten sagen: es gibt noch eine Möglichkeit, das abzuwenden, wenn ihr nur durchhaltet. Wenn ihr aber nicht noch ein paar Wochen halten könnt, dann müßt ihr damit rechnen, daß Deutschland halb und halb aus dem Kreise der Nationen ausgestrichen wird. Ihr müßt mit einer Belastung durch Entschädigungen rechnen, die uns erdrücken wird — dann könnte man sie noch einmal hoch bekommen.

Wenn es gelingt, die Note so zu fassen, daß die Bevölkerung die Sicherheit entnimmt, wir sind zwar in einer schweren Lage, aber wir werfen die Flinte nicht ins Korn, — dann ist noch nicht alles verloren.

General Ludendorff: Der Vizekanzler hat mir aus der Seele gesprochen. Es fragt sich nur: wie schaffen wir's? Da kann ich nur die Bitte wiederholen: Packen Sie das Volk. Reißen Sie es hoch. Kann das nicht Herr Ebert tun? Es muß gelingen.

Vizepräsident Friedberg: Jedenfalls muß sehr schnell gehandelt werden. In der letzten Zeit war die Lage sehr schwierig. Wir haben die Oberpräsidenten hier versammelt gesehen. Die sämtlichen Pastoren von

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Berlin traten zusammen. Die Parteien halten Fraktionssitzungen — kein Mensch weiß, woran er ist, und alle fassen sich an den Kopf, wie man plötzlich vor einer solchen Katastrophe stehen kann. Wir werden aufgefordert zu sagen: stellt die Lage ernst dar, aber noch nicht verzweifelt. Damit bekommt man keine Hochstimmung.

General Ludendorff: In keiner Weise.

Vizepräsident Friedberg: Jetzt hören wir, daß die Sache wesentlich anders liegt. Da stimme ich mit Exzellenz von Payer darin überein, daß wir rasch aus der Note an Wilson herausholen sollten, was herausgeholt werden kann.

Der Reichskanzler: Euere Exzellenz meinen, daß vier Wochen guter Stimmung nötig sind?

General Ludendorff: Wenn es mehr sind, ist es mir lieber. Jedenfalls wird nach dieser Frist die Krise an der Westfront zu Ende sein, wenn wir auch noch zurückgehen müssen. Man hat das so im Gefühl. Die Angriffskraft war in den letzten Tagen nur noch gering.

Der Reichskanzler: Aber innerhalb von 8 bis 10 Tagen kommt wieder eine neue Welle, wie Euere Exzellenz damals im Gespräch mit mir selbst gesagt haben.

General Ludendorff: Die kommt. Ein neuer Angriff ist bei der 10. Armee schon in Gang; wie es da steht, weiß ich nicht. Morgen kommt wieder einer bei der 5. Armee; das hört nicht auf.

Der Reichskanzler: Es kommt nun darauf an, daß die Maßregeln, die Sie empfehlen, den Angriffen einen solchen Riegel vorschieben, daß man politisch wieder frei arbeiten kann. Eure Exzellenz wissen, daß ich damals nicht für die Friedensnote war, aber es wurde mir gesagt, jede Stunde kostet soundso viele hunderttausend Mann und jeder Augenblick könne eine Katastrophe herbeiführen. Exzellenz von Hintze ist mein Zeuge.

Exzellenz von Hintze: Das ist so, Euere großherzogliche Hoheit.

General Ludendorff: Es ist auch heute so, daß wir jeden Tag eingedrückt und geschlagen werden können. Vorgestern ist es gut gegangen; es kann auch schlecht gehen.

Der Reichskanzler: Wenn Sie sagen, daß wir nach vier Wochen besser stehen, so sagen die Engländer, wenn es noch sechs Wochen dauert, so haben wir nicht mehr nötig, mit den Deutschen zu verhandeln. Jedenfalls tut die Entente alles, was sie kann, um unsere Verhandlungen mit Wilson in die Länge zu ziehen.

General Ludendorff: Die Verhandlungen in Berlin sind der Entente zu Ohren gekommen und haben die Angriffslust gewaltig erhöht. Aber das meine ich doch: jede militärische Stärkung der Front stärkt auch die Stellung Euerer Großherzoglichen Hoheit für den Friedensschluß.

Der Reichskanzler: Das ist richtig.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

General Ludendorff: Ob die Stärkung rechtzeitig kommt oder nicht, kann ich nicht sagen. Ich wiederhole, was kommt, kommt rechtzeitig.

Der Reichskanzler: Wie stark ist das Westheer?

Oberst Heye: Die Westfront zählt jetzt 191 Divisionen, davon 4 Oesterreicher und 7 aus dem Osten. Sie sind sehr verschieden an Stärke. 28 Divisionen haben nur Bataillonsstärken von ungefähr 200 bis 300 Mann. Die übrigen stehen sich ungefähr auf 400 bis 500.

General Ludendorff: Hätten wir da vollkräftige Bataillone, so wäre die Lage gerettet.

Der Reichskanzler: Durch die bisherige Aussprache sind die Fragen 1 bis 8, die wir zu stellen hatten, erledigt. Ich komme nun zur neunten Frage:

Wird durch eine Entblößung der Ostgebiete die Oelzufuhr für Heer und Heimat so in Frage gestellt, daß wir zum vorzeitigen Friedensschluß oder zur Einstellung des U-Boot-Krieges gezwungen werden?

General Ludendorff: Das wird der Herr Kriegsminister beantworten.

Kriegsminister Scheüch: Dieser Punkt ist allerdings von größter Bedeutung. Wenn Rumänien uns nicht mehr zur Verfügung steht, können wir den Krieg noch anderthalb Monate weiterführen. Wir haben früher mit zwei Monaten gerechnet; das hat sich aber nicht bewahrheitet, da die Transportmittel geringer geworden sind und der Verbrauch sich erhöht hat.

Wie lange der U-Boot-Krieg beim Wegfallen der Oelzufuhr Rumäniens weitergeführt werden kann, weiß die Heeresverwaltung Rumäniens nicht, weil wir den Verbrauch der Marine nicht kennen. Die Ziffern der Marinebehörden über den Verbrauch durch die Automobile sind uns gestern zugekommen und noch nicht verarbeitet.

Es ist unbedingt nötig, daß die Oelbewirtschaftung bei Heer und Marine gemeinsam erfolgt. Wir müssen gemeinsam erwägen nicht nur, wie teilen wir? sondern auch, wie strecken wir? Das ist jetzt unklar. Ich bitte möglichst bald, wenn irgend tunlich heute nachmittag, in Verhandlungen hierüber einzutreten. Vielleicht wird auch die Oberste Heeresleitung und der Admiralstab beizuziehen sein.

Wir gehen auch in bezug auf die Heimatwirtschaft ganz bedenklichen Verhältnissen entgegen. Wir sind nur noch für wenige Monate eingedeckt. Gestern ist im Reichswirtschaftsamt über die Frage verhandelt worden: wie können wir die Leuchtölmittel für die Heimat kürzen? Jede Kürzung wird natürlich sehr bedenklich sein, denn es gibt kaum noch Ersatz. In vielen Betrieben wird also die Beleuchtung einfach aufhören.

Aber auch hierüber kann ich nur ein klares Bild geben nach Einblick in die Verbrauchsziffern, Bestände, Deckungsmöglichkeiten und Streckungsmöglichkeiten der Marine.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Admiral Scheer: Bisher hat die Marine ihre Bestände selbst verwaltet. Erfolg: wir können den U-Boot-Krieg noch 8 Monate durchführen, auch ohne rumänische Bestände.

Aber ich stehe nicht an, einzuräumen, daß die Vorräte so verwaltet werden müssen, daß das Heer nicht eher zu Ende ist als die Marine. Wir müssen beide zusammen den Krieg zu einem glücklichen Ende bringen. Ich bin ganz bereit mitzuarbeiten, daß der eine Teil nicht der *beatus possidens* ist, wenn es beim anderen schon zu Ende geht.

Staatssekretär von Mann: Ich bin ganz derselben Meinung. Ob und wie es zum Ziele führen kann, besondere Petroleumvorräte für die Zivilbevölkerung zu schaffen, weiß ich nicht. Vielleicht könnte man etwa 10 v. H. der Bestände dazu verwenden; aber darüber fehlt mir das Urteil.

Der Reichskanzler: Auch ich weiß nicht, wie groß der Verbrauch des Heeres, der Marine, der Landwirtschaft im Verhältnis zueinander ist.

Unterstaatssekretär Göppert: Ich bitte auch die Zivilbevölkerung in die Bewirtschaftung einzubeziehen. 10 000 Tonnen monatlich hat man der Bevölkerung versprochen, das ist das Minimum. Wenn man die Bevölkerung im Winter leidlich ruhig halten will, muß das so bleiben. Als man im vorigen Winter 12 000 monatlich gab, lag die Beleuchtungswirtschaft auch schon in den letzten Zügen.

Der Reichskanzler: Wie lange kann die Armee, die Marine und die Heimat aushalten in dem Moment, wo die Oelversorgung aus Rumänien ausfällt? Die Antwort auf diese Frage würde ich sehr gern in kürzester Frist haben. Wann kann ich sie bekommen?

Kriegsminister Scheüch: Heute nachmittag werden die Feststellungen getroffen.

Der Reichskanzler: Wenn man mir sagt: die Heimat kann noch ein paar Monate, das Heer noch anderthalb Monate, die Marine noch acht Monate auskommen, so habe ich kein Bild. Das muß auf den gleichen Nenner gebracht werden.

Ich möchte die Gelegenheit benutzen, um an Exzellenz Göppert noch eine Frage über die Wichtigkeit der Ukraine für die Versorgung zu richten. Ist angesichts der Lage an der Westfront die weitere Besetzung der Ukraine durch zwölf deutsche Divisionen durch das Bedürfnis der deutschen Versorgung zu rechtfertigen?

Vizekanzler von Payer: Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts ist soeben eingetroffen.

Der Reichskanzler: Ich bitte den Herrn Staatssekretär, die Frage zu beantworten.

Staatssekretär von Waldow: Wenn die Frage so gestellt ist, kann ich sie glatt verneinen. Wir haben die Lebens- und Futtermittel der Ukraine in unseren Wirtschaftsplan nur eingestellt als Notbehelf und zur Ver-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

besserung der Lage. Handelt es sich aber darum, ob der Verzweiflungskampf aufgenommen werden muß, so können wir auch auf die Ukraine verzichten und werden dann versuchen, durch Schmuggel unsere Bestände zu vermehren.

General Ludendorff: Ich weise nochmals darauf hin, daß jetzt aus den Ostgebieten ungefähr eine Million Menschen ernährt werden, die wir dann selbst verpflegen müßten.

Staatssekretär von Waldow: Dann müßte mir zuvor angegeben werden, welche Verpflegungssätze, welche Quantitäten in Frage kommen.

General Ludendorff: Ich werde den Generalquartiermeister veranlassen, die Frage mit Ihnen einwandfrei zu klären. Uns hat das Kriegsernährungsamt wiederholt gesagt, wir müßten die Ukraine halten. Darüber muß einwandfrei Klarheit herrschen. Brauchen wir die Ukraine nicht, um zu leben, so handelt es sich nur um so viele Truppen, um die Gefahr des Bolschewismus von den Grenzen zu halten.

Staatssekretär von Waldow: Als ich die Notwendigkeit der Ukraine bejahte, war die Lage eine ganz andere.

General Ludendorff: Wenn wir die Ukraine aufgeben, kommt unsere Viehwirtschaft zum Erlahmen. Die Frage ist aber nicht so eilig. Es rollen Truppen von Oesterreich nach Rumänien auch aus der Ukraine. Es müssen nur grundsätzlich klar Entschlüsse gefaßt werden.

Unterstaatssekretär Göppert: Ein Kommissar aus Kiew, den ich vor einer Stunde gesprochen habe, bestätigte mir, daß eine Hoffnung, größere Mengen Getreide in diesem Winter aus der Ukraine herauszubekommen, nicht besteht. Auch die Preise werden das verhindern. Man zahlt jetzt schon 3000 Rubel für . . . . . Auch die Menge der anderen Lebensmittel ist nicht so groß, daß sie für die Ernährung des deutschen Volkes wesentlich in Betracht käme. Dagegen herrscht die Ueberzeugung, daß das Zurückziehen der deutschen Truppen sofort das Aufflammen des Bolschewismus mit allen seinen Folgen nach sich ziehen würde. Der Kristallisationspunkt für eine Beruhigung der russischen Gärung würde verschwinden, ganz Rußland wäre dem Bolschewismus ausgeliefert, unsere Anknüpfungen in Südrußland zerreißen. Das muß doch auch erwogen werden.

Der Reichskanzler: Das Auswärtige Amt hat Schritte getan, um uns Rumänien zu sichern, aber es ist möglich, daß Rumänien vorzieht, unsere Zerschmetterung abzuwarten. Will man Rumänien im Notfall zwingen?

General Ludendorff: Mit dem Auswärtigen Amt haben wir die Gefahr erkannt und ihre Haltung erörtert. Am 10. Oktober schlugen wir vor, Rumänien gemeinsam mit Oesterreich zu zwingen. Oesterreich wollte nicht. An sich hatten wir genug Truppen, einige kommen langsam aus Ungarn heran, dazu zwei Divisionen Oesterreicher und eine Kavalleriedivision aus der Ukraine, die General von Arz herangezogen hat. Die

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

rumänische Armee allein wird nicht losschlagen, nur wenn Ententetruppen in größerer Zahl zu ihr stoßen. Solche Truppenbewegungen sind jetzt im Gange. Eine wird jetzt über Nisch in Richtung auf Belgrad angesetzt, eine andere, wie es scheint, über die Marizza-Mündung gegen Konstantinopel. Soweit ich die Lage nach den eingegangenen Nachrichten überhaupt einschätzen kann, ist für die nächste Woche nichts zu besorgen.

Der Reichskanzler: Ich bitte das Auswärtige Amt, sich dazu zu äußern.

Staatssekretär Solf: Ich bin nicht orientiert.

Graf Roedern: Kann die Donaufront forciert werden?

General Ludendorff: Wenn Konstantinopel fällt, kommt die englische Flotte ins Schwarze Meer, und dann ist Rumänien nicht zu halten. Es ist aber doch vom Auswärtigen Amt alles getan, um Rumänien bei der Stange zu halten?

Unterstaatssekretär von Stumm: Sobald die Entente militärisch an Rumänien herankommt, können wir es nicht mehr halten.

General Ludendorff: Das ist auch meine Ansicht.

Der Reichskanzler: Ich komme nun zu einer weiteren Frage: Wie steht es mit den Reserven der Entente?

Oberst Heye: Vorige Woche hatten die Franzosen 40, die Engländer 25, die Amerikaner 18, die Italiener 1, dazu kommen noch Portugiesen, Polen und andere Hilfstruppen, im ganzen 87 Divisionen Reserven von der Gesamtstärke von 220 Divisionen.

General Ludendorff: Wir haben 191 Divisionen an der Westfront, die Zahlen der Divisionen sind also nicht einmal so sehr verschieden, wohl aber die Stärken. Die französische Division ist auch nur schwach, nicht wesentlich höher wie unsere, die englische ist stärker und die 40 amerikanischen sind recht stark. Die Ueberlegenheit an Menschen, über die die Entente gegen uns verfügt, drückt sich also in den Zahlen der Divisionen nicht hinreichend aus.

Der Reichskanzler: Die elfte Frage lautet: Wie lange ist noch mit Großangriffen an der Westfront zu rechnen?

General Ludendorff: Das kann weitergehen, kann aber aufhören, ich weiß es nicht.

Der Reichskanzler: Besteht die Wahrscheinlichkeit einer Ueberführung weiterer Italiener an die Westfront?

General Ludendorff: Die Möglichkeit, aber nicht die Wahrscheinlichkeit. Die Kriegsmüdigkeit in Italien ist sehr groß.

Graf Roedern: Ist ein Angriff der Italiener über Oesterreich gegen Deutschland ausgeschlossen?

General Ludendorff: Physisch unmöglich ist er nicht; sie können durch Tirol; aber wir brauchen jetzt nicht damit zu rechnen. Sonst

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

machen wir uns noch mehr Angst als wir schon haben. Wenn Italiener gegen Deutsche fechten, so wird das wohl nur an der Westfront geschehen.

Der Reichskanzler: Müssen wir eine neue Ostfront bilden?

General Ludendorff: In Serbien stehen drei Divisionen und zwei österreichische, dazu sind die (?) Truppen an die Donau gekommen. Augenblicklich ist keine Gefahr. Nach acht Tagen kann es anders sein.

Der Reichskanzler: Ich denke an die Ostfront gegen Rußland.

General Ludendorff: General Hoffmann meint, eine kampffähige Truppe wird uns da nicht mehr gegenübertreten; aber wir müssen die Grenzen sperren und uns gegen Banden wehren. Vielleicht schwillt nun, wenn wir die Ukraine räumen, den Bolschewiken der Kamm, so daß sie uns den Krieg erklären. Aber an eine kampffähige Rote Armee glaube ich nicht.

Der Reichskanzler: Die Sperre ist aber nicht dicht, es kommen doch Hunderte durch.

General Hoffmann: Ja, mit und ohne Paß, mit richtigen und falschen.

Der Reichskanzler: Aber ein militärischer Durchbruch ist nicht zu befürchten?

General Ludendorff: Nein, militärisch glaube ich nicht daran.

Der Reichskanzler: Eine weitere Frage: Wie viele Amerikaner kommen monatlich nach Frankreich?

Oberst Heye: Nach dem Durchschnitt der letzten Monate: 250 000.

General Ludendorff: Im April, Mai und Juni waren es 350 000.

Der Reichskanzler: Hat ihre Zahl seitdem nicht mehr zugenommen?

Oberst Heye: Im Anfang des Jahres war die Zahl viel geringer, etwa 85 000 monatlich, dann kam der starke Aufstieg bis zum Hochsommer, seitdem sind es jedenfalls nicht mehr geworden.

Der Reichskanzler: Wie groß wird die Stärke des amerikanischen Heeres im nächsten Frühjahr sein?

Oberst Heye: Die amerikanische Heeresleitung berechnet die Truppenzahl jetzt auf 1 200 000, für das nächste Frühjahr rechnen sie mit 2 300 000 Kämpfern.

Der Reichskanzler: Und ist das entsprechende Material da?

Oberst Heye: Ja, wenn es so weiter geht, wie bisher, kann man damit rechnen. Die Amerikaner sind in ihren Angaben immer wahr gewesen.

Der Reichskanzler: Auf wie hoch darf man die Frontstärke der Feinde im Westen jetzt schätzen?

Oberst Heye: Bei den Franzosen ist sie stark verringert, bei den Engländern wird sie sich auf derselben Höhe halten, weil sie vorläufig noch

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Ersatztruppen aufstellen können, bei den Amerikanern wird sie sich vermehren.

General Ludendorff: Die Ersatzfrage ist sehr schwer zu beurteilen. Voriges Jahr hatten die englischen Divisionen noch zwölf Bataillone, heute nur noch neun. Es hängt sehr davon ab, wie die wirtschaftlichen Interessen liegen. Nach der Niederlage im März mußte zum Beispiel England die Kohlenarbeiter einziehen; zieht es jetzt wegen der Kohlennot die Leute wieder heraus, so schwächt das natürlich die Front. Auch politische Momente spielen mit; bis jetzt können sie die Irländer nicht einstellen, das Wehrgesetz geht da zunächst nicht durch.

Der Reichskanzler: Also wir können bis nächstes Frühjahr 600 000 bis 700 000 Mann Ersatz aufstellen, die Feinde 1 100 000 Mann, wenn ich nur die Amerikaner berechne; dazu kommen dann vielleicht die Italiener. Wird sich also zum Frühjahr unsere Lage verschlechtern oder verbessern?

General Ludendorff: Nach den Zahlen ist es keine Verschlechterung. Aber dazu kommt die Rückwirkung der Räumung auf unsere wirtschaftliche Lage; wenn wir zurückgehen, wird die Lage unserer Kriegsindustrie im höchsten Maße verschlechtert. Das konnte man ja immer voraussehen, daß, wenn wir aus dem Kriege mit unseren jetzigen Grenzen herauskommen, wir militärpolitisch und industriell viel schlechter stehen als früher. Das wird sich auch jetzt bei einer Räumung zeigen.

Der Reichskanzler: Eure Exzellenz haben bis jetzt nur die Zahlen der Menschen erwähnt; aber es ist auch das Material zu bedenken, Flugzeuge, Tanks und anderes.

General Ludendorff: Die Flieger der beiden Heere verhalten sich schon jetzt wie 1 : 3. Trotzdem ist die Ueberlegenheit bei uns. Die Angaben über Feindverluste, die wir machen, bleiben weit hinter der Wirklichkeit zurück, wie wir später oft an den feindlichen Nachrichten feststellen können. Alles das schreckt mich nicht.

Der Reichskanzler: Und die Tanks nächstes Frühjahr?

General Ludendorff: Ich hoffe, daß, wenn unsere Infanterie wieder zu Kräften kommt, auch der Tankschrecken, der schon einmal überwunden war, und wiedergekommen ist, nochmals überwunden wird. Er kam mit aller Kraft wieder am 8. August, durch den Nebel und wer weiß was sonst. Ist aber die Stimmung der Truppen wieder hergestellt, so machen sich Teile von ihnen, so die Jägerbataillone und die Gardeschützen, geradezu einen Sport daraus, die Tanks abzuschießen. Es lockt auch aus materiellen Gründen, denn in den Tanks gibt es immer gute Verpflegung. Wir konnten nur nicht Schritt halten in dem Bau von Tanks, weil wir zuerst Lastautos bauen mußten; aber bis nächstes Frühjahr werden wir darin weiter sein.

Graf Roedern: Ich nehme an, daß, wenn wir eine gewisse Ruhepause haben, die Lage sich bessert, oder ist das Urteil des Generals Luden-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

dorff auch dann gültig, wenn wir in den nächsten zwei bis drei Monaten kämpfend von unserer Linie auf der Westfront zurückgehen müssen?

General Ludendorff: Das kommt auf das Tempo an; jeder Rückzug kostet um so mehr Gefangene und Material, je rascher er vor sich geht. Bei dem langsamen Zurückgehen der 3., 1., 7. und 18. Armee sind so gut wie keine Einbußen an Menschen und Material gewesen; wenn wir aber ausweichen müssen, wie bei der 17. und 2. Armee, dann ist es eine erhebliche Schwächung. Wir verkürzen uns außerordentlich, aber die Lebensbedingungen der Armee, das was sie zum Handeln braucht, Munition usw., das wird erheblich verschlechtert, weil wir unser Industriegebiet den feindlichen Fliegern aussetzen.

Sollten die Waffenstillstandsverhandlungen kommen, so bedeutet schon die Zusagung der Räumung an sich eine wesentliche Verschlimmerung der militärischen Lage.

Kriegsminister Scheüch: Daß die Zurückführung des Heeres auf den heimatlichen Boden eine außerordentliche Schwächung des Heeres bedeutet, ist zuzugeben, nicht nur wegen der geringeren Möglichkeit der Herstellung alles dessen, was das Heer zum Kampf nötig hat, sondern auch im Hinblick auf die Stimmung und den Gehalt der Truppe. Eine enge Verbindung mit der Heimatbevölkerung, die niedergedrückt ist durch die starke Belegung, drückt das Heer nieder. Es würden an der ganzen Grenze dieselben Bedingungen eintreten wie jetzt im Elsaß und noch schlechtere. Auch die Lebenshaltung der Bevölkerung selbst würde sehr herabgedrückt.

Admiral Scheer: Ich habe schon gestern gemeldet, wie der Stand bei der Marine ist, muß aber wohl auch hier ein Bild von den Verhältnissen der Flotte geben, weil es darauf ankommt, ob man den Waffenstillstand unter den Bedingungen bekommen soll, die Wilson stellt.

In den beiden letzten Jahren hat sich die Flotte nur in den Dienst des U-Boot-Krieges gestellt und sich dabei völlig gefechtsbereit gehalten. Wenn uns die Arbeiterverhältnisse verbessert werden, können wir den Bau der Unterseeboote auf das Doppelte, ja das Dreifache erhöhen. Nun geht die Forderung Wilsons dahin, daß wir den U-Boot-Krieg einstellen sollen. Wenn wir dem nachgeben, würde ein ganz erhebliches Druckmittel preisgegeben ohne eine Gegenleistung für die Annahme des Waffenstillstands bei der jetzigen Stellung. Denn da ist doch die Lage so, daß das Heer standhalten kann. Deshalb brauchen wir auf die zweite Wilsonsche Bedingung nicht einzugehen.

Der Reichskanzler: Damals sprachen Eure Exzellenz von 40 000 Arbeitern, die nötig wären. Können Sie die bekommen, wenn der Kriegsminister 600 000 Mann aufbietet?

Admiral Scheer: Bis zum 1. Dezember brauchen wir nur 15 000 bis 16 000 Mann.

Der Reichskanzler: Und bis wann brauchen Sie die 40 000?

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Admiral Scheer: Erst bis in den Sommer. Wir können schon mit den ersten 16 000 Mann die monatliche Ablaufziffer von 10 auf 16 steigern.

Der Reichskanzler: Als letztes Wort möchte ich mir folgende Frage erlauben:

Wenn alle Maßnahmen getroffen werden, die Euere Exzellenz vorgeschlagen haben, wenn die Front für die nächsten Monate hält, sind dann Euere Exzellenz der Anschauung, daß wir dann im Laufe des nächsten Jahres eine Lage geschaffen haben werden, die besser ist als die, in der wir uns augenblicklich befinden? Wir müssen uns darüber klar sein, daß jede Kraftanstrengung, die wir jetzt machen und die sich nicht am Ende bezahlt macht, eine Kraftverschwendung bedeutet und eine Lage schaffen würde, deren Verantwortung wir tragen und der wir fest ins Auge sehen müssen. Können wir im nächsten Jahre den Krieg unter besseren Bedingungen beenden als jetzt?

General Ludendorff: Jede Kraftanstrengung, die wir augenblicklich machen, verbessert unsere Lage.

Admiral Scheer: Man steht wohl allgemein unter dem Eindruck, daß der Feind den U-Boot-Krieg sehr erheblich spürt, namentlich Italien. Das wird sich in nächster Zeit noch steigern, besonders auch gegenüber Amerika. Wenn wir aber die Bedingungen annehmen, die uns gestellt worden sind, geben wir das alles aus der Hand.

Der Reichskanzler: Das ist keine Antwort auf die Frage, die ich gestellt habe: Werden wir den Krieg unter besseren Bedingungen beenden, wenn wir den Wünschen der Obersten Heeresleitung nachgeben? Es handelt sich jetzt noch nicht um die Beantwortung der Note Wilsons.

Admiral Scheer: Unsere Lage wird sich bessern, weil die der Gegner sich verschlechtern wird. Deshalb sollen ja die Gegner gerade in diesem Herbst fertig werden.

Graf Roedern: Es ist schon so oft gesagt worden, daß sich die Lebenshaltung unserer Feinde verschlechtert hat, aber wir haben wenig davon gemerkt, daß das den Krieg beeinflußt hat. Wird das jetzt so viel anders sein? Wird dabei berücksichtigt, daß für uns die flandrische Küste wegfällt, daß Oesterreich jetzt zum Frieden kommt und wir damit die U-Boot-Basis im Mittelmeer verlieren? Kann die Steigerung der U-Boot-Erzeugung das ausgleichen?

Admiral Scheer: Der Ausfall der beiden U-Boot-Basen in Flandern und im Mittelmeer hat auf unseren U-Boot-Krieg nach meiner Auffassung und der meiner Mitarbeiter keinen Einfluß. Im Gegenteil, je mehr wir uns auf die Umgebung der Britischen Inseln konzentrieren, desto wirksamer ist der Krieg. Bisher haben wir, wenn auch nur unter großen Anstrengungen, die Fahrt nach England offen gehalten.

Ich kann freilich nicht sagen, in der und der Zeit ist der Gegner zusammengebrochen. Es kommt darauf an, die Wirkungen, die schon vor-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

liegen, zu verstärken und den Gegner dauernd unter Druck zu halten, dann wird sich die politische Wirkung schon bemerkbar machen.

Graf Roedern: Man hat der Marineleitung, gewiß mißverständlich, nachgesagt, daß sie bestimmte Zusagen wegen der Wirkung des U-Boot-Krieges gemacht habe, aber eine Zusage ist sicher gemacht worden, nämlich darüber, daß man die Zufuhr amerikanischer Truppen verhindern könne. Gerade diese Zusage ist nicht gehalten worden. Der damalige Staatssekretär des Reichsmarineamts beantwortet die Frage danach ungefähr dahin: die amerikanischen Truppen sollen nur kommen, sie bilden willkommene Angriffspunkte für uns. Das hat sich doch als durchaus irrtümlich erwiesen.

Sind dann die Einwirkungen auf die englische Wirtschaft noch so hoch zu bewerten? Sobald die Amerikaner sich entschließen, statt 250 000 Mann nur noch 150 000 Mann monatlich zu schicken, wird die Versorgung Englands erheblich erleichtert. Es muß da eine Fehlerquelle liegen. Liegt sie vielleicht darin, daß das Tempo des amerikanischen Schiffbaus unterschätzt worden ist?

Admiral Scheer: Ich kenne die Erklärung des Staatssekretärs nur aus den Zeitungen. Ich weiß nur, daß er die amerikanischen Truppen nicht hoch eingeschätzt hat, wahrscheinlich, weil er ihre Unterhaltung auf französischem Boden für schwierig ansah. Man kann die U-Boote nicht nur auf Transportschiffe ansetzen, sie müssen ihre Torpedos da brauchen, wo sie den meisten Schiffsraum vernichten.

(Der Reichskanzler übergibt den Vorsitz an den Vizekanzler.)

Vizekanzler von Payer: Der Eindruck der militärischen Lage ist doch heute wesentlich günstiger als zu Anfang des Monats. Liegen die Gründe dafür auf militärischem Gebiet?

General Ludendorff: An der Front ist es der nicht gelungene Angriff des Feindes von gestern und vorgestern. Der Feind hat nicht ordentlich angebissen. Hätte er alles getan, was er konnte, so wären wir geschlagen worden. An dieser Stelle hat sich die Kampffront der Entente nicht auf der Höhe gezeigt wie bisher.

Dazu kommt, daß die Amerikaner starke Grippe haben. Allerdings fängt sie auch bei uns an zu grassieren, und zwar in einer sehr bösen Form. Unsere Truppe ist müde, und der müde Mensch erliegt der Seuche leichter als der frische.

(Der Reichskanzler übernimmt den Vorsitz wieder.)

Der Reichskanzler: Die Lage ist also nicht mehr dieselbe wie sie am 5. Oktober war, als wir veranlaßt wurden, den Friedensschritt bei Wilson zu tun.

General Ludendorff: Ich habe den Eindruck, ehe wir durch diese Note Bedingungen auf uns nehmen, die zu hart sind, müßten wir dem Feinde sagen: Erkämpft euch solche Bedingungen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Der Reichskanzler: Und wenn er sie erkämpft hat, wird er uns dann nicht noch schlechtere stellen?

General Ludendorff: Schlechtere gibt es nicht.

Der Reichskanzler: O ja, sie brechen in Deutschland ein und verwüsten das Land.

General Ludendorff: So weit sind wir noch nicht.

Graf Roedern: Es ist bisher nur von Sieg oder Niederlage gesprochen worden. Es gibt noch eine dritte Möglichkeit: wir gehen langsam zurück. Das ist das Wahrscheinlichste, wenn wir einen Durchbruch der Feinde nicht zu befürchten haben. Ich halte auch nicht für wahrscheinlich, daß wir die Feinde zurückwerfen. Also angenommen, wir gehen zurück, wir füllen auf, unsere Widerstandskraft wird gestärkt: wird dann Amerika veranlaßt, uns bessere Bedingungen zu stellen? Amerika weiß, daß wir unsere letzten Reserven verbrauchen; es wird seine Zeit abwarten.

General Ludendorff: Wie sieht es denn in den anderen Ländern aus? Ich habe eine Agentenmeldung, daß in England und Frankreich ernste Befürchtungen auftreten, der Krieg könnte den Monat überdauern, Deutschland wird die Entente noch auf feindlichem Boden zum Stehen bringen. Die Furcht vor einem Umschlag der Lage ist dort sehr groß.

Staatssekretär Solf: Ich habe den Reichskanzler verantwortlich zu beraten, wie die Note, die wir an Wilson zu richten haben, nach Ton und Inhalt zu fassen ist. Für diese Aufgabe bin ich durch die Ausführungen von Exzellenz Ludendorff nicht wesentlich besser vorbereitet als vorher.

Zu Anfang dieses Monats ist die politische Leitung des Reiches von der Obersten Heeresleitung gedrängt worden, die Gegner um Waffenstillstand zu bitten und Frieden vorzuschlagen. Gegen den Willen und gegen die Auffassung des Reichskanzlers hat er sich entschließen müssen, diesen Schritt mit seiner Verantwortlichkeit zu decken. Dann kam die Gegenfrage und auch damals ist an der Auffassung festgehalten worden, daß in unserer Antwort an den von uns vorgeschlagenen Bedingungen einfach festzuhalten sei. Jetzt ist die Antwort Wilsons gekommen, die uns vor schwere Entschlüsse stellt, und sofort ändert sich das Bild, so daß wir die Lage noch halten können, ja, daß, wenn wir die nächsten vier Wochen überdauern, wir sogar viel besser dastehen als bisher.

Davor stehe ich wie vor einem Rätsel. Was ist der wirkliche Grund, weshalb geht jetzt, was vorher für unmöglich erklärt worden war?

General Ludendorff: Ich habe immer den Menschenmangel als das Wichtigste dargestellt. Heute höre ich, daß der Mangel nicht so groß ist, wie ich angenommen hatte. Heute höre ich, daß ich in absehbarer Zeit 600 000 Mann bekommen kann. Weshalb ich sie nicht früher bekommen konnte, darüber will ich nicht sprechen. Kann ich sie jetzt bekommen, so hört die Vereinsamung der Armee auf. Trotz der unglücklichen Ereignisse ändert sich die Lage, weil zugleich die Kampfkraft des Feindes nachläßt.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nach wie vor glaube ich, daß wir die Waffenstillstandsverhandlungen, wenn es irgend geht, erreichen müssen. Aber nur solche Waffenstillstandsverhandlungen dürfen wir annehmen, die eine geregelte Räumung des Landes gestatten, also mindestens zwei bis drei Monate Frist. Und dann dürften wir keine Bedingungen auf uns nehmen, die eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten unmöglich erscheinen lassen. Daß dies die Absicht ist, muß man aber nach der Note annehmen. Die Bedingungen sollen uns außer Gefecht setzen. Bevor wir uns auf weiteres einlassen, muß der Feind einmal sagen, was denn eigentlich seine Bedingungen sind.

Nicht kurzer Hand mit Wilson abbrechen. Im Gegenteil: „Sagt doch mal, was sollen wir eigentlich tun? Wenn du etwas gegen unsere nationale Ehre verlangst, uns kampfunfähig machen willst, dann heißt es allerdings nein."

Damit verlasse ich den bisherigen Boden nicht. Ich bitte nur, die Maßnahme, die der Kriegsminister vorgeschlagen hat, rasch durchzuführen.

Staatssekretär Solf: Diese Maßnahme war doch auch damals schon in Aussicht genommen.

General Ludendorff: Seit dem April und viel länger noch kämpfe ich um Menschen. Sie sind mir nicht gegeben worden. Es ist doch eine Tatsache, daß wir 70 000 Mann monatlich zu wenig bekommen. Hört dieses Defizit auf, und die Kampfkraft des Feindes läßt nach, so braucht man nicht alle Bedingungen anzunehmen.

(Folgt Beratung anderer Fragen)

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 58*)

Besprechung der Staatssekretäre am 17. Oktober 1918 nachmittags 5 Uhr

Protokollauszug

Anwesend:
Exzellenzen von Payer,
Friedberg,
von Waldow,
Haußmann,
Groeber,
Scheidemann,
Scheüch,
Solf,
Graf Roedern,
Unterstaatssekretär Wahnschaffe,
Direktor Deutelmoser,
Geheimräte Simons,
von Schlieben,
Später: Seine Großherzogliche Hoheit der Herr Reichskanzler,
Exzellenz Ludendorff,
Oberst Heye

pp. Es erscheint mit Oberst Heye der General Ludendorff, an welchen Exzellenz von Payer die Frage richtet, wie die in Oesterreich zu erwartende Katastrophe voraussichtlich auf unsere militärische Lage wirken würde.

Ludendorff: Nach Nachrichten des Generals v. Cramon sei der Geist der österreichischen Armee überraschend gut. Der Abfall von Oesterreich würde natürlich sehr ungünstig wirken, ob allerdings auf unsere Truppen, das sei sehr zweifelhaft, da auch der Abfall Bulgariens auf diese keinen besonderen Eindruck gemacht habe. Gleichwohl befürworte er, mit Rücksicht auf den zu befürchtenden Abfall Oesterreichs, die Fortsetzung der Friedensverhandlungen. Er sehe jedoch die Lage in Oesterreich nicht so an, daß wir dadurch gezwungen würden, jede Bedingung anzunehmen. Durch den Abfall Oesterreichs würde allerdings die italienische Armee frei, das sei natürlich schlimm. Schließlich sei aber dann immer noch Zeit, klein beizugeben.

Graf Roedern möchte wissen, ob militärischerseits große Befürchtungen deshalb gehegt würden, weil etwa einer der neuen Staaten in

*) Anmerkung bei der Herausgabe: General Ludendorff hat nachträglich das Protokoll im einzeln nicht anerkannt, den Grundgedanken aber als richtig wiedergegeben bezeichnet (Das Verschieben der Verantwortlichkeit S. 129).

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Oesterreich gegen uns gehen könnte und ob wir dagegen nicht Sicherungsmaßnahmen treffen müßten.

Ludendorff schätzt diese Gefahr militärisch nicht hoch ein, dagegen sei der Abfall Oesterreichs wirtschaftlich sehr schlimm, weil dann Bayern und Sachsen keine Braunkohlen mehr von dort bekämen.

von Payer: Sei es nicht möglich, daß, wenn neue militärische Mißerfolge eintreten, wir die Front nicht mehr halten könnten, daß wir dann sofort Frieden schließen müßten?

Ludendorff: Wäre die Front so gesichert, daß man absolut nichts zu befürchten hätte, dann wäre die ganze Aktion von uns nicht gemacht worden. Er habe ja jetzt auch wieder ausdrücklich erklärt, daß die Aktion fortgesetzt werden solle. Wir würden vielleicht gezwungen sein, noch mehr zurückzugehen. Daß eine Katastrophe eintrete, befürchte er jedoch nicht. Werde aber trotzdem die Lage schlechter, dann müsse eben der angesponnene Faden weiter fortgesetzt werden. Jetzt müsse man aber die Lage mit etwas mehr Ruhe auf Grund der letzten Kriegserlebnisse ansehen. Wenn wir tatsächlich geschlagen werden sollten, so müßten wir eben sofort kapitulieren. Gefährlich könnte es werden, wenn wir bei Verdun eine Niederlage erlitten, sonst sehe er die Gefahr nicht für so groß an.

Solf: Die Frage sei, ob wir eine etwas heftigere Antwort wählen dürften, die unserer Würde entspräche, auch auf die Gefahr hin, daß Wilson abschnappe. Können wir dies verantworten?

Ludendorff: Ja, wir können es verantworten.

Scheüch weist darauf hin, daß die von ihm zugesagten Ersatzmannschaften erst nach und nach kommen könnten, womit sich Exzellenz Ludendorff einverstanden erklärt und nur bittet, ihm sofort 75 000 Mann zu stellen.

Graf Roedern weist darauf hin, daß Oberst Heye vor einiger Zeit gesagt habe, es könne sein, daß wir bis zum Frühjahr die Front hielten, aber es könne auch täglich zum Durchbruch kommen. Vor einigen Tagen habe es an einem Faden gehangen, daß der Durchbruch gekommen wäre; die Truppen hätten keine Ruhe mehr.

Ludendorff: Durch Zurückziehung ersparen wir Truppen, da die Front kürzer wird.

Belasten wir die neue Note mit einer schärferen Tonart und schnappt darauf Wilson ab, so sehen wir daraus, daß er es niemals ehrlich gemeint hat.

Der Reichskanzler bestreitet das letztere. Nach eingegangenen Nachrichten will Wilson Frieden, wird aber durch England und Frankreich bedrängt.

Wir müssen uns klar sein, daß, wenn wir die Note so beantworten, wie beabsichtigt, Wilson dann schwerere Bedingungen stellt.

Ludendorff spricht sich dafür aus, daß Wilson aufgefordert werde, sich über die Bedingungen zu äußern. Die Note müsse jetzt der Prüfstein

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

sein, ob er es ehrlich meint und ob er auch die Macht hat, seinen Willen durchzusetzen.

von Waldow weist darauf hin, daß die Nahrungsmittelversorgung durch große Transporte an die Front sehr verschlechtert worden sei; auf längere Zeit sei das nicht zu ertragen.

Ludendorff bemerkt, daß er bereits mit dem Feldeisenbahn-Chef dieserhalb gesprochen habe und hofft, daß bald Besserung eintritt.

Oberst Heye erläutert seine früheren Worte. Sein Urteil gehe dahin, an der Lage im großen habe sich nichts geändert; die Armee bedürfe der Ruhe, je eher diese eintrete, um so besser. Als die Oberste Heeresleitung sich zu dem Friedensvorschlag entschloß, ging man von der Ansicht aus, daß ehrenvoller Friede geschlossen werden könnte. Jetzt erst sehe man, daß es um Sein und Nichtsein ginge. Es müsse daher geprüft werden, ob der Entscheidungskampf nochmals aufgenommen werden könne. Die Unsicherheit der Lage bleibe für die Oberste Heeresleitung heute noch bestehen. Man könne nicht eine Garantie dafür übernehmen, daß die 18. Armee nicht eine starke Niederlage erleidet, aber in den letzten acht Tagen sei es gut gegangen. Allerdings werde der Gegner noch weiter stark angreifen, aber seine Kräfte seien doch geringer geworden, das zeigen jetzt die Kämpfe. Er würde den Versuch, uns zu schlagen, fortsetzen, mit Hilfe seiner Artillerie und zahlreicher Tanks. Dadurch entstehe großer Menschenverlust. Zögen wir uns kämpfend zurück, so müsse das Land zerstört werden, denn es müßte eine Sicherheitsgrenze zwischen dem Gegner und uns geschaffen werden.

Es sei möglich, daß der Feind in Lothringen angreife, dagegen seien Gegenmaßnahmen in Vorbereitung.

Die Lage sei ernst, aber nicht hoffnungslos. Die Stimmung der Armee würde gehoben werden, wenn unser Angebot durch die Entente zurückgewiesen werden würde; es würde dies einen Auftrieb an moralischer Kraft geben. Den Entscheidungskampf müßten wir annehmen, wenn die Bedingungen, die uns gestellt würden, entehrende seien.

Die Aussichten für Haltung der Front im Elsaß seien gut. Die erste Linie hielten ältere Truppen, die zweite allerdings nur abgekämpfte Truppen. Es komme also nur darauf an, wie lange der Kampf dort dauere.

Ludendorff: Es zeige sich hier bei den älteren Truppen der Gehalt einer guten Friedensschule. Alte Leute zeigten den Wert der guten Friedensausbildung, daher habe er das Vertrauen, daß die Lothringer und Elsässer Front sich halten werden. Es sei auch zu berücksichtigen, daß auch die Ententetruppen sehr stark abgekämpft seien.

Darauf verlassen Exzellenz Ludendorff und Oberst Heye die Versammlung.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 59

Der Chef der politischen Abteilung beim Generalgouverneur in Belgien Gesandter v. d. Lancken an das Auswärtige Amt

Telegramm

Abgegangen: 11 Uhr 10 Min. — Angekommen: 12 Uhr 35 Min.

Brüssel, den 17. Oktober 1918

Ganz geheim!

Am 10. Oktober meldete ich auf Grund der Aussagen eines wichtigen Vertrauensmannes, daß Wilson auf unsere als zustimmend erwartete Antwort in einer Weise replizieren würde, die seinen Willen erkennen ließe, er werde den Frieden nicht mit einem „Autokratismus" unterzeichnen. Seine weitere Taktik werde dahin gehen, die Abdankung Seiner Majestät des Kaisers und den Thronverzicht des Kronprinzen herbeizuführen.

Gestern, nach Bekanntwerden der Wilson-Antwort vom 15., sagte mir dieselbe Persönlichkeit: „Sie sehen, daß ich Sie richtig informierte. Ich kann Ihnen sagen, daß die beiden Hauptpunkte (Beseitigung der Willkürherrschaft, Sicherstellung der Ueberlegenheit der alliierten Armeen), ohne deren Erfüllung der Präsident keinen Waffenstillstand zuläßt, folgenden Sinn haben:

1. Vorheriger Thronverzicht Seiner Majestät des Kaisers und des Kronprinzen. Vielleicht wäre dann Regentschaft durch den für den Zivildienst ausgebildeten Bruder des Kronprinzen möglich. Lassen Sie sich nicht erst schrittweise dazu drängen. Dann geht Zeit verloren, und Sie machen das Spiel der Franzosen und Engländer. Diese wollen durchaus nach Deutschland eindringen, worauf Wilson keinen Wert legt. Eine Angriffsbewegung, stärker als alle bisherigen, besonders an Material (Tanks), aber auch an Truppen, namentlich den vorsichtig ersparten Fochschen Reserven, ist fertig vorbereitet und soll bis zum 1. November einsetzen. Die Entente hat Informationen über den Zustand der deutschen Armeen, die den Alliierten den vollen Erfolg dieser Offensive völlig sicher erscheinen lassen.

2. Klarstellung der Ueberlegenheit der Ententetruppen etwa dadurch, daß diesen Truppen die Besetzung von Metz eingeräumt wird, zunächst ohne dadurch der künftigen Regelung der Gebietsfrage vorzugreifen."

gez. Lancken

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 59a*)

Der Reichskanzler an den Chef des Generalstabes des Feldheeres Generalfeldmarschall von Hindenburg

Telegramm
Abgegangen: 10 Uhr 30 Min.

Berlin, den 18. Oktober

Dringend

Euer Exzellenz Telegramm vom 14. d. M. habe ich zu erhalten die Ehre gehabt. Bevor ich zu den Anregungen Euer Exzellenz entscheidend Stellung zu nehmen vermag, ist die völlige Klärung unserer militärischen und politischen Lage erforderlich, der die gegenwärtigen Besprechungen dienen. Ist diese Klärung erfolgt und ist die Grundlage für unsere weiteren Entschlüsse festgelegt, so werden wir in der Lage sein, uns wegen der Mittel und Möglichkeiten der Einwirkung auf die Heimat schlüssig zu machen. Daß ich Euerer Exzellenz Sorge wegen der bedenklichen Stimmung des Volkes teile, bedarf keiner näheren Ausführung. Ich vermag mich aber der Erkenntnis nicht zu verschließen, daß diese Stimmung wesentlich von der Gesamtlage bedingt ist und daher die Möglichkeiten der Einwirkung auf jeden Fall beschränkt sein werden.

gez. Reichskanzler Max Prinz von Baden

*) Neu aufgenommen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 59b*)

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. Solf an den Staatssekretär a. D. im Grossen Hauptquartier von Hintze

Telegramm
Abgegangen: 1 Uhr 20 Min.

Berlin, den 18. Oktober 1918

Prinz Hohenlohe hat hier im Auftrage des Grafen Burian erklärt, daß baldiger Friedensschluß schon deshalb erforderlich, weil Entente durch Serbien nach Ungarn vorstoßen und uns so schließlich auch vom Süden bedrohen könne. Das Halten unserer Westfront genüge nicht allein.

Euere Exzellenz bitte ich, die Ansicht der Obersten Heeresleitung hierüber einzuholen.

gez. Solf

Randbemerkung von der Hand des Generals Ludendorff: „Oesterreich-Ungarn hat m. E. genügend Kräfte, die serbische Grenze zu halten, ob den Willen dazu, erscheint fraglich. Ich bin für baldige Absendung einer uns (unleserlich; deckenden oder rettenden?) Note an Wilson. Ludendorff. 19./X."

*) Neu aufgenommen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 59c*)

Der Chef des Generalstabes des Feldheeres Generalfeldmarschall von Hindenburg an alle Heeresgruppen und Armee-Oberkommandos des Westens

Schreiben

Großes Hauptquartier, den 18. Oktober 1918

Durch Offizier!

Umstehend bringe ich eine mir auf vertraulichem Wege zugegangene Beurteilung der politischen Lage zur Kenntnis, die ich für zutreffend halte. Sie betont erneut die Bedeutung des Haltens unserer derzeitigen Stellungen für den Ausgang der im Gang befindlichen Verhandlungen. Es ist Sache der Armeen, ihre Fronten zu halten.

Unsere Einheitsfront im Innern kann jetzt als gesichert angesehen werden. Die Auslassungen der Presse aller Parteien mit Ausnahme der unabhängigen Sozialdemokraten und Polen beweisen es. Das Kriegsministerium hat die Zuführung weiteren Ersatzes unter Heranziehung aller irgend entbehrlichen Kräfte der Heimat zugesagt.

Ich bitte mit aller Strenge dafür zu sorgen, daß alle frontverwendungsfähigen Mannschaften aus den Etappen und Wirtschaftsformationen der fechtenden Truppe zugeführt werden.

gez. von Hindenburg

„Es besteht zur Zeit großer Gegensatz Wilson—Foch. Wilson will einen Rechtsfrieden der Versöhnung und Verständigung. Foch will völlige Demütigung Deutschlands und Befriedigung der französischen Eitelkeit.

Jede Festigung der deutschen Front und der deutschen diplomatischen Haltung stärkt die Stellung Wilsons; jedes Zeichen militärischer und politischer Schwäche stärkt Foch.

Wilson erstrebt nur Nachgeben in zwei Punkten:

1. U-Boot-Krieg: keine Passagierdampfer mehr versenken.
2. Demokratisierung Deutschlands. (Keine Absetzung des Kaisers, nur konstitutionelle Monarchie; Stellung der Krone wie in England.)

Eine militärische Demütigung Deutschlands erstrebt Wilson nicht. Foch dagegen will mit allen Mitteln volle militärische Kapitulation und Demütigung**) (Befriedigung französischen Rachegefühlts) erreichen.

Wer von beiden die Oberhand gewinnt, hängt einzig und allein von der Haltung Deutschlands ab. Steht die Front und halten wir uns diplomatisch

*) Neu aufgenommen.
**) Im Original gesperrt.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

würdig, so siegt Wilson. Ein Nachgeben gegenüber Fochschen Forderungen bedeutet die Vernichtung Deutschlands und das Scheitern jeder Friedensaussicht.

Englands Stellung ist mehr vermittelnd. Die Hauptschwierigkeit für die Friedensaktion liegt bei Frankreich.

Scheitern die Verhandlungen durch Schuld der französischen Imperialisten, so wird dies voraussichtlich zum Zusammenschluß französischer Sozialisten, englischer Liberaler und Arbeiterpartei mit Wilson führen.

Erreichung des Verständigungsfriedens ist Wilson sehr erschwert durch das zeitliche Zusammenfallen der Demokratisierung und des Friedensschrittes. Dies wird als Schwäche ausgelegt und hat Fochs Stellung gestärkt. Freunde eines Rechtsfriedens raten uns jetzt, in alles mehr Stopp zu bringen, namentlich in unser Friedens- und Waffenstillstandsbedürfnis, und alles zu tun, damit die Front noch hält und die weitere Demokratisierung in ruhige, glaubwürdige Bahnen gelangt."

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 60

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. Solf an den Staatssekretär a. D. im Grossen Hauptquartier von Hintze

Telegramm
Abgegangen: 5 Uhr 30 nachm.

Berlin, den 18. Oktober 1918

Prinz Hohenlohe hat folgende Notiz übergeben:

„Notiz

Geheim

Graf Burian möchte anläßlich der an Deutschland gerichteten Note des Präsidenten Wilson nochmals die Folgen einer etwaigen Ablehnung zur Erwägung stellen:

1. Die Möglichkeit des Eingreifens Bulgariens und Rumäniens;
2. Ausspringen der Türkei;
3. Eingreifen der Ententeflotte im Schwarzen Meer;
4. Einbrechen der Orientarmee der Entente in Bosnien und von dort nach Kroatien;
5. Erfolgreiche Offensive der Entente im Südwesten bei gleichzeitiger Aufrollung der Westfront.

Beeinflußt durch diese Umstände könnte es, wenn Deutschland es im Falle des Scheiterns der Verhandlungen auf einen weiteren Kampf ankommen ließe, möglicherweise zu einer Katastrophe führen*).

Berlin, den 18. Oktober 1918"

Staatssekretär

*) Anmerkung bei der Herausgabe: Die ursprüngliche österreichische, von Unterstaatssekretär von Stumm abgeänderte Fassung lautet:

„Beeinflußt durch diese Umstände könnte ein letzter Verzweiflungskampf, wenn Deutschland es im Falle des Scheiterns der Verhandlungen darauf ankommen ließe, möglicherweise zur allerärgsten Katastrophe führen."

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 60a*)

Die Nachrichtenabteilung des Admiralstabes an die Oberste Heeresleitung

Telegramm

Berlin, 18. Oktober 1918

Erhalte 18. 10. abends folgendes Telegramm der Nachrichtenstelle des Admiralstabes in Antwerpen:

Hiesiger Mitarbeiter berichtet nach Aussagen Gewährsmannes mit besten Verbindungen zu amerikanischer Gesandtschaft Haag: Sichtbarer Umschwung in Aktion Wilson zurückzuführen auf militärische, in letzter Stunde in Washington sich fühlbar gemacht habende Einflüsse. Diese ausgehen hauptsächlich von britischer Marinemission, die vor 14 Tagen unter Leitung von Sir Maurice de Bunsen ankam, und französischem Gesandten Jusserand. Amerikanische Gesandtschaftskreise Haag durch Wilsons Note überrascht. Widerspruch zwischen Rede Lansings, die Friedensaussichten sehr günstig war und mit Zustimmung Wilsons gehalten wurde, und Wilsons Antwort nur dadurch erklärlich, daß die britischen Einflüsse unter französischer Beihilfe Oberhand gewonnen haben. Torpedierung Leicester während Notenwechsel verstimmte stark, wird agitatorisch sehr geschickt ausgenützt. Einzigste, hoffnungsvoll stimmende Tatsache ist die ungeheuer gewachsene Kriegsopposition französischer Sozialisten. Rückwirkung an Front bereits deutlich erkennbar, da französische Truppen nur mit größter Mühe ins Feuer gebracht werden. Sie verlangen Beendigung Kriegs, nachdem Deutschland Abtretung Elsaß-Lothringens zugesagt habe. Während englische Kreise deutschen Zusammenbruch als unvermeidlich betrachten, rechnet man in amerikanischen Kreisen mit gesteigerter moralischer Widerstandskraft deutscherseits. Gestern mittag aus Washington bei Gesandtschaft eingelaufene Nachrichten besagen, daß man mit günstiger deutscher Antwort rechnen könne und daß Wilson dann zu direkten Verhandlungen übergehen werde. Wert wird darauf gelegt, daß Wilson sich nur scharf über Bedingungen Waffenstillstands geäußert, aber nichts über Friedensverhandlungen gesagt habe. Note wird interpretiert, daß Foch noch Möglichkeit militärischer Erfolge gegeben werden soll. Man glaubt aber, daß, da Wilson bis jetzt nur noch von sich aus sprach, er bei positiven Zusicherungen den Ententestaaten seine Bedingungen zur Friedensverhandlung mitteilen würde. Diese sollen so gestellt werden, daß definitive Konferenz gesichert. Klare Beurteilung noch untunlich, allzugroßer Pessimismus nicht angebracht.

Admiral Scheer, Auswärtiges Amt und Reichskanzler haben gleiches Telegramm erhalten.

Admiralstab

---

*) Neu aufgenommen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 61

Aufzeichnung einer telephonischen Mitteilung des Staatssekretärs a. D. von Hintze im Grossen Hauptquartier an das Auswärtige Amt

Zeit: 18. Oktober nachm.

Berlin, den 18. Oktober 1918

Herr von Hintze telephonierte mir, General Ludendorff ließe sagen, daß seine Stellungnahme von gestern abend durch die heutigen militärischen Ereignisse nicht verändert sei.

gez. von Stumm

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 62

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. Solf an den Kriegsminister General Scheüch

Schreiben

Abgegangen: 18. Oktober nachmittags

Berlin, den 18. Oktober 1918

Geheim Persönlich

Sehr verehrte Exzellenz!

Ich habe mir die Frage, die wir gestern mündlich besprachen, noch durch den Kopf gehen lassen. Ich muß bei meiner Ansicht beharren: die Armeeführer müssen gehört werden. Auch auf die Gefahr hin, daß Hindenburg und Ludendorff die Befragung der Armeeführer zum Anlaß nehmen wollten, ihren Abschied einzureichen. Bestärkt werde ich in dieser Ueberzeugung durch Andeutungen von absolut einwandfreier Seite, wonach die gestern von General Ludendorff ausgesprochenen Hoffnungen auch in seiner Umgebung nicht geteilt werden. Die Entscheidung ist zu gewaltig, kann zu verhängnisvoll sein, als daß sie auf zwei Männer gestellt werden könnte. Wir sind verpflichtet, alles, was in unserer Kraft steht, zu tun und nichts zu unterlassen, um das Richtige zu treffen. Hindenburg und Ludendorff können ihren Abschied in der jetzigen Lage nicht erzwingen, und wenn sie es dennoch tun sollten, kann dem von Ihnen und einigen meiner Kollegen befürchteten Eindruck entgegengetreten und der wahre Grund ihres Rücktritts leicht klargestellt werden.

Die Befragung der Armeeführer hätte natürlich nicht vor unserer jetzigen Note an Wilson, sondern nach ihrer Beantwortung durch Wilson zu erfolgen.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung

Euer Exzellenz sehr ergebener

gez. Solf,

Staatssekretär

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 62a*)

Die Kriegsnachrichtenstelle Antwerpen an die Oberste Heeresleitung

Telegramm

Antwerpen, den 19. Oktober 1918

Geheim!

Marinemeldung:

Nach Aussage eines Vertrauensmannes mit Verbindungen in der amerikanischen Gesandtschaft im Haag:

Allgemein neigt man in Ententekreisen zu der Ansicht, daß die deutsche Heeresleitung bereits im Rückzug auf die deutsche Grenze begriffen ist, und man gibt sich darüber wohl nur in englischen Kreisen einer Illusion hin, daß das Débâcle unvermeidlich ist, während man in amerikanischen Kreisen sehr wohl mit einer gesteigerten moralischen Widerstandskraft rechnet. Immerhin glaubt man auch in diesen Kreisen, wenn es jetzt nicht zu einem Waffenstillstand kommen sollte, nur noch an einen sechs- bis achtmonatigen Krieg.

Die Amerikaner verlangen vor allem, daß die Hohenzollerndynastie abdanke, da man mit ihr, die alte Verträge nicht gehalten, keine neuen abschließen könne.

Inzwischen gehen die Kriegsvorbereitungen weiter. Nach Angaben von Prof. van Oppen, Sachverständiger für die Handelsmarine, sollen die Schiffsneubauten im September in Amerika sich auf 328 457 Brutto-Registertonnen belaufen, wovon 48 Schiffe aus Holz, alle übrigen aus Stahl gebaut sind. Das Schiffahrtsproblem bildet auch heute noch die Kardinalfrage, und die während des Notenwechsels neu erhobene Forderung der Auslieferung der deutschen Flotte ist deshalb durchaus nicht als Zufall anzusehen. Die American Steamship Association, die 60 große Reedereien unter ihren Mitgliedern vereinigt, betreibt seit langem Propaganda für diese Pläne.

gez. Unterschrift

*) Neu aufgenommen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 62b*)

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte Freiherr von dem Bussche an den Staatssekretär a. D. im Grossen Hauptquartier von Hintze

Telegramm

Abgegangen: 20. Oktober 12 Uhr 30 vorm.

Berlin, den 19. Oktober 1918

Kaiserlicher Geschäftsträger Haag telegraphiert unter dem 16. d. M.:

Vertrauensmann berichtet:

1. Nach Ueberzeugung hiesiger Stellen, welche durch Nachrichten aus anderen Ententelagern Bestätigung findet, läuft Wilsons Absicht auf Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen hinaus. Absicht der Note sei es nach hiesiger Auffassung, dadurch dem Frieden näher zu kommen, daß Wilson durch Ausschaltung starker psychologischer Hindernisse, wie Autokratie und Greuel, seine sehr schwierige Stellung den Verbündeten gegenüber stärkt. Auch ergebe sorgfältige Prüfung des Satzes „it must be clearly and . . . .", daß die Modalitäten des Waffenstillstandes und der Räumung Deutschland nicht einfach diktiert, sondern, daß Verhandlungen hierüber zugelassen werden sollen. Andernfalls würde der Passus „that an arrangement can be accepted" nicht zu verstehen sein. Nach dem Wortlaut der Note sei es dagegen unklar, ob die Verhandlungen nach Wilsons Auffassung seitens der deutschen Regierung wie bisher mit ihm — wobei er seine militärischen Ratgeber hinzuziehen würde — oder unmittelbar zwischen den Abgesandten der beiden Heeresleitungen geführt werden sollten. Es wäre in der Antwort anzuerkennen, daß Wilsons Forderungen entsprechend durch die Bedingungen einer Aufrechterhaltung der militärischen Lage verbürgt werden sollen: zugleich wäre um Rückäußerung zu ersuchen, auf welchem Wege die Verhandlungen praktisch eröffnet werden sollen. Anderen Quellen entstammenden Nachrichten zufolge ist anzunehmen, daß wir alsdann von Wilson an Foch verwiesen würden.

2. In seiner Note übergeht Wilson die Frage, ob die Alliierten seine Programmpunkte annehmen. Da nach Ansicht hiesiger Stelle Wilson augenblicklich mit den Verbündeten verhandelt, um ihre Zustimmung zu erhalten, wäre es besser, jetzt nicht auf diesen Punkt zurückzukommen. Zu erwägen bleibt, ob diese Frage nicht vor Abschluß des Waffenstillstandes völlig zu klären wäre.

3. Bezüglich des U-Boot-Krieges fordern Gründe unseres Prestiges, daß er nach außen hin auf Kreuzerkrieg beschränkt, in der Tat aber soweit eingestellt wird, daß weitere unglückliche Zufälle vermieden bleiben.

---

*) Neu aufgenommen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

4. Hinsichtlich der die Greuel betreffenden Vorwürfe erfordere es die Rücksicht auf die angelsächsische Psyche unter allen Umständen, daß Deutschland nicht einfach die Beschuldigung hinnehme oder wohl womöglich durch Entschuldigungen auszuschalten strebe; solches sei wirkungslos. Dagegen sei ein Passus des Inhalts zu empfehlen, daß seitens der deutschen Regierung die Aufmerksamkeit der Regierung der Vereinigten Staaten darauf gelenkt werde, daß Präsident Wilson am .... und am .... gewisse Maßregeln der englischen Blockade als unmenschlich und völkerrechtswidrig bezeichnet hat, Maßregeln, welche die Greuel des Hungertodes von Zehntausenden von Frauen und Kindern, Greisen und Schwachen zur Folge gehabt haben.

Was die Greuel zu Lande anbetreffe, so sei darauf aufmerksam zu machen, daß Befehle zur Vermeidung aller nicht durch Kampf selbst bedingten Zerstörungen gegeben sind, sowie nur das der Heeresverwaltung gehörige Material mitzunehmen sei. Dagegen seien Hunderttausende französische und belgische Einwohner auf der Flucht und im tiefsten Elend, um sich vor Fliegern und Geschützen der Verbündeten zu retten.

Deutschland habe Holland ersucht, für diese Flüchtlinge zu sorgen.

Deutschland ersuche, daß sofort eine neutrale Kommission eingesetzt werde, die Urheber der zerstörten Städte und des Elends festzustellen.

Schließlich sei zu beachten, daß in der Wilson-Note Luftangriffe nicht erwähnt werden, es sei zu vermuten, daß die Absicht bestehe, der Einstellung der Luftangriffe auf offene Städte zuzustimmen.

5. Was den Hinweis des Präsidenten auf seine Rede vom 4. Juli anbetreffe, so verweise man in der Antwortnote einfach auf die (noch bevorstehende) Kanzlerrede, in welcher die Einzelheiten über die Neuorientierung auseinandergesetzt seien.

gez. Busschc

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 63

Der Chef des Generalstabes des Feldheeres Generalfeldmarschall von Hindenburg an den Reichskanzler Prinz Max von Baden

Telefonat vom 20. Oktober 1918, 1 Uhr nachmittags
(Uebermittelt durch Oberst von Haeften)

Die Lage hat sich nicht geändert. Die Türkei hat Sonderverhandlungen begonnen. Oesterreich-Ungarn wird bald folgen. Wir werden sehr bald in Europa allein dastehen. Die Westfront ist in größter Anspannung. Ein Durchbruch bleibt möglich, wenn ich ihn auch nicht befürchte. Durch Absetzen vom Feinde in Belgien und Zuführen des zugesagten Ersatzes könnte ein nachhaltiger Widerstand organisiert werden, der den Kampf an der Westfront in die Länge zieht und uns zwar nicht den ausgesprochenen Sieg beschert, wohl aber uns vor dem Aeußersten bewahrt. Aber selbst wenn wir geschlagen würden, stünden wir nicht wesentlich schlechter da, als wenn wir jetzt schon alles annähmen.

Es ist die Frage zu stellen: Will das deutsche Volk um seine Ehre nicht nur in Worten, sondern tatsächlich bis zum letzten Mann kämpfen, und sich damit die Möglichkeit des Wiedererstehens sichern, oder will es sich zur Kapitulation und damit zum Untergang v o r der äußersten Kraftanstrengung drängen lassen?

Mit der durch das Zugeständnis der Note bewirkten Preisgabe des U-Boot-Krieges ohne jede Gegenleistung beschreiten wir den letzteren Weg.

Wir würden zudem auf die Stimmung der durch die harten Kämpfe schwer geprüften Armee äußerst ungünstig einwirken. Ich kann daher der Note in diesem Punkte nicht zustimmen. Muß die Regierung, falls sie sich dieser Ansicht anschließt, damit rechnen, daß die Verhandlungen mit Wilson scheitern, so muß sie entschlossen sein, den Kampf bis zum letzten Mann unserer Ehre halber auszukämpfen.

Ich kann mir trotz der ungemein schweren Lage der Armee keinen anderen Weg denken und hoffe fest, daß die Regierung für diesen schweren Entschluß das ganze Vaterland hinter sich haben wird.

Im einzelnen schlage ich noch folgende Aenderungen des mir übersandten Wortlauts vor:

1. Absatz 3 muß lauten: „Zerstörungen infolge von Kampfhandlungen werden immer notwendig sein und sind völkerrechtlich gestattet."
2. Absatz 5 hinter den Worten „aufklären zu lassen," ist einzufügen: „Sie hat durch solche neutrale Kommissionen bereits Erhebungen veranlaßt, z. B. in Tournai, Valenciennes und anderen Orten. Die Feststellungen dieser Kommissionen haben die Unrichtigkeit der Anklagen wegen Verletzung des Völkerrechts ergeben."

gez. Generalfeldmarschall v o n H i n d e n b u r g

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 64

Die dritte deutsche Note

Abgegangen: 21. Oktober, 12 Uhr 20 Min. vorm.

Die Deutsche Regierung ist bei der Annahme des Vorschlages zur Räumung der besetzten Gebiete davon ausgegangen, daß das Verfahren bei dieser Räumung und die Bedingungen des Waffenstillstandes der Beurteilung militärischer Ratgeber zu überlassen sei und daß das gegenwärtige Kräfteverhältnis an den Fronten den Abmachungen zugrunde zu legen ist, die es sichern und verbürgen. Die Deutsche Regierung gibt dem Präsidenten anheim, zur Regelung der Einzelheiten eine Gelegenheit zu schaffen. Sie vertraut darauf, daß der Präsident der Vereinigten Staaten keine Forderungen gutheißen wird, die mit der Ehre des deutschen Volkes und mit der Anbahnung eines Friedens der Gerechtigkeit unvereinbar sein würden.

Die Deutsche Regierung legt Verwahrung ein gegen den Vorwurf ungesetzlicher und unmenschlicher Handlungen, der gegen die deutschen Land- und Seestreitkräfte und damit gegen das deutsche Volk erhoben wird.

Zerstörungen werden zur Deckung eines Rückganges immer nötig sein und sind insoweit völkerrechtlich gestattet. Die deutschen Truppen haben die strengste Weisung, das Privateigentum zu schonen und für die Bevölkerung nach Kräften zu sorgen. Wo trotzdem Ausschreitungen vorkommen, werden die Schuldigen bestraft.

Die Deutsche Regierung bestreitet auch, daß die deutsche Marine bei Versenkung von Schiffen Rettungsboote nebst ihren Insassen absichtlich vernichtet habe.

Die Deutsche Regierung schlägt vor, in allen diesen Punkten den Sachverhalt durch neutrale Kommissionen aufklären zu lassen.

Um alles zu verhüten, was das Friedenswerk erschweren könnte, sind auf Veranlassung der Deutschen Regierung an sämtliche Unterseebootkommandanten Befehle ergangen, die eine Torpedierung von Passagierschiffen ausschließen, wobei jedoch aus technischen Gründen eine Gewähr nicht dafür übernommen werden kann, daß dieser Befehl jedes auf See befindliche Unterseeboot vor seiner Rückkehr erreicht.

Als grundlegende Bedingung für den Frieden bezeichnet der Präsident die Beseitigung jeder auf Willkür beruhenden Macht, die für sich, unkontrolliert und aus eigenem Empfinden den Frieden der Welt stören kann. Darauf antwortet die Deutsche Regierung: Im Deutschen Reich stand der Volksvertretung ein Einfluß auf die Bildung der Regierung bisher nicht zu. Die Verfassung sah bei der Entscheidung über Krieg und Frieden eine Mitwirkung der Volksvertretung nicht vor. In diesen Verhältnissen ist ein grundlegender Wandel eingetreten. Die neue Regierung ist in völliger

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Uebereinstimmung mit den Wünschen der aus dem gleichen, allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrecht hervorgegangenen Volksvertretung gebildet. Die Führer der großen Parteien des Reichstags gehören zu ihren Mitgliedern. Auch künftig kann keine Regierung ihr Amt antreten oder weiterführen, ohne das Vertrauen der Mehrheit des Reichstages zu besitzen. Die Verantwortung des Reichskanzlers gegenüber der Volksvertretung wird gesetzlich ausgebaut und sichergestellt. Die erste Tat der neuen Regierung ist gewesen, dem Reichstag ein Gesetz vorzulegen, durch das die Verfassung des Reichs dahin geändert wird, daß zur Entscheidung über Krieg und Frieden die Zustimmung der Volksvertretung erforderlich ist.

Die Gewähr für die Dauer des neuen Systems ruht aber nicht nur in den gesetzlichen Bürgschaften, sondern auch in dem unerschütterlichen Willen des deutschen Volkes, das in seiner großen Mehrheit hinter diesen Reformen steht und deren energische Fortführung fordert.

Die Frage des Präsidenten, mit wem er und die gegen Deutschland verbündeten Regierungen es zu tun haben, wird somit klar und unzweideutig dahin beantwortet, daß das Friedens- und Waffenstillstandsangebot ausgeht von einer Regierung, die, frei von jedem willkürlichen und unverantwortlichen Einfluß, getragen wird von der Zustimmung der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes.

Berlin, den 20. Oktober 1918

gez. Solf,

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 65

Der Erste Generalquartiermeister General Ludendorff an den Leiter der militärischen Abteilung des Auswärtigen Amtes Obersten von Haeften

Mitteilung durch Fernschreiber
Angekommen: 20. Oktober 12 Uhr 35 nachm.

Großes Hauptquartier, den 20. Oktober 1918

Sehr dringend!

Um womöglich die Schwierigkeiten, die sich bei der Reichsleitung ergeben hatten, zu beheben, hatte ich mich bemüht, einen Zusatz bezüglich der U-Boote zu finden. Ich hatte Exzellenz von Hintze und General von Bartenwerffer gebeten, einen Vermittelungsvorschlag zu machen. Da Oberst von Haeften soeben meldet, daß die Note abgegangen ist, bleibt mir nur übrig, den mir vorgelegten Entwurf der beiden Offiziere zur Kenntnis zu bringen.

Hinter dem zweiten Absatz über die U-Boote wäre hinzuzufügen gewesen:

„Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika ersieht aus dieser Anweisung an die U-Boote, daß auch dieses von ihm angeführte Hindernis für eine Verständigung aus dem Wege geräumt ist. Der Präsident möge sich indessen darüber klar sein, daß mit Freilassung der Passagierschiffe, die doch erwiesenermaßen auch Kriegszwecken dienen, die deutsche Regierung im Interesse der Menschlichkeit und zur Verhütung weiteren Blutvergießens auf ein Kriegsmittel verzichtet hat, zu dessen Anwendung sie von England durch die völkerrechtswidrige und Tausende von unschuldigen Opfern — Frauen und Kinder — fordernde Sperre gezwungen worden ist. Das deutsche Volk kann in einem Kampf auf Leben und Tod gegen die Menge seiner Feinde unmöglich diesen Verzicht auf ein ihm durch den Feind aufgenötigtes Kriegsmittel aufrecht erhalten, wenn nicht alsbald durch Eintritt der allgemeinen Waffenruhe eine Art Ausgleich geschaffen wird. Die deutsche Regierung muß daher aus Gründen der Billigkeit und der Selbsterhaltung auf dieses Kriegsmittel wieder zurückgreifen, falls nicht binnen kurzer Frist eine Waffenruhe in Kraft tritt."

gez. Ludendorff

Berlin, den 20. Oktober 1918

Herrn Staatssekretär des Aeußern
Dr. Solf, Exzellenz,
ergebenst vorgelegt.

gez. von Haeften, Oberst

20. Oktober 1918

Die Note ist bereits abgegangen. Der Zusatz wäre aber unmöglich gewesen.

Solf

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 66

Der Kaiserliche Gesandte in München von Treutler an das Auswärtige Amt

Telegramm

Abgegangen: 11 Uhr vorm. — Angekommen: 1 Uhr 55 Min. nachm.

München, den 20. Oktober 1918

Es erscheint mir Pflicht, dringend davor zu warnen, aus dem geschlossenen Ton fast der gesamten Presse Schlüsse auf die wahre Stimmung zu ziehen. Tatsächlich wünscht überwiegende Mehrheit nur Frieden.

Treutler

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 66a*)

Nachrichtenstelle Berlinwest an Grosses Hauptquartier

Telegramm

Berlin, 22. Oktober 1918

Zuverlässiger Vertrauensmann erfährt aus Unterhaltung derzeitigen amerikanischen Geschäftsträgers in Kopenhagen über letzte Wilson-Note an Deutschland: Auffassung, daß Note Abdankung Hohenzollern verlange, ist falsch, gefordert wird lediglich wesentliche Einschränkung der Machtbefugnisse des Monarchen. Amerika bedauert selbst, durch Entente zu schärferen Forderungen gezwungen zu sein, Wilson stehe persönlich noch auf früherem Standpunkt. Amerika und England überzeugt, daß nur für Deutschland erträglicher Frieden Gewähr für Zukunft biete. Geschäftsträger glaubt nicht, daß Deutschland zum Frieden um jeden Preis gezwungen sei. Bei Verkürzung der Front vermutlich militärisch längere Zeit noch Verteidigungsmöglichkeit.

---

*) Neu aufgenommen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 66 b*)

Der Leiter der militärischen Stelle des Auswärtigen Amtes Oberst von Haeften an die Oberste Heeresleitung

Telegramm
Abgegangen: 7 Uhr vorm.

Berlin, den 22. Oktober 1918

Nachstehend übersende ich den Wortlaut der von mir in der Sitzung des Kriegskabinetts am 21. d. M. abgegebenen Erklärung.

von Haeften, Oberst

„Erklärung des Oberst von Haeften in der Sitzung des Kriegskabinetts am 21. Oktober 1918.

1. Die Oberste Heeresleitung hält sich für keinen politischen Machtfaktor, sie trägt daher auch keine politische Verantwortung. Ihre politische Zustimmung zu der Note ist daher auch nicht erforderlich.

Wird in der Oeffentlichkeit — sei es im Reichstage oder in der Presse — nach der Stellungnahme der Obersten Heeresleitung gefragt, so kann von seiten der Regierung eine Erklärung in obenstehendem Sinne abgegeben werden.

2. Die Oberste Heeresleitung wird sich in der Angelegenheit gegenüber der Regierung durchaus loyal verhalten; sie wird alles vermeiden, was geeignet wäre, der Regierung Schwierigkeiten in der Vertretung der Note gegenüber der Oeffentlichkeit zu machen.

3. Die von der Reichsleitung gewünschte Erklärung, daß die Oberste Heeresleitung zwar auf ihrem militärischen Standpunkte beharre, jedoch anerkenne, daß zur Erreichung des — politischen — Erfolges der Note die Konzession bezüglich der U-Boote nötig gewesen sei, kann die Oberste Heeresleitung nicht abgeben, da sie über kein Material verfügt, um sich über die — politische — Seite der Angelegenheit ein Urteil zu bilden, sie also nicht in der Lage ist, hierzu Stellung zu nehmen.

gez. von Haeften, Oberst

Vorstehende Erklärung wurde dem General Ludendorff von mir am 21. Oktober, 12 Uhr 30 Minuten nachmittags, telephonisch übermittelt. Er erklärte sich mit ihr einverstanden.

gez. von Haeften, Oberst“

---

*) Neu aufgenommen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

VIII

Der Unterseebootkrieg vom 10.—24. Oktober

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 67*)

Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt Freiherrn von dem Bussche über eine telephonische Mitteilung des Admiralstabs

Berlin, den 10. Oktober 1918

Kapitän von Horn vom Admiralstab teilt mit, daß U-Boot-Kreuzer von der amerikanischen Küste abberufen werden würden.

gez. Freiherr von dem Bussche

---

*) Vgl. Nr. 35a.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 68

Der Kaiserliche Gesandte in Bern von Romberg an das Auswärtige Amt

Telegramm

Abgegangen: 11. Okt., 9 Uhr 40 nachm. — Angekommen: 12. Okt. 1 Uhr vorm.

Bern, den 11. Oktober 1918

Dringend Geheim

Falls unsere Antwort entgegenkommend lautet, beurteilt zuverlässiger Vertrauensmann die Weiterentwicklung der Wilsonschen Aktion optimistisch. Der Gedanke bereitet ihm aber die allergrößte Sorge, daß vielleicht unglücklicherweise durch die Tätigkeit unserer Unterseeboote an der amerikanischen Küste diese Entwicklung gestört werden könnte. Es liege die Gefahr vor, daß, falls es Unglück wolle, daß gerade in diesen Tagen die Nachricht eintreffen sollte, daß Passagierdampfer mit amerikanischen Staatsangehörigen versenkt worden seien, Wilson dem dann entstehenden Entrüstungssturm nicht werde standhalten können. Der Vertrauensmann legt daher nahe, ob nicht durch Bekanntgabe, daß man versucht habe, sich mit den in See befindlichen Unterseebootskommandanten in Verbindung zu setzen, um ihnen Schonung der Passagierdampfer anzuempfehlen, irgend etwas zur Verhütung dieser Gefahr unternommen werden könnte.

Wichtig sei ferner, daß die Antwort auf Wilsons Note baldmöglichst die Zustimmung des Reichstages erhält, was gleichzeitig Vertrauensvotum für neue Regierung bedeuten würde, das noch vermißt werde

gez. Romberg

Eigenhändige Randbemerkung des Staatssekretärs Solf: „Es soll versucht werden, die Torpedierung von Passagierdampfern zu stoppen! 13. 10. Sf."

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 69

Privatbrief eines Vertrauensmannes an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. Solf

Auszug

Angekommen: 17. Oktober nachm.

Bern, den 12. Oktober 1918

Streng vertraulich

Hochzuverehrender Herr Staatssekretär!

. . . . . Das einzige, was zunächst wieder große Komplikationen schaffen könnte, wäre die womöglich gerade jetzt erfolgende Versenkung eines Schiffes mit amerikanischen Passagieren usw. durch ein U-Boot. Bei dem Pech, das unsere Marine nun einmal hat, erscheint dieser Fall nicht unmöglich. Ein entsprechendes Telegramm ist gestern vom Herrn Gesandten an das Auswärtige Amt abgegangen. . . . .

Euer Exzellenz ergebenster

X

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 70

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. Solf an den Kaiserlichen Gesandten in Bern v. Romberg

Telegramm

Abgegangen: 13. Oktober 11 Uhr 50 vorm.

Berlin, den 12. Oktober 1918

Euer pp. können dem Betreffenden vertraulich mitteilen, daß die Kaiserliche Regierung bereits den Versuch gemacht habe, ihren Seestreitkräften den Befehl zukommen zu lassen, von Versenkungen an der amerikanischen Küste nunmehr abzusehen. Dafür, daß die Weisung unsere U-Boote rechtzeitig erreicht, könne angesichts der technischen Schwierigkeiten der Befehlsübermittlung allerdings keine Garantie übernommen werden.

Zu Euer pp. rein persönlicher Orientierung: Eine öffentliche Bekanntgabe dieser Nachricht kann wegen der Gefahr einer Kompromittierung unserer Seekriegsführung gegenwärtig nicht erfolgen.

Staatssekretär

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 703*)

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Freiherr v. Stumm an den Staatssekretär a. D. v. Hintze im Grossen Hauptquartier

Telegramm
Abgegangen: 3 Uhr 40 Min. nachm.

Berlin, den 14. Oktober 1918

Gesandter Haag meldet, daß laut Nachrichten zuverlässigen Vertrauensmannes, der intime Beziehungen zur amerikanischen Gesandtschaft besitzt, Versenkung weiterer Passagierschiffe für Wilsons Einfluß verhängnisvoll sein könnte.

Zu beachten ist hierbei, daß ohnedies der U-Boot-Krieg für amerikanische öffentliche Meinung das rote Tuch darstellt.

gez. Stumm

*) Neu aufgenommen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 71

Das Kriegspresseamt an das Auswärtige Amt

Telephonat
vom 16. Oktober 1918, 7 Uhr 1 Minute abends

Gegeben Presseabteilung Dresden

Hier wird eine Meldung vorgelegt folgenden Inhalts: Die englische Regierung behauptet, sie habe Beweise in der Hand, wonach die Torpedierung der „Leicester" erfolgt sei auf Grund von Befehlen, die die Versenkung von Passagierdampfern in dortigen Seegegenden angeordnet haben, und zwar nach Einleitung des deutschen Friedensschrittes. Diese Beweise seien dem Präsidenten Wilson, bevor er seine Antwort gegeben habe, zur Verfügung gestellt worden.

Auswärtigem Amt zur Kenntnisnahme ergebenst übersandt.

16./10. Kriegspresseamt Oberzensurstelle

Ich habe aus guter Quelle gehört, daß ungefähr vor 14 Tagen ein Befehl zur Verschärfung des U-Boot-Krieges an die Marine ergangen sei!

17./10. gez. Solf

Nach Mitteilung des Admiralstabes (Kapitän Horn) entbehrt anliegende Mitteilung jeder Begründung.

Seiner Exzellenz Herrn Unterstaatssekretär von Stumm vorzulegen.

18./10. gez. Haniel

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 72

Der Kaiserliche Botschafter in Wien Graf Wedel an das Auswärtige Amt

Telegramm

Abgegangen: 12 Uhr 50 Min. nachm. — Angekommen: 3 Uhr 53 Min. nachm.

Wien, den 21. Oktober 1918

Marineattaché meldet, daß hiesige Regierung den U-Boot-Krieg eingestellt hat.

gez. Wedel

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 73

Der Vertreter des Auswärtigen Amtes im Grossen Hauptquartier Legationsrat Freiherr von Lersner an das Auswärtige Amt

Telegramm

Abgegangen: 11 Uhr vorm. — Angekommen: 12 Uhr 55 Min. nachm.

Großes Hauptquartier, den 24. Oktober 1918

Nur eigenhändig für Herrn Gesandten Haniel

Höre privatim streng vertraulich, daß alle U-Boote zurückgerufen seien.

gez. Lersner

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 74

Der Chef des Admiralstabs der Marine an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. Solf

Schreiben

Der Chef des Admiralstabes der Marine

Berlin, den 24. Oktober 1918

Ganz geheim!

Auf Ersuchen der Seekriegsleitung wird Euer Exzellenz nachstehend der Wortlaut des den U-Booten erteilten Befehls übermittelt:

„Sofort Rückmarsch antreten. Wegen im Gange befindlichen Verhandlungen jegliche Art von Handelskrieg verboten. Auf Rückmarsch befindliche U-Boote Kriegsschiffe nur tags angreifen. Schluß.

Admiral "

Der Chef des Admiralstabes, Admiral Scheer, hat gleichzeitig Weisung hierher gegeben, daß dieser Wortlaut Euerer Exzellenz persönlich übermittelt werden solle.

In Vertretung: gez. von Trotha

An den
Kaiserlichen Staatssekretär des Auswärtigen Amts
Wirklichen Geheimen Rat, Herrn Dr. Solf, Exzellenz, Hier

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 75

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. Solf an den Kaiserlichen Gesandten in Bern von Romberg

Telegramm*)

Berlin, den 25. Oktober 1918

Ganz geheim!

Bitte Vertrauensmann streng vertraulich und nur zur Verwendung gegenüber Präsidenten mitteilen, daß alle U-Boote Befehl erhalten hätten, zurückzukehren und sich wegen der Verhandlungen mit Präsidenten jeglicher Art Handelskriegs zu enthalten.

Staatssekretär

*) Aus den Akten ergibt sich, daß dies Telegramm nicht abgegangen ist.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

IX

Wilsons dritte Note und ihre Beantwortung

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 75a*)

Rede des Reichskanzlers Prinz Max von Baden gehalten im Reichstage am 22. Oktober 1918

(Auszug)

Die erste Antwort des Präsidenten auf den Friedensschritt der deutschen Regierung hat in allen Ländern den Kampf der Meinungen über die Frage: Rechtsfriede oder Gewaltfriede? auf den Höhepunkt geführt. Es handelt sich um den Gesinnungsstreit, der in jedem einzelnen Lande öffentlich ausgefochten wird, wie er auch in gleicher Lage bei uns ausgefochten werden müßte.

Auf der einen Seite erheben diejenigen lauter denn je ihre Stimme, die sich einbilden, der Augenblick sei nahe, in dem sie all die angesammelten Leidenschaften des Hasses und der Rachsucht auf dem Boden unserer deutschen Heimat befriedigen können; auf der anderen sind sich die aufrichtigen Anhänger des Völkerbundes vollständig klar darüber, daß der Grundgedanke des neuen Glaubens heute seine entscheidende Probe besteht. Dieser Grundgedanke lautet: Ehe irgendeine einzelne Macht oder Mächtegruppe es unternimmt, das Zwangsmittel der Gewalt zur Durchsetzung des von ihr vertretenen Rechts gegen eine andere Nation anzuwenden, muß mit aller Gründlichkeit und Ehrlichkeit der Versuch gemacht werden, auf dem Wege freiwilliger Uebereinkunft den Frieden zu erhalten oder — auf die gegenwärtige internationale Lage angewandt — ihn zu erreichen.

Dieser Kampf der Meinungen ist noch unentschieden. Wir können die seelischen Gewalten nennen, die gegeneinander stehen, aber nicht ihr Kräfteverhältnis abschätzen.

Die letzte Note des Präsidenten Wilson hat dem deutschen Volke keine Klarheit darüber gebracht, wie der öffentliche Meinungsstreit ausgehen wird. Vielleicht wird die neue Antwort des Präsidenten die endgültige Gewißheit bringen.

Bis dahin, meine Herren, müssen wir uns in allen unseren Gedanken und in allen unseren Handlungen auf die beiden Möglichkeiten rüsten:

Erstens darauf, daß die feindlichen Regierungen den Krieg wollen, und daß uns keine andere Wahl bleibt, als uns zur Wehr zu setzen mit der ganzen Kraft eines Volkes, das man zum Aeußersten treibt. Wenn diese Notwendigkeit eintritt, so habe ich keinen Zweifel, daß die deutsche Regierung im Namen des deutschen Volkes zur nationalen Verteidigung aufrufen darf, wie sie im Namen des deutschen Volkes sprechen durfte, als sie für den Frieden handelnd eingriff.

Wer sich ehrlich auf den Boden des Rechtsfriedens gestellt hat, der hat zugleich die Pflicht übernommen, sich nicht kampflos einem Gewalt-

*) Neu aufgenommen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

frieden zu beugen. Eine Regierung, die hierfür kein Empfinden hat, wäre der Verachtung des kämpfenden und arbeitenden Volkes preisgegeben. Sie würde vom Zorn der öffentlichen Meinung weggefegt.

Aber, meine Herren, auch die zweite Möglichkeit müssen wir schon heute in ihrer ganzen Tragweite ins Auge fassen. Das deutsche Volk darf nicht blind an den Verhandlungstisch geführt werden. Die Nation hat heute ein Recht, die Frage zu stellen: wenn nun ein Friede auf der Basis der Wilsonschen Bedingungen zustande kommt, was bedeutet das für unser Leben und für unsere Zukunft? Erst unsere Antwort auf die Fragen des Präsidenten hat, nach dem Widerhall der öffentlichen Meinung zu schließen, dem deutschen Volke zum Bewußtsein gebracht, um was es sich handelt. Jetzt will es Klarheit haben.

Ja, meine Herren, es ist ein Entschluß von gewaltiger Tragweite für unsere Machtstellung. Es soll nicht mehr gelten, was wir selbst für recht halten, sondern was in freier Aussprache mit unseren Gegnern als Recht erkannt wird. Eine schwere Ueberwindung für ein stolzes und sieggewohntes Volk! Denn die Rechtsfrage macht nicht halt vor unseren Landesgrenzen, die wir der Gewalt niemals freiwillig öffnen würden: die Sätze, die wir als für uns maßgebend angenommen haben, berühren auch Probleme innerhalb des Reichsgebietes.

Meine Herren, mir ist von vielen Seiten entgegengehalten worden, daß die Annahme der Wilsonschen Bedingungen die Unterwerfung unter ein Deutschland feindliches Tribunal bedeuten würde, das die Rechtsfrage ausschließlich unter dem Gesichtspunkt eigener Interessen entscheiden würde. Wenn dem so wäre, warum scheuen denn dann gerade die extremen Machtpolitiker in der Entente das Verhandlungszimmer wie der Schuldige das Gericht? Der Kernpunkt des ganzen Wilsonschen Programms ist der Völkerbund. Er kann gar nicht zustande kommen, wenn nicht sämtliche Völker zur nationalen Selbstüberwindung sich aufraffen. Die Realisierung der Rechtsgemeinschaft verlangt das Aufgeben eines Teils der unbedingten Selbständigkeit, die bisher das Zeichen der Staatshoheit war, von uns wie von den anderen. Für unsere ganze Zukunft wird es von entscheidender Bedeutung sein, in welchem Geist wir dieser notwendigen Entwicklung folgen. Verharren wir innerlich auf der Basis des nationalen Egoismus, der bis vor kurzer Zeit die herrschende Kraft im Leben der Völker war, dann, meine Herren, gibt es für uns keine Wiederaufrichtung und Erneuerung. Dann bleibt ein Gefühl der Bitterkeit, das uns für Generationen lahmlegen würde. Aber wenn wir eingesehen haben, daß der Sinn dieses furchtbaren Krieges vor allem der Sieg der Rechtsidee ist, und wenn wir uns dieser Idee nicht widerstrebend unterwerfen, nicht mit inneren Vorbehalten, sondern mit aller Freiwilligkeit, so finden wir darin ein Heilmittel für die Wunden der Gegenwart und eine Aufgabe für die Kräfte der Zukunft. An dieser Aufgabe wird das deutsche Volk mit allem sachlichen Ernst und aller Gewissenhaftigkeit mitarbeiten, die unser Erbteil sind.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 76

Wilsons dritte Note

Angekommen: 24. Oktober 2 Uhr 20 nachm.

Staatsdepartement, 23. Oktober 1918

Mein Herr! Unter Berücksichtigung der von Ihnen übermittelten Note der deutschen Regierung vom 20. Oktober beehre ich mich, Sie zu benachrichtigen, daß der Herr Präsident mich beauftragt hat, folgendes darauf zu antworten:

„Nachdem der Präsident der Vereinigten Staaten die feierliche und deutliche Erklärung der deutschen Regierung erhalten hat, daß sie rückhaltlos die Vorbedingungen für den Frieden, welchen er in seiner Botschaft vom 8. Januar 1918 an den Kongreß der Vereinigten Staaten niedergelegt hat, sowie die Grundsätze einer Friedensregelung, welche in seinen folgenden Botschaften und namentlich in der vom 27. September verkündet wurden, annimmt, und daß sie wünscht, über die einzuleitenden Schritte und deren Anwendungen Besprechungen zu eröffnen, und daß dieser Wunsch und dieses Ziel nicht seitens derjenigen ausgesprochen wurde, die bisher Deutschlands Politik diktierten und im Namen Deutschlands den gegenwärtigen Krieg führten, sondern seitens eines Ministeriums, das für die Mehrheit des Reichstages und für eine überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes spricht, und nachdem weiter der Präsident gleichfalls das weitere Versprechen der deutschen Regierung erhalten hat, daß die Gesetze der Menschlichkeit und der zivilisierten Welt sowohl zu Wasser wie zu Lande durch die deutschen Streitkräfte werden beachtet werden, empfindet der Präsident, daß er sich nicht mehr weigern könne, den Regierungen, mit denen die Vereinigten Staaten verbündet sind, mit der Frage eines Waffenstillstandes näherzutreten.

Er hält es aber für seine Pflicht, neuerdings zu erklären, daß der einzige Waffenstillstand, den ihnen zur Erwägung vorzuschlagen er sich für berechtigt erachten würde, ein solcher wäre, der die Vereinigten Staaten und die mit ihnen assoziierten Mächte in einer Lage lassen würde, in der sie jeder Abmachung, welche getroffen werden müßte, genügend Kraft beizusetzen vermögen, um eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten seitens Deutschlands unmöglich zu machen.

Der Präsident hat infolgedessen seine Korrespondenz mit den gegenwärtigen deutschen Behörden den Regierungen, mit denen die Regierung der Vereinigten Staaten als kriegführende Macht assoziiert ist, mit dem Vorschlag übermittelt, falls diese Regierungen geneigt sind, den Frieden zu den angebotenen Bedingungen und Grundsätzen herbeizuführen, ihre militärischen Ratgeber und die der Vereinigten Staaten einzuladen, den gegen Deutschland assoziierten Regierungen die notwendigen Bedingungen für einen Waffenstillstand zu unterbreiten, der die Interessen der betreffenden Völker völlig wahren und das unbeschränkte Recht der assoziierten Regierungen zur Sicherung der Einzelheiten des Friedens gewährleisten

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

würde, mit denen die deutsche Regierung sich einverstanden erklärt hat, vorausgesetzt, daß sie einen Waffenstillstand für möglich halten. Die Annahme dieser Waffenstillstandsbedingungen durch Deutschland wird den besten konkreten Beweis dafür bringen, daß es die Bedingungen und Grundsätze des Friedens annimmt, aus denen die ganze Aktion ersprießt.

Der Präsident fühlt, daß er nicht aufrichtig wäre, wenn er nicht, und zwar in möglichst klarer Form, betonen würde, warum außerordentliche Sicherungen verlangt werden müssen. So bedeutungsvoll und wichtig die Verfassungsänderungen zu sein scheinen, von denen der deutsche Staatssekretär des Aeußern in seiner Note vom 20. Oktober spricht, so geht daraus doch nicht hervor, daß die Grundsätze einer dem deutschen Volke verantwortlichen Regierung jetzt bereits vollständig angenommen sind, oder daß eine Bürgschaft besteht oder erwogen wird, damit die Systemänderung und die Durchführung der Maßregeln, über die jetzt teilweise eine Einigkeit erzielt worden ist, dauernd sein werden. Außerdem tritt nicht gerade in Erscheinung, ob der Kern der gegenwärtigen Frage getroffen ist. Es ist möglich, daß künftige Kriege jetzt unter Kontrolle gestellt worden sind. Aber der gegenwärtige Krieg war es nicht. Und um den gegenwärtigen Krieg handelt es sich. Es ist klar, daß das deutsche Volk kein Mittel besitzt, um zu befehlen, daß sich die deutschen Militärbehörden dem Volkswillen unterordnen, daß die Macht des Königs von Preußen, die Politik des Reiches unter seiner Kontrolle zu halten, noch unzerstörbar ist, daß die entscheidende Initiative noch immer bei denen liegt, die bis jetzt die Herrscher in Deutschland waren.

In dem Gefühl, daß der ganze Weltfrieden jetzt davon abhängt, daß klar gesprochen und aufrichtig und klar gehandelt werde, betrachtet es der Präsident als seine Pflicht, ohne irgendeinen Versuch zu machen, Worte, die als schroff gelten könnten, zu mildern, auszusprechen, daß die Völker der Welt kein Vertrauen zu den Worten derjenigen hegen und hegen können, die bis jetzt die deutsche Politik beherrschten, und ebenfalls zu betonen, daß beim Friedensschluß und beim Versuche, die endlosen Leiden und Ungerechtigkeiten dieses Krieges ungeschehen zu machen, die Regierung der Vereinigten Staaten mit keinem andern als mit den Vertretern des deutschen Volkes verhandeln kann, welche bessere Sicherheiten für eine wahre verfassungsmäßige Haltung bieten als die bisherigen Beherrscher Deutschlands.

Wenn mit den militärischen Beherrschern und monarchistischen Autokraten Deutschlands jetzt verhandelt werden muß, kann und muß es nur die Aussicht haben, daß wir später auch mit ihnen bei der Regelung der internationalen Verpflichtungen des Deutschen Reiches zu tun haben werden. Dann kann Deutschland über keine Friedensbedingungen verhandeln, sondern muß sich ergeben. Diese wesentlichen Dinge können nicht unausgesprochen bleiben."

Genehmigen Sie den Ausdruck meiner besonderen Hochachtung.

gez. Robert Lansing

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 76a*)

Anweisung für die Waffenstillstandskommission

1. Die militärische Lage**) ist derart, daß die Kräfte des Feldheeres zu einem sicheren Halten der Stellung nicht mehr ausreichen. Der Ersatz gleicht die Verluste seit langem nicht mehr aus. Wir könnten zwar, um die empfindlichsten Lücken zu schließen, unter Schwächung der Kriegswirtschaft aus der Heimat noch eine größere Anzahl Leute herausziehen. Diese reichen aber nicht aus, um das Heer in kurzer Zeit wieder auf ausreichende Kampfkraft zu bringen.

Unsere Feinde dagegen können unter voller Aufrechterhaltung der Kriegswirtschaft ihre Heere mindestens auf gleicher Höhe halten.

Das Stärkeverhältnis des Heeres wird sich daher dauernd zu unseren Ungunsten verschlechtern.

Die Möglichkeit, uns bestimmte Friedensbedingungen gegen das amerikanisch-englisch-französische Heer zu erkämpfen, besteht demnach nicht.

In Erkenntnis dieser Lage ist das Friedensangebot gemacht.

Trotzdem müssen wir selbstverständlich stets zur Wiederaufnahme des Kampfes bereit sein, für den Fall, daß uns Bedingungen gestellt werden sollten, die unsere Zukunft zerstören. Solche Bedingungen liegen wahrscheinlich nicht in der Absicht des Präsidenten Wilson. Eher ist von Frankreich oder England zu erwarten, daß diese Staaten den Krieg zur Durchsetzung unerfüllbarer Bedingungen fortsetzen. Es ist dann nicht ausgeschlossen, daß die Vereinigten Staaten sich einer Weiterführung des Krieges enthalten. Der Kampf gegen das französisch-englische Heer allein ist durchaus nicht aussichtslos, besonders, wenn Belgien sich ebenfalls versagt und der Krieg auf das deutsch-französische Grenzgebiet beschränkt bleibt.

2. Wir haben die 14 Punkte des Präsidenten Wilson vorbehaltlos angenommen, ohne daß wir über die Auslegung dieser Punkte, über deren Folgen für die zukünftige Gestaltung Deutschlands sowie über etwaige weitere Forderungen der Entente klar sehen.

Ferner haben wir uns zur Räumung der besetzten feindlichen Gebiete vorbehaltlos bereit erklärt.

Es ist also zweifellos die Gefahr vorhanden, daß wir erst nach vollendeter Räumung erfahren, ob zwischen der Auslegung der 14 Punkte

---

*) Neu aufgenommen. — Anmerkung bei der Herausgabe: Das vorliegende Dokument stellt die letzte Fassung der Instruktion für die Waffenstillstandskommission dar, wie sie ihr vom Chef des Generalstabes des Feldheeres Generalfeldmarschall von Hindenburg gegeben worden ist. Der Entwurf dazu trägt die Signierung Hindenburgs und Ludendorffs vom 23. Oktober. Die Instruktion gliedert sich in drei Abschnitte, von denen nur der erste — Allgemeines — wegen seines politisch wichtigen Inhalts hier Aufnahme findet. Die beiden anderen Abschnitte — B. Waffenruhe und C. Räumung — sind rein militärischer Natur.

**) Sperrungen im Original.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

seitens der deutschen Regierung und seitens des Präsidenten Wilson tiefgreifende Unterschiede (besonders in den Elsaß-Lothringen und die östlichen Gebiete betreffenden Fragen) bestehen, sowie ob die Forderungen Englands und Frankreichs über diese Punkte hinausgehen. Stellt sich dann heraus, daß die Forderungen unserer Gegner derart sind, daß wir den Kampf wieder aufnehmen müssen, so fechten wir an der deutschen Grenze zweifellos unter sehr ungünstigen Umständen (Krieg im eigenen Lande, starke Verringerung der Eisen- und Stahlproduktion, Gefährdung der gesamten Kriegsindustrie Westdeutschlands, schwierige Transportlage).

Wesentlich günstiger wäre eine Wiederaufnahme des Krieges in Belgien und vorwärts Metz.

Es gibt zwei Wege, um vor dem Eintreffen des Westheeres auf deutschem Boden Klarheit über die allgemeinen Umrisse des Friedens zu schaffen.

a) Hinzögerndes Verhalten bei den Räumungsverhandlungen.

b) Schleunige Einleitung präliminarer Friedensverhandlungen.

Zu a). Ein solches Verhalten würde dem Geiste unseres bisherigen Notenwechsels mit Wilson zweifellos widersprechen. Uns würde mit Recht Hinterhältigkeit vorgeworfen werden. Unsere Stellung gegenüber Wilson, die bei dem von uns eingeschlagenen Verfahren von entscheidender Bedeutung für den Ausgang sein wird, würde eine ernstliche Trübung erfahren. Wir haben aber alles Interesse an einer offenen, rückhaltlosen Haltung gegenüber dem Präsidenten.

Zu b). Es kann daher nur eine schnelle Einleitung präliminarer Verhandlungen in Frage kommen.

3. Eine ehrliche und vertrauende Haltung ist aber auch ganz allgemein für die Verhandlungen in der Kommission gegenüber den amerikanischen Vertretern notwendig. Zweifellos bestehen in den politischen und militärischen Zielen zwischen den Vereinigten Staaten und ihren europäischen Verbündeten tiefgreifende Unterschiede. Jedes Mißtrauen der Vereinigten Staaten gegen uns würde diese Unterschiede zurücktreten lassen, ein Vertrauensverhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und uns vertieft sie.

Unsere Haltung gegenüber den englischen und französischen Vertretern ist schwieriger zu bestimmen. Wir werden nicht von vornherein zwischen ihnen und den amerikanischen Vertretern Unterschiede machen dürfen. Das würde auch bei den amerikanischen Vertretern ungünstig wirken. Zunächst werden wir daher auch ihnen gegenüber offen auftreten müssen. Sobald jedoch demütigende Bedingungen von ihnen gestellt werden, wird eine starke Zurückhaltung einzutreten haben. Es kann erwartet werden, daß die Vereinigten Staaten solchen Forderungen sich nicht anschließen werden. Damit stärkt sich unsere Stellung.

4. Die Kommission muß sich ehrlich auf den Boden des Notenwechsels stellen. Sie darf nicht versuchen, bereits Zugestandenes rückgängig zu machen. Innerhalb des Rahmens aber, wie er durch den Notenwechsel ge-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

zogen ist, muß die Kommission versuchen, alles, was für Deutschland erreichbar ist, zu erkämpfen. Wie weit sie nachlassen darf, wird von Fall zu Fall von der Obersten Heeresleitung bzw. Seekriegsleitung entschieden werden, soweit nicht bereits nachstehend in einzelnen Punkten Richtlinien gegeben sind.

5. Ein schnelles Aufhören des Kampfes liegt im dringendsten Interesse des deutschen Heeres.

Der Präsident Wilson will nach dem Wortlaut seiner Note die Hand zur Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen erst bieten, wenn die besetzten Gebiete geräumt sind. Der Präsident versteht unter Waffenstillstand vermutlich die endgültige Einstellung der Feindseligkeiten. Es ist nicht anzunehmen, daß er an ein kampfweises Zurückgehen des deutschen Heeres hinter die deutsche Grenze denkt.

Als erstes wäre also die Einstellung des Kampfes (Waffenruhe) zu vereinbaren.

Daran anschließend wären die Vereinbarungen über die Räumung und den endgültigen Waffenstillstand an der deutschen Westgrenze zu treffen.

6. Die nach den Weisungen der Obersten Heeresleitung arbeitende Waffenstillstandskommission kann nur die Richtlinien festlegen. Zur Bestimmung der Einzelheiten und zur Ausführung der getroffenen Vereinbarungen sind sowohl an der Kampffront wie im zu räumenden Gebiet besondere Kommissionen erforderlich. Die Kommissionen an der Front unterstehen der Waffenstillstandskommission, während die Kommissionen im besetzten Gebiet nach Weisung des Generalquartiermeisters arbeiten.

gez. von Hindenburg

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 76b*)

Der Chef des Generalstabes des Feldheeres Generalfeldmarschall von Hindenburg an die Armeen

Telegramm

Zur Bekanntgabe an alle Truppen

Wilson sagt in seiner Antwort, er wolle seinen Bundesgenossen vorschlagen, in Waffenstillstandsverhandlungen einzutreten. Der Waffenstillstand müsse aber Deutschland militärisch so wehrlos machen, daß es die Waffen nicht mehr aufnehmen könne. Ueber einen Frieden würde er mit Deutschland nur verhandeln, wenn dieses sich den Forderungen der Verbündeten in bezug auf seine innere Gestaltung völlig füge; andernfalls gebe es nur die bedingungslose Unterwerfung.

Die Antwort Wilsons fordert die militärische Kapitulation. Sie ist deshalb für uns Soldaten unannehmbar. Sie ist der Beweis, daß der Vernichtungswille unserer Feinde, der 1914 den Krieg entfesselte, unvermindert fortbesteht. Sie ist ferner der Beweis, daß unsere Feinde das Wort „Rechtsfrieden" nur im Munde führen, um uns zu täuschen und unsere Widerstandskraft zu brechen. Wilsons Antwort kann daher für uns Soldaten nur die Aufforderung sein, den Widerstand mit äußersten Kräften fortzusetzen. Wenn die Feinde erkennen werden, daß die deutsche Front mit allen Opfern nicht zu durchbrechen ist, werden sie zu einem Frieden bereit sein, der Deutschlands Zukunft gerade für die breiten Schichten des Volkes sichert.

Im Felde, den 24. Oktober, abends 10 Uhr

gez. von Hindenburg

---

*) Neu aufgenommen. — Anmerkung der Reichskanzlei: Dieses Telegramm ist am folgenden Tage angehalten worden, nachdem es eine Reihe von Truppen schon erreicht hatte; der Reichsregierung wurde es erst dadurch bekannt, daß es in der Pressebesprechung des Kriegspresseamts am 25. Oktober den Pressevertretern mitgeteilt wurde. Vgl. Nr. 81, 96 a.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 76c*)

Die Nachrichtenstelle Düsseldorf an die Oberste Heeresleitung

Telegramm

Angekommen: 25. Oktober 3 Uhr 40 Min. nachm.

Vertrauensmann meldet vom 24. Oktober 1918 aus Amsterdam:

Englische Pressevertreter erfuhren in Kreisen der englischen Gesandtschaft im Haag: Sämtliche Ententeregierungen haben sich der Parole der Vereinigten Staaten, keinen Frieden mit dem Kaiser und dem Kronprinzen, formell angeschlossen.

Nachrichtenstelle Düsseldorf

---

*) Neu aufgenommen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 77

Der Kaiserliche Gesandte in München von Treutler an das Auswärtige Amt

Telegramm

Abgegangen: 3 Uhr 35 nachm. — Angekommen: 6 Uhr 10 nachm.

München, den 25. Oktober 1918

Für den Herrn Reichskanzler

Geheim

Ich erfülle eine schwere Pflicht, wenn ich Euerer Großherzoglichen Hoheit melde, daß hier in Bayern von berufener Seite die gestern abend bekanntgegebene Antwort Wilsons so gedeutet wird, daß sie sich in ihrem letzten Abschnitt direkt gegen die Person unseres Kaisers kehrt. Der Ministerpräsident und der Kriegsminister sind der Ansicht, der Wortlaut der Note lasse andere Deutung nicht zu; durch die verhüllte Ausdrucksweise solle lediglich Gelegenheit gegeben werden, den schmerzlichen Schritt freiwillig zu tun. In jedem Falle treten die Genannten dafür ein, daß Seiner Majestät offen dargelegt werden müsse, daß die Feinde keinen annehmbaren Frieden bewilligen würden, wenn das große Opfer nicht gebracht würde. Wenn dann Seine Majestät Verzicht leistet auf die Kaiserwürde, so würde er nur im Geiste seines 26jährigen Friedenswerkes handeln und dieses krönen. Seine Gestalt würde als die des hochherzigsten, edelsten und aufopferndsten Wohltäters des deutschen Volkes in der Geschichte weiterleben.

Graf Lerchenfeld erhält entsprechende Instruktion.

Treutler

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 78

Der Kaiserliche Gesandte in Bern von Romberg an das Auswärtige Amt

Telegramm

Abgegangen: 1 Uhr 30 nachm. — Angekommen: 3 Uhr nachm.

Bern, den 25. Oktober 1918

Geheim

Um Uebermittelung nachstehenden Telegramms bittet mich Fürst Hohenlohe-Langenburg:

„Prinz Max von Baden — Persönlich!

Berlin

Erfahre eben aus zuverlässiger Quelle, daß der Schluß der heutigen Wilson-Note kaum anderes bedeute, als daß einziger Weg zu einigermaßen erträglichem Frieden über Resignation des Kaisers führe. Wilson scheint anzuerkennen, daß monarchische Staatsform der Geschichte und den Lebensnotwendigkeiten deutschen Volkes entspricht, vermag aber die in Amerika selbst und in der ganzen Entente herrschenden Vorstellungen über die Person des Kaisers, seine Rolle im Kriege und seinen Einfluß auf die Leitung der inneren und äußeren Politik nicht mehr zu beseitigen. Mein Gewährsmann glaubt, daß eine solche Tat es Wilson erleichtern würde, zugunsten seiner Friedenspläne auf den Senat zu wirken, der neuerdings Einfluß im Sinne einer gänzlichen Niederwerfung Deutschlands gewinnt. Gleichzeitig würde sie die Friedensstimmung in den übrigen Ententestaaten stärken. Dadurch würde die Erhaltung der Dynastie gesichert, die ebenso wie letzten Endes alle deutschen Dynastien gefährdet wäre, wenn — wofür die Entente zweifellos sorgen würde — der Glaube erweckt werden könnte, daß an der Person des Kaisers der Frieden gescheitert sei.

Im übrigen ist meinem Gewährsmann zufolge den Amerikanern die Schwäche unserer militärischen Lage zu bekannt, um bei ihnen über den endgültigen Sieg der Entente auch im Falle Aufrufs zu nationaler Verteidigung Zweifel aufkommen zu lassen. Unser Zusammenbruch sei nur eine Frage der Zeit. Ein Versuch, den Endkampf hinauszuziehen, würde nur als erneuter Beweis des Vorwiegens militärischer Einflüsse angesehen werden und den Verdacht nähren, daß auf unsere ganze innerpolitische Wandlung kein Verlaß sei.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Bei der ungeheuren Tragweite der zu fassenden Entschließungen halte ich es, so schwer mir dies fällt, für meine Pflicht, Dir persönlich diese Mitteilung zu machen, deren Urheber wegen seiner Persönlichkeit und seiner Beziehungen durchaus ernst zu nehmen ist.

Ernst Hohenlohe"

Vorstehendes Telegramm beruht auf Mitteilungen meines Vertrauensmannes. Der Vermittler hat den Eindruck, daß es sich nicht lediglich um persönliche Meinungen des Vertrauensmannes handelt, sondern, da er noch andere Informationen erhalten hatte, noch vor Eintreffen der neuesten Antwortnote Wilsons in der Lage war, dem Vermittler anzudeuten, daß die Note einen noch deutlicheren Wink in der Abdankungsfrage enthalten werde als die vorhergehende. Der Vertrauensmann, der morgen wieder in Bern eintrifft, wird uns Kommentar zu der Note geben.

gez. Romberg

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 79

Eigenhändige Aufzeichnung des Gesandten von Haniel im Auswärtigen Amte über eine telephonische Mitteilung des Vertreters des Auswärtigen Amtes im Grossen Hauptquartier Legationsrat Freiherrn von Lersner

Berlin, den 25. Oktober 1918 nachm.

Herr von Lersner telephoniert mir, daß die Oberste Heeresleitung, die heute nachmittag zusammen mit Herrn von Hintze eintreffen werde, sehr „wild" sei und auf einer Ablehnung des Wilsonschen Waffenstillstandes bestehen werde. Auf Grund seiner langjährigen Erfahrung im Großen Hauptquartier und seiner über die gegenwärtige militärische Lage gemachten Beobachtungen und eingezogenen Informationen könne er aber nur auf das d r i n g e n d s t e*) davor warnen, etwaigen Versprechungen der Obersten Heeresleitung Glauben zu schenken und uns in der einmal eingeschlagenen Friedenspolitik auch nur im geringsten beirren zu lassen. Die militärische Lage sei heute mindestens ebenso hoffnungslos wie vor drei Wochen, da eine Besserung nicht zu erwarten und es nur eine Frage von Wochen, h ö c h s t e n s*) wenigen Monaten sei, wann der Feind bei uns im Lande stehe.

Auf meine Frage, wie ein Wechsel in der Obersten Heeresleitung auf die Front wirken würde, sagte Herr von Lersner, daß bei einem Teil der Armee dies vielleicht ungünstig, bei dem g r ö ß e r e n**) Teil aber g ü n s t i g*) wirken würde, da man das Vertrauen in die gegenwärtige Oberste Heeresleitung verloren habe.

gez. H a n i e l

---

*) Im Original zweimal unterstrichen.
**) Im Original einmal unterstrichen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 79 a*)

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte Freiherr von dem Bussche an den Staatssekretär a. D. von Hintze im Grossen Hauptquartier

Telegramm
Abgegangen: 10 Uhr 40 Min. nachm.

Berlin, den 27. Oktober 1918

Botschafter Wien telegraphiert vom 26. d. M.:

„Wie mir Graf Andrassy sagte, sei seine Aufgabe die Liquidierung des Krieges. Es stehe noch nicht fest, wie sie erfolgen werde. Die Monarchie sei fertig, gehe der Revolution in Ungarn, Kroatien, Böhmen und auch in Wien rettungslos entgegen, wenn es ihr nicht gelinge, rasch Frieden zu schließen. Kaiser Karl werde Seiner Majestät entsprechend telegraphieren. Vorläufig bitte er um vertrauliche Behandlung. Auf meine Frage, ob er Sicherheiten aus der Schweiz mitgebracht habe, antwortete der Minister, zwar habe er Garantien nicht erhalten, es sei ihm aber gesagt worden, vielleicht könne die Monarchie erträgliche Bedingungen erhalten, wenn sie sich von Deutschland trenne. Entente habe in bezug auf Oesterreich-Ungarn kein festes Programm. Es bestehe Uneinigkeit, und einflußreiche Kreise sprächen für Notwendigkeit der Erhaltung. In bezug auf Deutschland bestehe fester Entschluß, uns vollkommen niederzuringen und Rache zu üben, wenn wir jetzt nicht nachgeben. Unzweifelhaft seien darin die Feinde einig. England liege hauptsächlich an Deutschlands Verzicht auf Seestellung. England habe aber Furcht vor Amerika und zurzeit noch ein gewisses Gefühl für solidarisches Europa gegenüber der Neuen Welt. Er kenne nicht Amerikas näheren Standpunkt gegenüber Deutschland und Oesterreich-Ungarn, denn die englischen Aeußerungen darüber seien nicht zuverlässig. Sicher sei, daß wegen des U-Boot-Krieges Amerika Deutschlands Nachgiebigkeit verlangen bzw. erzwingen werde. In Ungarn sei die Lage noch völlig unsicher. Sein Schwiegersohn Graf Karolyi werde einige Zeit dort der mächtigste Mann sein, aber bald von seinen radikalen Anhängern in unmögliche Situationen gedrängt werden und abwirtschaften. Er hoffe, daß ein Ministerium Karolyi nicht kommen werde. Ein solches würde zweifellos direkt deutschfeindliche Haltung einnehmen. In Oesterreich sei ein Kabinett Lammasch wahrscheinlich, da man ihm im feindlichen Lager am ehesten Vertrauen entgegenbringe."

gez. Bussche

*) Neu aufgenommen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 80

Aufzeichnung des Legationssekretärs im Auswärtigen Amte von Schmidthals

Berlin, den 25. Oktober 1918

In der heutigen Pressekonferenz verlas der Chef des Kriegspresseamts im Auftrage der Obersten Heeresleitung zwei Telegramme des Generalfeldmarschalls von Hindenburg zur vertraulichen Kenntnis und zur Verbreitung durch die Mundpropaganda, nicht aber durch die Presse.

Das erste dieser Telegramme war gerichtet an den Herrn Reichskanzler und legte Verwahrung ein gegen Gerüchte, die dahin gingen, der Generalfeldmarschall habe seinerzeit ein s o f o r t i g e s*) Friedensangebot verlangt und dabei darauf hingewiesen, es handele sich um eine Sache von Stunden.

Das zweite Telegramm war an die Kommandierenden Generäle gerichtet und brachte zunächst eine kurze Analyse der Wilsonschen Waffenstillstandsbedingungen. Dann folgte die Erklärung, diese seien für das Militär u n a n n e h m b a r*). Es bliebe daher nichts übrig als Kampf bis zum Aeußersten.

gez. v o n S c h m i d t h a l s

Seiner Exzellenz
dem Herrn Staatssekretär

---

*) Im Original gesperrt.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 81*)

Der Vertreter des Auswärtigen Amtes im Grossen Hauptquartier Legationsrat Freiherr von Lersner an das Auswärtige Amt

Telegramm.
Abgegangen: 9 Uhr 45 nachm. — Angekommen: 9 Uhr 55 nachm.

Großes Hauptquartier, den 26. Oktober 1918

Geheim

Feldmarschall von Hindenburg soll vorgestern abend einen Erlaß an die Armeen herausgegeben haben, in dem er die letzte Wilsonnote als Deutschlands unwürdig bezeichnet und Kampf bis zum Ende befiehlt.

Heeresgruppe Gallwitz hat ihre schweren Bedenken gegen den Inhalt geäußert. Der Feldmarschall hat dann den Erlaß gestern abend wieder zurückgezogen. Bei einer Armee soll er aber bereits bis zu den Bataillonsstäben gelangt sein.

gez. Lersner

*) Vgl. Nr. 76 b.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 82

Staatssekretärsitzung am 26. Oktober 1918

Protokollauszug

Anwesend:

Exzellenzen von Payer,
Graf Roedern,
Friedberg,
Scheidemann,
Trimborn,
Groeber,
Erzberger,
Haußmann,
Scheüch,
Solf,
Unterstaatssekretär Wahnschaffe

von Payer kommt auf seine gestrige Besprechung mit den Herren der Obersten Heeresleitung zurück. Sie hätten ihn zu überzeugen versucht, daß man Verhandlungen abbrechen und mit einer Proklamation an das Volk dieses zu den Waffen zu rufen suchen müßte. Er habe sich auf andern Standpunkt gestellt. Wir würden Note beantworten in dem Sinne, daß man sich nach Bedingungen erkundige. Die Herren seien der Ansicht gewesen, man dürfe nicht weiter verhandeln, unser Heer stände unbesiegt auf feindlichem Boden und dürfe nicht kapitulieren. Auf seine Frage, welche Chancen wir bei einem Weiterkämpfen hätten, einen besseren Frieden zu erlangen, hätten sie ihm keine direkte Erklärung gegeben. Sie hätten nur gesagt, wenn wir noch einige Monate aushalten könnten, so würde sich auf der andern Seite eine stärkere Friedenssehnsucht geltend machen, besonders in Frankreich, aber auch in England. In Frankreich könne man auch mit inneren Unruhen rechnen. Er sei dem nicht beigetreten und habe auf der andern Seite auf die schlimmen Zustände in Oesterreich hingewiesen und gefragt, ob die nicht auch für uns von verhängnisvollem Einfluß sein könnten. Er habe darauf keine Antwort erhalten. Er sei aber aufgefordert worden, sich dahin festzulegen, daß, wenn wir ein sehr ungünstiges Waffenstillstandsangebot erhielten, wir eine Erhebung des Volkes in die Wege leiten würden. Er habe es abgelehnt, sich darauf festzulegen und seinerseits die Forderung gestellt, daß noch andere Heerführer gehört werden müßten. Dies sei von Hindenburg in weniger entschiedener Form, von Ludendorff dagegen sehr energisch abgelehnt worden.

Scheüch ergänzt diese Bemerkungen noch dahin, daß seitens der Obersten Heeresleitung noch die Kohlennot beim Feinde und das Nachlassen seiner Kampfkraft zu unsern Gunsten erwähnt worden sei. Die Heeresgruppen Rupprecht und Deutscher Kronprinz hätten in den letzten Wochen starke Angriffe abgewiesen. Zwischen Clemenceau und Foch be-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

stehe ein erheblicher Gegensatz wegen der uns aufzuerlegenden Bedingungen. Ersterer erhebe sehr scharfe Forderungen, die Foch ablehne, also unsere Kampfkraft noch höher einschätze. Die Herren der Obersten Heeresleitung hätten noch besonders auf ein französisches Urteil der letzten Tage hingewiesen, daß die deutschen Armeen sich noch gut hielten, aber es in Frankreich in vier Wochen zu Ende sei, wenn es noch so weiter gehe. Hindenburg habe noch gesagt: wir sind über den Berg gekommen. Nicht nur unsere Truppen halten, sondern beim Gegner bestehen erhebliche Schwierigkeiten. In 14 Tagen werden wir weiter sehen — also Zeit gewinnen — sei der Schluß seiner Ausführungen gewesen. Die Mißerfolge hat Hindenburg zugegeben, sie seien aber nicht entscheidend gewesen.

Er selbst habe sich für die Anhörung anderer Generale ausgesprochen, die Unterhaltung sei aber nicht zum Abschluß gekommen. Er habe den Eindruck, daß, wenn ein Druck ausgeübt würde, die Anhörung dann doch noch möglich sei. Vielleicht ließe sie sich gleich nach Absendung der Note, und zwar an zwei Stellen der Front, vornehmen.

Fortsetzung nachmittags 1½ Uhr.

von Payer teilt vertraulich mit, daß Seine Majestät das Entlassungsgesuch des Generals Ludendorff angenommen, dagegen Exzellenz Hindenburg bewogen habe, im Amte zu bleiben.

(Folgt Beratung des Textes der Note)

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 83

Kaiser Karl an Kaiser Wilhelm II.

Telegramm

27. Oktober 1918

Teurer Freund!

Es ist meine Pflicht, Dir, so schwer es Mir auch fällt, zur Kenntnis zu bringen, daß Mein Volk weder im Stande noch willens ist, den Krieg weiter fortzusetzen.

Ich habe nicht das Recht, Mich diesem Willen zu widersetzen, da Ich nicht mehr die Hoffnung auf einen guten Ausgang hege, für welchen die moralischen und technischen Vorbedingungen fehlen, und da unnützes Blutvergießen ein Verbrechen wäre, das zu begehen Mir Mein Gewissen verbietet.

Die Ordnung im Innern und das monarchische Prinzip sind in der ernstesten Gefahr, wenn wir dem Kampf nicht sofort ein Ende bereiten.

Selbst die innigsten bundesbrüderlichen und freundschaftlichsten Gefühle müssen vor der Erwägung zurückstehen, daß Ich den Bestand jener Staaten rette, deren Geschicke Mir die göttliche Vorsehung anvertraut hat.

Deshalb kündige Ich Dir an, daß Ich den unabänderlichen Entschluß gefaßt habe, innerhalb 24 Stunden um einen Separatfrieden und um einen sofortigen Waffenstillstand anzusuchen.

Ich kann nicht anders, Mein Gewissen als Herrscher befiehlt Mir also zu handeln.

In treuer Freundschaft

Karl

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 84

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. Solf an den Vertreter des Auswärtigen Amtes bei Seiner Majestät Wirkl. Legationsrat Freiherrn von Grünau

Telegramm
Abgegangen: 2 Uhr 30 nachm.

Berlin, den 27. Oktober 1918

Einer Meldung aus Wien zufolge bestehen dort Zweifel an unserer Bereitwilligkeit zur Fortführung der kürzlich eingeleiteten Friedensaktion. In diesem Sinne gehaltene tendenziöse Nachrichten dürften auch an Kaiser Karl gebracht worden sein und ihn zur Abfassung des Telegramms an Seine Majestät bestimmt haben. Unter diesen Umständen möchte ich die Absendung eines Telegramms an Kaiser Karl empfehlen, das beruhigend auf ihn einwirkt und geeignet ist, ihn von übereilten Schritten abzuhalten. Bitte demgemäß nachstehenden Entwurf Allerhöchsten Orts zum Vorschlag zu bringen:

„Teurer Freund! Die Ankündigung Deiner Absicht, unsern Gegnern einen Sonderfrieden anzubieten, hat Mich auf das schmerzlichste überrascht. Du würdest durch Ausführung dieses Gedankens dem Plan unserer Feinde freie Bahn öffnen, der darauf ausgeht, durch Trennung unserer Reiche unsere Länder leichter ihrem Willen zu unterwerfen und ihre antimonarchischen Ziele zu verwirklichen.

Einen baldigen Frieden wünschen unsere Völker und Regierungen. Nach ihm ist Mein Sinnen ebenso gerichtet wie Deins; ihm zu dienen habe Ich schwere persönliche Opfer gebracht, denn dem Wohl Meines Volkes ordne Ich eigene Interessen willig unter. Die im Einvernehmen mit Deiner Regierung kürzlich eingeleitete Aktion bezweckt die Herbeiführung eines Waffenstillstandes und des demnächstigen Friedens; die Verhandlungen befinden sich im Fluß und können in wenigen Tagen zu einem Ergebnis führen. Die bisherige Zusammenarbeit unserer Regierungen, deren Aussichten nicht ungünstig erscheinen, würde durch eine Sonderaktion Deiner Regierung im jetzigen Augenblick auf das äußerste gefährdet werden. Schon die Bedingungen für den Waffenstillstand werden sehr viel schwerer werden, wenn unsere Gegner erfahren, daß unser Bund gesprengt ist. Das berührt unsere Reiche in gleicher Weise. Ich bitte Dich daher dringend, von jedem Schritt abzusehen, der den Eindruck erwecken muß, daß wir nicht mehr einig sind.

Je fester wir auch fernerhin zusammenstehen, desto größer sind die Aussichten, daß unsere Gegner, die ebenfalls schwer unter den Lasten und Schrecknissen des Krieges leiden, sich zu Friedensbedingungen verstehen, die mit der Ehre und den Interessen unserer Völker im Einklang sind.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Ich erwarte von Dir, daß Du Deine Regierung sofort veranlassen wirst, nur im vollen Einvernehmen mit der Meinigen die mit den Vereinigten Staaten eingeleiteten Verhandlungen fortzuführen.

In treuer Freundschaft

Wilhelm"

gez. Staatssekretär

Dienstlicher Vermerk: Das Telegramm des Kaisers nach Wien ging am selben Nachmittag 5 Uhr 15 Min. ab. Ein kurzer Glückwunsch zur Abwehr italienischer Angriffe ist durch den Kaiser beigefügt worden.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 85

Die vierte deutsche Note vom 27. Oktober 1918

Abgegangen: 4 Uhr 35 nachm.

Die deutsche Regierung hat von der Antwort des Präsidenten der Vereinigten Staaten Kenntnis genommen. Der Präsident kennt die tiefgreifenden Wandlungen, die sich in dem deutschen Verfassungsleben vollzogen haben und vollziehen. Die Friedensverhandlungen werden von einer Volksregierung geführt, in deren Händen die entscheidenden Machtbefugnisse tatsächlich und verfassungsmäßig ruhen. Ihr sind auch die militärischen Gewalten unterstellt. Die deutsche Regierung sieht nunmehr den Vorschlägen für einen Waffenstillstand entgegen, der einen Frieden der Gerechtigkeit einleitet, wie ihn der Präsident in seinen Kundgebungen gekennzeichnet hat.

gez. Solf

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

X

Vom Sonderwaffenstillstand Österreichs und der Türkei bis zur Note Wilsons vom 5. November

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 86

Staatssekretärsitzung vom 28. Oktober 1918, vorm. 10 Uhr

Protokollauszug

Anwesend:
Exzellenzen von Payer,
Friedberg,
Graf Rödern,
von Mann,
Groeber,
Scheidemann,
Erzberger,
Trimborn,
Wahnschaffe;
Geheimräte Simons,
von Schlieben,
von Stumm

Es erscheinen die Generale von Mudra und von Gallwitz

von Payer: Wir haben das selbstverständliche Bedürfnis, in diesen kritischen Tagen von verschiedener sachverständiger Seite zu hören, wie wir die Lage aufzufassen haben. Wir möchten bitten, über die militärische Lage, Stimmung und ganze Situation im Heere sowie über die Meinung der Herren Auskunft zu erhalten, ob wir überhaupt und mit welcher Aussicht auf Erfolg weiterkämpfen können.

von Gallwitz: Die Armee hat in den monatelangen Kämpfen natürlich gelitten. Fortgesetzte Offensiven und rückwärtige Bewegungen haben sie stark angegriffen. Die Kopfzahl der einzelnen Verbände ist stark zurückgegangen. Gleichwohl haben diese geschwächten Divisionen in letzter Zeit noch sehr guten Widerstand geleistet. Die geringe Zahl der Kämpfer tritt in der Defensive weniger in die Erscheinung wie bei Offensiven. Zu solchen Kampfhandlungen seien wir augenblicklich nicht befähigt. Wohl aber zu nachhaltiger Abwehr. Der Gegner sei uns sehr überlegen. Er werde auch militärisch sehr gut geführt. Andererseits habe unsere Truppe zahlreiche Beispiele von persönlicher Tapferkeit und zähem Widerstand gegeben. Der Franzose sei selbst auch sehr geschwächt. Seine Einheiten wären verringert. Der Engländer sei zahlenmäßig besser daran, aber auch seine Angriffskraft sei stark gesunken. Der Amerikaner sei besonders frisch und zahlenmäßig sehr stark. Er habe auch vorzügliches Menschenmaterial in den ersten Kampfhandlungen eingestellt. Leute in den zwanziger Jahren. Diese guten Divisionen hätten aber ganz kolossale Verluste erlitten. Der Amerikaner empfindet das. Seine Stimmung sei daher nicht begeistert. Sein politisches Verständnis sei erschreckend gering, aber es seien urwüchsige, frische Leute in den besten Jahrgängen. Aber es wäre anzunehmen, daß die Ersatztransporte jetzt die älteren Jahresklassen

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

bringen würden. Der Amerikaner sei ein sehr zu schätzender Gegner, seine Angriffskraft habe aber jetzt nach großen Verlusten sehr nachgelassen. Er werde aber nach Ergänzung zweifellos zu neuen Stößen vorgehen.

Unsere Kräfte haben zweifellos gut gehalten. Es steckt also in unserer Truppe noch ein guter Kern und noch sehr viel Elemente, die widerstandsfähig sind. Aber die moralische Einwirkung aus der Heimat hat sich sehr ungünstig bemerkbar gemacht; besonders die Länge des Krieges und die Lage der Verwandten in der Heimat habe ungünstig auf die Widerstandskraft der Truppe eingewirkt. Ebenso habe oft der Heimatsurlaub schlecht gewirkt. Die Leute seien oft in schlechterer Stimmung aus der Heimat zurückgekommen, als sie dahingegangen seien. Ungünstig habe sich auch bemerkbar gemacht, daß wir die Presse aller Richtungen ungehindert hätten im Heere sich verbreiten lassen. Auf dem Boden der Kriegsmüdigkeit und der Sehnsucht nach dem Frieden sowie beeinflußt durch politische Vorgänge in der neueren Zeit habe sich eine schlechte Stimmung gegen das Weiterkämpfen, insbesondere auch gegen die Disziplin bemerkbar gemacht. Es seien meist nur einzelne Teile und gewisse Zentren, aus denen die Stimmung hervorgehe und die der Heerführung bekannt seien. Aeußerlich trete es im Nachlassen der militärischen Haltung und der Disziplin zutage, im Kampfe darin, daß diese kriegsmüden Elemente teils die Nerven verlören, teils sich drückten. Die Drückebergerei habe einen erschreckenden Umfang angenommen, besonders in Waldgefechten. Die innere Struktur der Armee habe durch diese Beeinflussung gelitten, und dies mache sich neben der zahlenmäßigen Ueberlegenheit besonders bemerkbar. In allerletzter Zeit habe unser Waffenstillstandsangebot ungünstig eingewirkt. Ferner die Zustimmung zu der Räumungsforderung.

Trotzdem könne die Armee noch als widerstandsfähig hingestellt werden, wenn gewisse strategische Maßnahmen getroffen und die Stimmung gehoben würde. Zunächst müsse für erhöhten Ersatz gesorgt werden. Es muß alles ausgebildete Personal herangezogen werden, auch müsse sonst in der Heimat noch weiter durchgesiebt werden. Einmal um Leute zu bekommen, andererseits um der Mißstimmung in der Armee darüber entgegenzutreten, daß noch viel kriegsverwendungsfähige Leute sich in der Heimat herumdrückten. Auf qualitativer Seite müsse die Stimmung in der Armee gestärkt werden. Nach seiner Meinung sei es notwendig, daß, wenn wir uns entschlössen, noch weiter zu kämpfen, ein gewaltiger Appell an Heimat und Heer ergeht. Hierdurch würde auch ein großer Eindruck auf die Feinde erzielt werden. Das jetzige fortgesetzte Ersuchen um einen Waffenstillstand habe nur den Eindruck unserer Schwäche gemacht. Der Gegner sei zu gut geführt und mit einer vorzüglichen Propaganda versehen. Durch diese sei jetzt ein wilder Kriegstaumel beim Gegner entfacht. Zu unseren militärischen Mißerfolgen kommen nun diese fortgesetzten Bitten um einen Waffenstillstand. Dieser Ansicht von unserer Schwäche beim Feinde könne nur dadurch entgegengetreten werden, daß wir ihm die Ueberzeugung beibrächten, daß wir noch nicht

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

aus dem letzten Loche pfiffen. Ein allgemeiner Appell an das Volk müßte von allen Stellen gemeinsam ausgehen, so daß durch Fassung und Verbreitung alles Trennende zurückgestellt werde. Ein Appell des Kaisers allein würde bei den jetzigen Verhältnissen nicht ausreichen. Erhebliche Kreise der Armee seien damit einverstanden, daß die neue Regierung die Sache mit in die Hand nehme. Wenn sie zu der Ueberzeugung käme, daß wir nicht glatt zu kapitulieren brauchten, was er für ein Unglück ansehen würde, so müsse alles Trennende in Armee und Volk zurückgestellt und ein großer markiger Appell von der alten Gewalt und von der neuen Regierung an Volk und Heer ergehen; dadurch wäre eine gute Wirkung auf den Feind zu erwarten. Jetzt müßten wir das letzte Mittel zeigen, um zu beweisen, daß es noch nicht zu schlecht mit uns stehe.

General von Mudra stimmt vollständig bei. Wir hätten keine Veranlassung, die Flinte ins Korn zu werfen. Die Hauptschwierigkeit sei, daß die Armee ermüdet sei. Wenn wir erreichen könnten, daß wir soviel Ersatz bekämen, um einige Divisionen mal wieder schlafen zu lassen, dann sei es gut. Das ewige Wiedereinsetzen zum Kampf fresse am Mark der Truppe. Also brauchten wir mehr Ersatz, und nicht nur quantitativen, sondern auch qualitativen. Der gemeinsame Appell an Volk und Heer müßte von Kaiser und Reichsleitung zugleich erfolgen, dann würden die schlechteren Teile der Armee wieder dazu geführt werden, wieder alles für die Not des Vaterlandes herzugeben. Wir brauchten noch lange nicht zu kapitulieren. Anders sei es allerdings, wenn Oesterreich wackelig werde. Dann könnten allerdings Erschütterungen eintreten, daß wir genötigt werden, etwas eher den Moment ins Auge zu fassen, in dem wir dem Feinde entgegenkommen müßten.

von Payer dankt beiden Generalen für ihre wichtigen Ausführungen und fragt sie, wie lange sie glauben würden, daß das Aufflackern der Begeisterung und Stimmung dauern würde und wie lange wir überhaupt weiterkämpfen könnten. Was für Aussichten hätten wir bei einem Weiterkampf, und wann würde der Zeitpunkt eintreten, wo wir unterliegen müßten?

von Gallwitz: Auf eine bestimmte Zeit könne er sich natürlich nicht festlegen. Jetzt käme zunächst der Winter, dann würden wir etwas Ruhe haben. Hielten wir aber über den Winter aus, dann würden wir einen besseren Frieden bekommen. Völligen Umschwung durch eine großzügige Offensive mit vollem Sieg halte er für uns allerdings nicht mehr für möglich. Wohl aber festes, defensives Durchhalten. Wenn der Gegner sähe, daß wir uns doch nicht besiegen ließen, so werde er zu verständigerer Auffassung kommen. Auf Grund der jetzigen Lage werde nur die Kapitulation von uns gefordert werden. Schlimmer als diese können die späteren Forderungen auch nicht mehr sein.

Die Frage, ob nicht jetzt ein flammender Aufruf den Abbruch der Verhandlungen zur Folge haben würde, glaube er verneinen zu müssen. Die

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

diplomatischen Fäden könnten ruhig weitergesponnen werden. Sie müßten jedoch nicht mehr so öffentlich auf die Armee einwirken dürfen wie bisher.

von Payer betont, daß das Waffenstillstandsangebot der Regierung von der Obersten Heeresleitung aufgenötigt worden sei. Auch mit der Zustimmung der Räumung habe sich die Oberste Heeresleitung ausdrücklich einverstanden erklärt. Jetzt sei die Regierung selbst ängstlich geworden, daß jeden Tag eine Katastrophe eintreten könne. Die Verhältnisse würden sich ständig für uns verschlechtern mit Verschlechterung der Stimmung in der Armee. Er frage, ob wir nicht, wenn wir weiterkämpften, immer noch der Gefahr einer Katastrophe ausgesetzt seien.

von Gallwitz: Er könne nur sagen, daß er sehr erstaunt gewesen sei, als das Waffenstillstandsangebot erfolgt sei und noch mehr über unser Eingehen auf die Räumungsforderung. Daß wir mal zu Verhandlungen kommen müßten, sei ihm klar, aber nicht notwendig sei es gewesen, daß wir so weit entgegenkamen. Dies habe die Armee sehr beunruhigt. Die Räumung bedeute völlige Waffenstreckung. Wenn wir bis zur Landesgrenze zurückgingen, müßten wir mit dem Kampfe aufhören, weil sonst unser eigenes Land verwüstet würde. Jetzt können wir aber noch weiter durchhalten.

von Mudra: Wenn unser weiterer Widerstand dazu führen würde, daß wir später schlechter behandelt werden, so wäre ich auch dafür, daß wir den Widerstand aufgeben. Aber jetzt müßten wir noch Zeit gewinnen, um gegen einen entehrenden Frieden Front zu machen. Kommen jetzt entehrende Bedingungen, dann muß jedenfalls der Aufruf erfolgen.

Erzberger: Glauben die Herren nicht, daß die Wirkung, die der Appell an das Volk haben würde, dadurch wieder ausgeglichen wird, daß der Feind stärker wird? So daß er schließlich durchbrechen kann?

Wie würden die Herren den Abfall von Oesterreich bewerten?

von Mudra: Ich würde die Tatsache, daß die Italiener dann nach Frankreich kämen, für sehr schlimm halten, aber das werde viel Zeit kosten, und die Italiener würden nicht so schnell zum Angriff übergehen können. Wir brauchten aber überhaupt nur unsere Armee ausruhen zu lassen. Sei dies geschehen, dann könnten uns die Gegner überhaupt nicht schlagen oder es zum Durchbruch bringen.

von Gallwitz: Was den Kräftezuwachs des Gegners betrifft, so sei dieser schon in der letzten Zeit durch die Einwirkung der Kampfhandlungen aufgehoben worden. Die Kampfkraft der Franzosen sei erheblich zurückgegangen. Außerdem machten sich die Friedensströmungen sehr in den gegnerischen Ländern bemerkbar. Nur jetzt sei die Stimmung durch die Erfolge gehoben. Die englische Armee sei allerdings verhältnismäßig kräftig, aber ihre Leistungsfähigkeit habe auch nachgelassen. Wenn wir weiter die Defensive durchhielten und dem Gegner große Verluste beibrächten, so werde sein Kräftezuwachs wieder ausgeglichen werden, so daß eine Katastrophe bei uns nicht zu befürchten sei. Er glaube also nicht,

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

daß sich das Kräfteverhältnis zu unseren Gunsten wesentlich verschieben würde.

Durch den Sonderfrieden Oesterreichs werde die Lage allerdings ganz verändert. Es wären zwei Möglichkeiten vorhanden, die eine, daß Oesterreich zwar nicht mehr weiterkämpfe, aber auch keine uns unfreundlichen Handlungen vornähme, insbesondere keine feindlichen Truppen durchließe, oder aber, daß Oesterreich doch hierzu gezwungen würde. Im letzteren Falle, der ähnlich wie in Bulgarien liege, würde die Entente die Ukraine und Rumänien für uns abschneiden. Die italienischen Kräfte würden auf jeden Fall an die Westfront gezogen werden. Dies sei sehr schlimm, weil unsere Vogesenfront schwach besetzt sei. Es könnte dies der Tropfen sein, der das Faß zum Ueberlaufen brächte . . . .

Haußmann: Seien die Generale der Ansicht, daß wir die Verhandlungen abbrechen und die Volkserhebung organisieren müßten, dann könnten wir jetzige Verhandlungen mit Wilson nicht aufrechterhalten. Oder sollten wir erst abbrechen, wenn sie uns unwürdige Bedingungen auferlegen? . . .

von Gallwitz: Wenn wir Appell an das Volk richten, dann ist Abbruch der Verhandlungen mit Wilson notwendig, da es sonst als Farce erscheinen würde. Auch würden wir ja dann auf feindlichem Boden weiterkämpfen wollen, also das Räumungsangebot zurückziehen müssen. Also erst Abbruch der jetzigen Verhandlungen und dann Appell an das Volk. Zunächst jedoch Antwort abwarten und dann Entscheidungen treffen, damit, falls entwürdigende Anträge kommen, weitergekämpft werden könne.

Solf teilt die neuesten Vorgänge in Oesterreich, insbesondere das Sonderfriedensangebot, mit und verliest diese Note, wie sie im Ausland bereits veröffentlicht ist. Die Note bedeute den Separatfrieden und werde einer Kapitulation gleichkommen. Die Konsequenzen seien schwer. Rumänien würde uns nicht mehr Vorteile bieten. Unsere süddeutsche Front werde gefährdet, die Italiener würden an die Westfront gehen und diese gefährden.

von Gallwitz: Wir dürfen gleichwohl nicht die Flinte ins Korn werfen; es seien das vorläufig nur alles Vermutungen. Wir müßten erst sehen, wie lange wir es noch aushielten; es kann nicht mehr schlechter werden. Vom Standpunkt der nationalen Ehre dürfe man nicht Schicht machen, solange die Armee noch in Widerstandskraft dastehe. . . .

Groeber stellt die Frage, ob wir, wenn uns entwürdigende Bedingungen gestellt würden, dann noch in der Lage sein würden, dauernden Widerstand zu leisten. Einige Zeit wohl sicher noch. Könnten wir vernünftigerweise sagen, es muß noch weitergekämpft werden mit Hoffnung auf günstigere Bedingungen? Werden uns nicht noch ungünstigere gestellt werden, wenn wir jetzt abbrechen? Wir stoßen Wilson zurück, und England und Frankreich bekommen Oberwasser.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Der Standpunkt der nationalen Ehre ist für uns alle maßgebend. Schon die Räumungsbestimmung ist uns sehr schwer gefallen; wir standen aber unter dem Druck des Militärs. Dürfen wir aber nur mit Rücksicht auf Ehrestandpunkt Kampf fortsetzen, der aussichtslos ist und nur Gegner veranlaßt, uns später noch härtere Bedingungen aufzuerlegen?

von Gallwitz: Die Frage, ob wir uns dauernd oder nur vorübergehend halten können, ist nicht zu beantworten möglich. Er sei aber der Ansicht, daß wir den Widerstand noch eine ganze Weile fortsetzen könnten; könne sich aber nicht auf bestimmte Zeit festlegen. Daß der Feind uns infolge des Appells an das Volk und Fortsetzung des Kampfes später schlechtere Bedingungen stellen werde, glaube er nicht; er werde uns jetzt schon so gering einschätzen, daß er alles verlangen werde. Wir müßten zunächst die nächste Antwort abwarten, dann aber sei es Zeit, zum Entschluß zu kommen. Dann sei auch nicht ein Moment zu verlieren, um letzten Appell an Waffengewalt zu richten. Er hoffe davon lediglich moralische Wirkung, die Hebung der Stimmung.

Die Parteien der Regierung müßten jetzt auf die Soldaten einwirken, daß es ihre Pflicht sei, jetzt herauszugehen und alles herzugeben. Die Leute dürften nicht als unzufriedene Elemente hinausgehen. Die Macht der politischen Führer sei so groß, daß sie auf Leute guten Einfluß ausüben könnten . . .

von Gallwitz erwidert auf die Frage von Payers, daß es zutreffen könne, daß 2 300 000 Amerikaner in Frankreich seien. Dies seien aber nicht alles Kampftruppen, sondern sehr viel gehe auf Hilfstruppen, Eisenbahntruppen usw. ab. Jetzt seien 42 amerikanische Divisionen mit je 12 überstarken Bataillonen in Frankreich. Das Verhältnis sei für uns noch ungünstiger, da unsere Divisionen zahlenmäßig sehr geschwächt seien. In den Argonnen habe ein Truppenführer das Zahlenverhältnis von uns zu den Feinden auf 1 : 15 angegeben. Wenn dies auch vielleicht zu hoch sei, so sei 1 : 6 jedenfalls richtig. Die Masse allein aber mache es nicht.

Wenn Oesterreich alle Bahnen zum Durchmarsch zur Verfügung stelle, dann müsse man allerdings die letzten Konsequenzen ziehen, man müsse aber doch erst abwarten, ob Oesterreich sich so entwürdigen würde.

von Mann betont, daß wir jederzeit den U-Boot-Krieg wieder aufnehmen könnten, tatsächlich sei er jetzt eingestellt. Dies werde die Armee an der Westfront bald spüren. Bisher hätten wir jede halbe Stunde 33 Waggons versenkt. Sehr schmerzlich sei die Aufgabe des U-Boot-Krieges im Mittelmeer. Wenn weitergekämpft werden sollte, dann müßten wir den U-Boot-Krieg wieder aufnehmen . . .

von Gallwitz: Auf die Frage Friedbergs über die Stärke der Salonikiarmee sei er nicht in der Lage, zahlenmäßige Auskunft zu geben. Sie sei bisher nicht in der Lage gewesen, etwas Ernstliches gegen uns zu unternehmen, solange die Bulgaren standhielten. Jetzt sei sie ein beachtlicher Gegner geworden.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

von Mudra: Wenn Oesterreich bedingungslos kapituliert und sich auf Seite der Feinde stellt, dann ist Sache für uns verloren. Nach der Katastrophe in Oesterreich müssen Vorbereitungen für letzte Aktion sofort getroffen werden.

Friedberg: Wenn man Kampf bis zum letzten Mann durchführt, so besteht große Gefahr, daß die Armee nachher zurückflutet. Wir müssen aber einen Teil der Armee für die innere Sicherheit intakt halten . . .

von Gallwitz faßt seine Ansicht noch einmal dahin zusammen, man müsse zunächst die Antwort Wilsons abwarten, um zu sehen, ob er auf dem jetzigen Standpunkt stehen bleibt, und dann die Entwicklung in Oesterreich abwarten. Werde Oesterreich Gegner, dann sei ein neuer Standpunkt geschaffen.

Hierauf entfernen sich die beiden Generale . . .

Solf teilt noch nachträglich mit, daß der General von Gallwitz ihm noch gesagt habe, er habe den österreichischen Abfall vorhin zu schwarz eingeschätzt, da er im Augenblick übersehen habe, daß wir im Osten und Südosten noch mehrere Armeen stehen hätten. Er sähe deswegen die Lage nicht mehr für so schwarz an.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 86a*)

Der Chef des Generalstabes des Feldheeres Generalfeldmarschall von Hindenburg an den Staatssekretär a. D. von Hintze im Grossen Hauptquartier

Schreiben

Großes Hauptquartier, den 29. Oktober 1918

Deutsche militärische Interessen lassen es erwünscht erscheinen, daß bei Sonderfriedensschluß Oesterreich-Ungarns folgendes erreicht wird:

„a) Möglichkeit, daß unsere in Ungarn, Rumänien und der Ukraine stehenden Truppen durch österreichisch-ungarisches Gebiet nach Deutschland oder aus Ungarn zunächst nach Rumänien oder der Ukraine transportiert werden können.

b) Möglichkeit, daß unsere Truppen in den drei Gebieten weiterhin durch Oesterreich-Ungarn hindurch versorgt werden können.

c) Aufrechterhaltung unserer wirtschaftlichen Transporte aus Rumänien und der Ukraine durch österreichisch-ungarisches Gebiet.

d) Möglichkeit des Abtransportes für unsere deutschen Formationen in Italien."

Ich wäre dankbar, wenn auf die österreichisch-ungarische Regierung entsprechend eingewirkt würde.

gez. von Hindenburg

Vermerk von der Hand des Vertreters des Auswärtigen Amtes im Großen Hauptquartier: „Nach Erledigung zurück. Freiherr von Lersner. 30. X."

*) Neu aufgenommen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 86b*)

Meldesammelstelle Freiburg i. Br. an Oberste Heeresleitung

Telegramm

Angekommen: 7 Uhr 30 Min. nachm.

Freiburg im Breisgau, den 28. Oktober 1918

Zuverlässiger Vertrauensmann übermittelt schriftlich vom 26. d. M. Meldung der glaubwürdigen X. Diese erfuhr von dem Adjutanten des französischen Militärattachees in Bern: Auf der französischen Gesandtschaft ist man mit dem Inhalt und der Schnelligkeit der letzten Wilsonschen Antwortnote gar nicht einverstanden. Frankreich kann sich nach den gebrachten Opfern nicht den Willen Amerikas vorschreiben lassen. Es ist mit England darin einig, daß der Krieg bis zur Besetzung Deutschlands fortgeführt werden muß. Der Augenblick, in dem die Beziehungen zu Amerika schwierig werden, naht heran, man erwartet die Ankunft des von Wilson entsandten Oberst House, um zu verlangen, daß Amerika, dessen Kriegshandlungen leichtsinnigerweise dem Volke gegenüber zu sehr übertrieben wurden, darauf verzichtet, Frankreich seinen Willen aufzuzwingen. Anderseits ist der Augenblick für eine Spannung mit Amerika schlecht gewählt, denn man hat gerade um die Hilfe der amerikanischen Reserven gebeten, um den deutschen Widerstand bei Valenciennes brechen zu können. Man befürchtet, daß Meinungsverschiedenheiten ein Aufhören der amerikanischen Hilfe zur Folge haben könnten.

---

*) Neu aufgenommen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 86c*)

Meldestelle Düsseldorf an Oberste Heeresleitung

Telegramm

Angekommen: 10 Uhr 53 Min. nachm.

30. Oktober 1918

Aus Amsterdam: Erprobter Gewährsmann erfuhr in Kreisen der englischen Gesandtschaft im Haag:

Zwischen Wilson und Pershing sind in der Waffenstillstandsfrage Differenzen entstanden, die vielleicht entscheidende Folgen zeitigen werden. Pershing, der seit einiger Zeit Beziehungen zu dem republikanischen Kriegskomitee unterhalten soll, hat sich offen und nachdrücklich für die notwendige Fortsetzung des Krieges eingesetzt. Pershing habe den republikanischen Blättern Interviews zu Propagandazwecken übermittelt, ein Material, das in wirksamster Weise bei dem Wahlfeldzug zu persönlichen Angriffen gegen Wilson verwandt wird. Oberst House erhielt Anweisungen, die Angelegenheit aufzuklären.

Erprobter Gewährsmann erfuhr von englischen Pressevertretern im Haag:

ein an das Kriegsdepartement in Washington gerichtetes Gutachten des Generals Pershing über die Waffenstillstandsbedingungen fordert die Besetzung der Rheinfestungen bis Wesel.

---

*) Neu aufgenommen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 86d*)

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Freiherr v. Stumm an den Staatssekretär a. D. von Hintze im Grossen Hauptquartier

Telegramm
Abgegangen: 9 Uhr 45 Min. nachm.

Berlin, den 29. Oktober 1918

Gesandter Haag meldet unterm 28. d. M.:

„Zuverlässiger Gewährsmann meldet:

Oberst House hat am 17. Oktober New York mit Hochsee-Torpedoboot verlassen, ist am 23. Portsmouth eingetroffen, 24. vom König empfangen und 26. Versailles abgereist. Gewährsmann schildert Ludendorffs Entlassung als Erleichterung für Verhandlungen und bedeutende Entlastung Kaisers, da Ludendorff durch dauernde falsche Orientierung auf Seine Majestät schlechten Einfluß ausgeübt habe.

Der hiesige amerikanische Gesandte glaubt, Seine Majestät werde sich offener und ehrlicher Orientierung seitens jetziger Regierung nicht verschließen."

gez. Stumm

*) Neu aufgenommen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 86e*)

Die Meldestelle Düsseldorf an die Oberste Heeresleitung

Telegramm
Angekommen: 12 Uhr 3 Min. nachm.

Düsseldorf, den 30. Oktober 1918

Aus Amsterdam: Erprobter Gewährsmann erfuhr in Kreisen der englischen Gesandtschaft im Haag: Bei den interalliierten Beratungen über die Waffenstillstandsbedingungen sind in letzter Stunde erhebliche Schwierigkeiten entstanden. Die hauptsächlich durch republikanische Wahlpropaganda ausgelösten chauvinistischen Strömungen in den Vereinigten Staaten haben die assoziierten Regierungen vor neue Beschlüsse gestellt, zumal ein Teil der englischen Regierungsmitglieder wie Balfour, Churchill, Cave, abgesehen von Northcliffe und seinen Trabanten, dem in letzter Zeit in gemäßigter Richtung eingestellten englischen Premierminister die Berücksichtigung der amerikanischen Knock-out-Politik empfehlen.

Die französische Regierung hält nach Räumung der besetzten Gebiete die Besetzung Elsaß-Lothringens zur Gewährleistung der militärischen Suprematie der Ententeheere als genügend. Lloyd George soll bisher den Standpunkt der französischen Regierung teilen.

Die britische Admiralität dränge aber auf weitgehende Forderungen. Auslieferung der U-Boote und Besetzung Helgolands.

Hinsichtlich der deutschen Thronangelegenheit ist die Stellung der Ententeregierungen noch nicht geklärt. Die englische und französische Regierung betrachten die Frage nicht als sehr wesentlich. Wilsons Standpunkt ist noch nicht festgelegt. Es ist zwar möglich, daß die gegenwärtigen chauvinistischen Strömungen ihn veranlassen werden, den Thronverzicht des Kaisers und Kronprinzen als conditio sine qua non zu behandeln.

---

*) Neu aufgenommen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 87

Der Vertreter des Auswärtigen Amtes bei Seiner Majestät Wirklicher Legationsrat von Grünau an das Auswärtige Amt

Telegramm
Ankunft 7 Uhr 15 Min. nachm.

Hofzug, den 30. Oktober 1918

Der Vertreter von General von Cramon hat Seiner Majestät gemeldet:

„Seine Apostolische Majestät haben mir als Stellvertreter des Generals von Cramon heute in Audienz befohlen, Euerer Majestät zu melden, wie sehr es Seine Apostolische Majestät bedauern, durch den hoffnungslosen Zustand der Truppen an der Südwestfront und die Besorgnisse vor bolschewistischen Ereignissen gezwungen gewesen zu sein, eigene Wege zu gehen. Ich habe Seiner Apostolischen Majestät erwidert, daß die Erwähnung des Entschlusses in der Note an den Präsidenten sehr peinlich überrascht hätte. Ich habe Seine Apostolische Majestät außerdem untertänigst darauf hinweisen zu müssen geglaubt, daß ein Eingehen auf Bedingungen, wie sie Bulgarien angenommen hat, eine schwere Bedrohung unserer Südgrenze bedeute und alleruntertänigst gebeten, derartige Forderungen abzulehnen."

gez. Grünau

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 88

Kaiser Karl an Kaiser Wilhelm II.

Telegramm

30. Oktober 1918

Seine Apostolische Majestät an Seine Majestät den Deutschen Kaiser

Ich war heute früh genötigt, da die militärische Lage unhaltbar geworden ist, den Italienern einen Waffenstillstand anzutragen. Falls aber die Italiener die Bedingung stellen, daß die Bahnen durch Tirol und Kärnten (Tauernbahn, Brennerbahn, Südbahn) für den Durchzug der feindlichen Truppen gegen Deine Länder geöffnet werden sollten, so werde Ich Mich an die Spitze Meiner Deutsch-Oesterreicher stellen und den Durchzug mit Waffengewalt verhindern. Darauf kannst Du fest vertrauen. Auf die Truppen der andern Nationalitäten kann man sich in dem Falle nicht verlassen.

In treuer Freundschaft

gez. Karl

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 89

Kaiser Wilhelm an Kaiser Karl

Telegramm

Hofzug, den 30. Oktober 1918

An des Kaisers von Oesterreich, Apostolischen Königs von Ungarn Majestät

Mit Bewegung habe ich Dein Telegramm mit der Nachricht über den Antrag zum Waffenstillstand an Italien gelesen. Ich bin überzeugt, daß Deine Deutsch-Oesterreicher, an der Spitze ihr Kaiserlicher Herr, sich wie ein Mann gegen schmachvolle Bedingungen erheben werden, und danke Dir dafür, daß Du Mir dies noch besonders versicherst.

In treuer Freundschaft

gez. Wilhelm

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 89a*)

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte Freiherr von dem Bussche an den Staatssekretär a. D. von Hintze im Grossen Hauptquartier

Telegramm
Abgegangen: 8 Uhr 30 Min. nachm.

Berlin, den 30. Oktober 1918

Botschafter Wien telegraphiert am 29:

„Wie Major Fleck meldet, wurde er von Kaiser Karl beauftragt, Seiner Majestät zu melden, wie ihm der Friedensschritt schwer geworden sei.

Auf die Gefahr aufmerksam gemacht, daß der Durchmarsch gefordert werden könne, erwiderte Kaiser Karl, falls diese eintrete, wolle er sich zur Verteidigung des Vaterlandes an die Spitze der Deutschen stellen. Wie diese Aeußerung nach bisherigen Erfahrungen zu bewerten ist, steht dahin."

gez. Busssche

*) Neu aufgenommen

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 90

Der Kaiserliche Botschafter in Wien Graf Wedel an das Auswärtige Amt

Telegramm

Abgeg. 12 Uhr 35 Min. nachm. — Angek. 3 Uhr 30 Min. nachm.

Wien, den 3. November 1918

Kaiserliche Regierung hat Waffenstillstandsbedingungen angenommen, dabei Hoffnung hinzugefügt, Entente werde Bahnen nicht zum Durchmarsch gegen Deutsches Reich benutzen. Dieser Zusatz wird auf Entente schwerlich Eindruck machen. Stellungnahme der Deutsch-österreichischen Regierung noch nicht erfolgt, da Bedingungen noch nicht veröffentlicht sind. — Waffenstillstandsbedingungen sind, soweit bekannt: Räumung bis Brenner, Auslieferung halber Artillerie, Demobilisation bis auf 20 Divisionen, Entfernung reichsdeutscher Truppen binnen 15 Tagen, Besetzung aller strategisch wichtigen Punkte, Uebergabe der Bahnen.

gez. Wedel

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 91

Der Kaiserliche Botschafter in Wien Graf Wedel an den Reichskanzler Prinzen Max von Baden

Bericht

Durch Feldjäger — Wien, den 3. November 1918

Vertraulich

Gestern wurde der deutsche Staatsrat nach Schönbrunn berufen. Wie mir Staatssekretär Dr. Adler erzählt, hat der Kaiser dem Staatsrat die Waffenstillstandsbedingungen vorgelesen und dann in längerer Rede gesagt, dieselben verstießen gegen seine Ehre und seien unannehmbar. Die Rede habe aber in die Erklärung ausgeklungen, annehmen müsse man sie aber doch. Zweck der Berufung sei gewesen, die Zustimmung des Staatsrats zu erhalten, um denselben mitverantwortlich zu machen. Er habe sich aber gehütet, in diese Falle zu gehen.

Die Bedingungen seien eine reinliche Kapitulation und, daran zweifle er keinen Augenblick, so formuliert, um Deutschland von dieser Seite angreifen zu können. Wenn wir den Waffenstillstand nicht bekämen, so würde der Aufmarsch der Entente in Oesterreich und Ungarn unter tätiger Mitwirkung der Ungarn, Tschechen und Südslaven beginnen, während Deutsch-Oesterreich trotz innerer Entrüstung der ohnmächtige Zuschauer sein werde.

Wie wir in diesem Fall unsere Grenzen verteidigen wollten, müsse uns überlassen bleiben. Seine Stellung würde natürlich erleichtert, wenn ein Kampf auf österreichischem Boden vermieden würde.

gez. Wedel

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 92

Der Kaiserliche Geschäftsträger in Konstantinopel Graf von Waldburg an das Auswärtige Amt

Telegramm

Abgegangen: 31. Oktober, 8 Uhr vorm. — Angekommen: 2. November, 9 Uhr 35 vorm.

Konstantinopel, den 31. Oktober 1918

Dringend

Waffenstillstand heute mittag 1 Uhr abgeschlossen. Drahte Bedingungen sobald bekannt.

Waldburg

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 93

Der Staatssekretär a. D. im Grossen Hauptquartier v. Hintze an das Auswärtige Amt

Telegramm
Angekommen: 30. Oktober, 2 Uhr 35 Min. nachm.
Auszug

Großes Hauptquartier, den 30. Oktober 1918

Oberste Heeresleitung mitteilt nachstehende Agentennachricht vom 25. d. M. aus Bern:

... Augenblicklich findet im französischen Hauptquartier Besprechung zwischen Haig, Pershing und Foch statt, wegen der zu stellenden Waffenstillstandsbedingungen. Besprechungen sind nicht abgeschlossen, bisher werden folgende Ansprüche der Alliierten verlautbart:

1. Strikte Abweisung von Verhandlung mit Ludendorff oder anderen Mitgliedern des Hauptquartiers. Dagegen Einwilligung zu Verhandlung mit einer zu diesem Zweck vom Reichstag erwählten Kommission.
2. Rückzug der deutschen Truppen bis an die Grenze.
3. Sofortige Okkupation dieses geräumten Gebietes durch die Alliierten.
4. Verbleib sämtlichen Kriegsmaterials in dem zu räumenden Gebiete.
5. Räumung Elsaß-Lothringens und Besetzung der Städte Metz und Straßburg durch die Alliierten.

gez. Hintze

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 94

Der Kaiserliche Gesandte in Bern von Romberg an das Auswärtige Amt

Telegramm

Abgegangen: 28. Oktober, 10 Uhr 15 Min. nachm.
Angekommen: 29. Oktober, 1 Uhr 45 Min. vorm.

Bern, den 28. Oktober 1918

Dringend

Zwecks Weitergabe an mich haben sich mehrere Bundesratsmitglieder gegenüber Mitgliedern der Deutschen Kriegsgefangenenkommissionen dahin ausgesprochen, daß sie keine Möglichkeit mehr sähen, wie die Abdankung des Kaisers vermieden werden könnte. Ohne jeden Zweifel würden wir uns in allernächster Zeit einer brutalen (verstümmelt) der Entente gegenübersehen. Die Dynastie sei noch zu retten und der hoffnungslose Endkampf zu vermeiden, wenn wir jetzt noch freiwillig das Opfer brächten. Die Betreffenden begründen ihren Rat auch vor allem mit der Gefahr der Revolution, in die auch ihr eigenes Land hineingezogen zu werden drohe. Sie meinen, wenn Seine Majestät der Kaiser sich opfert und in einem Appell seinen jugendlichen Enkel der Treue seines Volkes und der Armee, insbesondere des Feldmarschalls von Hindenburg empfehle, er damit nicht nur starke Sympathie im Ausland erwecken, sondern auch den Umsturzgedanken in Deutschland noch ersticken werde.

gez. Romberg

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 95

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. Solf an den Staatssekretär a. D. im Grossen Hauptquartier von Hintze

Erlaß
Abgegangen mit Kurier: 31. Oktober

Berlin, den 31. Oktober 1918

Gesandter Bern telegraphiert*):

„Schweizer Regierungsvertreter, die ich heute sprach, verstehen nicht, wie man über den Sinn der Wilsonnote noch im Zweifel sein könne. Dies betont noch ausdrücklich der Vertrauensmann, der mitteilt, daß alle hier anwesenden Amerikaner von Bedeutung übereinstimmend geäußert hätten, man werde nun wohl endlich in Berlin den Wink verstanden haben. Bei allen habe Entlassung General Ludendorffs einen überaus schlechten Eindruck insofern hervorgerufen, als man sage, der Kaiser entlasse seine besten Leute, um sich persönlich zu retten, er sei imstande, auch noch von Hindenburg fortzuschicken; daraus gehe hervor, daß er immer noch hoffe, das alte System zu retten, und daß er die Demokratisierung nicht ernstlich wolle. Es sei vorerst umsonst, zu versuchen, Amerika verständlich zu machen, daß durch unsere Verfassungsänderungen das alte Regime endgültig gestürzt ist, das sich in ihren Augen infolge der mit der Person des Kaisers betriebenen Agitation eben in der Persönlichkeit des Kaisers verkörpert. Nur das Ausscheiden dieser Persönlichkeit würde überzeugend wirken und für den Präsidenten einen Erfolg bedeuten, der ihm wiederum Ausschlag gebe, einflußreich (verstümmelt) den extremen chauvinistischen Einflüssen im eigenen Lande und der Entente (verstümmelt) begegnen. Allerdings müsse ungeheuer schnell gehandelt werden, da unsere letzte Note den Eindruck erwecken müsse, daß wir unsere letzten Worte gesprochen hätten und nunmehr die Bedingungen erwarteten, die nach Schlußabsatz der Wilsonnote, wenn von unserer Seite nichts mehr erfolge, nichts anderes als Forderung der Kapitulation sein könnten. Obige Auffassung beruht unter anderem auf einem Gespräch zwischen . . . und Vertrauensmann, in dem . . . auf die Ansicht, daß die nicht erfolgte Abdankung auf eine mißverständliche Auffassung der Wilsonnote zurückzuführen sein könnte, antwortete, er könne in amtlicher Eigenschaft hierauf nicht antworten, müsse aber als Privatmann sagen, daß Wilson nicht deutlicher habe werden können, ohne taktlos zu werden. Uebrigens sei wohl von Mißverstehen in Deutschland keine Rede, da ja die gesamte deutsche Presse die Note richtig verstanden habe.

gez. Romberg"
Staatssekretär

*) Rombergs Telegramm ist abgegangen am 30. Oktober, 11 Uhr 50 Min. nachm., angekommen am 31. Oktober, 3 Uhr 50 Min. vorm.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 96

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Dr. Solf

Berlin, den 31. Oktober 1918

In keiner der bisherigen Mitteilungen des Präsidenten Wilson ist die Thronentsagung des Kaisers ausdrücklich verlangt worden. Andeutungen enthalten folgende Stellen in seinen Noten:

1. Note vom 14. Oktober:

„Zur Vermeidung jeder Möglichkeit eines Mißverständnisses hält es der Präsident weiter für nötig, die Aufmerksamkeit der Regierung Deutschlands in feierlichster Form auf den Wortlaut und den klaren Sinn einer der Friedensbedingungen zu lenken, die die deutsche Regierung soeben angenommen hat. Sie ist in der Ansprache des Präsidenten in Mount Vernon am 4. Juli d. J. enthalten und lautet:

> „Vernichtung jeder Willkür und Macht, die für sich allein und heimlich den Frieden der Welt stören kann, und wenn ihre Vernichtung jetzt nicht möglich ist, mindestens eine Herabdrückung zu tatsächlicher Machtlosigkeit."
>
> „Und die Macht, die bisher die deutsche Nation beherrscht, ist von der hier beschriebenen Art. Es liegt innerhalb der Wahl der deutschen Nation, das zu ändern. Die oben angeführten Worte des Präsidenten bilden natürlich eine Bedingung, die dem Frieden vorangehen muß, wenn anders der Friede durch die Handlungsweise des deutschen Volkes selbst kommen soll. Der Präsident fühlt sich verpflichtet zu sagen, daß nach seinem Urteil die ganze Durchführung des Friedens von der Bestimmtheit und dem zufriedenstellenden Charakter der Bürgschaften abhängen wird, die in dieser grundlegenden Frage gegeben werden können. Es ist unumgänglich notwendig, daß die gegen Deutschland verbundenen Regierungen unzweideutig wissen, mit wem sie es zu tun haben."

2. Deutlicher heißt es im letzten Absatz seiner Note vom 23. Oktober:

> „Der Präsident hält es für seine Pflicht, ohne alle Versuche, das, was schroff klingt, zu mildern, auszusprechen, daß die Völker der Welt kein Vertrauen in die Worte derjenigen setzen und setzen können, die bisher die Herren der deutschen Politik gewesen sind."

3. Am Schluß der Note sagt er:

> „Wenn sie (die amerikanische Regierung) jetzt mit den militärischen Beherrschern und monarchischen Autokraten Deutschlands verhandeln soll oder zu gewärtigen hat, später mit ihnen über die völkerrechtlichen Verpflichtungen des Deutschen Reiches verhandeln zu müssen, muß sie statt Friedensverhandlungen Uebergabe verlangen."

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Es hat bisher nicht unzweideutig festgestellt werden können, ob der Präsident mit diesen Wendungen nur das System und die verfassungsrechtlichen Bestimmungen treffen will, oder ob er bestimmte Persönlichkeiten im Auge hat. Versuche zur Klarstellung sind gemacht worden und noch im Gange, haben aber ein endgültiges Ergebnis bisher nicht gehabt. Das neutrale Ausland faßt Wilsons Absichten überwiegend dahin auf, daß er tatsächlich die Thronentsagung wünscht. Diese Ansicht gründet sich auf die Auslegung der Wilsonschen Kundgebungen, auf Eindrücke aus Unterredungen mit den Vertretern Amerikas und der Entente, insonderheit auf folgende Erwägungen:

„Wilson selbst wünscht den Rechtsfrieden auf der Basis seiner Programmpunkte. Die Entente sträubt sich gegen die Annahme dieses Programms. Sie wünscht den Friedensschluß auf Grund ihrer eigenen, sehr viel härteren Bedingungen. Ebenso fordert in Amerika die republikanische Partei unter Führung Roosevelts die unbedingte Unterwerfung Deutschlands. Von diesen Strömungen ist der Politiker Wilson um so abhängiger, als am 5. November die Wahlen zum amerikanischen Repräsentantenhaus bevorstehen, in dem die demokratische Partei, also Wilsons Partei, wenige Stimmen Mehrheit besitzt. Gehen diese Stimmen verloren, so wird dem Präsidenten die Durchführung seines Friedensprogramms erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. Denn trotz aller Machtbefugnisse ist der amerikanische Präsident letzten Endes doch von der Stimmung der Wähler abhängig. Wenn also auch Wilson persönlich die Thronentsagung als eine Forderung ansieht, die für ihn erst in zweiter Linie steht, so bedarf er doch dieses Symbols, um der Entente und der amerikanischen öffentlichen Meinung durch einen augenfälligen Erfolg zu beweisen, daß sein Kriegsziel, die Demokratisierung der Welt, durch Beseitigung der deutschen Militärautokratie erreicht ist. Verfassungsänderungen genügen diesem Zwecke nicht, da die amerikanischen Massen die deutsche Verfassung und damit auch ihre Aenderungen nicht verstehen. Der Kaiser hingegen ist in der amerikanischen öffentlichen Meinung, wie die Lektüre der Zeitungen und der illustrierten Blätter zeigt, die Personifikation von Autokratie und Militarismus. Die Thronentsagung würde daher als ein nicht wegzuleugnender Erfolg der Wilsonschen Politik seine Stellung stärken und ihm voraussichtlich trotz aller Widerstände die Durchführung seines Programms ermöglichen. Ohne diese Stärkung seiner Stellung wird befürchtet, daß Wilson dem Drucke nachgeben muß und Deutschland verschärfte Friedensbedingungen im Sinne der Entente auferlegt werden."

gez. Solf

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 96a*)

Der Chef des Generalstabes des Feldheeres Generalfeldmarschall von Hindenburg an den Reichskanzler Prinzen Max von Baden

Schreiben

Großes Hauptquartier, den 1. November 1918

Zu meinem Bedauern habe ich erfahren, daß der Armeebefehl, den ich am 24. Oktober zur Erläuterung der Antwort des Präsidenten Wilson erlassen habe**), die Auslegung erfahren hat, daß er sich im bewußten Gegensatz zu den Absichten der Reichsleitung befinde oder diesen vorgreifen wolle.

Ich lege daher Wert darauf, Euerer Großherzoglichen Hoheit darzulegen, wie dieser Armeebefehl zustande kam und in der Pressebesprechung am 25. Oktober bekanntgegeben wurde.

Nachdem am 24. Oktober vormittags im Großen Hauptquartier die Antwort des Präsidenten Wilson bekannt geworden war, mußte erwogen werden, wie sie den Truppen erläutert werden sollte. Es mußte vermieden werden, daß sie ohne Erläuterung durch die Zeitungen oder durch Funksprüche den Truppen bekannt wurde. Die zuständigen Bearbeiter entwarfen daher ein für die Armeeoberkommandos bestimmtes Telegramm, das sich auf Ausführungen stützte, die nach telephonischer Mitteilung am 24. Oktober in einer beim Auswärtigen Amt stattgehabten Besprechung mit Vertretern der Presse abgegeben waren. Bei dieser Besprechung hatten Oberst v. Haeften vom militärischen Standpunkt und Geheimrat v. Stumm vom politischen Standpunkt Ausführungen gemacht, die in dem für die Armeeoberkommandos bestimmten Telegramm verwertet wurden.

Der Telegrammentwurf wurde dem Ersten Generalquartiermeister und mir mit der Meldung vorgelegt, daß er der Auffassung der Reichsleitung entspreche. General Ludendorff wie ich trugen daher keine Bedenken, dieses Telegramm an die Armeeoberkommandos zu erlassen.

Am 25. Oktober vormittags erbat sich der Chef des Kriegspresseamts Instruktionen für die an diesem Tage stattfindende Pressebesprechung. Ihm wurde mitgeteilt, daß das vorerwähnte Telegramm zur Wilsonnote an die Armeen ergangen sei. Er schlug vor, dieses Telegramm vertraulich, als nicht zur Veröffentlichung bestimmt, den Pressevertretern mitzuteilen, weil zu erwarten sei, daß sie den Inhalt des Telegramms auf anderem Wege erfahren würden, und damit die Gefahr bestand, daß es veröffentlicht wurde. Da General Ludendorff und ich uns auf der Fahrt nach Berlin befanden, hat der zuständige Bearbeiter, ohne von uns dazu ermächtigt zu sein, sein Einverständnis erteilt, daß das für die Armee bestimmte Telegramm auch bei der Pressebesprechung als vertraulich bekannt-

*) Neu aufgenommen.
**) Vgl. Nr. 76 b.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

gegeben wurde. Er trug dazu keine Bedenken, weil er der Ansicht war, daß das Telegramm die Ansicht der Reichsleitung wiedergebe. Aus dem gleichen Grunde unterließ es der Chef des Kriegspresseamts, sich vor Bekanntgabe der ausdrücklichen Zustimmung der Reichsleitung zu versichern.

Als am 25. Oktober mittags festgestellt wurde, daß die Voraussetzung, der Inhalt des Telegramms entspreche der Auffassung der Reichsleitung, nicht zutreffe, ist angeordnet worden, das an die Armeeoberkommandos gerichtete Telegramm anzuhalten.

Euer Großherzogliche Hoheit wollen hieraus ersehen, daß der Erlaß des Telegramms und seine Bekanntgabe in der Pressebesprechung in der Annahme erfolgte, in Uebereinstimmung mit der Reichsleitung zu handeln, und daß, als festgestellt wurde, daß dies nicht der Fall war, sofort alles geschehen ist, um die Folgen des Irrtums einzuschränken.

von Hindenburg, Generalfeldmarschall

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 96b*)

Aufzeichnung über das Ergebnis der Sitzung der Staatssekretäre (erweiterter Kriegsrat)

vom Sonnabend, den 2. November 1918, nachm. 6 Uhr

Es ergab sich im Anschluß an einen Antrag Erzberger folgendes Einverständnis:

Wenn die Waffenstillstandsbedingungen entgegengenommen werden, wird außer der militärischen Persönlichkeit eine politische zugegen sein müssen. Es wird sich darum handeln, daß bei schweren Bedingungen die Verhandlungen nicht zum Abbruch gelangen, sondern daß sofort Gegenfragen gestellt werden über unklare Punkte, die nicht gleich beantwortet werden können, so daß sich ein Fortgang der Verhandlungen von selbst ergibt. Hierzu wäre, soweit sich die Verhältnisse ohne eine Erklärung des Auswärtigen Amts und der Obersten Heeresleitung beurteilen lassen, außer Exzellenz v. Hintze noch ein Staatssekretär zuzuziehen, der die Lage von hier aus kennt, am besten der Staatssekretär des Auswärtigen Amts, im Falle seiner Unabkömmlichkeit ein anderes Mitglied des Kriegsrats. Von Exzellenz Erzberger wurde Exzellenz Haußmann vorgeschlagen. Ueber die Personenfrage soll aber nicht verhandelt werden, bevor das Auswärtige Amt mit der Obersten Heeresleitung in schleunige Verbindung getreten ist.

Hierum soll der Staatssekretär des Auswärtigen Amts sofort ersucht werden.

*) Neu aufgenommen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 97

Der Kaiserliche Gesandte in München, v. Treutler, an das Auswärtige Amt

Telegramm

Telephonisch übermittelt: 7 Uhr nachm.

München, den 2. November 1918

Unabhängige Sozialdemokraten werden morgen hier eine Versammlung abhalten, die die Abdankung des Kaisers fordern wird.

gez. Treutler

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 98

Der Kaiserliche Gesandte in Bern v. Romberg an das Auswärtige Amt

Telegramm
Abgegangen: 3. November 10 Uhr 20 Min. nachm.
Angekommen: 4. November 3 Uhr 5 Min. vorm.

Bern, den 3. November 1918

Dringend
Ganz geheim

Verschiedene Vertrauensleute bestätigen unabhängig voneinander, daß ausschlaggebender Einfluß Wilsons erheblich gefährdet sei, und daß er wegen Ausbleibens des Erfolges in der Abdankungsfrage zur Anwendung der in seiner Note erwähnten zweiten Alternative, der bedingungslosen Kapitulation, gezwungen sein würde. Besonders schädlich scheint eine Nachricht bei der Entente gewirkt zu haben, wonach im Bundesrat von Bayern die Abdankung des Kaisers vergeblich gefordert worden sei und in Bayern an maßgebender Stelle der Eindruck bestehe, daß Seine Majestät der Kaiser den Plan verfolge, bei der ersten Gelegenheit die neue deutsche Regierung zu stürzen. Es wird sogar behauptet, daß Bayern Abgesandten der Entente zu verstehen gegeben hätte, daß Bayern sich von der Reichspolitik unter Umständen lossagen würde. Von zwei verschiedenen Seiten wird mir berichtet, daß in der Entente mit Bayerns Sonderbestrebungen ernst gerechnet werde. Diese Tatsache scheint jedenfalls richtig zu sein, ganz gleichgültig, ob die abenteuerlich klingende Nachricht von den bayerischen Emissären auf Schwindel beruht oder nicht.

Ein bewährter italienischer Freund teilt mir mit, daß unter den italienischen Sozialisten starke Neigung bestehe zu einer Kooperation mit einer wirklich demokratischen deutschen Regierung, die Person des Kaisers aber ausschließe.

gez. Romberg

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 98a*)

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte Freiherr von dem Bussche an den Staatssekretär a. D. von Hintze im Grossen Hauptquartier

Telegramm

Abgegangen: 3. November, 10 Uhr nachm. — Angekommen: 4. November, vorm.

Berlin, den 3. November 1918

Gesandter Haag meldet unterm 2. November:

Von durchaus zuverlässiger diplomatischer Seite erfahre ich folgendes:

„Die Stimmung bei Ententelager ist sehr kriegerisch, auch in amerikanischer Gesandtschaft. Französische militärische Kreise hoffen, daß Waffenstillstandsbedingungen abgelehnt und propagieren, sie könnten kaum angenommen werden. Ehrgeiz französischer Armee verlange Verlegung Kriegsschauplatzes auf deutsches Gebiet; man wolle keinen Frieden, ohne dies erreicht zu haben.

Foch sei wenig zufrieden mit amerikanischen Leistungen an der Maas und werde die Leitung dort selbst in die Hand nehmen. Hierbei sollen größere französische Verbände teilnehmen. Entsprechende Truppenverschiebungen bereits eingeleitet."

gez. Bussche

*) Neu aufgenommen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 99

Der Vertreter des Auswärtigen Amtes bei Seiner Majestät Wirklicher Legationsrat von Grünau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Abgegangen: 8 Uhr nachm. — Angekommen: 9 Uhr 10 Min. nachm.

Hofzug, den 5. November 1918

Der Kaiser ließ mich eben rufen, um Seine Gedanken über Fortführung des Friedensgesprächs unabhängig von Waffenstillstandsverhandlungen näher auszuführen.

Nach den Vorgängen mit der Türkei und Oesterreich müsse damit gerechnet werden, daß die Bedingungen so weitgehend und erniedrigend seien, daß die Armee sich weigere, sich ihnen zu beugen. Daraus könne leicht ein Gegensatz zwischen der Auffassung der Armee und derjenigen der Regierung und den Wünschen des Volkes, das den Frieden wolle, entstehen. Vielleicht liege ein solcher Zwiespalt auch in der Absicht der Entente, um politisch unsere Widerstandskraft im kritischen Augenblick zu schwächen. Dieser Zwiespalt werde den Kaiser und die Regierung in eine höchst schwierige Lage bringen. Daher müsse darauf Bedacht genommen werden, Friedensverhandlungen unabhängig von den Verhandlungen über den Waffenstillstand anzubahnen und ihre Fortsetzung zu ermöglichen, selbst wenn die Verhandlungen über den Waffenstillstand scheiterten.

Der Waffenstillstand führe noch nicht ohne weiteres zum Frieden, wohl aber könnte sich aus dem Fortschreiten der Friedensverhandlungen eine Situation ergeben, in der Waffenstillstand oder wenigstens Waffenruhe leichter zu erzielen sei als heute.

Die Einleitung von Friedensverhandlungen, für die wir durch die Annahme des Wilsonschen Programms, durch die Zusage der Räumung, die tatsächliche Einstellung des U-Boot-Krieges und die innere Umgestaltung die Voraussetzungen geschaffen hätten, werde es erleichtern, eventuell bezüglich der Waffenstillstandsbedingungen hartnäckiger zu sein, da wir dann im Falle harter Bedingungen für den Waffenstillstand nicht ohne weiteres vor die Alternative gestellt werden, Annahme oder Abbruch mit nach außen hin in Erscheinung tretender Aufnahme des Endkampfes.

Die Kampfhandlungen würden dann ohne Aenderung ihres Charakters weitergehen, bis der Stand der Friedensverhandlungen den Eintritt der Waffenruhe ermöglicht.

Um die Friedens- von den Waffenstillstandsverhandlungen zu lösen und den Friedensfaden fortzuspinnen, ist der Kaiser auf die Anregung gekommen, die Waffenstillstandsverhandlungen auf dem Wege der Verhandlung von Armee zu Armee zu leiten. Ausgangspunkt hierfür könne sein, daß Wilson selbst die Festsetzung der Waffenstillstandsbedingungen als Aufgabe des Militärs bezeichnet habe. Wenn man dies aufgriffe und äußer-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

lich den Militärs überlasse, könne man vielleicht die Friedensverhandlungen von etwas nicht Dazugehörigem entlasten und damit fördern, zumal jetzt Wilson bei der Entente nicht durchzudringen scheine. Konsolidiere sich aber die Front weiter, wie dies in den letzten Wochen geschehen sei, und verlangsame sich der Erfolg der Entente auch infolge der schlechten Jahreszeit und komme man mit den Friedensverhandlungen weiter, so würde der Einfluß Wilsons und der friedensfreundlichen Elemente in der Entente sich erhöhte Geltung verschaffen können. Seine Majestät würde es sehr interessieren, die Ansicht der Regierung über diese Anregung zu erfahren.

gez. Grünau

Eigenhändige Randbemerkung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Dr. Solf vom 6. November: „Antwort erübrigt sich, nachdem Seine Majestät über Note und Waffenstillstandskommission bereits unterrichtet ist".

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 100

Sitzung der Staatssekretäre am 5. November 1918

Protokollauszug

Anwesend:

Der Reichskanzler,
Exzellenzen von Payer,
Friedberg,
General Gröner,
Scheüch,
Graf Rödern,
Drews,
von Waldow,
von Krause,
von Mann,
Haußmann,
Bauer,
Scheidemann,
Solf,
Erzberger,
Gröber,
Trimborn,
Rüdlin,
Göppert,
General Hoffmann,
General von Winterfeldt,
Oberst von Haeften,
Major von dem Bussche,
Major Brinckmann,
Major von Harbou,
Direktor Deutelmoser,
Geheimrat Simons,
Geheimrat Nadolny,
Geheimrat Prinz Hatzfeld,
Geheimrat von Schlieben

Gröner*): Ich habe das dringende Bedürfnis gefühlt, hierherzukommen, um Ihnen über die Lage, wie ich sie auffasse, Auskunft zu geben. Ich halte es für dringend nötig, daß wir in allerengster Verbindung zusammenarbeiten und daß wir alle Entschlüsse, die wir zum Wohle des Vaterlandes fassen müssen, einmütig finden und durchführen.

Ich möchte zuerst auf die operative Gesamtlage kommen und mit wenigen Worten einen Rückblick geben, weil aus diesem Rückblick das Verständnis für unsere heutige Lage mit zwingender Logik folgt.

*) Der nachstehende Vortrag Gröners ist wörtlich verlesen worden.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Die politische Einkreisung der Friedensjahre ist restlos zu einer militärischen geworden. 1915 bis 1917 haben wir versucht, die Einkreisung zu durchbrechen und den Ring zurückzudrängen; dies ist zum Teil gelungen — nach Osten und Südosten. Dadurch haben wir unzweifelhaft eine wesentliche wirtschaftliche Stärkung zum Durchhalten erreicht, dafür eine militärische Schwächung in den Kauf genommen durch die Ausdehnung der Räume, die mit unseren Kräften nicht in Einklang stand. 1918 wurde ein erneuter Versuch gemacht, am stärksten Teil des Ringes, im Westen, die Entscheidung herbeizuführen. Der Versuch ist mißlungen. Damit rückte die Gefahr des Zusammenbruches unserer Verbündeten in allerbedrohlichste Nähe und ist sogar in einem Maße und einer Schnelligkeit eingetreten, wie sie nicht erwartet wurde.

Damit wurde freie Bahn für unsere Feinde geschaffen, die Einkreisung unmittelbar an die deutschen Grenzen heranzutragen. Die entschlossene und zielsichere politische Kriegführung unserer Feinde unter dem diktatorischen Dreigestirn Wilson, Clemenceau und Lloyd George läßt erwarten, daß auch die militärische Führung die vollkommenste Kriegsentscheidung, die Umzingelung und Kapitulation des deutschen Volkes, anstreben wird. Dabei finden die militärischen Operationen unserer Feinde eine kräftige Unterstützung in dem Bolschewismus, der von Osten und Südosten in unser Volk und Heer eindringt.

Bei längerer Fortsetzung des Krieges ist die Möglichkeit in unser Kalkül einzustellen, daß nicht nur die Rumänen den Krieg wieder aufnehmen, sondern auch die Tschechoslowaken und andere Teile unserer bisherigen Verbündeten aktiv die Operationen unserer Feinde unterstützen. Die passive Unterstützung ist ihnen schon durch die Waffenstillstandsbedingungen in der schärfsten Weise auferlegt.

Auf die zahlenmäßig große Ueberlegenheit unserer Feinde, nachdem das deutsche Heer auf sich allein gestellt ist, brauche ich nicht weiter hinzuweisen.

Es liegt nahe, unsere militärischen Kräfte durchaus zu konzentrieren und alle auf dem weiten Ringe im Südosten und Osten noch befindlichen Teile an die deutsche Grenze zurückzuziehen. Dies ist bereits befohlen für alle Truppen in Ungarn und Rumänien. Wir hoffen, daß ein Abtransport mit der Eisenbahn möglich sein wird; andernfalls müssen sie sich durchschlagen. Die geringen Truppen und Formationen, die sich noch auf dem italienischen Kriegsschauplatz befinden, sind auf dem Rückwege. Wie die Truppen aus Kleinasien herauskommen werden, ist noch nicht zu übersehen.

Besonderer Erwägung bedarf es, ob es geboten ist, die Truppen im Osten einschließlich Ukraine zu belassen. Abgesehen von politischen und wirtschaftlichen Momenten ist zu bedenken, daß mit dem Zurückziehen der Truppen der Bolschewismus der aufgegebenen Gebiete sich bemächtigt und unserem Vaterlande auf den Leib rückt. Sollten wir durch unsere Feinde gezwungen werden, den Krieg bis zur völligen Unterwerfung fortzusetzen,

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

so bleibt nichts übrig, als auch diese Truppen zur unmittelbaren Verteidigung unserer Landesgrenzen zurückzuziehen.

Eine sofortige Aufgabe des gesamten Ostens zwecks Verstärkung des Westheeres erscheint, abgesehen von allen anderen, auch aus militärischen Gründen nicht geboten. Schnell*) würden die Truppen im Westen wegen der Transportlage, insbesondere in der Ukraine, doch nicht erscheinen können; die Kampffähigkeit dieser Truppen ist den Anforderungen des Westens nicht gewachsen, ihr innerer moralischer Wert durch die östlichen Einflüsse erschüttert. Es liegt die Gefahr der Infizierung der noch braven Truppen des Westheeres vor. Vor dem Einsatz dieser Osttruppen im Westen müßten sie eine längere stramme Ausbildungszeit erhalten.

Die politische Kriegsleitung hat zu entscheiden, ob aus politischen und wirtschaftlichen Gründen das Verbleiben der Truppen im Osten wertvoller ist.

Ich komme auf die einzelnen Kriegsschauplätze.

An der Reichsgrenze gegen das bisherige österreichisch-ungarische Gebiet sind Grenzschutzmaßnahmen getroffen. Nachdem die Reichsregierung die Erlaubnis zum Betreten Tiroler Bodens gegeben hat, wird der Schutz Bayerns an den taktisch günstigsten Stellen im Gebirge erfolgen können. Sobald die dringende Notwendigkeit eintritt, hat der kommandierende General II. bayr. Armeekorps die Ermächtigung, die Brennerbahn zu zerstören. Außer den bayerischen Ersatztruppen sind zunächst für Tirol zwei Divisionen verfügbar. Das Alpenkorps soll aus Ungarn herangeführt werden. An der sächsischen und schlesischen Grenze sind Grenzschutz-Detachements in der Bildung begriffen. Das Generalkommando VI. Armeekorps ist nach Görlitz herangeführt.

Wenn auch ein Vorgehen deutscher Truppen auf böhmischem Boden aus rein militärischen Gründen zur Zeit nicht geboten ist, würde doch die Besetzung gewisser Punkte des deutschen Randgebietes zum Schutze der Bewohner gegen Mord und Plünderung in Frage kommen und durch die Reichsregierung baldigst zu entscheiden sein. In militärischer Beziehung käme zur Zeit lediglich die Besetzung von Bahnknotenpunkten jenseits der Grenze in Frage.

Die aus Rumänien und Südungarn zurückkommenden Truppen sind zunächst für eine Verwendung auf dem neuen südlichen Kriegsschauplatz vorgesehen. Sollten die Truppen aus der Ukraine zurückgezogen werden, so würden auch diese zum Teil für den Schutz der Südgrenze zur Verfügung stehen.

Ein Vorgehen des Feindes über Odessa durch die Ukraine und Polen gegen die deutsche Ostgrenze ist für eine geraume Zeit weniger wahrscheinlich.

---

*) Im Original gesperrt.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Westfront. Die Aeußerungen hierüber sind das Ergebnis einer Aussprache mit den Armee-Oberkommandos. Seit Monaten steht die Westfront in schwerem Kampf. Während der Engländer zwischen Cambrai und St. Quentin immer wieder den Durchbruch versuchte, liefen Franzosen und Amerikaner gegen unsere Stellungen zwischen Suippes und Maas an. An verschiedenen Stellen kam es zu tiefen Einbrüchen. Da der Mangel an Reserven ein erfolgreiches Halten nicht möglich erscheinen ließ, wurde es nötig, unsere Front in kürzere, zur Abwehr geeignetere Linien zurückzunehmen. Es wurde daher die Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht allmählich in die allgemeine Linie Gent—Tournai—Valenciennes—Landrecies und im Anschluß daran die Heeresgruppe Deutscher Kronprinz hinter die Abschnitte der Oise—Serre—Aisne und Aire zurückgenommen. Der Feind drängte stets bald nach und erneuerte seine Angriffe. Während der Engländer seine Hauptkräfte auch weiterhin zum Durchbruch in Richtung Maubeuge ansetzte und unterstützt von Franzosen und von Amerikanern seine Angriffe in Flandern wiederholte, richtete sich der Hauptstoß der Franzosen und Amerikaner gegen die Front zwischen Oise und Serre, gegen die Front beiderseits der Aisne westlich Rethel und gegen die Front zwischen Vouzieres und der Maas.

Die Schwierigkeit, die augenblicklichen Stellungen dauernd zu halten, liegt in erster Linie in dem Mangel an Reserven und Ersatz. Ende Oktober verfügte die Entente an der Westfront über 96 Divisionen in Reserve gegenüber 58 deutschen Divisionen. Dieses Zahlenverhältnis hat sich durch die notwendig gewordene Entsendung von Truppen an die deutsche österreichische Grenze und infolge der Zurücknahme der österreichischen Divisionen an der Westfront weiter zu unseren Ungunsten verschoben. Die durchschnittliche Bataillonsstärke beträgt beim Franzosen etwa 600, beim Engländer etwa 700, beim Amerikaner etwa 1200, während sie bei uns auf durchschnittlich 500 Mann gesunken ist. So ist es nötig, Divisionen, die abgekämpft und übermüdet aus der Front zurückgezogen waren, oft nach wenigen Tagen der Ruhe und ohne ausreichende Zuführung von Ersatz wieder einzusetzen.

Mit der Fortsetzung der starken feindlichen Angriffe ist zu rechnen. Es ist daher mehrfach sehr ernst der Entschluß erwogen worden, die Armee in eine kürzere und Kräfte ersparende Linie, in der ungefähren Linie Antwerpen—westlich Brüssel—Charleroi—Maas zurückzunehmen. Dagegen sprachen aber schwerwiegende Gründe. Die politische Lage erforderte es, so lange als möglich größeren Geländeverlust zu vermeiden. Die vollständige Räumung des aufzugebenden Gebietes, in dem sich noch bis vor wenigen Tagen 80 000 Verwundete befanden und das mit ungeheuren Vorräten an Kriegsmaterial und Vorräten aller Art angefüllt ist, ist nicht unter mehreren Wochen durchzuführen. Die Eisenbahnlage im besetzten Gebiet, die schon jetzt äußerst gespannt ist, wird sich bei der Zurücknahme der Front durch den Verlust eines engmaschigen Eisenbahnnetzes mit zahlreichen leistungsfähigen Betriebsbahnhöfen aufs neue der-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

art verschärfen, daß zwar eine notdürftige Versorgung der Truppen in der neuen Stellung durchführbar erscheint, die Möglichkeit zu schnellen Truppenverschiebungen hinter der Front aber nahezu aufhört. Auch führt jeder Schritt rückwärts zu einer Einschränkung unseres wirtschaftlichen Lebens und damit vor allem zur Schädigung unserer Kriegsindustrie.

Immerhin kann die Oberste Heeresleitung den Entschluß, weiter auszuweichen, nicht länger herausschieben. Ihre erste Pflicht ist und bleibt es, eine entscheidende Niederlage des Heeres unter allen Umständen zu vermeiden. Gelingt dem Feind der Durchbruch, so besteht aber diese Gefahr, da die Oberste Heeresleitung über genügende kampfkräftige Reserven nicht mehr verfügt. Schwenkt die nördliche Heereshälfte somit allmählich in die angegebene Linie zurück, so ist zu hoffen, daß für etwa 14 Tage schwere Kämpfe vermieden werden, damit etwas Zeit und Ruhe für die ermüdete Truppe gewonnen wird. Die militärische Lage verbessert sich aber im großen nicht, da die Stellung nicht fertig ausgebaut ist und die Eisenbahn- und Wirtschaftsfragen sich erheblich verschlechtern. Bei der Zurücknahme der Front ist es nicht zu vermeiden, daß ein größerer Teil Belgiens wieder schwer geschädigt wird. Wenn auch durch schärfste Befehle jede Verwüstung des Landes verboten ist, so sind die aus militärischen Gründen notwendigen Zerstörungen und Härten für die betroffene Bevölkerung nicht zu vermeiden.

Die Berichte über die Stimmung im Heere lassen erkennen, daß einzelne Divisionen trotz langen Einsatzes und erheblicher Verluste sich bewundernswert schlugen, während andere, die frisch in den Kampf kamen, ohne klar erkennbare Gründe versagten. Jedenfalls haben das Waffenstillstandsangebot und die mutlosen und unzufriedenen Presseäußerungen niederdrückend auf die Stimmung gewirkt. Von allen Seiten wird immer wieder gemeldet, daß die aus der Heimat zurückkehrenden Urlauber und die aus dem Osten herangeführten Ersatzmannschaften die Stimmung ungünstig beeinflussen. Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß die letzteren häufig von bolschewistischem Geiste angehaucht sind. Wo es gelungen ist, die Stimmung hochzuhalten, ist es insonderheit das Verdienst einzelner tatkräftiger Vorgesetzter. Es ist daher von ausschlaggebender Bedeutung, alles zu tun, um das Offizierkorps durch Ausbildung, richtige Anleitung und Erziehung wieder auf die Höhe zu bringen. Dazu ist aber erforderlich, daß auch in der Heimat alles getan wird, um die Stellung und das Ansehen des Offiziers wieder zu heben und jeder verhetzenden Propaganda scharf entgegenzutreten.

Beim Feinde sind die Verhältnisse fraglos günstiger. Durch die große Zahl der Reserven ist er in der Lage, seinen Divisionen längere Ruhezeit zu gewähren. Seine nach übereinstimmenden Meldungen der Truppe schweren Verluste konnte er bisher noch verhältnismäßig schnell durch Einstellung von Ersatz ausgleichen. Immerhin mehren sich die Anzeichen, daß auch dort die Stimmung, vor allem bei den Franzosen, schlechter wird, und daß die feindlichen Infanterieangriffe nicht mehr mit alter Kraft geführt

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

werden. Trotzdem hält unsere ermüdete Infanterie der schwächlich angreifenden feindlichen Infanterie nicht immer stand, wenn sie durch eine überwältigende Artillerie und zahlreiche Panzerwagen unterstützt wird.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß die militärische Lage sich weiter verschärft hat. Wenn das Heer noch ungeschlagen ist, so ist dies dem in der Masse des Heeres noch vorherrschenden pflichttreuen und tapferen Geiste zuzuschreiben. Mehr und mehr tritt im Kampfe hervor die Macht der einzelnen Persönlichkeit, ob Offizier oder Mann. Dort, wo in den Herzen der Feldgrauen noch das heilige Feuer vaterländischer Begeisterung glüht, wird auch die leuchtende Tat geboren, und der Ansturm des Feindes zerschellt an dem freudigen Entschluß unserer braven Leute, das Leben für die Heimat hinzugeben. Wie soll etwa dieses heilige Feuer erhalten bleiben, wenn aus der Heimat durch die Polemik der Presse, durch die zurückkehrenden Urlauber, durch die aus russischer Gefangenschaft Heimgekehrten und Wiedereingestellten eiskalte und die Truppen entnervende Güsse über das Heer ausgeschüttet werden. Was wir von der Heimat fordern, ist nicht Kritik und Polemik, sondern Stärkung und Stählung von Herz und Seele. Wenn nicht schleuniger Wandel geschieht, richtet die Heimat das Heer zugrunde. Das habe ich pflichtgemäß hier zu erklären. Ebenso hat mich der Generalfeldmarschall beauftragt, in der Frage der Abdankung des Kaisers wörtlich zu erklären, daß er sich für einen Schuft hielte, wenn er den Kaiser verlassen würde, und so, meine Herren, denke ich und alle ehrliebenden Soldaten. Wie sollen die Tausende und aber Tausende von tapferen Offizieren und Soldaten den Entschluß zum Opfertode finden, wenn in ihre Herzen und Gewissen der Zwiespalt hineingetrieben wird. Wovon man in der Heimat keine Ahnung zu haben scheint, das ist die Psychologie des Heeres, das sind die Imponderabilien, auf denen der Gehorsam ruht. Hört die Hetze gegen den Kaiser nicht auf, so ist das Schicksal des Heeres besiegelt, es läuft auseinander. In der nach der Heimat zurückströmenden Soldateska bricht die menschliche Bestie hervor.

Des Generalfeldmarschalls und meine Gesamtauffassung ist: Der schlimmste Feind, dessen das Heer sich zu erwehren hat, ist die Entnervung durch die Einflüsse der Heimat, ist der drohende Bolschewismus.

Nur noch von kurzer Dauer kann der Widerstand sein, den das Heer dem Ansturm der äußeren Feinde bei deren gewaltigen Ueberzahl und angesichts der Bedrohung von Oesterreich-Ungarn her zu leisten vermag. Eine genaue zeitliche Befristung des Widerstandes läßt sich nicht geben, da diese einerseits von dem Verhalten der Heimat, andererseits von den Maßnahmen und dem moralischen und materiellen Zustand des Heeres abhängt. Die Beurteilung dieses Faktors ist zu leicht Selbsttäuschungen ausgesetzt, weshalb ich mich einer Aeußerung enthalten muß. Die Rettung des Deutschen Reiches vor innerer Zersetzung und Zerfall ist es, wenn das Gefüge des Heeres fest, der Wille zum gemeinsamen Vaterlande ungebrochen und der Geist im Gehorsam erhalten bleibt.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Scheidemann fragt, ob die neuere Einziehung für die Stärkung der Kampfkraft des Heeres irgendwelche Bedeutung haben könnte. . . .

Gröner: Die neueingestellten Leute würden nur zum kleinsten Teile aus der Industrie genommen. Sie kämen auch nicht gleich in die kämpfende Truppe, sondern würden in die Rekrutendepots gestellt und ausgebildet. Erst wenn sie wieder fest geworden seien, würden sie zur Kampftruppe gebracht. Es sei unbedingt notwendig, diese Leute einzuziehen, weil wir auf alles vorbereitet sein müßten. Er verkenne nicht, daß dadurch Unruhe geschaffen werde. Ein Verzicht auf diese Ersatzmannschaften sei aber angesichts der augenblicklichen Lage nicht möglich. . . .

Erzberger: Die Grundgedanken der Ausführungen des Generals Gröner seien seiner Ansicht nach folgende:

1. Eine Verbesserung der militärischen Lage sei nicht zu erwarten.
2. Eine Zurücknahme bis an die Grenze sei in Aussicht zu nehmen.
3. Wie lange wir die Reichsgrenze oder die Maaslinie halten könnten, sei ungewiß.

Könne General Gröner die Verantwortung übernehmen, daß noch weiteres Blut vergossen werde, wenn die Lage sich nicht verbessern lasse?

Gröner wünsche, daß der Bolschewismus bekämpft werde. Zahlreiche Nachrichten gingen aber dahin, daß die schlechte Stimmung von der Front nach der Heimat getragen werde. Sei die schlechte Stimmung nicht auch mit darauf zurückzuführen, daß das Offizierkorps die Politik der neuen Regierung nicht mitmache und wünsche, daß es zur nationalen Verteidigung kommen soll?

Gröner: Die Fragen zu 1 und 2 könne er mit Ja beantworten. Für die dritte Frage könne er keine feste Frist angeben, da die Faktoren, welche den Widerstand verbürgten, nicht genau zu bestimmen seien. Bleibe die Armee im Gehorsam und der ausgezeichnete Geist dieser erhalten, so würden wir uns in rückwärtigen Stellungen noch einige Zeit halten können. Es komme ganz darauf an, ob Gegner seine Angriffsmöglichkeiten ausnutze. Eine feste Zeit für den möglichen Widerstand könne er nicht angeben. Wir könnten aber dadurch Zeit gewinnen für die Vorbereitung der Fortsetzung der Verhandlungen. Es müsse aber von der Heimat gesagt werden, die Armee müsse festhalten bis zum Abschluß. Daß schlechte Stimmung von der Front in die Heimat getragen werde, sei schon möglich, es werde hier wohl eine Wechselwirkung stattfinden. Bleibe die Armee ungebrochen, so würden wir bessere Bedingungen erhalten und für den Aufbau im Frieden eine bessere Grundlage haben . . . Die Neuordnung in der Heimat habe natürlich im Offizierkorps verschiedene Regungen hervorgerufen, aber wenn Regierung und Reichskanzler zusammenstehen und sagen, wir wollen den Bolschewismus bekämpfen, so stehe das Offizierkorps geschlossen hinter ihnen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Die nötige Zeit für Verhandlungen wird sicher von uns geschafft werden. Wenn wir Glück hätten, könnte die Zeit länger sein, bei Unglück kürzer; danach müßten die Verhandlungen in taktischer Hinsicht eingerichtet werden. Deshalb erstrebe er engste Verbindung mit der Reichsleitung.

Erzberger fragt, was General Gröner als kürzeste Frist ansehe, wenn alle ungünstigen Umstände zusammenfielen? Die Reichsleitung dürfte nicht noch einmal in Verlegenheit gesetzt werden.

Gröner: Gegenwärtig sei eine großzügige Rückzugsoperation eingeleitet. Diese sei bisher gut und glücklich verlaufen. Es komme darauf an, ob eine erhebliche Einwirkung des Feindes stattfinde, so insbesondere, ob an einer bestimmten sehr wichtigen Stelle alle Angriffe restlos abgewiesen werden könnten. Er sei nicht in der Lage, die Frage einwandfrei zu beantworten und bitte, sich noch einige Tage zu gedulden, bis die Operationen beendet seien . . .

(Folgt Beratung anderer Fragen.)

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 101

Wilsons vierte Note vom 5. November

Angekommen: 6. November, 11 Uhr 50 nachm.

In meiner Note vom 23. Oktober 1918 habe ich Ihnen mitgeteilt, daß der Präsident seinen Notenwechsel den mit den Vereinigten Staaten verbundenen Regierungen übermittelt hat mit dem Anheimstellen, falls diese Regierungen geneigt sind, den Frieden zu den angegebenen Bedingungen und Grundsätzen herbeizuführen, ihre militärischen Ratgeber und die der Vereinigten Staaten zu ersuchen, den gegen Deutschland verbundenen Regierungen die nötigen Bedingungen eines Waffenstillstandes zu unterbreiten, der die Interessen der beteiligten Völker in vollem Maße wahrt und den verbundenen Regierungen die unbeschränkte Macht sichert, die Einzelheiten des von der deutschen Regierung angenommenen Friedens zu gewährleisten und zu erzwingen, wofern sie einen solchen Waffenstillstand vom militärischen Standpunkt für möglich halten.

Der Präsident hat jetzt ein Memorandum der alliierten Regierungen mit Bemerkungen über diesen Notenwechsel erhalten, das folgendermaßen lautet:

> „Die alliierten Regierungen haben den Notenwechsel zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und der deutschen Regierung sorgfältig in Erwägung gezogen. Mit den folgenden Einschränkungen erklären sie ihre Bereitschaft zum Friedensschlusse mit der deutschen Regierung auf Grund der Friedensbedingungen, die in der Ansprache des Präsidenten an den Kongreß vom 8. Januar 1918, sowie der Grundsätze, die in seinen späteren Ansprachen niedergelegt sind. Sie müssen jedoch darauf hinweisen, daß der gewöhnlich sogenannte Begriff der Freiheit der Meere verschiedene Auslegungen einschließt, von denen sie einige nicht annehmen können. Sie müssen sich deshalb über diesen Gegenstand bei Eintritt in die Friedenskonferenz volle Freiheit vorbehalten.
>
> Ferner hat der Präsident in den in seiner Ansprache an den Kongreß vom 8. Januar 1918 niedergelegten Friedensbedingungen erklärt, daß die besetzten Gebiete nicht nur geräumt, sondern auch wiederhergestellt werden müßten. Die alliierten Regierungen sind der Ansicht, daß über den Sinn dieser Bedingungen kein Zweifel bestehen darf. Sie verstehen dadurch, daß Deutschland für allen durch seine Angriffe zu Wasser und zu Lande und in der Luft der Zivilbevölkerung der Alliierten und ihrem Eigentum zugefügten Schaden Ersatz leisten soll."

Der Präsident hat mich mit der Mitteilung beauftragt, daß er mit der im letzten Teil des Memorandums enthaltenen Auslegung einverstanden

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

ist. Der Präsident hat mich ferner beauftragt, Sie zu ersuchen, der deutschen Regierung mitzuteilen, daß Marschall Foch von der Regierung der Vereinigten Staaten und den alliierten Regierungen ermächtigt worden ist, gehörig beglaubigte Vertreter der deutschen Regierung zu empfangen und sie von den Waffenstillstandsbedingungen in Kenntnis zu setzen.

gez. Robert Lansing

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

XI

Der Abschluß des Waffenstillstandes

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 102

Der Staatssekretär a. D. im Grossen Hauptquartier v. Hintze an das Auswärtige Amt

Telegramm

Abgegangen: 2 Uhr 55 Min nachm. — Angekommen: 3 Uhr 55 Min. nachm.

Großes Hauptquartier, den 7. November 1918

Deutsche Waffenstillstandskommission heute 12 Uhr mittags aus Spa in Kraftwagen nach den französischen Linien abgefahren. Zusammensetzung:

Staatssekretär Erzberger, Vorsitzender,
Gesandter Graf Oberndorff,
Generalmajor von Winterfeldt,
Kapitän zur See Vanselow.

Ferner fuhren ein Hauptmann, ein Dolmetscher und zwei Schreiber mit.

General von Gündell ist zurückgetreten.

Als zweite Staffel fahren heute um 3 Uhr nachmittags ins Hauptquartier der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz:

Major Duesterberg, Major Brinckmann, Major Kriebel, Major von Boetticher und auf Wunsch von Staatssekretär Erzberger und Graf Oberndorff Legationsrat Freiherr von Lersner. Ferner einige Chiffrieroffiziere und ein Journalist.

gez. von Hintze

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 102a*)

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. Solf an den Staatssekretär a. D. von Hintze im Grossen Hauptquartier

Telegramm
Abgegangen: 2 Uhr Nachm.

Berlin, den 7. November 1918

Deutsche Kolonialgesellschaft regt an, bei Waffenstillstandsverhandlungen zu verhindern, daß etwa farbige amerikanische oder alliierte Truppen deutsches Gebiet besetzen.

Staatssekretär

*) Neu aufgenommen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 102b*)

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte Freiherr von Stumm an den Staatssekretär a. D. von Hintze im Grossen Hauptquartier

Telegramm
Abgegangen: 10 Uhr nachm.

Berlin, den 7. November 1918

Gesandter München meldet 5. d. M.:

„Kriegsmüdigkeit hiesiger Stadt- und Landbevölkerung durch Sorge um Südgrenze sehr stark beeinflußt und vermehrt durch Spannung betreffend Waffenstillstandsbedingungen und besonders durch Sorge, dieselben könnten eventuell nicht angenommen werden. Herr von Dandl sagte mir heute vertraulich, die Leute hier würden nicht aushalten, wenn es durch Verzögerung Waffenstillstandes zur Invasion käme."

gez. Stumm

*) Neu aufgenommen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 103

Der Staatssekretär a. D. im Grossen Hauptquartier v. Hintze an das Auswärtige Amt

Telegramm
Angekommen: 10. November, 3 Uhr nachm.

Großes Hauptquartier, den 8. November 1918

Staatssekretär Erzberger funkt:

„Aus der Besprechung, die unter Vorsitz des Marschalls Foch unter Beteiligung von nur französischen Landoffizieren und englischen Seeoffizieren stattfand, ging hervor, daß übergebene Waffenstillstandsbedingungen bindende Verabredungen aller feindlichen Kriegsleitungen und Regierungen sind, Marschall Foch daher dringend erbetene und mit technischen Schwierigkeiten begründete Frist (Verlängerung um 24 Stunden) ablehnen müsse, wie er auch erbetene vorläufige Waffenruhe aus gleichem Grunde ablehnte. Nach bisherigem Eindruck ist nicht anzunehmen, daß über entscheidende Hauptpunkte Gegenvorschläge zur Erörterung zugelassen werden. Es soll trotzdem versucht werden, in bereits vereinbarten Einzelbesprechungen Milderungen einzelner Punkte zu erreichen, um in erster Linie Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und Abwendung drohender Hungersnot zu erreichen. Hierzu wird versucht werden, Verlängerung der Fristen und Verringerung des abzugebenden Materials zu verlangen.

Falls nicht Ablehnung beschlossen wird, erbitten ausdrückliche Ermächtigung zur sofortigen Unterzeichnung mit etwa hier zu erreichenden Milderungen der praktischen Ausführung.

Erbitten ferner Ermächtigung, daß bei Annahme eine Erklärung etwa in folgendem Sinne zu Protokoll gegeben werden darf: ‚Die deutsche Regierung wird selbstverständlich mit allen Kräften für die Durchführung der von ihr übernommenen Verpflichtungen sorgen. Die Unterzeichneten erachten es aber im Interesse der Aufrichtigkeit der Beziehungen zwischen Deutschland und seinen Gegnern für Gewissenspflicht, schon jetzt darauf hinzuweisen, daß die Durchführung dieser Bedingungen das deutsche Volk in Anarchie und Hungersnot stürzen muß, und daß daher ohne Verschulden der deutschen Regierung und des deutschen Volkes eine Lage entstehen kann, die die weitere Innehaltung aller Verpflichtungen unmöglich machen würde.‘

Entscheidender Entschluß über die zu erteilende Antwort muß dort gefaßt werden, auch darüber, ob vorstehend vorgeschlagene Erklärung auch auf die Gefahr hin beizufügen wäre, daß daran Waffenstillstand scheitert. Endgültige Redaktion bitte in Anbetracht der Kürze der Frist Bevollmächtigten zu überlassen.“

gez. von Hintze

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 104

Der Kaiserliche Legationsrat im Grossen Hauptquartier Freiherr von Lersner an das Auswärtige Amt

Telegramm

Abgegangen: 8 Uhr nachm. — Angekommen: 9 Uhr 58 nachm.

Großes Hauptquartier, den 8. November 1918

Staatssekretär Erzberger hat gefunkt, daß er Kurier mit Waffenstillstandsverhandlungen nach Spa abgesandt habe. Bedingungen müßten bis Montag Mittag angenommen oder abgelehnt sein. Waffenruhe bis dahin ist von Franzosen abgelehnt worden. Nicht ganz klar ist es, ob wirklich bis Montag von den Franzosen zur Annahme der Waffenstillstandsbedingungen Zeit gegeben ist, da von einer zwölfstündigen Frist gesprochen wird.

gez. von Lersner.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 105

Der Staatssekretär a. D. im Grossen Hauptquartier v. Hintze an das Auswärtige Amt

Telegramm

Abgegangen: 11 Uhr nachm. — Angekommen: 11 Uhr 15 Min. nachm.

Großes Hauptquartier, den 9. November 1918

Dringend! Sofort!

Folgendes ist Auszug aus den Waffenstillstandsbedingungen, deren vollständiger Text erst morgen zu erwarten ist:

1. Inkrafttreten 6 Stunden nach Unterzeichnung.
2. Sofortige Räumung von Belgien, Frankreich, Elsaß-Lothringen binnen 14 Tagen.
   Was an Truppen nach dieser Zeit übrigbleibt, interniert oder kriegsgefangen.
3. Abzugeben 5000 Kanonen, zunächst schwere, 30 000 Maschinengewehre, 3000 Minenwerfer, 2000 Flugzeuge.
4. Räumung des linken Rheinufers, Mainz, Koblenz, Köln besetzt vom Feind auf Radius von 30 Kilometer Tiefe.
5. Auf rechtem Rheinufer 30 bis 40 Kilometer Tiefe neutrale Zone. Räumung in 11 Tagen.
6. Aus linkem Rheinufergebiet nichts wegführen, alle Fabriken, Eisenbahnen usw. intakt belassen.
7. 5000 Lokomotiven, 10 000 Waggons, 10 000 Kraftwagen abzugeben.
8. Unterhalt der feindlichen Besatzungstruppen durch Deutschland.
9. Im Osten alle Truppen hinter Grenze vom 1. August 1914 zurückzunehmen; Termin dafür nicht angegeben.
10. Verzicht auf Verträge von Brest-Litowsk und Bukarest.
11. Bedingungslose Kapitulation von Ost-Afrika.
12. Rückgabe des Standes der belgischen Bank, des russischen und rumänischen Goldes.
13. Rückgabe der Kriegsgefangenen ohne Gegenseitigkeit.
14. Abgabe von 100 U-Booten, 8 leichten Kreuzern, 6 Dreadnoughts; die übrigen Schiffe desarmiert und überwacht von Alliierten in neutralen oder alliierten Häfen.
15. Alle Forts und Batterien im Kattegatt zu besetzen von Alliierten.
16. Blockade bleibt bestehen. Deutsche Schiffe dürfen weiter gekapert werden.
17. Alle von Deutschland für Neutrale verhängten Beschränkungen der Schiffahrt werden aufgehoben.
18. Waffenstillstand dauert 30 Tage.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Kommission bittet um Ermächtigung zur Unterzeichnung dieser Bedingungen, hofft Verlängerung der Fristen herausschlagen zu können. Kommission hat nicht verhehlt, daß Innehaltung der Bedingungen teilweise unmöglich, weil Hungersnot in Deutschland damit unvermeidlich verknüpft sein werde und Beobachtung der Bedingungen teilweise unmöglich machen werde.

gez. von Hintze

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 106

Der Chef des Generalstabes des Feldheeres Generalfeldmarschall von Hindenburg an das Auswärtige Amt

Telegramm

Angekommen: 11. November 1918, 7 Uhr 30 Min. vorm.
Von Paris aufgenommen: 2 Uhr 53 Min. vorm.

Soeben ging folgender Funkspruch chiffriert hier ein:

„Die deutschen Bevollmächtigten an die Oberste Heeresleitung für Reichskanzler.

Soeben ist die Vollmacht eingetroffen. Sobald der Waffenstillstand abgeschlossen ist, empfehlen wir, sofort dem Präsidenten Wilson mittels Funkspruchs hiervon Mitteilung zu machen und ihn zu ersuchen, unverzüglich Verhandlungen zur Herbeiführung des Präliminarfriedens einzuleiten, um Hungersnot und Anarchie zu verhindern. Ferner bitten wir, zu veranlassen, daß durch die Vermittlung von Holland sofort ein erstes Zusammentreffen der Bevollmächtigten im Haag stattfinde. Nur noch durch einen sofortigen Abschluß des Präliminarfriedens ist die katastrophale Wirkung der Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen abzuschwächen.

Den Gegnern fehlt bisher vollkommen das Verständnis für diese Gefahr.

Erzberger"

Chef des Generalstabes des Feldheeres.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 107

Der Chef des Generalstabes des Feldheeres Generalfeldmarschall von Hindenburg an das Preussische Kriegsministerium und die Deutsche Waffenstillstandskommission

Telegramm*)
Angekommen: 11. November nachm.

Großes Hauptquartier, den 10. November 1918

In den Waffenstillstandsbedingungen muß versucht werden, Erleichterung in folgenden Punkten zu erreichen:

1. Verlängerung der Räumungsfrist auf zwei Monate, wobei die Hauptzeit auf die Räumung der Rheinprovinz, der Pfalz und Hessens fällt, sonst Zusammenbruch des Heeres, weil technische Ausführung absolut unmöglich.
2. Durchmarsch rechten Heeresflügels durch Maastrichtzipfel.
3. Wegfall neutraler Zone aus Ordnungsgründen, zum mindesten Verminderung auf 10 Kilometer.
4. Ehrenvolle Kapitulation Ost-Afrika.
5. Erhebliche Verringerung des abzugebenden Eisenbahnmaterials, sonst schwerste Gefährdung Wirtschaft. Belassung Personals gemäß A. VII nur in kleinem Umfang möglich. Nähere Abmachung hierüber nötig.
6. Lastkraftwagen im Heer nur 18 000, davon 50 v. H. betriebsfertig vorhanden. Abgabe in der geforderten Höhe würde völligen Zusammenbruch Heeresversorgung bedeuten.
7. Jagd- und Bombenflugzeuge nur 1700 vorhanden.
8. Bei einseitiger Kriegsgefangenenabgabe müssen wenigstens Vereinbarungen über Kriegsgefangenenbehandlung bestehen bleiben.
9. Blockade für Lebensmittel öffnen; zur Regelung Verpflegungsfrage sind Kommissare unterwegs.

Gelingt Durchsetzung dieser Punkte nicht, so wäre trotzdem abzuschließen. Gegen Ablehnung Punkt 1, 4, 5, 6, 8, 9 wäre flammender Protest unter Berufung auf Wilson zu erheben.

Bitte Entschluß Regierung in diesem Sinne schleunigst herbeiführen.

von Hindenburg

*) Dieses Telegramm ging gleichzeitig an das Kriegsministerium und als Funkspruch an die mit Foch unterhandelnde Deutsche Waffenstillstandskommission ab.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 108

Der Reichskanzler Prinz Max von Baden an den Staatssekretär a. D. von Hintze im Grossen Hauptquartier

Telegramm

Abgegangen: 10. November, 1 Uhr 20 Min. nachm.

Berlin, den 10. November 1918

Euer Exzellenz bitte ich, die Oberste Heeresleitung zu veranlassen, daß sie der Waffenstillstandskommission funkentelegraphisch folgendes übermittelt:

„Für Staatssekretär Erzberger. Euer pp. sind zur Zeichnung des Waffenstillstandes ermächtigt.

Sie wollen gleichzeitig folgende Erklärung zu Protokoll geben:

‚Die deutsche Regierung wird mit allen Kräften für die Durchführung der gestellten Bedingungen sorgen. Die Unterzeichneten halten es aber für ihre Pflicht, darauf hinzuweisen, daß die Durchführung einzelner Punkte dieser Bedingungen die Bevölkerung des nicht zu besetzenden Teils von Deutschland in Hungersnot stürzen muß. Die Belassung aller Vorräte in den zu räumenden Gebieten, die für die Ernährung der Truppen bestimmt waren, sowie die einer Entziehung gleichkommende Beschränkung der Betriebsmittel für den Verkehr unter Aufrechterhaltung der Blockade machen die Ernährung und jede Organisation ihrer Verteilung unmöglich.

Die Unterzeichneten bitten daher, über solche Abänderungen dieser Punkte, unter denen die Ernährung sichergestellt werden kann, verhandeln zu dürfen.'"

Auch bin ich damit einverstanden, daß die Oberste Heeresleitung bei Exzellenz Erzberger in Anregung bringt, die Kapitulation von Deutsch-Ostafrika in ehrenvoller Form zu erwirken, ferner den Durchzug unserer Truppen durch den Maastrichtzipfel zu erreichen.

Reichskanzler

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 109

Der Reichskanzler Prinz Max von Baden an den Staatssekretär a. D. im Grossen Hauptquartier von Hintze

Telegramm

Abgegangen: 10. November, 1 Uhr 20 Min. nachm.

Berlin, den 10. November 1918

Herrn Staatssekretär von Hintze für Oberste Heeresleitung.

Der Friedensdelegation ist durch Funkspruch mitzuteilen, daß die deutsche Regierung die ihr am 8. November gestellten Waffenstillstandsbedingungen annimmt.

gez. Reichskanzler

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 110

Der Staatssekretär a. D. im Grossen Hauptquartier v. Hintze an das Auswärtige Amt

Telegramm

Abgegangen: 11. XI. 10 Uhr nachm.
Angekommen: 12. XI. 2 Uhr 3 Min. nachm.

Großes Hauptquartier, den 11. November 1918

Waffenstillstand heute 11 Uhr 55 in Kraft getreten.

gez. von Hintze

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Beilage

Das Verhältnis der Reichsregierung und der Obersten Heeresleitung bei Friedensverhandlungen

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nr. 110a*).

Der Reichskanzler Graf von Hertling an den Chef des Generalstabes des Feldheeres Generalfeldmarschall von Hindenburg

Schreiben mit Anlage

Berlin, den 12. Januar 1918

Euer Exzellenz beehre ich mich in der Anlage Abschrift der in der heutigen Unterredung formulierten und von Euer Exzellenz und dem Herrn Ersten Generalquartiermeister gebilligten Erklärung über das Wesen der staatsrechtlichen Verantwortlichkeit zu übersenden.

gez. Hertling

Anlage

An Generalfeldmarschall von Hindenburg

1. Die Verantwortung für die Friedensverhandlungen trägt nach der Reichsverfassung allein der Reichskanzler. Eine geteilte Verantwortung ist unmöglich. — Die Verantwortung des Reichskanzlers für die Friedensverhandlungen bezieht sich auf die zu erstrebenden Ziele, die in Anwendung gebrachte Taktik und die Ergebnisse.

2. Die obersten militärischen Stellen haben das Recht und die Pflicht, an den Verhandlungen in beratender**) Weise mitzuwirken, soweit dieselben die militärischen Interessen berühren. Der Umkreis dieser Interessen ist während des Krieges nicht auf die militärischen Angelegenheiten im engeren Sinne beschränkt, sondern umfaßt auch Fragen der Industrie, des Verkehrswesens, der Arbeiterinteressen, soweit diese mit der Kriegführung im Zusammenhange stehen, und die moralische Wirkung der getroffenen Maßnahmen auf das Heer. Die militärischen Stellen können ihre Forderungen nach dieser Richtung jederzeit aus eigener Initiative vorbringen, jedoch immer nur im Sinne von Anregungen und Ratschlägen oder von Bedenken, nicht in der Form von Anweisungen, denen der Reichskanzler nachzukommen hätte.

3. Meinungsverschiedenheiten zwischen den militärischen Stellen und dem Reichskanzler sind auf dem Wege gegenseitiger Aussprache zu beseitigen. Gelingt dies nicht, so ist die Entscheidung Seiner Majestät des Kaisers einzuholen. Die erfolgte Entscheidung überhebt die militärischen Stellen in allen Fällen jeder eigenen Verantwortung. Der Reichskanzler hat in dem Falle, daß die Kaiserliche Entscheidung gegen ihn ausfällt, die ihm staatsrechtlich obliegende Konsequenz zu ziehen, indem er seine Entlassung nimmt.

---

*) Neu aufgenommen.
**) Im Original gesperrt.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Zeittafel

1918

18. Juli. Beginn der Gegenstöße der Entente an der Westfront. Erfolgreicher französischer Vorstoß aus dem Walde von Villers-Cotterets.

20. Juli. Deutscherseits Räumung des südlichen Marne-Ufers.

26. Juli—3. August. Rückzugskämpfe der Deutschen zwischen Marne und Vesle; Räumung des zur Marne vorgetriebenen Bogens der deutschen Front.

30. Juli. In Kiew Ermordung des deutschen Oberbefehlshabers in der Ukraine, Generalfeldmarschall v. Eichhorn.

8. August. Ueberraschender Tankangriff und Einbruch der Engländer und Franzosen zwischen Ancre und Avre.

14. August. Besprechungen im deutschen Großen Hauptquartier zu Spa; Beschluß, auf einen geeigneten Zeitpunkt zu achten, um eine neutrale Friedensvermittlung anzuregen.

14.—15. August. Im deutschen Großen Hauptquartier Beratungen mit Kaiser Karl und Graf Burian über die Möglichkeiten, den Frieden herbeizuführen.

31. August. Vor der Front Ypern—La Bassée wird deutscherseits der vorspringende Bogen mit dem Kemmel geräumt.

1. September. Péronne deutscherseits geräumt.

7. September. Der deutsche Rückzug in die Siegfriedstellung im wesentlichen beendet (in die allgemeine Linie: Oestlich Arras—westlich St. Quentin, westlich Laon, östlich Reims).

12. September. Ein amerikanischer Angriff drückt den deutschen Frontbogen bei St. Mihiel ein.

14. September. Note Oesterreich-Ungarns an alle kriegführenden Mächte fordert zu Friedensbesprechungen in einem neutralen Lande auf.

15. September. Offensive der Orient-Armee der Entente; die bulgarische Front wird durchbrochen.

17. September. Oesterreich-Ungarns Konferenz-Vorschlag wird von Wilson mit dem Hinweis auf dessen frühere Kundgebungen zur Friedensfrage abgelehnt.

18. September. Beginn der englischen Offensive in Palästina.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

19. September. Die türkische Front zwischen dem Mittelländischen Meer und dem Jordan wird durchbrochen.

25. September. Waffenstillstandsangebot der bulgarischen Regierung an die Entente.

27. September. Rede Wilsons in New York über Friedensmöglichkeit und Völkerbund.

Letzte Septembertage. Verallgemeinerung der Angriffsbewegung gegen die deutsche Westfront.

28. September. Die deutsche Heeresleitung beschließt auf Initiative Ludendorffs, ohne Verzug für ein Friedens- und Waffenstillstandsangebot einzutreten.

29. September. Die deutsche Heeresleitung richtet an die Reichsregierung die Forderung sofortiger Herausgabe des Friedensangebots an die Entente.

29. September. Bulgarien schließt Waffenstillstand (mit Wirkung vom 30. September mittags).

30. September. Rücktritt des Reichskanzlers Grafen von Hertling.

1. Oktober. Dringende Aufforderung der O. H. L. zur Absendung des Friedensangebotes.

1. Oktober. St. Quentin deutscherseits geräumt.

2. Oktober. Armentières und Lens deutscherseits geräumt.

2. Oktober. Als Vertreter der deutschen Heeresleitung hält Major Freiherr von dem Bussche vor den Parteiführern des Reichstages einen Vortrag von erschütternder Wirkung über die militärische Lage und die Notwendigkeit des Friedensangebotes.

3. Oktober. Prinz Max von Baden Reichskanzler; Bildung eines Reichskabinetts auf parlamentarischer Grundlage.

3. Oktober. Die erste deutsche Note an Wilson: Ersuchen, Frieden und Waffenstillstand herbeizuführen (abgegangen am 4. Oktober um 1 Uhr 10 morgens). — Oesterreich-Ungarn und die Türkei tun selbständig den entsprechenden Schritt.

3. Oktober. Abdankung des Königs Ferdinand von Bulgarien; Thronbesteigung seines Sohnes Boris.

8. Oktober. Wilsons erste Antwort an Deutschland.

9. Oktober. Cambrai deutscherseits geräumt.

11. Oktober. Chemin des Dames deutscherseits geräumt.

12. Oktober. Nisch von den Truppen der Mittelmächte den Gegnern überlassen.

12. Oktober. Deutschlands zweite Note an Wilson.

13. Oktober. Rücktritt des deutschfreundlichen Großveziers Talaat Pascha; sein Nachfolger wird Izzet Pascha.

14. Oktober. Wilsons zweite Note an Deutschland.

16. Oktober. Veröffentlichung des Manifestes Kaiser Karls über Umbildung Oesterreich-Ungarns zum Bundesstaat.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

16. Oktober. Ostende, Lille und Douai deutscherseits aufgegeben.

18. Oktober. Wilsons Antwort an Oesterreich-Ungarn.

Bis Ende Oktober. Zurücknahme der deutschen Front zwischen Maas und Nordsee auf die „Hermann-Hunding-Brunhild-Stellung" (in die allgemeine Linie: Belgisch-holländische Grenze—Tournai—Rethel—Maas unterhalb Verdun).

19. Oktober. In Flandern erreichen die Belgier die belgisch-holländische Grenze südöstlich von Sluis; Brügge, Thielt, Kortrik deutscherseits geräumt.

20. Oktober. Deutschlands dritte Note an Wilson. Darin die Mitteilung, die Torpedierung von Passagierschiffen sei untersagt worden.

21. Oktober. In Wien Zusammentreten der Deutsch-Oesterreichischen Nationalversammlung; sie verkündet die Gründung des Staates Deutschösterreich.

23. Oktober. Wilsons dritte Note an Deutschland.

24. Oktober. Beginn der Entente-Offensive auf dem italienischen Kriegsschauplatz.

24. Oktober. Rücktritt des österreichisch-ungarischen Ministers des Auswärtigen Grafen Burian; sein Nachfolger wird Graf Julius Andrassy.

26. Oktober. Im deutschen Reichstage Annahme weittragender Verfassungsänderungen im Sinne des Parlamentarismus.

26. Oktober. Rücktritt Ludendorffs; sein Nachfolger wird General Groener.

26. Oktober. Aleppo von den Engländern besetzt.

27. Oktober. Sonderfriedensangebot der österreichisch-ungarischen Regierung an Wilson. Darin zugleich Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Tschechoslovaken und der Jugoslawen.

27. Oktober. Deutschlands vierte Note an Wilson.

28. Oktober. Kaiser Wilhelm II. stimmt den Verfassungsänderungen im Sinne des Parlamentarismus zu.

28. Oktober. Beginn der Meuterei auf der deutschen Flotte.

29. Oktober—2. November. Rückzug der deutschen und österreichisch-ungarischen Streitkräfte über Save und Donau.

30.—31. Oktober. Revolution in Wien und Budapest.

31. Oktober. Ermordung des Grafen Tisza in Budapest.

31. Oktober. Inkrafttreten des Waffenstillstandes zwischen der Türkei und der Entente.

31. Oktober. Abreise Kaiser Wilhelms II. von Berlin in das Große Hauptquartier.

1. November. Der österreichische General von Weber empfängt die Waffenstillstandsbedingungen in Villa Giusti bei Padua.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

2. November. Rücktritt des österreichisch-ungarischen Ministers des Auswärtigen Grafen Burian; sein Nachfolger wird als deutsch-österreichischer Staatssekretär des Aeußeren Viktor Adler.
3. November. Größere Unruhen in Kiel.
4. November. Beginn des planmäßigen deutschen Rückzuges auf die „Antwerpen—Maasstellung" (in die allgemeine Linie: Westlich Antwerpen—westlich Brüssel—westlich Charleroi—Givet an der Maas—Maastal aufwärts bis unterhalb Verdun).
4. November. Inkrafttreten des Waffenstillstandes zwischen Oesterreich und der Entente.
5. November. Revolution in Hamburg und Lübeck.
5. November. Ausweisung des russischen Geschäftsträgers Joffe aus Berlin wegen staatsfeindlicher Propaganda.
5. November. In den Vereinigten Staaten von Amerika Wahlen zum Kongreß.
5. November. Wilsons vierte Note an Deutschland.
6. November. Revolution in Bremen.
7. November. Ausdehnung der revolutionären Bewegung im Norden, Westen, Süden Deutschlands. In München geht die Gewalt an einen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat über.
7. November. 12 Uhr mittags Abfahrt der deutschen Waffenstillstandskommission aus Spa nach den französischen Linien.
8. November. In München Ausrufung der Republik: die Dynastie Wittelsbach für abgesetzt erklärt. Revolution in Braunschweig.
9. November. Revolution in Berlin. Verkündung der Thronentsagung Kaiser Wilhelms II. und des Kronprinzen. Rücktritt des Prinzen Max; Ebert übernimmt die Geschäfte. Ausrufung der deutschen Republik.
10. November. Wilhelm II. begibt sich auf holländisches Gebiet. — In Berlin Bildung der neuen Regierung als „Rat der Volksbeauftragten".
11. November. Kaiser Karl veröffentlicht eine Kundgebung, worin er auf jeden Anteil an den Staatsgeschäften verzichtet und die Entscheidung Deutschösterreichs über dessen künftige Staatsform im voraus anerkennt.
11. November. 11 Uhr 55 Minuten vormittags Inkrafttreten des Waffenstillstandes zwischen Deutschland und der Entente.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Verzeichnis der Urkunden

Lfd. Nr.	Ort des Abgangs	Datum und Ueberschrift	Bezeichnung der Urkunde	Seite
		14. August 1918		
1	Gr. H. Qu.	Besprechung im Großen Hauptquartier am 14. August 1918	Besprechung	3
		18. Januar 1919		
2	Berlin	Aufzeichnung des damaligen Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Hintze über Besprechungen mit General Ludendorff im Juli und August 1918	Aufzeichnung	7
		3. September 1918		
3	Berlin	Sitzung des Königlichen Staatsministeriums	Sitzungsprotokoll	9
		19. September 1918		
4	Berlin	Chronologische Uebersicht der Entwicklung des österreichisch-ungarischen Friedensvorschlages	Chronolog. Übersicht	13
		14. September 1918		
5	Wien	Oesterreich-Ungarns Note an alle kriegführenden Mächte	Note	20
		26. September 1918		
6	Gr. H. Qu.	Der Vertreter des Auswärtigen Amtes im Großen Hauptquartier Legationsrat Freiherr von Lersner an das Auswärtige Amt	Telegramm	26
		27. September 1918		
7	Gr. H. Qu.	Der Vertreter des Auswärtigen Amtes im Großen Hauptquartier Legationsrat Freiherr von Lersner an das Auswärtige Amt	Telegramm	28
		29. September 1918		
8	Oberkomdo. Scholtz	Der Kaiserliche Militärbevollmächtigte in Bulgarien Oberstleutnant von Massow an das Auswärtige Amt.	Telegramm	29
		30. September 1918		
9	Sofia	Der Kaiserliche Gesandte in Sofia Graf Oberndorff an das Auswärtige Amt	Telegramm	30

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Lfd. Nr.	Ort des Abgangs	Datum und Ueberschrift	Bezeichnung der Urkunde	Seite
		1. Oktober 1918		
9a	Berlin	Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Hintze an den Vertreter des Auswärtigen Amtes im Großen Hauptquartier Legationsrat Freiherrn von Lersner	Telegramm	31
		2. Oktober 1918		
10	Gr. H. Qu.	Der Vertreter des Auswärtigen Amtes im Großen Hauptquartier Legationsrat Freiherr von Lersner an das Auswärtige Amt	Telegramm	32
		2. August 1918		
10a	Gr. H. Qu.	Der Erste Generalquartiermeister General Ludendorff an die Heeresgruppen im Westen.....	Schreiben	35
		11. September 1918		
10b	Gr. H. Qu.	Der Chef des Generalstabes des Feldheeres an die Heeresgruppen, Armee-Oberkommandos usw.....	Schreiben	37
		15. September 1918		
10c	Gr. H. Qu.	Niederschrift, gefertigt im Großen Hauptquartier.....	Niederschrift	39
		25. September 1918		
10d	Gr. H. Qu.	Der Chef des Generalstabes des Feldheeres Generalfeldmarschall von Hindenburg an die Heeresgruppen usw. des Westens	Schreiben	41
		26. September 1918		
10e	Gr. H. Qu.	Der Chef des Generalstabes des Feldheeres Generalfeldmarschall von Hindenburg an die Heeresgruppen und Armee-Oberkommandos.....	Schreiben	42
		21. September 1918		
11	Gr. H. Qu.	Der Vertreter des Auswärtigen Amtes im Großen Hauptquartier Legationsrat Freiherr von Lersner an das Auswärtige Amt	Telegramm	45
		24. September 1918		
11a	Berlin	Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Hintze an den Vertreter des Auswärtigen Amtes im Großen Hauptquartier Freiherrn von Lersner.....	Telegramm	46
		28. September 1918		
12	Berlin	Aufzeichnung.....	Aufzeichnung	47
		29. September 1918		
13	Gr. H. Qu.	Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Hintze an das Auswärtige Amt.....	Telegramm	48

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Lfd. Nr.	Ort des Abgangs	Datum und Ueberschrift	Bezeichnung der Urkunde	Seite
		Noch: **29. September 1918**		
14	Berlin	Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte Freiherr von Stumm an die Botschafter in Wien und Konstantinopel.....	Telegramm	49
		30. September 1918		
15	Berlin	Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Hintze an den Kaiserlichen Gesandten in Sofia.....	Telegramm	50
16	Wien	Der Kaiserliche Botschafter in Wien Graf Wedel an das Auswärtige Amt	Telegramm	51
17	Gr. H. Qu.	Der Vertreter des Auswärtigen Amtes im Großen Hauptquartier Legationsrat Freiherr von Lersner an das Auswärtige Amt.....	Telegramm	52
18	Berlin	Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte Freiherr von Stumm an den Kaiserlichen Gesandten in Bern.....	Telegramm	53
		1. Oktober 1918		
19	Berlin	Telephongespräch des Legationssekretärs Dr. Jordan, Berlin (Auswärtiges Amt), mit Legationsrat Prinz Erbach und Botschafter Graf Wedel, Wien (Deutsche Botschaft), 1. Oktober 1918.....	Telephongespräch	54
20	Berlin	Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Hintze an den Kaiserlichen Botschafter in Wien Grafen Wedel.....	Telegramm	55
21	Gr. H. Qu.	Der Vertreter des Auswärtigen Amtes im Großen Hauptquartier Legationsrat Freiherr von Lersner an das Auswärtige Amt.....	Telegramm	59
22	Gr. H. Qu.	Der Chef des Generalstabes des Feldheeres Generalfeldmarschall von Hindenburg an den Vizekanzler von Payer.....	Telegramm	60
23	Gr. H. Qu.	Der Vertreter des Auswärtigen Amtes bei Seiner Majestät Wirklicher Legationsrat von Grünau an das Auswärtige Amt.....	Telegramm	61
24	Gr. H. Qu.	Der Vertreter des Auswärtigen Amtes bei Seiner Majestät Wirklicher Legationsrat von Grünau an das Auswärtige Amt.....	Telegramm	62
25	Berlin	Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Hintze an die Vertreter des Auswärtigen Amtes im Großen Hauptquartier.....	Telegramm	63

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Lfd. Nr.	Ort des Abgangs	Datum und Ueberschrift	Bezeichnung der Urkunde	Seite
		Noch: **1. Oktober 1918**		
26	Gr. H. Qu.	Der Vertreter des Auswärtigen Amtes im Großen Hauptquartier Legationsrat Freiherr von Lersner an das Auswärtige Amt	Telegramm	64
27	Gr. H. Qu.	Der Vertreter des Auswärtigen Amtes im Großen Hauptquartier Legationsrat Freiherr von Lersner an das Auswärtige Amt	Telegramm	65
		2. Oktober 1918		
28	Berlin	Vortrag des Vertreters der Obersten Heeresleitung Major Freiherrn von dem Bussche vor den Parteiführern des Reichstags am 2. Oktober 1918, vormittags.....	Vortrag	66
29	Gr. H. Qu.	Der Erste Generalquartiermeister General Ludendorff an den Vizekanzler von Payer.....	Telephonische Mitteilung	69
30	Gr. H. Qu.	Der Erste Generalquartiermeister General Ludendorff an das Auswärtige Amt	Telephongespräch	70
		3. Oktober 1918		
31	Gr. H. Qu.	Der Vertreter des Auswärtigen Amtes im Großen Hauptquartier Legationsrat Freiherr von Lersner an das Auswärtige Amt	Telegramm	71
32	Berlin	Der Reichskanzler Prinz Max von Baden an den Chef des Generalstabes des Feldheeres Generalfeldmarschall von Hindenburg...	Telegramm	72
33	Berlin	Der Chef des Generalstabes des Feldheeres Generalfeldmarschall von Hindenburg an den Reichskanzler Prinzen Max von Baden.....	Schreiben	73
34	Berlin	Die erste deutsche Note an Wilson	Note	74
		5. Oktober 1918		
34a	Berlin	Auszug aus der Rede des Reichskanzlers Prinz Max von Baden, gehalten im Reichstage am 5. Oktober 1918.....	Rede	75
		6. Oktober 1918		
35	Berlin	Besprechung beim Reichskanzler...	Besprechungsprotokoll	77
		7. Oktober 1918		
35a	Berlin	Erste Sitzung der Waffenstillstandskommission 7. Oktober 1918.....	Sitzungsprotokoll	78
		8. Oktober 1918		
36	Berlin	Der Reichskanzler Prinz Max von Baden an den Ersten Generalquartiermeister General Ludendorff	Schreiben	79

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Lfd. Nr.	Ort des Abgangs	Datum und Ueberschrift	Bezeichnung der Urkunde	Seite
		Noch: 8. Oktober 1918		
36a	Berlin	Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Freiherr von dem Bussche an den Vertreter des Auswärtigen Amtes im Großen Hauptquartier Legationsrat Freiherrn von Lersner	Telegramm	81
37	Washington	Wilsons erste Antwort	Note	85
		9. Oktober 1918		
38	Berlin	Besprechung beim Reichskanzler ...	Besprechungsprotokoll	86
		10. Oktober 1918		
39	Berlin	Besprechung beim Reichskanzler ...	Besprechungsprotokoll	92
39a	Gr. H. Qu.	Aufzeichnung der Obersten Heeresleitung	Aufzeichnung	93
		11. Oktober 1918		
39b	Berlin	Der Reichskanzler Prinz Max von Baden an den Vertreter des Auswärtigen Amtes im Großen Hauptquartier Legationssekretär Freiherrn von Berckheim	Telegramm	94
40	Berlin	Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. Solf an den Vertreter des Auswärtigen Amtes im Großen Hauptquartier Legationssekretär Freiherrn von Berckheim.....	Telegramm	95
41	Gr. H. Qu.	Der Vertreter des Auswärtigen Amtes im Großen Hauptquartier Legationssekretär Freiherr von Berckheim an das Auswärtige Amt....	Telegramm	96
42	Berlin	Besprechung beim Reichskanzler am 11. Oktober 1918	Besprechungsprotokoll	97
43	Gr. H. Qu.	Der Erste Generalquartiermeister General Ludendorff an den Leiter der militärischen Stelle des Auswärtigen Amtes Oberst von Haeften	Telegramm	100
		12. Oktober 1918		
44	Berlin	Besprechung beim Reichskanzler am 12. Oktober 1918	Besprechungsprotokoll	101
45	Berlin	Der Staatssekretär des Reichsmarineamtes Ritter von Mann an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. Solf.....	Schreiben	103
46	Gr. H. Qu.	Der Chef des Generalstabes des Feldheeres Generalfeldmarschall von Hindenburg an den Reichskanzler Prinzen Max von Baden.....	Telegramm	105
47	Berlin	Deutschlands zweite Note.....	Note	106
		14. Oktober 1918		
48	Washington	Wilsons zweite Note.....	Note	109

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Lfd. Nr.	Ort des Abgangs	Datum und Ueberschrift	Bezeichnung der Urkunde	Seite
		15. Oktober 1918		
49	Haag	Der Kaiserliche Botschaftsrat im Haag Freiherr von Maltzan an das Auswärtige Amt	Telegramm	111
		14. Oktober 1918		
49a	Gr. H. Qu.	Der Chef des Generalstabes des Feldheeres Generalfeldmarschall von Hindenburg an den Reichskanzler Prinzen Max von Baden	Telegramm	112
		15. Oktober 1918		
49b	Wesel	Die Nachrichtenstelle Wesel an das Große Hauptquartier	Telegramm	114
		16. Oktober 1918		
50	Gr. H. Qu.	Staatssekretär a. D. von Hintze im Großen Hauptquartier an das Auswärtige Amt	Telegramm	115
51	Bern	Der Kaiserliche Gesandte in Bern von Romberg an das Auswärtige Amt	Telegramm	116
52	Berlin	Aufzeichnung des Wirklichen Legationsrates von Rosenberg im Auswärtigen Amte über eine telephonische Mitteilung des Vertreters des Auswärtigen Amtes im Großen Hauptquartier Legationsrats Freiherrn von Lersner	Aufzeichnung	117
53	Stockholm	Der Kaiserliche Gesandte in Stockholm von Lucius an das Auswärtige Amt	Telegramm	118
54	Berlin	Sitzung der Staatssekretäre am 16. Oktober 1918	Sitzungsprotokoll	119
		17. Oktober 1918		
55	Berlin	Sitzung des engeren Kabinetts vom 17. Oktober 1918	Sitzungsprotokoll	123
56	Berlin	Fragebogen als Grundlage der Besprechung mit General Ludendorff am 17. Oktober 1918	Fragebogen	126
57	Berlin	Große Sitzung vom 17. Oktober 1918	Sitzungsprotokoll	128
58	Berlin	Besprechung der Staatssekretäre am 17. Oktober 1918	Besprechungsprotokoll	151
59	Brüssel	Der Chef der politischen Abteilung beim Generalgouverneur in Belgien Gesandter v. d. Lancken an das Auswärtige Amt	Telegramm	154
		18. Oktober 1918		
59a	Berlin	Der Reichskanzler an den Chef des Generalstabes des Feldheeres Generalfeldmarschall von Hindenburg	Telegramm	155

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Lfd. Nr.	Ort des Abgangs	Datum und Ueberschrift	Bezeichnung der Urkunde	Seite
		Noch: **18. Oktober 1918**		
59b	Berlin	Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. Solf an den Staatssekretär a. D. im Großen Hauptquartier von Hintze	Telegramm	156
59c	Gr. H. Qu.	Der Chef des Generalstabes des Feldheeres Generalfeldmarschall von Hindenburg an alle Heeresgruppen und Armee-Oberkommandos des Westens.....	Schreiben	157
60	Berlin	Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. Solf an den Staatssekretär a. D. im Großen Hauptquartier von Hintze	Telegramm	159
60a	Berlin	Die Nachrichtenabteilung des Admiralstabes an die Oberste Heeresleitung	Telegramm	160
61	Berlin	Aufzeichnung einer telephonischen Mitteilung des Staatssekretärs a. D. von Hintze im Großen Hauptquartier an das Auswärtige Amt.	Aufzeichnung	161
62	Berlin	Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. Solf an den Kriegsminister General Scheüch	Schreiben	162
		19. Oktober 1918		
62a	Antwerpen	Die Kriegsnachrichtenstelle Antwerpen an die Oberste Heeresleitung	Telegramm	163
62b	Berlin	Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte Freiherr v. d. Bussche an den Staatssekretär a. D. im Großen Hauptquartier von Hintze	Telegramm	164
		20. Oktober 1918		
63	Gr. H. Qu.	Der Chef des Generalstabes des Feldheeres Generalfeldmarschall von Hindenburg an den Reichskanzler Max von Baden	Telefonat	166
64	Berlin	Die dritte deutsche Note	Note	167
65	Gr. H. Qu.	Der Erste Generalquartiermeister General Ludendorff an den Leiter der militärischen Abteilung des Auswärtigen Amtes Obersten von Haeften	Mittlg. d. Fernschreiber	169
66	München	Der Kaiserliche Gesandte in München von Treutler an das Auswärtige Amt.....	Telegramm	170
		22. Oktober 1918		
66a	Berlin	Nachrichtenstelle Berlin west an Großes Hauptquartier.....	Telegramm	171

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Lfd. Nr.	Ort des Abgangs	Datum und Ueberschrift	Bezeichnung der Urkunde	Seite
		Noch: **22. Oktober 1918**		
66b	Berlin	Der Leiter der militärischen Stelle des Auswärtigen Amtes Oberst von Haeften an die Oberste Heeresleitung	Telegramm	172
		10. Oktober 1918		
67	Berlin	Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt Freiherr v. d. Bussche über eine telephonische Mitteilung des Admiralstabes	Aufzeichnung	175
		11. Oktober 1918		
68	Bern	Der Kaiserliche Gesandte in Bern von Romberg an das Auswärtige Amt.....	Telegramm	176
		12. Oktober 1918		
69	Bern	Privatbrief eines Vertrauensmannes an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. Solf	Privatbrief	177
70	Berlin	Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. Solf an den Kaiserlichen Gesandten in Bern von Romberg	Telegramm	178
		14. Oktober 1918		
70a	Berlin	Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Freiherr von Stumm an den Staatssekretär a.D. von Hintze im Großen Hauptquartier.....	Telegramm	179
		16. Oktober 1918		
71	Berlin	Das Kriegspresseamt an das Auswärtige Amt.....	Telephonat	180
		21. Oktober 1918		
72	Wien	Der Kaiserliche Botschafter in Wien Graf Wedel an das Auswärtige Amt	Telegramm	181
		24. Oktober 1918		
73	Gr. H. Qu.	Der Vertreter des Auswärtigen Amtes im Großen Hauptquartier Legationsrat Freiherr von Lersner an das Auswärtige Amt.....	Telegramm	182
74	Berlin	Der Chef des Admiralstabs der Marine an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. Solf.....	Schreiben	183
		25. Oktober 1918		
75	Berlin	Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. Solf an den Kaiserlichen Gesandten in Bern von Romberg	Telegramm	184
		22. Oktober 1918		
75a	Berlin	Rede des Reichskanzlers Prinz Max von Baden, gehalten im Reichstage am 22. Oktober 1918	Rede	187

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Lfd. Nr.	Ort des Abgangs	Datum und Ueberschrift	Bezeichnung der Urkunde	Seite
		23. Oktober 1918		
76	Washington	Wilsons dritte Note.....	Note	189
76a	Gr. H. Qu.	Anweisung für die Waffenstillstandskommission	Anweisung	191
		24. Oktober 1918		
76b	Gr. H. Qu.	Der Chef des Generalstabes des Feldheeres Generalfeldmarschall von Hindenburg an die Armeen.....	Telegramm	194
		25. Oktober 1918		
76c	Düsseldorf	Die Nachrichtenstelle Düsseldorf an die Oberste Heeresleitung.....	Telegramm	195
77	München	Der Kaiserliche Gesandte in München von Treutler an das Auswärtige Amt.....	Telegramm	196
78	Bern	Der Kaiserliche Gesandte in Bern von Romberg an das Auswärtige Amt.....	Telegramm	197
79	Berlin	Eigenhändige Aufzeichnung des Gesandten von Haniel im Auswärtigen Amte über eine telephonische Mitteilung des Vertreters des Auswärtigen Amtes im Großen Hauptquartier Legationsrat Freiherrn von Lersner.....	Aufzeichnung	199
		27. Oktober 1918		
79a	Berlin	Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte Freiherr von dem Bussche an den Staatssekretär a. D. v. Hintze im Großen Hauptquartier.....	Telegramm	200
		25. Oktober 1918		
80	Berlin	Aufzeichnung des Legationssekretärs im Auswärtigen Amte von Schmidthals.....	Aufzeichnung	201
		26. Oktober 1918		
81	Gr. H. Qu.	Der Vertreter des Auswärtigen Amtes im Großen Hauptquartier Legationsrat Freiherr von Lersner an das Auswärtige Amt	Telegramm	202
82	Berlin	Staatssekretärsitzung am 26. Oktober 1918	Sitzungsprotokoll	203
		27. Oktober 1918		
83	Baden b. Wien	Kaiser Karl an Kaiser Wilhelm II. .	Telegramm	205
84	Berlin	Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. Solf an den Vertreter des Auswärtigen Amtes bei Seiner Majestät Wirkl. Legationsrat Freiherrn von Grünau	Telegramm	206
85	Berlin	Die vierte deutsche Note am 27. Oktober 1918.....	Note	208

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Lfd. Nr.	Ort des Abgangs	Datum und Ueberschrift	Bezeichnung der Urkunde	Seite
		28. Oktober 1918		
86	Berlin	Staatssekretärsitzung vom 28. Oktober 1918, vorm. 10 Uhr	Sitzungsprotokoll	211
		29. Oktober 1918		
86a	Gr. H. Qu.	Der Chef des Generalstabes des Feldheeres Generalfeldmarschall von Hindenburg an den Staatssekretär a. D. von Hintze im Großen Hauptquartier	Schreiben	218
		28. Oktober 1918		
86b	Freiburg i. B.	Meldesammelstelle Freiburg i. Br. an Oberste Heeresleitung	Telegramm	219
		30. Oktober 1918		
86c	Düsseldorf	Meldestelle Düsseldorf an Oberste Heeresleitung	Telegramm	220
		29. Oktober 1918		
86d	Berlin	Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Freiherr von Stumm an den Staatssekretär a. D. von Hintze im Großen Hauptquartier	Telegramm	221
		30. Oktober 1918		
86e	Düsseldorf	Die Meldestelle Düsseldorf an die Oberste Heeresleitung	Telegramm	222
87	Hofzug	Der Vertreter des Auswärtigen Amtes bei Seiner Majestät Wirklicher Legationsrat von Grünau an das Auswärtige Amt	Telegramm	223
88	Baden b. Wien	Kaiser Karl an Kaiser Wilhelm II.	Telegramm	224
89	Hofzug	Kaiser Wilhelm an Kaiser Karl	Telegramm	225
89a	Berlin	Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte Freiherr von dem Bussche an den Staatssekretär a. D. von Hintze im Großen Hauptquartier	Telegramm	226
		3. November 1918		
90	Wien	Der Kaiserliche Botschafter in Wien Graf Wedel an das Auswärtige Amt	Telegramm	227
91	Wien	Der Kaiserliche Botschafter in Wien Graf Wedel an den Reichskanzler Prinzen Max von Baden	Bericht	228
		31. Oktober 1918		
92	Konstantinopel	Der Kaiserliche Geschäftsträger in Konstantinopel Graf von Waldburg an das Auswärtige Amt	Telegramm	229
		30. Oktober 1918		
93	Gr. H. Qu.	Der Staatssekretär a. D. im Großen Hauptquartier von Hintze an das Auswärtige Amt	Telegramm	230

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Lfd. Nr.	Ort des Abgangs	Datum und Ueberschrift	Bezeichnung der Urkunde	Seite
		28. Oktober 1918		
94	Bern	Der Kaiserliche Gesandte in Bern von Romberg an das Auswärtige Amt	Telegramm	231
		31. Oktober 1918		
95	Berlin	Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. Solf an den Staatssekretär a. D. im Großen Hauptquartier von Hintze	Erlaß	232
96	Berlin	Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Dr. Solf	Aufzeichnung	233
		1. November 1918		
96a	Gr. H. Qu.	Der Chef des Generalstabes des Feldheeres Generalfeldmarschall von Hindenburg an den Reichskanzler Prinzen Max von Baden	Schreiben	235
		2. November 1918		
96b	Berlin	Aufzeichnung über das Ergebnis der Sitzung der Staatssekretäre (erweiterter Kriegsrat)	Aufzeichnung	237
97	München	Der Kaiserliche Gesandte in München von Treutler an das Auswärtige Amt	Telegramm	238
		3. November 1918		
98	Bern	Der Kaiserliche Gesandte in Bern von Romberg an das Auswärtige Amt	Telegramm	239
98a	Berlin	Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte Freiherr von dem Bussche an den Staatssekretär a. D. von Hintze im Großen Hauptquartier.	Telegramm	240
		5. November 1918		
99	Hofzug	Der Vertreter des Auswärtigen Amtes bei Seiner Majestät Wirklicher Legationsrat von Grünau an das Auswärtige Amt	Telegramm	241
100	Berlin	Sitzung der Staatssekretäre am 5. November 1918	Sitzungsprotokoll	243
101	Washington	Wilsons vierte Note	Note	251
		7. November 1918		
102	Gr. H. Qu.	Der Staatssekretär a. D. im Großen Hauptquartier von Hintze an das Auswärtige Amt	Telegramm	255
102a	Berlin	Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. Solf an den Staatssekretär a. D. von Hintze im Großen Hauptquartier	Telegramm	256
102b	Berlin	Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte Freiherr von Stumm an den Staatssekretär a. D. von Hintze im Großen Hauptquartier	Telegramm	257

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Lfd. Nr.	Ort des Abgangs	Datum und Ueberschrift	Bezeichnung der Urkunde	Seite
		8. November 1918		
103	Gr. H. Qu.	Der Staatssekretär a. D. im Großen Hauptquartier von Hintze an das Auswärtige Amt	Telegramm	258
104	Gr. H. Qu.	Der Kaiserliche Legationsrat im Großen Hauptquartier Freiherr von Lersner an das Auswärtige Amt.	Telegramm	259
		9. November 1918		
105	Gr. H. Qu.	Der Staatssekretär a. D. im Großen Hauptquartier von Hintze an das Auswärtige Amt	Telegramm	260
		11. November 1918		
106	Gr. H. Qu.	Der Chef des Generalstabes des Feldheeres Generalfeldmarschall von Hindenburg an das Auswärtige Amt	Telegramm	262
		10. November 1918		
107	Gr. H. Qu.	Der Chef des Generalstabes des Feldheeres Generalfeldmarschall von Hindenburg an das Preußische Kriegsministerium und die Deutsche Waffenstillstandskommission.....	Telegramm	263
108	Berlin	Der Reichskanzler Prinz Max von Baden an den Staatssekretär a. D. von Hintze im Großen Hauptquartier	Telegramm	264
109	Berlin	Der Reichskanzler Prinz Max von Baden an den Staatssekretär a. D. im Großen Hauptquartier von Hintze	Telegramm	265
		11. November 1918		
110	Gr. H. Qu.	Der Staatssekretär a. D. im Großen Hauptquartier von Hintze an das Auswärtige Amt	Telegramm	266
		12. Januar 1918		
110a	Berlin	Der Reichskanzler Graf von Hertling an den Chef des Generalstabes des Feldheeres Generalfeldmarschall von Hindenburg	Schreiben mit Anlage	269

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Namenverzeichnis

Dr. Adler, österreichischer Staatssekretär. 228.
Alfons XIII., König von Spanien. 5.
von Arz, österreichischer Generaloberst. 15, 142.

Balfour, Arthur, englischer Staatsmann. 22, 222.
Ballin, Albert, Generaldirektor. 5.
von Bartenwerffer, Generalmajor. 169.
Bauer, deutscher Staatssekretär. 97, 243.
von Berckheim, Freiherr, Legationssekretär. 94, 95, 96.
von Berg, Chef des Zivilkabinetts des Kaisers. 3, 6, 13.
von Bergen, Wirkl. Legationsrat im Auswärtigen Amt. 47.
von Beseler, Generaloberst. 64, 78.
von Boetticher, Major. 255.
Brinckmann, Major. 64, 243, 255.
de Bunsen, Maurice, Sir, englischer Diplomat. 160.
Graf Burian, österr.-ungar. Minister des Auswärtigen. 13, 14, 15, 16, 17, 18, 51, 54, 55, 156, 159, 161.
v. d. Bussche, Freiherr, Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt. 69, 73, 81, 164, 165, 175, 200, 226, 240, 243.
von dem Bussche, Freiherr, Major im Großen Hauptquartier. 60, 66, 69.

Cave, englischer Staatsmann. 222.
Churchill, Winston, engl. Staatsmann. 222.
Clemenceau, Georges, französischer Ministerpräsident. 114, 203.
Coloredo, Graf, Kabinettschef des österr. Kaisers. 17.
von Cramon, General, deutscher Militärbevollmächtigter für Oesterreich-Ungarn. 13, 15, 17, 18, 26, 151, 223.
Czernin, Graf, O., österr. Staatsmann. 14.

von Dandl, Major. 257.
Deutelmoser, Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt. 77, 86, 91, 97, 98, 101, 119, 123, 128, 151, 243.
Drews, preußischer Staatsminister. 243.
Duesterberg, Major. 255.

Prinz Erbach, Legationsrat bei der deutschen Botschaft in Wien. 54.
Erzberger, Mathias, Staatssekretär. 77, 86, 90, 91, 92, 97, 101, 113, 203, 211, 214, 237, 243, 249, 250, 255, 258, 259, 262, 264.

Fleck, Major. 226.
Dr. Friedberg, preußischer Staatsminister. 86, 90, 97, 101, 123, 124, 128, 138, 139, 151, 203, 211, 216, 217, 243.
Foch, franz. Marschall. 114, 157, 158, 160, 203, 204, 230, 252, 258, 263.

v. Gallwitz, General der Artillerie. 36, 136, 202, 211, 213, 214, 215, 216, 217.
Gantschew, bulgarischer General. 28.
Göppert, Geheimer Legationsrat im Auswärtigen Amt. 128, 141, 142, 243.
Groeber, Staatssekretär. 77, 86, 97, 101, 119, 121, 123, 124, 128, 136, 151, 203, 211, 215, 243.
Groener, Generalleutnant, Erster Generalquartiermeister. 243, 249, 250.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

von Grünau, Freiherr, Wirkl. Legationsrat. 59, 61, 62, 63, 206, 223, 241, 242.
von Gündell, General der Infanterie. 78, 255.

von Haeften, Oberst. 77, 86, 96, 97, 98, 99, 101, 102, 105, 119, 122, 169, 172, 235, 243.
Haig, englischer General. 114, 230.
von Haniel, Gesandter. 180, 182, 199.
von Harbou, Major. 64, 243.
Prinz Hatzfeld, Geheimer Legationsrat. 243.
Haußmann, Conrad, Staatssekretär. 119, 123, 124, 128, 137, 151, 203, 215, 243.
Heckscher, Reichstagsabgeordneter. 5.
Hertling, Georg, Graf v., Reichskanzler. 3, 4, 5, 6, 7, 13, 14, 15, 16, 47, 269.
Heye, Oberst. 42, 59, 61, 86, 88, 128, 129, 134, 140, 143, 144, 151, 152, 153.
von Hindenburg, Generalfeldmarschall. 3, 4, 5, 7, 9, 13, 16, 18, 37, 41, 42, 60, 64, 68, 72, 73, 86, 92, 93, 96, 98, 101, 102, 103, 105, 112, 113, 115, 120, 122, 123, 124, 125, 155, 157, 162, 166, 191, 193, 194, 201, 202, 204, 218, 231, 232, 235, 236, 243, 262, 263, 269.

von Hintze, Admiral, Staatssekretär des Auswärtigen Amts. 7, 9, 10, 13, 14, 15, 16, 18, 31, 46, 48, 50, 54, 55, 63, 86, 115, 119, 123, 128, 139, 156, 159, 161, 164, 169, 179, 199, 200, 218, 221, 226, 230, 232, 240, 255, 257, 258, 260, 261, 264, 265, 266.
Hoffmann, Generalmajor. 92, 128, 129, 130, 131, 144, 243.
Hohenlohe, Gottfried, Prinz, österr.-ung. Botschafter in Berlin. 14, 15, 18, 49, 51, 54, 156, 159.
Hohenlohe-Langenburg, Hermann, Fürst. 45, 197.
Horn, Kapitän zur See. 175, 180.
Horstmann, Legationsrat. 27.
House, amerikanischer Oberst. 219, 221.

Dr. Jordan, Legationssekretär im Auswärtigen Amt. 54.
Jusserand, französischer Gesandter. 160.

Karl, Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn. 13, 15, 16, 17, 18, 19, 200, 205, 206, 223, 224, 225, 226, 228.
Karolyi, Graf, ungarischer Staatsmann. 200.
Klepsch, Baron, Feldmarschallleutnant, österr.-ungar. Militärbevollmächtigter. 26, 64.
Dr. von Krause, Staatssekretär des Reichsjustizamtes. 97, 101, 243.
Kriebel, Major. 63.
Kuhl, General der Infanterie. 88.

v. d. Lancken, Gesandter. 154.
Lansing, Robert, Staatssekretär der Vereinigten Staaten. 85, 110, 160, 190, 252.
Lersner, Freiherr von, Legationsrat. 26, 27, 28, 31, 32, 45, 46, 52, 59, 61, 64, 65, 70, 71, 117, 182, 199, 202, 255, 259.
Dr. Lewald, Unterstaatssekretär. 77, 86, 97, 101, 120.
Lichnowsky, Fürst. Karl, deutscher Botschafter. 4, 6.
Liebknecht, Karl, Reichstagsabgeordneter. 120, 121.
Lloyd George. 22, 40, 111, 222.
von Loßberg, General. 88.
von Lucius, deutscher Gesandter in Stockholm. 118.
Ludendorff, General der Infanterie, Erster Generalquartiermeister. 3, 4, 5, 7, 9, 13, 26, 28, 32, 35, 36, 38, 45, 59, 61, 64, 65, 68, 69, 70, 71, 72, 77, 79, 86, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 97, 98, 99, 100, 103, 105, 116, 117, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 156, 161, 162, 164, 172, 191, 193, 203, 204, 221, 232, 235.

von Maltzan, Freiherr, Botschaftsrat bei der deutschen Gesandtschaft im Haag. 111.
von Mann, Ritter, Staatssekretär des Reichsmarineamtes. 97, 101, 103, 128, 141, 211, 216, 243.
von Marschall, Freiherr, Chef des Militärkabinetts. 3, 13.
von Massow, Oberst. 28, 29, 32.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Prinz Max von Baden, Reichskanzler. 10, 60, 72, 73, 74, 75, 77, 79, 80, 86, 89, 90, 92, 93, 94, 97, 98, 100, 101, 105, 106, 112, 119, 122, 123, 124, 125, 128, 130, 131, 133, 136, 137, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 151, 152, 155, 160, 166, 168, 187, 197, 228, 235, 243, 262, 264, 265.
von Mudra, General der Infanterie. 211, 213, 214, 217.
von Mumm, A., Freiherr, Botschafter a. D. 132.

Nadolny, Geheimer Legationsrat im Auswärtigen Amt. 243.
Northcliffe, Lord. 222.

Oberndorff, Graf, deutscher Gesandter in Bulgarien. 16, 17, 28, 30, 32, 50, 255.
van Oppen, holländischer Professor. 163.
Oppenheimer, Sir Francis. 111.

von Payer, Vizekanzler. 47, 60, 69, 77, 86, 92, 97, 98, 99, 101, 102, 119, 121, 122, 123, 124, 128, 138, 141, 148, 151, 152, 203, 204, 211, 213, 214, 243.
Pershing, amerik. General. 220, 230.
von Pflanzer, österr. Generaloberst. 26.
von Plessen, General der Infanterie und Generaladjutant. 3, 13.

von Radowitz, Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei. 77, 86.
Rathenau, Walther. 80, 91.
Rifaat Pascha, türkischer Staatsmann. 49.
Graf Rödern, Staatssekretär. 77, 86, 89, 90, 92, 97, 101, 102, 119, 122, 123, 125, 128, 131, 132, 143, 145, 147, 148, 149, 151, 152, 203, 211, 243.
von Romberg, deutscher Gesandter in Bern. 53, 116, 176, 178, 184, 197, 198, 231, 232, 239.
Rosen, Dr. Friedrich, deutscher Gesandter im Haag. 81, 179.
von Rosenberg, Wirkl. Legationsrat. 47, 117.
Rüdlin, Staatssekretär. 97, 101, 243.

Scherr, Admiral, Chef des Admiralstabes. 128, 141, 146, 147, 148, 160, 183.
Scheidemann, Philipp, Staatssekretär. 77, 86, 90, 97, 119, 120, 121, 123, 124, 128, 132, 137, 138, 151, 203, 211, 243, 249.
Scheüch, preußischer Kriegsminister. 4, 5, 9, 10, 86, 87, 90, 91, 97, 101, 120, 128, 133, 134, 135, 140, 141, 146, 151, 152, 162, 196, 203, 243.
von Schlieben, Geh. Legationsrat. 151, 211, 243.
von Scholtz, Generaloberst. 28, 32, 87.
Schulenburg, Graf v. d., Generalmajor. 78, 88.
Simons, Walter, Dr., Wirkl. Geheimer Legationsrat. 151, 211, 243.
Dr. Solf, Staatssekretär des Ausw. Amts. 10, 77, 86, 92, 95, 96, 97, 98, 101, 103, 104, 106, 119, 121, 123 124, 128, 132, 143, 149, 150, 151, 156, 159, 162, 168, 169, 176, 177, 178, 180, 183, 184, 203, 206, 207, 208, 211, 217, 232, 233, 234, 237, 243, 256.
von Stein, Freiherr, Staatssekretär. 97, 101.
Stresemann, Gustav, Reichstagsabgeordneter. 92, 124.
von Stumm, W., Unterstaatssekretär im Ausw. Amt. 15, 47, 48, 49, 53, 54, 97, 101, 128, 143, 159, 161, 179, 180, 211, 221, 235, 257.

Talaat Pascha, türkischer Staatsmann. 15, 16, 17
Tisza, Graf, ungarischer Staatsmann. 17.
von Treutler, preußischer Gesandter in München. 170, 196, 238.
Trimborn, Staatssekretär. 97, 203, 211, 243.

Vanselow, Kapitän zur See. 255.

Wahnschaffe, Unterstaatssekretär z. D. 97, 101, 119, 123, 128, 151, 203, 211.
Graf von Waldburg, deutscher Geschäftsträger in Konstantinopel. 229.
von Waldow, Staatssekretär. 9, 10, 128, 131, 132, 138, 141, 142, 151, 153, 243.
Graf Botho Wedel, deutscher Botschafter in Wien. 14, 15, 16, 17, 18, 19, 49, 51, 54, 55, 86, 181, 200, 226, 227, 228.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Wekerle, ungarischer Ministerpräsident. 15, 17.
Wilhelm II., Kaiser und König. 3, 4, 5, 6, 9, 13, 16, 18, 19, 47, 48, 59, 61, 62, 68, 77, 78, 93, 111, 115, 122, 123, 124, 154, 171, 195, 196, 197, 200, 204, 205, 206, 207, 213, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 231, 232, 233, 234, 238, 239, 241, 242, 269.
Wilhelm, Kronprinz des Deutschen Reiches und von Preußen. 3, 4, 5, 9, 13, 154, 195, 222.
Wilhelmine, Königin der Niederlande. 5, 6, 16.
von Willisen, General. 29.
Wilson, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. 22, 23, 47, 48, 49, 51, 53, 55, 57, 64, 69, 70, 73, 74, 75, 76, 79, 80, 81, 85, 86, 92, 95, 96, 97, 98, 101, 103, 105, 106, 109, 110, 114, 119, 120, 128, 137, 138, 148, 149, 150, 152, 154, 156, 157, 158, 159, 160, 162, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 171, 176, 180, 184, 185, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 196, 197, 198, 199, 201, 202, 208, 215, 217, 219, 220, 222, 223, 232, 233, 234, 235, 239, 241, 242, 244, 251, 252, 262, 263.
von Winterfeldt, Oberst. 64, 78, 86, 243, 255.
von Wrisberg, Generalmajor. 66.

Zeki Pascha, türkischer Staatsmann. 64.

Ergänzung und Berichtigung

Nr. 39a. Die hier erwähnten Telegrammentwürfe befinden sich nicht bei den Akten

Nr. 49. Statt „Gesandter" muß es heißen: Geschäftsträger

Nr. 80. Statt „Legationssekretär" muß es heißen: Legationsrat

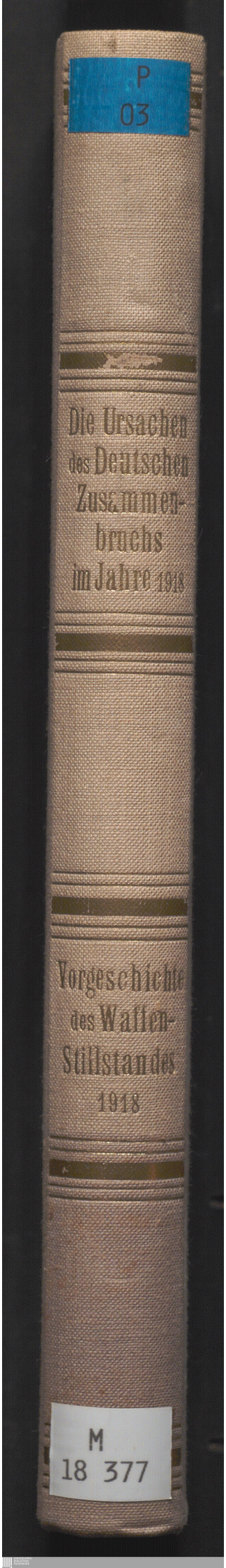
Nr. 86. Vgl. hierzu die öffentliche Erklärung der Generale von Gallwitz und von Mudra vom 28. November 1922 (jetzt auch in dem Protokoll des parlamentarischen Untersuchungs-Ausschusses zur Kriegsschuldfrage, Reichstagsakten, 4. Serie)

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

UB Paderborn

03 M18377

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN


P
03
Die Ursachen des Deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918
Vorgeschichte des Waffen-Stillstandes 1918
M
18 377